

D

1

H5

no 336-

338

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker,
G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri,
F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann,
P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W.
Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 336 ==

Der bayerisch=badische Gebietsstreit (1825—1832)

Von

Dr. Liselotte von Hoermann

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1938

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von F. Vieweg & Sohn, Braunschweig
1872

Der bayerisch-badische Gebietsstreit (1815-1817)

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort	Seite 5
1. Kapitel.	
Vorgeschichte:	
I. Die Verträge der Befreiungskriege	7
II. Badens Bemühungen um Anerkennung der Hochberg'schen Erbfolge	9
III. Kronprinz Ludwig und seine Beziehungen zur badischen Pfalz	14
2. Kapitel.	
König Ludwigs Bemühungen um Erwerbung der badischen Pfalz zu Beginn seiner Regierung (1825—April 1827):	
I. Allgemeine Lage beim Regierungsbeginn	18
II. Diplomatischer Feldzug bei ausländischen Mächten (Frühjahr 1826)	22
III. Fühlungnahme mit Österreich und Baden (1827)	35
IV. Die Sendung Löwensteins (1826/27)	44
3. Kapitel.	
Bayerisch-Badische Verhandlungen über Sponheim (1827)	49
4. Kapitel.	
Das Werben Bayerns und Badens um die Gunst der Mächte und deren Stellungnahme (1827—1829):	
I. Vertrauliche Fühlungnahme mit den Ostmächten (1827)	64
II. Badens Abwehr gegen die bayerischen Ansprüche (1827)	73
III. Preußens Bemühungen um eine Erklärung der Mächte (1827)	82
IV. Österreichs Vermittlungsversuche (1827/28)	86
V. Kampf um die Westmächte (1828)	98
VI. Versuch einer direkten Einigung zwischen Bayern und Baden (1828/29)	106
VII. Die Sendung des Markgrafen Wilhelm nach Paris und London (1829)	112

5. Kapitel.

Versuche Bayerns, sich wichtige Papiere zu verschaffen (1827—29):

I. Bestechungsversuche Vohwinkels (1827)	129
II. Die Hauck-Weixelbaum-Affäre (1828/29)	134

6. Kapitel.

Die preußisch-württembergische Vermittlung in Verbindung mit den Zollvereinsverhandlungen (1829—1832):

I. Die preußische Vorarbeit bis zum Präliminarabkommen vom 10. Juli 1830	141
II. Bayerische und badische Ausgleichspläne (1830/31)	185
III. Die Befragung der badischen Stände (1831)	205
IV. Ausklang	213
Quellen und Literatur	219
Personenverzeichnis	223

Karten

- I. Gesamtübersicht
- II. Bayerische Tauschvorschläge vom 2. III. 1830
- III. Bayerisch-badische Tauschvorschläge 1830/31
- IV. Stammtafel des großherzoglichen Hauses

Vorwort.

Vorliegende Arbeit entstand als Münchener Dissertation auf Anregung von Herrn Professor Dr. Karl Alexander von Müller und wurde unter seiner Leitung fertiggestellt. An dieser Stelle möchte ich Herrn Professor von Müller meinen herzlichsten Dank aussprechen für die liebenswürdige Hilfe und den stets bereiten Rat in allen Fragen und Angelegenheiten, in denen er meiner Arbeit bis zu ihrer Drucklegung fördernd zur Seite stand.

Herzlichsten Dank auch Herrn Professor und Archivrat Dr. Maenner, der mir in freundlichster Weise bei der Durcharbeitung der Archivalien im Münchener Geheimen Staatsarchiv behilflich war. Auch dem Münchener Geheimen Hausarchiv, sowie den Archiven in Karlsruhe, Berlin und Wien gebührt mein Dank für die Übersendung wichtiger Materialien.

Auf das liebenswürdigste gewährte mir Graf Bray-Steinburg in Irlbach Aufnahme in seinem Schloß und Einsicht in sein Archiv, wofür ich ihm auch hier herzlich danken möchte.

1. Kapitel.

Vorgeschichte.

I.

Treitschke vergleicht Preußen nach dem dreißigjährigen Kriege mit dem Koloß von Rhodos; dieses Bild kann man auch auf Bayern nach den Befreiungskriegen anwenden: es stand ähnlich „mit zwei Beinen im Westen und Osten des Reiches“, freilich in anderer Weise als Preußen und in ungleicher Belastung. Nur der kleinere westliche Teil war abgetrennt vom Hauptland. Die Verbindung dazwischen, das untere Neckargebiet mit den Hauptorten Mannheim und Heidelberg, lag in der Hand eines anderen deutschen Bundesstaates. Es hatte zum pfälzischen Besitz der Wittelsbacher gehört, der 1777 mit dem bayerischen durch Erbgang vereinigt wurde. Altbayern aber reichte nirgends in die Nähe der Pfalz. Erst als es sich durch den Reichsdeputationshauptschluß mainabwärts vorschob, hätte man an ein Zusammenwachsen mit ihr denken können, — doch sie selbst ging gleichzeitig verloren, links des Rheins an Napoleon, rechts an dessen Schützling, die Markgrafschaft Baden. Bayern hatte damals in die Abtretung wohl oder übel gewilligt. Auch in den nächsten Jahren bemühte man sich nicht um ihren Rückfall, da die Friedensschlüsse von Preßburg und Wien anderwärts bedeutenden Landzuwachs brachten.

Als sich Bayern dann den Verbündeten anschloß, sicherte ihm der Vertrag von Ried vom 8. Oktober 1813 im Art. 4 „den freien und ruhigen Besitz, sowie die volle Souveränität über alle Staaten, Städte, Domänen und Festungen, in deren Besitz S. M. sich vor dem Anfang der Feindseligkeiten befunden haben“. Außerdem versprach in Geheimartikeln Oesterreich in seinem und seiner Verbündeten Namen für etwa nötige Abtretungen die vollständigste Entschädigung, berechnet nach geographischen, statisti-

schen und finanziellen Verhältnissen; sie sollte günstig für das Königreich liegen und mit ihm einen ununterbrochenen Zusammenhang bilden.¹ Durch ein Ausführungsabkommen vom 3. Juni 1814 erhielt dann Bayern als Ersatz für die Rückgabe Tirols und Vorarlbergs die Lande Aschaffenburg und Würzburg zugesichert; als Entgelt für weitere Grenzverschiebungen aus militärisch-politischen Rücksichten und um „sein Interesse an einem starken Bayern“ zu beweisen, versprach Oesterreich seine besten Dienste für den Wiedererwerb der alten bayerischen Rheinpfalz und für die dazu erforderlichen Tauschverhandlungen mit Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt.²

Aber diese Pläne stießen auf dem Wiener Kongreß auf Widerstand, namentlich bei Preußen und Rußland. Erst nach endlosen unerquicklichen Verhandlungen kam es am 23. April 1815 zu einem Protokoll, wonach Bayern gegen Abtretung des gesamten ehemals österreichischen Besitzes zu den fränkischen Gebieten den badischen Main- und Tauberkreis und einige Dörfer und Gemeinden aus dem Neckarkreis erhalten sollte.³ In einem Geheimartikel garantierten die verbündeten Großmächte den Rückfall der badischen Pfalz „à défaut d'héritier mâle de la dynastie regnante aujourd'hui en Bade“.⁴ Hier wurde erstmals der Besitz der Pfalz mit der badischen Erbfolge in Zusammenhang gebracht. Der Vertrag wurde zwar nicht ratifiziert, aber er berechtigte Bayern zu Hoffnungen und wies ihm einen Weg zu seinem Ziel.

Die plötzliche Rückkehr Napoleons schnitt alle weiteren Verhandlungen ab. Die Mächte versprachen lediglich Oesterreich in einem Konferenzprotokoll, das sich der am 9. Juni unterzeichneten Bundesakte anschloß, die eventuelle Reversion der Pfalz und des Breisgaus als Kompensationsmittel bei seinen späteren Gebietsabkommen und Tauschverhandlungen.⁵ Bei Vorbereitung des zweiten Pariser Friedens verzichtete Oesterreich auf die Pfalz

1. Martens SuV S. 610.

2. Martens SuVI S. 18.

3. Martens SuVI S. 451.

4. Treitschke I S. 672 erwähnt versehentlich die linksrheinische Pfalz, von der in diesem Protokoll noch keine Rede war.

5. Martens SuVI S. 452.

zugunsten Bayerns, um die übrigen Gebietsverhandlungen zu erleichtern. Aber zugleich täuschte man Bayern in seinen Erwartungen: rechts- und linksrheinische Pfalz wurden getrennt behandelt. In dem Protokoll vom 3. November 1815 bestimmten die Mächte, ohne Bayern zu fragen, den linksrheinischen Kreis mit dem Saar- und Mont-Tonnerre-Departement und dem Kanton Landau nebst kleineren hessischen und fuldaischen Gebietsteilen als Entschädigung für das von Oesterreich gewünschte Inn- und Hausruckviertel und Salzburg. Eine Militärstraße sollte die abgelegene Rheinpfalz mit Würzburg verbinden. Vom Main- und Tauberkreis war keine Rede mehr. Von Baden wurde nur ein kleiner Teil des Amtes Wertheim abgetrennt und der Rückfall seiner Pfalz an Bayern im Zusammenhang mit der badischen Erbfolge in Aussicht gestellt.⁶

Bayern wehrte sich mit aller Kraft gegen dieses, im Vergleich zu den früheren, höchst nachteilige Abkommen; zuletzt schloß es doch unter dem Druck der allgemeinen politischen Lage und einer österreichischen Einmarschdrohung den Münchener Vertrag vom 14. April 1816. Er führte die Bestimmungen des Pariser Protokolls mit geringen Aenderungen aus. Nur eines erreichte Bayern noch: für die seit Ried garantierte Kontiguität versprach Oesterreich eine Entschädigung, die genauer von den Territorialkommissionen am Bundestage in Frankfurt bestimmt werden sollte. In einem Geheimartikel legte Oesterreich den Main-, Tauberkreis als diese Entschädigung fest, bis zu deren Abtretung es jährlich 100 000 Gulden zahlen wollte, entsprechend dem Ertrage aus diesem Kreise. Ein weiterer Geheimartikel versprach den Rückfall der Pfalz unter der ein Jahr vorher in Wien aufgestellten Bedingung.⁷

II.

Baden, der Besitzer des Streitgegenstandes, war an all diesen österreichisch-bayerischen Verhandlungen und Verträgen seit 1813 unbeteiligt gewesen. Es hatte sich allerdings bei seinem am 20. November 1813 zu Frankfurt erfolgten Anschluß an die

6. SuVI S. 668.

7. Martens SuVII S. 11.

Verbündeten zu allen Abtretungen verpflichtet, die die künftige Ordnung in Deutschland nötig machen sollte. Aber zu gleicher Zeit versprach Preußen Entschädigung, soweit irgend möglich, und garantierte im allgemeinen Souveränität und Besitzstand des Großherzogtums.⁸ In dem Beitrittsvertrag zu dem erneuerten Bündnis gegen Napoleon vom 11. Mai 1815 war nur mehr von der Garantie der politischen Existenz des Großherzogtums die Rede.⁹ Naturgemäß hielt Baden dafür die Pfalz, deren Erwerb 1803 die Bildung eines Kurfürstentums und des späteren Großherzogtums, überhaupt erst ermöglicht hatte, für unentbehrlich; Sicherheit aber konnte nur eine einwandfreie Festlegung der Erbfolge gewähren.

Der regierende Großherzog Karl,¹⁰ der Enkel jenes Karl Friedrich, der Baden über die Stürme der Revolutionsjahre hinweggeführt und seinen Bestand verdreifacht hatte, war ohne männliche Leibeserben. Ebenso waren seine beiden Oheime, Karl Friedrichs Söhne, ohne Kinder. Der Stamm drohte zu erlöschen. Nun hatte aber Karl Friedrich 1787 eine zweite Ehe geschlossen mit der Freiin Geyer von Geyersberg. Nur die Anerkennung der Ebenbürtigkeit der Söhne aus dieser Ehe konnte die Thronfolge und den Bestand des Landes sichern. Die Ehe von 1787 war natürlich zur linken Hand geschlossen worden, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, die Rechte der männlichen Nachkommen daraus später zu bestimmen. 1796 setzte eine eigene Urkunde die Erbrechte der Grafen von Hochberg, wozu der Markgraf seine Söhne zweiter Ehe ernannt hatte, fest. Diese Bestimmung wurde 1806 bei Erhebung Badens zum Großherzogtum in die Souveränitätsakte aufgenommen. Seit dem Münchener Vertrag schien dies nicht mehr zu genügen. Ein badisches Hausgesetz vom 4. Oktober 1817 erhob daher die Hochberg zu Prinzen und Markgrafen des großherzoglichen Hauses und legte die Unteilbarkeit der badischen Lande fest. Ferner schloß die badische Verfassung vom 22. August 1818 die Erbfolge der

8. Martens SuV S. 649.

9. Martens SuV S. 146.

10. Vergleiche zum Folgendem Treitschke II S. 360 oder Schöchlin S. 95—100, siehe Stammtafel.

Hochbergs in sich. Die vier Großmächte bestätigten diese Regelung im Aachener Protokoll am 20. November 1818.

Sie waren von beiden Parteien um Unterstützung angegangen worden. Max Joseph sprach im Herbst 1816, bei Vermählung seiner Tochter mit dem Kaiser von Oesterreich, in Wien vor. Man wollte dort den bayrischen Wünschen nicht entgegen sein.¹¹ Metternich hatte bereits kurz nach dem Münchener Vertrag vorgeschlagen, Baden für den Main-Tauberkreis mit Geld zu entschädigen, das, um keine Macht zu benachteiligen, aus dem Fond der Befestigungsgelder zu zahlen sei.¹² Preußen zeigte sich dem nicht abgeneigt, wenn die Verbündeten einverstanden seien; ¹³ es versprach sogar Bayern, ein solches Abkommen zu unterstützen und einzugreifen, falls es wider Erwarten Schwierigkeiten begegnen sollte.¹⁴ Nur eine größere Gebietsverschiebung lehnte Preußen ab und war entsetzt, als Bayern um die Jahreswende 1816/17 in Rußland einen Tauschplan vorlegte, der den Erwerb der ganzen badischen Pfalz vorsah. Rußland wies dieses Ansinnen ebenfalls zurück. Es verständigte sich mit Preußen, das in einer Zirkularnote allen Mächten den gemeinsamen Standpunkt klarlegte; ¹⁵ die Abtretung des Main-Tauberkreises hielten die beiden Nordstaaten auch weiterhin für möglich und mit den badischen Interessen vereinbar.¹⁶

Baden war anderer Ansicht. Nach Bekanntwerden des bayrischen Schrittes in Rußland sandte es den General Schäffer nach Petersburg, wo schon im Frühjahr 1816 Graf Wilhelm von Hochberg sich beruhigende Versicherungen über die Ausführung des Pariser Protokolls hatte geben lassen.¹⁷ Schäffer überreichte eine Denkschrift, die die Integrität des Landes als notwendig erweisen sollte: man könne nicht den zehnten Teil Badens, — das sei der Main-Tauberkreis, — abtreten. Baden hätte Rußland gerne auf diese Ansicht festgelegt; ¹⁸ dieses aber wollte nur im

11. Treitschke II S. 347.

12. Metternich an Zichy 5. V. 1816 G. St. B. 33/I.

13. Hardenberg an Zichy 19. VI. 16 ebd.

14. Hardenberg an Rechberg 20. VI. 16 ebd.

15. Preußisches Memoire 19. I. 17 G. St. M. A. St. II 93c.

16. Kapodistrias an Lebzeltern 28. XI. 17 G. St. B. 33/I.

17. Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm S. 441.

18. Schäffer'sches Memoire Februar 1817 G. St. M. MAIII Baden 6.

Einverständnis mit den Verbündeten, namentlich mit Oesterreich, darauf eingehen.¹⁹ Im Frühjahr 1817 richtete Baden dieselben Beschwerden an Preußen und England, jedoch gleichfalls ohne Erfolg.²⁰ So half es sich schließlich aus eigener Kraft durch das Hausgesetz.

Da die Bedrohung durch Bayern aber nicht aufhörte, legte der Großherzog in einem Brief an seinen Schwager mit bewegten und deutlichen Worten die Unmöglichkeit einer solchen Abtretung dar.²¹ Max Joseph antwortete höflich ausweichend; er wies auf seine vertraglichen Rechte hin, die aber nie das badische Interesse verletzen sollten.²² Durch den voreiligen Eifer des preußischen Gesandten Varnhagen van Ense wurde dieser Briefwechsel im Hamburger Unpartheiischen Correspondenten veröffentlicht und erregte einen Sturm der Entrüstung in der öffentlichen Meinung. „Fast die gesamte Presse sprach sich für das gute Recht Badens aus“.²³

Im Herbst 1818 waren die Mächte in Aachen versammelt, um über den Rückzug ihrer Truppen aus Frankreich zu verhandeln. Die kleineren Staaten waren nicht zugezogen. Baden fürchtete einen Handstreich der bayerischen Truppen, wenn sie, aus Frankreich zurückkehrend, durch Baden marschierten; auch beim etwaigen Tode des Großherzogs Karl, dessen Gesundheitszustand Besorgnis erregte, rechnete es mit einem bayerischen Einfall und wandte sich deshalb an die in Aachen versammelten Mächte. Der Minister Berstett wurde nach Aachen eingeladen. Schon im Sommer vorher hatte man durch den badischen Geschäftsträger Blittersdorf den Zaren zu gewinnen versucht; jetzt endlich gelang es Berstett, nach Treitschke „unter strömenden Tränen“, ihn von der badischen Rechtsansicht zu überzeugen. Er befürwortete sie bei seinen Mitverbündeten, und da schließlich alle gern die ärgerliche Angelegenheit beendeten, Baden auch durch das Angebot einer Militärstraße für Bayern, durch Nachlaß einer bayerischen Schuld von 1 ¹/₃ Millionen Gulden und

19. Alopeus an Hardenberg 25. III. 17 G. St. B. 33/I.

20. Alopeus an Hardenberg 21. V. 17 ebd.

21. Großherzog (Gh.) Karl an König (Kg.) Max Joseph 13. III. 18 ebd.

22. Kg. Max Joseph an Gh. Karl 15. III. 18 ebd.

23. Treitschke II S. 371.

durch die Herausgabe des Amtes Steinfeld gegen Erwerb der österreichischen Enklave Geroldseck Entgegenkommen zeigte und man hierin eine genügende Entschädigung für Bayern erblickte, erkannte man die Erbfolge der Hochberg und die Integrität Badens an und hob alle früheren Verabredungen über den Heimfall der Pfalz und des Breisgaues auf.²⁴

Bayern war zu diesen Beschlüssen nicht beigezogen worden. Vergeblich baten nachträglich die Monarchen in persönlichen Briefen Max Joseph um Nachgiebigkeit.²⁵ Aber ebenso vergeblich widersetzte sich Bayern. Ohne Erfolg kam der Freiherr von Pfeffel von einer besonderen Sendung nach Wien zurück.²⁶ Nicht minder ergebnislos blieben seine Vorstellungen²⁷ bei der Frankfurter Territorialkommission, die die Aachener Beschlüsse ausführen sollte. Der abschließende Rezess vom 20. Juli 1819 stellte fest, daß, nachdem Bayern die vorgeschlagene Entschädigung für die versprochene Kontiguität verworfen habe, die unterzeichneten Mächte sich jeder Verpflichtung enthoben hielten und die Artikel des Münchener Vertrages daher für immer ihre Gültigkeit verloren hätten. Bayern mußte sich mit dem Wertheimischen Amt Steinfeld begnügen, erhielt dazu von Oesterreich statt der vorläufigen eine ewige Jahresrente von 100 000 Gulden als Ersatz für den Main-Tauberkreis²⁸ und die Aussicht auf eine Militärstraße. Auch die Unteilbarkeit Badens und das Erbfolgerecht der Hochberg erkannte der Rezess noch einmal ausdrücklich an.²⁹ Der Protest, den Bayern gegen die Aachener und Frankfurter Beschlüsse an die Staaten der heiligen Allianz richtete,³⁰ verhallte ungehört. Es hielt seine Verwahrung immer aufrecht, was es jedoch nicht hinderte, die angebotene Entschädigung anzunehmen.

24. Treitschke II S. 482/483.

25. Kg. Friedrich Wilhelm an Kg. Max Joseph 18. XI. 18 G. St. M. A. St. 93a.

Kaiser Alexander an Kg. Max Joseph 21. XI. 18 ebd.

Kaiser Franz an Kg. Max Joseph 29. XI. 18 ebd.

26. Pfeffel an Kg. Max Joseph 3. I. 19 ebd.

27. Pfeffel an Kg. Max Joseph 29. I., 31. I., 6. II. 19 ebd.

28. Österreich zahlte diese Rente bis 1918 an Bayern.

29. Martens SuVIII S. 607/608.

30. Bayerische Erklärung an alle Höfe 11. IX. 19 G. St. M. A. St. 93b.

III.

Zunächst blieb die Sache wegen völliger Aussichtslosigkeit auf sich beruhen. König Max Joseph war keine kämpferische Natur; er zog die Freundschaft der Mächte weiteren Auseinandersetzungen vor. Seinen Sohn und Thronfolger Ludwig dagegen beseelte vorwärtsdrängender Eifer. Er war von dem Gedanken an den Wiedererwerb der Pfalz stark erfüllt, hielt ihn für königliche Ehrenpflicht. Die Pfalz war ihm wert als Wiege seines Geschlechts, als Stammsitz seiner Väter, als engere Heimat, in der er einen Teil seiner schönsten Jugendjahre verbracht hatte. Zuerst waren es wohl nur solche persönliche Empfindungen, die den romantischen Kronprinzen seinen Vater zu größerer Energie ermuntern ließen oder wehmütige Aeüßerungen hervorriefen. Seine Stimmung und Gefühlsrichtung spricht deutlich aus den Strophen, die er anläßlich eines Besuches im Heidelberger Schloß 1810 verfaßte:

„Ich wandelte auf schmalem Pfade,
So still, von Allen unerkant,
Dem Ahnenschlosse ich mich nahte
In dem verlornen Vaterland.
Und trauernd wallt' ich in den Hallen,
Die lange schon verheert der Blitz,
Dem Fremdling sind sie zugefallen,
Jahrhunderte der Väter Sitz.“

Daß der Pfalzgraf bei Rhein in seinem angestammten Erbe als Fremdling wandern mußte, wie es in einem anderen Gedicht „Fiktion“ heißt, ließ seiner schwärmerischen Natur keine Ruhe.³¹ Zu diesen Erinnerungen kamen politische Triebkräfte, seit der fernegelegene Rheinkreis an die Stelle des alten Erbes treten sollte. Nur zum Teil umfaßte er ehemals wittelsbachische Gebiete; seine ungünstige Lage und seine größtenteils franzosen- und revolutionsfreundliche Bevölkerung machten seinen Wert zweifelhaft. Der Kronprinz war im Februar 1816 nach Mailand zu Kaiser Franz gesandt worden, um ihn zu einer Aenderung des Pariser Protokolls zu bewegen. Er verteidigte eindringlich die Interessen seines Landes, aber der Kaiser war schon im Schlepptau seiner Verbündeten und wurde zu gleicher Zeit von

31. Sepp S. 385, 387.

dem badischen Gesandten Berckheim bestürmt.³² Ludwig kehrte unverrichteter Dinge zurück, und der Münchener Vertrag wurde geschlossen. Damals machte er Montgelas dafür verantwortlich. Dieser nahm gewiß keinen besonderen Anteil an der Pfalz, Gefühlsmomente lagen ihm fern; aber ob bei größerer Tatkraft mehr zu erreichen gewesen wäre, erscheint heute doch zweifelhaft: es herrschte nach den langen Kriegsjahren allgemeines Bedürfnis nach Ruhe und Frieden in Europa; ein Staat zweiten Ranges konnte sich nicht gegen die von den Mächten hergestellte Ordnung stemmen, solange er nicht wenigstens eine von ihnen gewonnen hatte.

1818 wollte der Kronprinz einen tüchtigen Vertreter nach Aachen schicken. Er forderte von Rechberg, dem neuen Minister des Aeußeren, mutiges und entschiedenes Auftreten. „Das Gegenteil nützt nichts; wir hätten damit vielleicht Salzburg noch, bringen wir uns nicht durch denselben Feind um die Wiedererwerbung der Pfalz. Das ist mein feuriger Wunsch und bestimmte Meinung. Keine Sache des Gefallens, sondern Pflicht ruft uns, die treuen Untertanen nicht zu verlassen.“³³ Seit 1817 erklärten „Mannheims pfalzbayerisch treu gesinnte Bürger“ in persönlichen Briefen an den Thronfolger, daß sie ihre ganze Hoffnung auf ihn setzten.³⁴ Der wiederholte Hinweis auf ihre bedrängte Lage mußte in Ludwig den Glauben wecken, nur eine bayerische Regierung sei für das alte Pfälzer Land möglich und segensreich.

Seit seine Schwester Charlotte Karoline die Gemahlin des österreichischen Kaisers war, suchte der Kronprinz ihre Hilfe für seine Wünsche. Max Joseph schrieb diesen Bemühungen die Schuld an den Gerüchten über einen geplanten Handstreich zu und forderte Ludwig auf, jene nicht fortzusetzen.³⁵ Aber die Pfälzer bestärkten ihn darin und glaubten an seinen Einfluß in Oesterreich.³⁶ Besonders nach dem Aachener Kongreß hoffte er

32. Treitschke II S. 133.

33. Kronprinz Ludwig an Rechberg 28. IX. 18 G. H. M. 293e.

34. Mannheims Bürger an Kronprinz Ludwig 10. II., 1. V., 8. IX. 17 22. XI. 18 G. H. M. IB 15, 85/4 II, 89/4 VI.

35. Kg. Max Joseph an Kronprinz Ludwig 25. XI. 18 G. H. M. IA 1/II.

36. Mannheims Bürger an Kronprinz Ludwig 1. V. 17 G. H. M. 85/4 II.

auf der Schwester Ueberredungskunst beim Zaren, der um die Jahreswende 1818/19 in Wien weilte. Charlotte teilte ganz die Liebe und Leidenschaft des Bruders für die Pfalz, aber auf dem Felde der Politik war sie machtlos, wie sie selbst zugab.³⁷ Vergeblich auch beschwor Ludwig die bayerischen Diplomaten, nicht in Frankfurt ein zweites Mal nachzugeben, damit man nicht wie 1816 um die Früchte jahrelanger Verdienste gebracht werde.³⁸ Die bayerische Protestation gegen den Frankfurter Rezess ging auf seine Anregung zurück: um Geld könne Bayern nie ein Land aufgeben, dessen Bewohner gegen sechs Jahrhunderte sich als treue Untertanen der Wittelsbacher erwiesen hätten. Doch bis zur Abtretung hielt er die Zahlung der 100 000 Gulden von Oesterreich für selbstverständlich.³⁹

Häufig suchte Ludwig königliche Gesandte für sein Ziel einzunehmen: wenn auch jetzt noch nicht die Zeit zu verhandeln sei, so dürfe man doch die Sache nie aus den Augen verlieren. So schrieb er im April 1820 an Graf Bray, den bayerischen Gesandten in Petersburg und entwickelte ihm, „als ersten Vertrauten“, einen Tauschplan. Um den ganzen badischen Neckarkreis zu erhalten, wollte er das linksrheinische Land zwischen Lauter und Queich und selbst fränkische Gebiete um Ansbach abtreten.⁴⁰ Die Möglichkeit eines Tausches sollte Freiherr von Zentner⁴¹ bei den Wiener Ministerialkonferenzen im Frühjahr 1820 erkunden. Zugleich sollte er mit allen Mitteln verhindern, daß Mannheim als Bundesfestung bestimmt werde; denn das wäre „ein gewaltiges Hindernis, um wieder in dessen, in der Pfalz Besitz zu gelangen“.⁴²

In Tagebuchaufzeichnungen Ludwigs⁴³ finden sich häufige Notizen über Tauschpläne bis in Einzelheiten, wie die Uebernahme von Beamten, Offizieren, Schulden etc.; im Sommer

37. Kaiserin Charlotte an Kronprinz Ludwig 12. XII., 25. XII. 18 G. H. M. IA 8/I.

38. Kronprinz Ludwig an Wrede 23. III. 19, Votum Ludwigs 13. III. 19 G. St. M. A. St. 93b.

39. Votum Ludwigs 19. III. 19 G. H. M. 293e.

40. Kronprinz Ludwig an Bray 5. IV. 20 G. H. M. ARO 31.

41. Damals bayerischer Staatsrat.

42. Kronprinz Ludwig an Zentner 11. II. 20 G. H. M. 89/4 VI.

43. 11. X. 23; 25. VII. 24; 11. X. 24; 25. IX. 25 G. H. M. ARO 35.

1824 meint er, „ob nur gegen Geld die badische Pfalz größtenteils zu erhalten wäre“. Dabei behielt er auch immer die ganze europäische Konstellation im Auge: wie leicht konnte durch den orientalischen Konflikt eine allgemeine Länderverschiebung in Europa eintreten, aus der man durch kluge Politik, vielleicht durch eine Art Vermittlerrolle, Nutzen ziehen konnte. Vielleicht brauchten die Ostmächte auch Bayern einmal als Schutzwall gegen die revolutionären Tendenzen des deutschen und des europäischen Westens; dazu müßte dann die westliche bayerische Flanke gestärkt werden.⁴⁴

44. Kronprinz Ludwig an Bray 12. XI. 21.

2. Kapitel.

König Ludwigs Bemühungen um Erwerbung der Pfalz zu Beginn seiner Regierung.

I.

Was der Kronprinz so eifrig gewünscht hatte, darum kämpfte er als König mit äußerster Energie. Es war für ihn selbstverständlich, gleich bei Regierungsbeginn diese Bestrebungen wieder aufzunehmen. Seine Thronbesteigung im Oktober 1825 brachte auf fast allen Gebieten der bayerischen Politik wesentliche Änderungen oder doch gesteigerte Tätigkeit. Nicht mit freundlichen Blicken betrachteten die umliegenden Mächte seine liberalisierenden Neigungen; alle kannten seine hohe Auffassung von Bayerns Größe und geschichtlicher Sendung, die er im Sinne des großen kaiserlichen Vorfahren fortzuführen und zu erhöhen gedachte. Auch sein Lieblingswunsch war schon seit langem bekannt. Da die Mächte also von vornherein mißtrauisch seine Politik verfolgten,¹ konnte er nur allmählich und mit Vorsicht zu Werke gehen, so sehr auch Beschleunigung seinem ganzen Sehnen und Trachten entsprochen hätte. Ganz unmöglich war ein bewaffnetes Vorgehen; er lehnte es damals selbst als unzulässig ab.² So wie die Dinge lagen, galt es zunächst überall zu sondieren.

Mit Baden wechselte der König in den ersten Monaten seiner Regierung nur die freundschaftlichen Versicherungen, wie sie bei jedem Thronantritt üblich sind. Die Territorialfrage wurde absichtlich mit keinem Wort erwähnt. Noch wollte man Baden den ersten Schritt überlassen.³ Doch täuschte sich dieses nicht über die wahren Absichten und Wünsche Ludwigs. Nicht um-

1. Heigel S. 73, 83, Stern I S. 230.

2. Kg. Ludwig an Gise 25. XII. 25 G. St. M. A. St. 93c.

3. Thürheim an Reigersberg 14. XII. 25 ebd.

sonst warnte der badische Gesandte in München, Freiherr von Fahrenberg, vor den „unermüdlichen Bemühungen“ und vor dem „unberechenbaren Charakter“ des Königs, der jede günstige Gelegenheit sicher für seine Ziele benützen werde.⁴ Aengstlich verfolgte man in Baden die bayerische Annäherung an Württemberg.⁵

Dieses stand mit Baden aus innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten und wegen Grenzstreitigkeiten nicht auf bestem Fuße und war deshalb auf Ludwigs Anfrage hin zunächst bereit, dessen Forderungen an Baden zu unterstützen. Württembergs König hielt die bayerischen Ansprüche auf Grund der Völkerverträge für berechtigt und kam so als erster deutscher Monarch den bayerischen Wünschen entgegen. Der württembergische Gesandte Varnbühler in Petersburg erhielt die Weisung, in jeder Beziehung mit dem dortigen bayerischen Gesandten zusammenzuarbeiten.⁶ Dies war nicht unwichtig, da der erste diplomatische Feldzug Ludwigs bei Rußland einsetzte. Freilich durfte Bayern nicht allzu lange mit Württembergs eindeutiger Gesinnung rechnen. Eine Gebietsverschiebung betraf dieses unmittelbar; es wäre ebenso wie Baden noch mehr von Bayern umklammert worden und mußte eine Gefährdung seiner Handelsinteressen befürchten. Schon der Sommer 1826 brachte eine Abkühlung auf württembergischer Seite. Die auswärtigen Gesandten in München⁷ wußten von bayerischen Tauschplänen mit badisch-württembergischem Gebiet, wobei Württemberg Land um Mergentheim an Baden abtreten und dafür Gebiet um Lindau von Bayern erhalten, dieses aber die badische Pfalz erwerben sollte. Diesem Plan an sich stand Württemberg nicht ablehnend gegenüber, es war nur verärgert, daß er geschmiedet wurde und daß Bayern sich Oesterreich näherte, ohne Württemberg ins Vertrauen zu ziehen. Es stand damals mit Oesterreich auf schlechtem Fuß und fürchtete Einmischung in seine Innenpolitik. Man sprach schon von

4. Fahrenberg an Berstett 26. X. 25 G. L. K. IA 2 33.

5. Berstett an Fahrenberg 17. X. 25, 1. II. 26 ebd.

6. Kg. Wilhelm von Württemberg an Kg. Ludwig 5. II. 26 G. H. M. IIa 13.

7. Küster an Bernstorff 7. VII. 26 G. St. B. 33/I.

einer Durchkreuzung der bayerischen Pläne durch Württemberg,⁸ doch dementierte Stuttgart diesen Verdacht, als der bayerische Gesandte Bray auf seiner Durchreise im Oktober 1826 die wahren Absichten Bayerns erklärte und den Stuttgarter Hof beruhigte. Beroldingen, Württembergs führender Minister versprach von neuem die Unterstützung seines Landes, solange württembergische Interessen dabei nicht verletzt würden. Bray sicherte dies zu, und so war ein Gegeneinanderarbeiten verhindert.⁹

Trotz dieser beunruhigenden Vorgänge wahrte Baden nach außen hin Ruhe und Sorglosigkeit. Alle etwaigen bayerischen Anspielungen sollten überhört werden. Ja, man lehnte im ersten Regierungsjahr Ludwigs jede Erörterung dieser Angelegenheit in München ab, denn das badische Recht könne dort weder erobert noch verteidigt werden; falls es überhaupt in Zweifel gezogen würde, hätten nur die großen Mächte darüber zu entscheiden.¹⁰ Die Anlehnung an die Mächte und das Vertrauen auf ihren Schutz wurden für die nächsten Jahre das führende Prinzip, von dem Baden nur ganz selten durch direkte Verhandlungen mit Bayern abwich.

Die Einstellung der Mächte zu den Wünschen Bayerns war durch ihre eigenen Interessen bedingt. Eine bayerische Landbrücke nach dem Westen Deutschlands hätte dessen innere Gestalt, sowie seine Beziehungen zu den angrenzenden Ländern wesentlich geändert. Deutschland konnte dadurch in zwei Teile zerschnitten, der Norden vom Süden getrennt werden, je nach Bayerns künftiger Politik. Ging es unbekümmert um Preußen selbständige Wege, trat es ebenbürtig als dritte Großmacht im Deutschen Bund neben Oesterreich und Preußen, dann wäre jede wirtschaftliche und politische Einigung, wenn nicht ausgeschlossen, so doch von vornherein sehr erschwert gewesen. Der Staat, der das größte Interesse hatte, das zu verhindern, war Preußen: ihm war die Verbindung mit dem Süden lebenswichtig.

8. Fahnenberg an Berstett 6. VII. 26 G. L. K. Spec. 1.

9. Bray an Kg. Ludwig 30. X. 26 G. St. M. A. St. 93c.

10. Berstett an Fahnenberg 17. X. 25 G. L. K. 1A2 33.

Frankreich dagegen wäre eine Landverbindung Bayerns mit der Rheinpfalz im allgemeinen nicht unerwünscht gewesen. Gewann es im Kriegsfall Bayern zum Bundesgenossen, — und darauf konnte es rückblickend auf die Geschichte hoffen, — dann hätte es einen bequemen Weg bis in die Mitte Deutschlands besessen. Frankreich lag ebenso wie Oesterreich daran, Preußens Einfluß in Deutschland nicht zu mächtig werden zu lassen, um Einheitsbildungen zu verhindern und sich die Gunst Bayerns nicht zu verscherzen, um bei einer Auseinandersetzung mit dem Norden eine Stütze an ihm zu finden. Bayerns Gebietszusammenhang hätte die Dauer der deutschen Uneinigkeit gewährleistet, die den Widerstand gegen die französischen Rheinwünsche schwächte. Sie bestimmten seit Richelieu und Ludwig XIV. Frankreichs Beziehungen zu den deutschen Landen; davon stand man auch nach den Befreiungskriegen nicht ab. Eine innerdeutsche Frage wurde deshalb nur nach dem Gesichtspunkt beurteilt, ob sie dem angeblichen französischen Bedürfnis nach Sicherheit und natürlichen Grenzen vorteilhaft war oder nicht. Der Grundsatz: *divide et impera!* auf Deutschland angewendet, hatte sich von jeher für Frankreich bewährt; die von Bayern gewünschte Landverschiebung fügte sich diesem Prinzip ein. Aber sie barg für Frankreich auch eine Gefahr in sich. Baden, ohnehin schon sehr mit Preußen befreundet, hätte sich, umschlossen von Bayern, leicht dem norddeutschen Freund ganz in die Arme werfen und dessen Einfluß im Südwesten von Deutschland sehr vermehren können. Frankreich war schon peinlich berührt, als Preußens Stellung am Mittel- und Unter- rhein auf dem Wiener Kongreß verstärkt wurde; machte es vielleicht noch Baden zu einer Art preußischer Militärprovinz, dann hätte es auch noch am Oberrhein die Wacht gegen französisches Vordringen bezogen. Schließlich hätte auch Bayern, stellte es sich gegen Frankreich, seine Pfalz leichter verteidigen können, wenn es mit ihr in Gebietszusammenhang gestanden wäre. Es war also nicht leicht für Frankreich, die beste Lösung zu finden, und daraus entsprang seine unschlüssige Haltung gegenüber dem pfälzischen Streit.

Wie Frankreich jede innerdeutsche Angelegenheit im Hinblick auf seine Rheinpolitik ansah, so mußte Oesterreich sie

daraufhin betrachten, ob sie seiner Führerstellung in Deutschland nützte oder schadete. Wenn es auch seinen nächsten Nachbarn nicht fallen lassen und sich den zweitgrößten deutschen Staat nicht entfremden wollte, so sah es an seinen Grenzen doch lieber einen abhängigen Mittelstaat als eine dritte deutsche Großmacht: Bayern durfte nicht allzu mächtig werden. Andererseits hatte Oesterreich um seiner militärischen Sicherheit willen von Bayern die Rückgabe seiner Grenzlande ohne die versprochene Entschädigung erzwungen, stand daher in der Schuld Bayerns und in ständiger Sorge vor seinen Machenschaften; so mußte es ihm erwünscht sein, wenn Bayern endlich mit der Pfalz befriedigt würde. Doch hätte es, ebenso wie Frankreich, Preußens verstärkten Einfluß in Baden nicht gerne gesehen. Schließlich war Oesterreich, seit sich innere und äußere Schwierigkeiten häuften, mehr als jeder andere Staat gezwungen, auf die anderen Mächte Rücksicht zu nehmen und sich nicht mit ihnen wegen kleinerer Streitfälle zu verfeinden.

Die einzigen an der bayerischen Landbrückenfrage nicht direkt beteiligten Mächte waren England und Rußland. Für sie war das Entscheidende die Aufrechterhaltung der letzten Völkerverträge, womit selbstverständlich auch Preußen, Oesterreich und Frankreich in erster Linie ihre Einstellung begründeten. England hatte sonst überhaupt kein Interesse an den Gebietsdifferenzen zweier deutscher Mittelstaaten und zog es vor, sich neutral zu verhalten. Dagegen fühlte sich Rußland, bezw. Zar Alexander, seit Stiftung der Heiligen Allianz als Schirmherr Europas und wegen der Durchsetzung des Aachener Protokolls als besonderer Beschützer Badens. Seine humanitären und liberalen Ideale machten ihn an sich schon zum Betreuer der Länder zweiten Rangs. Seine Verheiratung mit einer Schwester des badischen Großherzogs Karl ließ Baden noch zu seinem besonderen Schutzbefohlenen werden.

II.

Die Anrufung einer Großmacht wurde Bayern und Baden erleichtert durch einen zufälligen äußeren Umstand. Im Dezember 1825 starb plötzlich Zar Alexander, wodurch Baden eine wichtige

Stütze verlor. Der Regierungswechsel konnte möglicherweise die russische Parteinahme verändern. Bayern durfte diese günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen. Auch die europäische Gesamtlage verwies es zunächst an Rußland. Das besiegte Frankreich galt in der Zeit nach dem Aachener Kongreß doch noch nicht als ebenbürtig im Areopag der europäischen Staaten, mußte erst allmählich eine maßgebende Stellung zurückgewinnen. England war zu uninteressiert. Metternichs wachsendes Mißtrauen gegen den bayerischen Kronprinzen und jetzigen König seiner innerpolitischen Richtung halber machte seine Unterstützung wenig wahrscheinlich. Preußens Einstellung und Interessen waren zu bekannt, als daß ein vorsichtiges Anklopfen Erfolg versprochen hätte.

Ludwig wollte zunächst Näheres über die Einstellung des neuen Zaren Nikolaus erfahren, besonders über das Maß seiner Unterstützung beim Tod des regierenden badischen Großherzogs. Ferner sollte eine neue Erklärung Rußlands zu Gunsten der Hochberg'schen Thronfolge verhindert werden. Aber offiziell durfte der bayerische Gesandte in Petersburg, Baron Gise, noch nicht versprechen; es sollte vielmehr der Eindruck entstehen, als ob man in Bayern diese Sache ganz vergessen hätte.¹¹ Damit führte Ludwig bewußt die Politik seines Vaters fort, der noch in seinem letzten Regierungsjahr, wenn auch festhaltend an den berechtigten Ansprüchen, die man nie aus den Augen verlieren dürfe, besondere Maßnahmen ablehnte, um keinen unbegründeten Verdacht zu erregen; nur wenn Großherzog Ludwig stürbe, wollte Max Joseph eingreifen.¹²

Den Anstoß zu einem offiziellen diplomatischen Schritt in Petersburg gab für Ludwig erst die Sendung des Markgrafen Leopold, des ältesten Hochberg, zur Beglückwünschung des neuen Zaren im Januar 1826. Auch Bayern mußte einen Sondergesandten zum Thronantritt schicken. Doch wurde dieser noch mit wichtigen politischen Aufträgen versehen. Leopold hatte nur im allgemeinen Baden dem weiteren Schutze Rußlands zu empfehlen; die Wahl des Hochberg'schen Familienhauptes zu dieser

11. Kg. Ludwig an Gise 25. XII. 25 G. St. M. A. St. 93c.

12. Kg. Max Joseph an Gise 15. V., 13. VII. 25 ebd.

Reise war aber ein wohlberechneter Schachzug Berstetts: sie betonte die staatsrechtliche Stellung der Hochberg. Der Großherzog selbst war dagegen gewesen aus Sorge, den Gegner herauszufordern;¹³ tatsächlich wäre sonst vielleicht die politische Mission des bayerischen Gesandten nicht so sehr in den Vordergrund gerückt worden. Zuerst war Prinz Karl, der Bruder Ludwigs, als Ueberbringer der bayerischen Glückwünsche ausersehen. Er hatte zwar schon selbst diesen Auftrag abgelehnt;¹⁴ aber als man in Bayern von der Reise Leopolds erfuhr, sah man sicher nicht ungern von der Sendung eines Prinzen ab und wählte statt seiner den Fürsten Wrede, dessen Rang nach bayerischer Auffassung besser dem Hochbergs entsprach. Zudem versprach Wrede, der altbewährte Politiker, der Unterzeichner des Rieder Vertrages und besondere Freund Ludwigs, die Absichten des Königs besser auszuführen als Prinz Karl. Seit der Thronbesteigung Ludwigs war zwar sein Verhältnis zu Wrede durch Meinungsverschiedenheiten über Regierungsmaßnahmen etwas erkaltet, einig aber blieben beide sich über die Reversibilität der Pfalz. Wrede war selbst geborener Pfälzer und hatte Verständnis für die Wiedererwerbung der gemeinsamen Heimat. Seit Ried drang Ludwig wiederholt in ihn, alles dafür aufzubieten, und Wrede versprach dem Kronprinzen mehrmals, sein Möglichstes zu tun.¹⁵

Wredes Sendung nach Petersburg erfolgte, soweit wir sehen, ohne besondere Instruktion durch den Außenminister. Ludwig wünschte zunächst ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Bayern und Rußland im allgemeinen, das sich dann schon günstig auf seine pfälzischen Wünsche auswirken würde; den fast gleichzeitigen Regierungsantritt mit Nikolaus betrachtete er als günstiges Vorzeichen. Im besondern strebte er darnach, vorläufig eine neue Bestätigung der Aachener Beschlüsse zu verhindern. In einem persönlichen Brief an Nikolaus vom 30. Januar 1826 rief er dessen Gerechtigkeitssinn an gegen Bayerns Vergewaltigung in Aachen, deren Unrecht später auch Alexander eingesehen habe.¹⁶ Absichtlich führte Ludwig diese aus gelegentlichen freund-

13. Reigersberg an Kg. Ludwig 23. XII. 25 G. St. M. MAIII Baden 5.

14. Fahnenberg an Berstett 27. I. 26 G. L. K. Spec. 1.

15. Wrede Zs. b. Lg. 1932 S. 65—67.

16. Kg. Ludwig an Kaiser Nikolaus 30. I. 26 G. St. M. P. A. 266v,

schaftlichen Äußerungen entnommene Sinnesänderung Alexanders an, da Nikolaus sich genau an die Politik seines Vorgängers halten wollte. Es galt Rußland, das seinen Namen unter die Aachener Beschlüsse gesetzt hatte, eine Brücke zu bauen, die es ohne offenkundige Selbstberichtigung beschreiten konnte. Ludwig sprach nur von der in Ried versprochenen Kontiguität und der ihm als altes Familiengut teuer gewordenen Pfalz, deren Erwerbung beim Tod des Großherzogs Ludwig die Wittelsbacher sich vorbehalten hätten. Aber Wrede hatte Auftrag, mündlich neben den Ansprüchen auf die Pfalz ein anderes Recht geltend zu machen, die „unbestreitbaren Ansprüche auf den Rückfall der Sponheimer Entschädigung“, die in Aachen unberücksichtigt geblieben waren.¹⁷

Damit war eine Frage aufgegriffen, die eine lange und verwickelte Vorgeschichte besaß.

Sponheim,¹⁸ ein kleines reichsunmittelbares Gebiet zwischen Rhein, Mosel und Nahe, bestehend aus der vorderen und hinteren Grafschaft, gehörte im Mittelalter den Grafen von Sponheim. Als ihr Haus dem Aussterben nahe war, setzte der letzte Sproß Johann V. seine beiden Vettern Bernhard I. von Baden und Friedrich von Veldenz, bzw. nach dessen Tod dessen Enkel Friedrich I. von Simmern zu seinen Erben ein: im Beinheimer Entscheid von 1425 bestimmte er, daß sie und ihre männlichen Nachkommen, die dazu „gut und taugend“ seien, die Sponheim'schen Lande in Gemeinschaft besitzen sollten; wenn einer der beiden Stämme „ohne Mannstum unseres Blutes ausstürbe“, dann sollte der ganze Besitz auf den „anderen Stamm unseres Blutes“ allein übergehen. Die Erben legten in Verträgen von 1433 und 1437 fest, daß keines der verbrüdeten Häuser ohne Einwilligung des anderen jemanden in die Erbgemeinschaft aufnehmen könne. Diese Bestimmung wurde genau beachtet, als der Kurfürst von Pfalz-Simmern 1560 seinen Anteil an der hinteren Grafschaft an den Pfalzgrafen von

17. Kg. Ludwig an Cetto 7. V. 26 G. St. M. A. St. 93c.

18. Vergleiche zum Folgenden „Denkschriften und Flugschriften“ S. 220/21.

Zweibrücken abtrat und diese 1584 an die Birkenfeld'sche Linie vererbt wurde. Verträge von 1707 und 1776 erneuerten die alten Bestimmungen. Als beim Aussterben der Linie Simmern 1799 Birkenfeld in Pfalz und Bayern folgte, war der ganze Wittelsbachische Anteil an Sponheim wieder vereinigt in der Hand des bayerischen Herrscherhauses.

Inzwischen hatte Baden 1796 seine linksrheinischen Besitzungen an Frankreich abgetreten und dabei ausdrücklich auch auf seinen Anteil an Sponheim und auf Eventualansprüche auf den Wittelsbachischen Anteil verzichtet.¹⁹ Im Lunéviller Frieden 1801 gab dann das Deutsche Reich das ganze linke Rheinufer preis, und Bayern verzichtete in einem besonderen Vertrag vom 24. August 1801 auf alle dortigen Eigentums- und sonstigen Rechte.²⁰ Die Entschädigung brachte der Regensburger Reichsdeputationshauptschluß für Bayern wie für Baden; der Unterschied war nur, daß der Rezeß bei der Aufzählung der bayerischen Verluste, für die es entschädigt wurde, Sponheim nicht eigens erwähnte, während Baden für seinen Anteil an Sponheim und seine übrigen linksrheinischen Herrschaften die pfälzischen Ämter Ladenburg, Bretten, Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim und schwäbische Ämter am Bodensee erhielt.²¹ Damit war für Bayern die Verbindung von Pfalz und Sponheim gegeben. Zwar machten die durch den Rezeß bestimmten Landverschiebungen alle Ansprüche hinfällig, die auf den Frankreich abgetretenen Gebieten beruhen würden; aber nach § 45 des Rezesses gingen „Familien- und Successionsrechte von jenseits rheinischen Gebieten und ausgetauschten Besitzungen auf die Entschädigungs- und ausgetauschten Objekte als Surrogate“ über.

Sollten aber die alten Sponheimer Erbverträge je zum Austrag kommen, dann mußte wenigstens das Surrogat für Sponheim genau abgegrenzt sein. Den Antrag zur Aufnahme von Verhandlungen stellte der bayerische Staatsrat Zentner, da er in Voraussicht des Erlöschens des badischen Stammes vor dem bayerischen diesem das Erbe nicht entgehen lassen wollte.²² Max Joseph wies dann

19. Martens VI S. 680.

20. Martens SuII S. 532.

21. Martens SuIII S. 249.

22. Zentner an Montgelas 3. XII. 1804 G. St. M. A. St. 84.

am 21. Januar 1805 persönlich seinen Gesandten in Karlsruhe, von Reibeld, an, bei der badischen Regierung die Bestimmung eines Surrogates von gleichem Territorial- und Domanialwert, vielleicht aus den schwäbischen Gebieten, zu veranlassen.²³ Baden selbst hatte auf die Fortsetzung des Sponheimer Erbrechtes ganz verzichtet, nahm aber die bayerische Anregung bereitwillig an und schlug als Surrogat Gebiete am Bodensee vor.²⁴ Durch teilweisen Verlust der Akten der Sponheimer Lehen während ihres Ueber-
ganges an Frankreich war eine genaue Berechnung nach Flächen-
inhalt, Bevölkerung und jährlichem Einkommen schwierig und
für manche Teile überhaupt unmöglich, obwohl beiderseits alles
vorhandene Material durchgearbeitet wurde, von Bayern mehr
ins Einzelne gehend, von Baden mehr in großen Zügen.²⁵ Mei-
nungsverschiedenheiten über die Genauigkeit der Berechnung
unterbrachen ein Jahr lang die Verhandlungen. Baden erklärte
sich schließlich im Juli 1806 bereit, einen bayerischen Vorschlag
für dessen Surrogat anzunehmen und seinerseits für die hintere
Grafschaft ebensoviel, für die vordere $\frac{2}{3}$ davon aufzustellen, denn
die pfälzischen Linien hatten ehemals $\frac{3}{5}$ der vorderen Grafschaft
besessen. Was die Lage betraf, so hatte man sich schon auf die
Fürstentümer Lindau und Konstanz geeinigt.²⁶ Wieder zögerte
Bayern ein Jahr mit der Antwort, bis es schließlich am 30. Juli
1807 Konstanz als surrogierendes Hauptgut *salva evaluatione* an-
nahm, statt Lindaus aber, dessen Besitz als Festung für alle
Zeiten sehr wichtig schien, die Herrschaft Tettnang als baye-
risches Surrogat vorschlug.²⁷ Hierauf blieb Baden die Antwort
schuldig, und die Verhandlungen schloffen ein.

Sponheim blieb vergessen, bis Bayern bei den Frankfurter
Gebietsverhandlungen 1819 daran erinnerte und zum ersten Mal
den Mächten neben den Ansprüchen aus den völkerrechtlichen
Verträgen der Befreiungskriege auch seine Rechte auf badisches
Gebiet aus privatrechtlichen Familienpakten vorlegte. Aber die
Territorialkommission fühlte sich nicht zuständig, über Spon-

23. Kg. Max Joseph an Reibeld 21. I. 1805 ebd.

24. Edelsheim an Reibeld 27. III. 1805 G. St. M. A. St. 101.

25. Kg. Max Joseph an Reibeld 16. VI. 1806 ebd.

26. Edelsheim an Reibeld 29. VII. 1806 ebd.

27. Montgelas an Degenfeld 30. VII. 1807 ebd.

heim zu verhandeln.²⁸ Somit war diese Frage offen geblieben und bildete für Ludwig I. ein willkommenes Auskunftsmittel, als das Beharren auf den öffentlichen Verträgen keine Aussicht mehr bot. Anfangs wies er nur gelegentlich auf Sponheim hin; aber schon bald trat es neben die Versprechungen von Ried und München als gleichwertiges Druckmittel, bis es schließlich allein den Unterhandlungs- und Streitgegenstand bildete.

Wrede langte in den letzten Tagen des Februar in Petersburg an. Als berühmter Feldherr und als Abgeordneter des bayerischen Königs wurde er überaus liebenswürdig aufgenommen, doch fanden alle übrigen Abgesandten, natürlich auch der Markgraf Leopold von Baden, einen ähnlichen Empfang. Nach einer kurzen Vorstellung beim Staatskanzler Nesselrode erhielt er schon am 1. März die erste Audienz bei Nikolaus. Er überreichte das königliche Schreiben, sprach von den allgemeinen Interessen Bayerns und empfing die Zusicherung des Zaren, mit großem Vergnügen alles für den König zu tun, was möglich sei.²⁹

Ganz fremd war Nikolaus der Gedanke eines bayerisch-badischen Gebietsaustausches nicht mehr. Gise hatte zwar noch nicht daran gerührt, aber den Prinzen Constantin von Löwenstein veranlaßt, dem Zaren als Privatwunsch vorzutragen, daß seine im badischen Main-, Tauberkreis gelegenen Ländereien mit dem bayerischen Staatsgebiet vereint würden, damit er nur unter der Oberhoheit eines einzigen Herrschers stehe.³⁰ Löwenstein hatte dem Gesandten das Beglaubigungsschreiben des neuen bayerischen Königs überbracht; er war gerade zum Tod Alexanders angelangt und hatte für die veränderte Lage natürlich keine Instruktionen. Deshalb wurden seine Wünsche auch keineswegs offiziell behandelt. Erst nach dem Vorsprechen Wredes ließ sich Nikolaus von Nesselrode genauen Vortrag über die Geschichte der Pfalz erstatten. Sofort blieb der Zar an den Verträgen von

28. Sitzungsprotokoll der Frankfurter Territorialkommission vom 21. II. 19 G. St. M. A. St. 93b.

29. Wrede an Kg. Ludwig 3. III. 26 G. St. M. A. St. 93c.

30. Gise an Kg. Ludwig 31. I. 26 G. H. M. IIA 14.

Aachen und Frankfurt hängen, die sein Bruder unterzeichnet habe und von denen er nicht abweichen könne, so gerne er sich auch Bayern angenehm erweisen wolle. Wrede wies Nesselrode auf die bayerische Protestation gegen den Frankfurter Territorialrezeß hin und auf die nicht erfüllten früheren Verträge und kam dann auf die Ansprüche von Sponheim zu sprechen; gegen deren Rechtslage erhob Nesselrode keinen Einwand und bat zur genauen Informierung selbst um eine Note darüber.³¹ Am 15. März legte ihm Wrede einen kurzen Ueberblick über die Geschichte Sponheims seit dem Beinheimer Entscheid vor und benützte ihn geschickt, um das Handeln der Mächte in Aachen zu beschönigen und zugleich ihr etwaiges Abstehen davon zu entschuldigen: „Wenn ein sehr ungünstiges Zusammentreffen von Umständen zeitweise drückende Verpflichtungen verkennen lassen kann, auf Grund welcher diese Ansprüche erworben wurden, so darf man nicht die Gerechtigkeit der Unterzeichner des Aachener Protokolls in Zweifel ziehen, sondern muß es als Verhängnis bezeichnen, was oft bei Entscheidungen Augenblicksbetrachtungen über die ewigen Regeln der Rechtlichkeit stellt“. Auch im wohlverstandenen Interesse der Mächte habe der bayerische König durch seine Protestation die Gerechtigkeit und die Aufrechterhaltung der Verträge gewahrt.³² Auf besondere Anfrage Nesselrodes versicherte Wrede, daß Bayern wegen Pfalz und Sponheim noch bei keiner anderen Macht vorgespochen habe, woraus sein besonderes Vertrauen auf den Zaren hervorgehe. Obwohl Nikolaus dieses Vertrauen gern gerechtfertigt hätte, macht es ihn doch nur um so vorsichtiger. Wollte er den Einfluß auf Europa nicht verlieren und nicht in Widerspruch mit den übrigen Mächten geraten, deren Vertrauen er persönlich erst gewinnen mußte, so durfte er keinen offenen Schritt, noch dazu in einer innerdeutschen Angelegenheit, tun, der unter Umständen von den Mitgaranten der Verträge mißbilligt würde. Schon stand er mit Oesterreich auf gespanntem Fuß: Rußland gedachte gegen dessen Willen in den griechischen Aufstand einzugreifen; eben während der Anwesenheit Wredes in Petersburg verhandelte man mit Eng-

31. Wrede an Kg. Ludwig 19. III. 26 G. St. M. A. St. 93c.

32. Wrede an Nesselrode 15. III. 26 ebd.

land über einen Bund gegen die Türken. Wie hätte man sich mit einer Streitfrage befassen mögen, die Rußland gar nicht unmittelbar berührte. Rechnet man dazu die inneren Wirren des Dekabristenaufstandes, so begreift man die zurückhaltende Antwort des Zaren an König Ludwig: sein Bruder habe die Pfalzfrage schon gelöst und dieser Entscheidung, garantiert in heiligen Verträgen, könne er sich nicht entgegenstellen, so sehr er auch bedauere, zur Erfüllung der bayerischen Wünsche nicht beitragen zu können; für jede andere Sache stelle er seine Freundschaftsdienste gern zur Verfügung.³³ Mehr konnte Wrede nicht erreichen, trotz seiner energischen Gegenvorstellungen bei den Abschiedsaudienzen in den ersten Apriltagen. Wenigstens die Umarbeitung einer ersten Antwort hatte er durchgesetzt. Eine direkte Zusage lehnte Nesselrode entschieden ab, denn der Markgraf Leopold habe auch keine solche erhalten, übrigens diese ganze Sache überhaupt nicht weiter berührt. Um ja nichts zu versäumen, erbat Wrede nochmals eine besondere Audienz beim Zaren. Dieser hielt auch jetzt noch an den Verträgen von 1818/19 fest, durch die er leider gebunden sei, wenn sich nicht ein schriftlicher Vorbehalt Alexanders gegenüber dem Aachener Protokoll finde. Das war schon ein leises Entgegenkommen, wozu noch die Zusage kam, ein freundschaftliches Abkommen zwischen Bayern und Baden unterstützen zu wollen. Auch den Mitteln, die Bayern ergreife, um zum Ziel zu gelangen, wolle man sich nicht entgegenstellen. Im übrigen verwies Nikolaus auf Oesterreich, das die Verpflichtungen eingegangen habe.³⁴ Das wies den Weg in die Zukunft.

Wrede war mit dem Erfolg den Umständen nach zufrieden; er riet dem König eine ruhige, aber konsequente Verfolgung der Reversibilität der Rheinpfalz und der Erbfolge in Sponheim. Als ersten Schritt schlug er vor, auf seiner Rückreise den Gegenstand in Berlin zur Sprache zu bringen, nachdem er auf der Hinfahrt dort so freundschaftlich aufgenommen worden sei.³⁵ Der König war einverstanden und schickte auf Wredes Bitte geschichtliche

33. Kaiser Nikolaus an Kg. Ludwig 25. III. 26 G. H. M. IIA 13

34. Wrede an Kg. Ludwig 7. IV. 26 G. St. M. A. St. 93c.

35. Wrede an Kg. Ludwig 19. III. 26 G. St. M. A. St. 93c.

Erörterungen über Sponheim und Berichte über Entstehung und Nachspiel des Frankfurter Rezesses zur besseren Information des Berliner Kabinetts. Zur eigenen Unterrichtung erhielt Wrede die preußische Zirkularnote vom Frühjahr 1817, die Antwort auf die russische Mitteilung von dem Ende 1816 in Petersburg vorgelegten bayerischen Tauschplan.³⁶

Damals war Preußen noch für die Abtretung des Main-, Tauberkreises eingetreten; erst der Kongreß von Aachen hatte bei ihm jede Neigung zum Entgegenkommen beseitigt: es hielt die Schwierigkeiten für zu groß und die gewählte Lösung für die einzig mögliche.³⁷ Den bayerischen Protest gegen den Frankfurter Rezeß hatte Bernstorff, der leitende Minister in Preußen, ebenso wie Nesselrode, als nicht angekommen betrachtet und ihn seinem König gar nicht vorgelegt.³⁸ Die bedingungslose Aufrechterhaltung der Verträge blieb seitdem für Preußen selbstverständlich. Auch Wrede gab man bei seinem Besuch die Unhaltbarkeit der bayerischen Ansprüche mit Rücksicht auf die Verträge zu verstehen; man sehe nicht ein, „auf welchem Grund des Rechts oder der Angemessenheit die Mächte diese abändern sollten“. So weit äußerte man sich zu Wrede. Preußen hätte aber nichts dagegen gehabt, wenn Bayern und Baden sich über einen Tauschplan geeinigt hätten. Nur wenn Baden nicht zustimmte, hätte Preußen sich verpflichtet gesehen, es in Schutz zu nehmen. Eine gütliche Beilegung hätte ihm am meisten entsprochen; bei aller Rücksicht auf die Verträge wollte man sogar beim Tod des Großherzogs „unter Umständen, die es erlaubten, mit Vergnügen die Gelegenheit wahrnehmen auch der Konvenienz Bayerns diejenige Rücksicht und Teilnahme zu widmen, zu welchen die zwischen beiden Höfen so glücklich bestehenden Verhältnisse unausgesetzt auffordern müssen“. ³⁹ Wrede gegenüber hatte man sich jedoch auf allgemein freundschaftliche Versicherungen beschränkt, um Bayern nicht zu hoffnungsfreudig zu stimmen.

Der König, der sich noch anfangs April über die gute Aufnahme Wredes in Petersburg und seinen scheinbaren Erfolg

36. Kg. Ludwig an Wrede 5. IV. 26 ebd.

37. Kg. Friedrich Wilhelm an Kg. Ludwig 18. IX. 18 ebd. 93a.

38. Bernstorff an Rechberg 21. IX. 19 ebd. 93b.

39. Bernstorff an Küster 14. IX. 26 G. St. B. 33/I.

freudig geäußert hatte,⁴⁰ war nach dessen Rückkehr doch enttäuscht. Der kühle Empfang des Feldmarschalls, von dem der österreichische und der badische Gesandte zu berichten wußten,⁴¹ hinderte zwar nicht, daß er sofort zu einer neuen Mission, einer Reise zu Metternich ausersehen wurde; aber zu ihrer Durchführung kam es nicht, und nach außen hin jedenfalls schien der König sich von Wrede abzuwenden und nur den eben aus Paris zurückgekehrten bayerischen Gesandten Grafen Bray mit der Weiterführung der Angelegenheit zu betrauen. Bray war schon länger Ludwigs Vertrauter; bereits in der Kronprinzenzeit bekam er dessen Wünsche persönlich mitgeteilt. Am 5. April 1826 schrieb Ludwig eigenhändig an Bray und beauftragte ihn als ersten mit einer Fühlungnahme in Karlsruhe. Von Berstett war Bray während seines Aufenthalts in Paris im Februar 1826 zu einem Besuch in Baden aufgefordert worden.⁴² Der König sah darin eine günstige Gelegenheit und wies Bray an, dieser Einladung auf seiner Urlaubsreise nach München Folge zu leisten. Von sich aus, nicht im Namen des Königs, sollte er Berstett die Vorteile eines bei Lebzeiten des Großherzogs zu schließenden Abkommens vorstellen, bei welchem nur ein Teil der Pfalz, nämlich die alten Aemter Heidelberg und Ladenburg mit den Städten Heidelberg und Mannheim, abzutreten sei gegen einige nicht namentlich erwähnte bayerische Gebiete. Außerdem könne man dem Großherzog auch Geld anbieten, das ihm stets sehr willkommen sei. Den Schein, ein Abkommen abschließen zu wollen, sollte Bray vermeiden; aber wenn er doch ein solches bewirke, werde sich der König unaussprechlich freuen. Durch die Vorstellung des künftig ungestörten Besitzstandes Badens und der bayerischen Anerkennung der Hochberg'schen Thronfolge (damit wäre dann auch die Sponheimer Angelegenheit erledigt gewesen) hoffte Ludwig, Berstett für den Tauschplan zu gewinnen.⁴³ Aber das königliche Schreiben vom 5. April 1826 erreichte Bray nicht mehr in Paris, sodaß er, ohne es zu befolgen, Karls-

40. Kg. Ludwig an Wrede 7. IV. 26. G. H. M. 293a.

41. Fahnenberg an Berstett 8. V. 26 G. L. K. Spec. 1.
Trautmannsdorf an Metternich 10. V. 26 H. St. W. 169.

42. Bray an Kg. Ludwig 1. III. 26 G. St. M. MAIII Frankreich 17.

43. Kg. Ludwig an Bray 5. IV. 26 ebd P. A. 161.

ruhe passierte und Ende April zu gleicher Zeit mit Wrede in München anlangte.

Dieser hatte den russischen Hinweis auf Oesterreich, als eigentlichen Schuldner Bayerns, mitgebracht. Bereitwillig griff der König diesen Rat auf. Bray führte eine gewandte Feder und im Auftrag des Königs verfaßte er eine kurze Präzisierung der bayerischen Ansprüche auf die Pfalz und auf die Kontiguität, welche Oesterreich durch die Zahlung der jährlichen Rente selbst anerkenne. Dann wies er auf die Neigung des Königs zu einem freundschaftlichen Abkommen mit Baden hin, welches viele Verwicklungen vermeide, und bat um wirksame österreichische Intervention.⁴⁴ Jedes Wort war genau abgewogen, weil der König sich für den Fall des Mißlingens nicht binden wollte. Auf seinen ausdrücklichen Wunsch wurde Sponheim nicht erwähnt, damit es ihm offen stehe, beim Tod des Großherzogs das Aequivalent für dessen Anteil an Sponheim zu verlangen und dadurch die übrige Pfalz, die er jetzt nicht fordere, zu erhalten. Deshalb mußte Bray eine im ersten Entwurf enthaltene Stelle wieder streichen, die davon sprach, daß man im Falle eines friedlichen Abkommens von der Opposition gegen die Hochbergische Thronfolge abstehen werde.⁴⁵

Man beabsichtigte, Brays Entwurf durch Thürheim, den bayerischen Außenminister, an Metternich richten zu lassen und ihm dadurch offiziellen Charakter zu geben. Um Mittel und Wege zu einem solchen Abkommen zu besprechen, sollte Wrede den Fürsten Metternich bei dessen Badeaufenthalt in Ischl aufsuchen. Die Note sollte aber zugleich allen großen Kabinetten überreicht werden mit Begleitworten, die den Wunsch nach Beseitigung aller Unsicherheit und die Hoffnung auf Unterstützung der Mächte ausdrückten. Dadurch wäre die Rücksprache mit Oesterreich in den Hintergrund gedrängt und dem Vorhaben der Schein einer europäischen Angelegenheit gegeben worden. Der russische Gesandte Woronzew, der im Begriff stand, seine Urlaubsreise nach Petersburg anzutreten, sollte die Note seinem Kabinetten überbringen. Bray besprach sich mit ihm darüber, stieß

44. Entwurf vom Mai 26 ebd. A. St. 93c.

45. Kg. Ludwig an Bray 4., 5. V. 26 Archiv Irlbach.

aber auf entschiedene Ablehnung des geplanten Schrittes, der durchaus übereilt sei, nur unnötigen Alarm schlagen und den heftigsten Widerstand der Mächte, namentlich Preußens, hervorrufen werde; der König habe bisher alles getan, um sich bei den Regierungen in Mißkredit zu setzen, und diese Stimmung sei nicht so rasch zu beseitigen. Bray teilte diese Einwände dem König nicht mit, was Woronzew veranlaßte, Wrede zu warnen. Dieser, der schon von Petersburg aus zu Mäßigung und Zurückhaltung gemahnt hatte, machte dem König eindringliche Vorstellungen: auch alle bayerischen Minister seien dagegen. Obwohl Ludwig natürlich sehr aufgebracht war, gelang es Wrede doch, ihn zum Teil von seinem Plan abzubringen. Dennoch legte der König in der Abschiedsaudienz Woronzew seine Wünsche vor, mußte aber dieselbe Zurückweisung erfahren. Woronzew bewirkte, daß Ludwig den Plan der Zirkularnote, aber auch den Schritt bei Metternich aufgab.⁴⁶

Doch wollte der König wenigstens eine andere Anregung Rußlands befolgen. In Petersburg hatte Wrede absichtlich vermieden, mit den fremden Gesandten über seine Mission zu sprechen, um jedem Mißtrauen vorzubeugen. Nur mit England schien ihm die Gelegenheit zu einer Anbahnung günstig. Der Sieger von Waterloo, Wellington, der alte Waffenkamerad Wredes aus den Befreiungskriegen, war im Frühjahr 1826 gleichfalls in Petersburg anwesend, um über eine englisch-russische Front gegen die Türken zu verhandeln. Da er 1818 Wrede sein Bedauern ausgedrückt hatte, daß die Umstände die Erfüllung der bayerischen Rechte nicht erlaubten, und da sein Einfluß auf das englische Kabinett bekannt war, wandte sich Wrede vertraulich an ihn, sprach von den fortbestehenden Ansprüchen seines Königs und überreichte ihm die Mitte März an Nesselrode gerichtete Note über die Geschichte Sponheims, „um seine Aufmerksamkeit auf diese Dinge zu richten und um seine Stimme im Rate des englischen Königs der gerechten Sache Bayerns zu gewinnen“.⁴⁷

Diese Anknüpfung war Ludwig sehr willkommen. Darauf bezugnehmend beauftragte er anfangs Mai 1826 seinen Gesandten

46. Fahnenberg an Berstett 8. V. 26 G. L. K. Spec. 1.

Küster an Bernstorff 14. V. 26 G. St. B. 33/I.

47. Wrede an Wellington 4. IV. 26 G. St. M. A. St. 93c.

in London, Freiherrn von Cetto, Canning mitzuteilen, daß er an dem Protest seines Vaters gegen die ungenügende Ausführung der Versprechungen von 1815 festhalte, daß er aber zu einem friedlichen Abkommen für den Fall des Todes des regierenden Großherzogs stets bereit sein werde.⁴⁸ Cetto überreichte Ende Mai Canning eine Note in diesem Sinn, sprach genau wie seinerzeit Wrede zu Nesselrode, von dem unglücklichen Zusammentreffen der Umstände beim Aachener Kongreß und bat, eine voreilige Entscheidung beim Ableben des Großherzogs ohne Rücksprache mit dem bayerischen König zu unterlassen. Er appellierte an das englische Rechtsgefühl: Bayern habe sich damals nur auf allseitigen Wunsch um des europäischen Friedens willen mit einem bloßen Protest begnügt.⁴⁹

England hatte 1819 die bayerische Verwahrung zurückgewiesen mit der Begründung, daß der einstimmige Beschluß der Mächte eine Erfüllung der bayerischen Wünsche leider unmöglich mache.⁵⁰ 1826 war England stark mit inneren finanziellen Sorgen, mit der griechischen und der portugiesisch-brasilianischen Frage beschäftigt; es ist nicht verwunderlich, daß Canning die Vorstellungen Cettos mit einer einfachen Empfangsbestätigung quittierte.⁵¹ Daß Cetto sie dem König als Erfolg hinstellte, weil sie sich jeden Einwands enthalte,⁵² war schönfärbender Eifer; in Wirklichkeit lag England diese Angelegenheit damals ganz fern.

III.

Das Anpochen bei drei großen europäischen Mächten war fehlgeschlagen. Jetzt erst wandte sich Ludwig, wenn auch nur allmählich vorwärtstastend, zum Nächstliegenden, an den Staat, an den ihn geographische Lage seines Landes, völkische und dynastische Verwandtschaft und nicht zuletzt Verträge wiesen: an Oesterreich. Bayern war eben schon zu oft von dem Nachbarn enttäuscht worden, so daß man es vorgezogen hatte, vor

48. Kg. Ludwig an Cetto 7. V. 26 ebd.

49. Cetto an Canning 23. V. 26 ebd.

50. Castlereagh an Rechberg 22. X. 19 ebd. 93b.

51. Canning an Cetto 12. VI. 26 ebd. 93c.

52. Cetto an Kg. Ludwig 16. VI. 26 ebd.

einer Anfrage in Wien andere, möglicherweise erfolgreiche Wege einzuschlagen. Es ist das uralte Schicksal der bayerischen Stammesstaaten seit ihrer Trennung 1156, daß sie als Rivalen eifersüchtig über ihre Größe und Unabhängigkeit wachten, mißtrauisch ihre Handlungen verfolgten und doch durch die Bande des Blutes und der Geschichte immer wieder zueinander geführt wurden und aufeinander angewiesen waren. Für Oesterreich verschärfte sich der Zwiespalt, seit es, von der Spitze des Reiches verdrängt, doch seine führende Rolle aufrechterhalten wollte.

Durch die Anfrage in Rußland, diese Bevorzugung eines außerdeutschen Staates war Oesterreichs ursprüngliches Mißtrauen gegen die Absichten des neuen Königs nur noch vermehrt worden. Aber Rußland verwies nun selbst auf Oesterreich und beschwichtigte sogar dessen Sorge.⁵³ Namentlich Woronzew stellte in München immer wieder Oesterreich als den einzig möglichen Verhandlungspartner für Bayern hin.⁵⁴ In Wien wurde man schließlich durch die russische Behandlung der Angelegenheit beruhigt und erklärte sogar die Antwort des Zaren als „wirklichen Dienst an Europa und an Bayern“.⁵⁵

Noch zögerte der König. Die engen badisch-österreichischen Beziehungen waren ihm nicht unbekannt. Seit Berstett, von liberalen Bestrebungen geheilt, ins reaktionäre Fahrwasser eingelenkt hatte, war er von Metternich mit offenen Armen aufgenommen worden und man mußte mit ihrer Zusammenarbeit rechnen. Ob Ludwig mit dem baldigen Tod des Kaisers Franz und Aenderung des Systems Metternichs rechnete, läßt sich aus den bayerischen Archiven nicht feststellen; jedenfalls wurden ihm vom Münchner Diplomatenkorps solch „verbrecherische Hoffnungen“ unterschoben, und in Wien machte die Mitteilung davon nicht den günstigsten Eindruck.⁵⁶ Der Kaiser war im Frühjahr 1826 tatsächlich schwer krank, und sein Ableben stand zu befürchten. Dadurch wurde eine schon länger geplante Zusammenkunft zwischen den beiden Monarchen hinausgeschoben. Die Kaiserin,

53. Nesselrode an Tatitscheff 29. VII. 26 H. St. W. 169.

54. Trautmannsdorf an Metternich 10. V. 26 ebd.

55. Metternich an Bombelles 11. IX. 26 ebd.

56. Trautmannsdorf an Metternich 14. V. 26 ebd.

Fahrenberg an Berstett 17. V. 26 G. L. K. 1A2 34.

die Schwester Ludwigs, hatte ein solches Treffen gewünscht und angeregt. Sie liebte ihren Bruder zärtlich und war sehr um dessen Rechtfertigung in der Welt besorgt, da sein stürmischer Charakter oft einen ganz falschen Eindruck von ihm gebe.⁵⁷ Wahrscheinlich veranlaßten nur solche Beweggründe, nicht hochpolitische Zwecke, wie man an den europäischen Höfen vermutete, die Begegnung, die schließlich am 26. Juni 1826 in Lambach stattfand.

Den Anstoß zu einem offiziellen Anpacken der Angelegenheit gab erst eine freundschaftliche Aufforderung Metternichs an Wrede, mit ihm im Laufe des Sommers zusammenzutreffen.⁵⁸ Wrede hielt sich jährlich längere Zeit auf seinem Landsitz in Mondsee auf. Nicht weit davon in Bad Ischl wollte der österreichische Kanzler die Kur gebrauchen. Die Gelegenheit zu einer Aussprache schien günstig und Wrede wurde im Juli vom König damit beauftragt.⁵⁹ Zuvor besuchte Metternich sein Stammgut Johannisberg am Rhein und Ludwig stellte es Wrede frei, noch vor der Besprechung in Ischl, auch dorthin zu reisen, falls er es für förderlich halte. Wrede lehnte diese Fahrt ab, weil sie in ganz Süddeutschland zu viel Aufsehen erregen würde.⁶⁰ Statt dessen konnte der König selbst Metternich von der Pfalz sprechen, als dieser dem Monarchen in Aschaffenburg seine Aufwartung und Ludwig kurz darauf Gegenbesuch auf dem Johannisberg machte. Kurz zuvor hatte er bei einem Ausflug vom Altenberg aus, „wie Moses von der Höhe das gelobte Land“, Mannheim und den Weinheimer Berg erblicken können.⁶¹ Dazu waren aus dem benachbarten badischen Landesteilen zahlreiche Bewohner zu seiner Begrüßung herbeigeeilt, wie er später versicherte, nicht auf seinen eigenen Wunsch hin, sondern auf Veranlassung der Fürsten Löwenstein.⁶² Die empfängliche Seele Ludwigs war dadurch mit neuer Sehnsucht erfüllt worden, die ihn besonders nachdrücklich zu Metternich sprechen und zum

57. Kaiserin Charlotte an Kg. Ludwig 19., 29. IV., 30. IV. 26 G. H. M. IIA 8/1.

58. Metternich an Wrede 23. V. 26 ebd. 293i.

59. Kg. Ludwig an Wrede 28. VII. 26 ebd. 293a.

60. Wrede an Kg. Ludwig 4. VIII. 26 ebd. IIA 17.

61. Kg. Ludwig an Wrede 15. VIII. 26 G. H. M. 293a.

62. Wrede an Metternich 7. X. 26 H. St. W. 169.

ersten Mal auch seine Geneigtheit zu einem T a u s c h betonen ließ.

In Petersburg hatte Wrede dieses Mittel absichtlich nicht berührt, um es als letzten Ausweg übrig zu behalten. Auch lehnte er als Mitglied der Ständekammer eine Abtretung bayerischer Landesteile ab, womit sich die Gebietsforderung an ein Land mit der gleichen Verfassung freilich schlecht vereinbaren ließ. Jetzt aber hoffte der König durch den Vorschlag eines Landtausches vorwärts zu kommen. Aus taktischen Gründen erwähnte er die Nachteile seines nichtzusammenhängenden Gebietes nicht und gab auch Wrede dieselbe Weisung.⁶³ Metternich stellte die österreichischen Verpflichtungen als erledigt hin; auch ein Tausch werde an dem Widerstand der Gegenseite und aller dabei interessierten übrigen Mächte scheitern. Wenigstens rang Ludwig dem Kanzler das Versprechen ab, dem Kaiser die Sache vorzutragen und sie auf seiner Rückreise in Karlsruhe anzuschneiden.⁶⁴

Dort sah man den Besuch Metternichs ohne Bangen entgegen. Man besaß genügend Versicherungen der österreichischen Freundschaft, um keine ernstliche Mahnung zu befürchten.⁶⁵ Schon immer hatte Oesterreich versprochen, sich einem bewaffneten Vorgehen Bayerns entgegenzustellen. Immerhin wünschte es, die Sache aus der Welt geschafft zu sehen. Deshalb trat Metternich in Karlsruhe für ein freundschaftliches Abkommen ein, da Bayern seine Ansprüche doch aufrecht erhalten werde. Er gab sogar zu, daß Oesterreich 1818 in Aachen nur überstimmt worden sei und bis dahin die bayerischen Forderungen unterstützen zu müssen geglaubt habe. Der Großherzog berief sich auf die Verträge von Aachen und Frankfurt, deren Aenderung auch nach Metternich das Ansehen und die Ruhe der europäischen Mächte schädigen könne. Einem gerechten Tausch zeigte sich der Großherzog nicht abgeneigt, wies aber darauf hin, daß ein solcher am Widerspruch der Stände scheitern werde. Eine völlige Absage erfuhr Metternich bei Berstett, den er auf seinem Landgut Wattalden bei Ettlingen aufsuchte.⁶⁶

63. Kg. Ludwig an Wrede 15. VIII. 26 G. H. M. 293a.

64. Metternich an Bombelles 11. IX. 26 H. St. W. 169.

65. Tettenborn an Berstett 17. III., 31. V. 26 G. L. K. Spec. 24.

66. Metternich an Bombelles 11. IX. 26 H. St. W. 169.

Mit diesem Ergebnis kam Metternich Mitte September 1826 zu Wrede nach Mondsee und legte ihm auch seine Zweifel an einer Tauschmöglichkeit vor. Der Feldmarschall hatte längst die Aussichtslosigkeit dieses Planes erkannt. Deshalb beharrte er nicht auf unbedingter Durchführung der bayerischen Rechte, wenn er auch daran erinnerte, sondern lenkte Metternichs Aufmerksamkeit auf Sponheim, worüber er ihm ein knappes Exposé vorlegte. Dem Kanzler war diese Angelegenheit neu, doch hielt er sie nach kurzem Ueberblick für rechtlich begründet und stellte vermittelnde Einsprache des Kaisers in Karlsruhe in Aussicht.⁶⁷ Nach Wien zurückgekehrt, erstattete Metternich Immediatbericht über die Eindrücke und Unterredungen seiner Gesamtreise und Kaiser Franz schloß sich seinen Ansichten an. In einem Schreiben an Wrede vom 29. September 1826 legte daraufhin Metternich Oesterreichs Haltung im Pfalzstreit in ihren wesentlichen Zügen fest. Man wünsche wohl, so hieß es, ein gütliches Abkommen zwischen Bayern und Baden; aber man verkenne den Abstand nicht, welcher oft zwischen dem Rechtsbegriff und der Möglichkeit in der Ausführung bestehe. Namentlich die konstitutionelle Abhängigkeit der badischen Regierung scheine dem Kaiser ein „nach Rechtsprinzipien wohl nicht zu beseitigender Anstand“. Ebenso wünsche man eine Ausgleichung über Sponheim noch zu Lebzeiten des regierenden Großherzogs, da man künftigen Streitfragen stets durch die baldige Beseitigung des Streitobjektes vorbeugen solle.⁶⁸ Diese Stellungnahme wurde maßgebend für die ganze Linie, welche Oesterreich im weiteren Verlauf verfolgte. Sie entsprang aus der Gebundenheit der österreichischen Politik an die Bestimmungen der europäischen Mächte, aus ihrem Verhältnis zu den beiden streitenden Bundesstaaten, zum Bunde selbst und zur anderen deutschen Großmacht. Zwiespältigkeit und der Versuch, beiden Seiten gerecht zu werden, war ihr von Anfang an eigen. Deshalb ist der später des öfteren erhobene Vorwurf widerwärtigen Parteiwechsels oder unerfüllter Versprechungen nicht gerechtfertigt. Es war der Fehler der bayerischen Politik, daß sie die Haltung Oesterreichs nicht von vornherein in ihrer

67. Metternich an Berstett 4. X. 26 G. L. K. Spec. 25.

68. Metternich an Wrede 29. IX. 26 H. St. W. 169.

unvermeidlichen Doppelseitigkeit erkannte, sondern sich an vage entgegenkommende Worte klammerte und daraufhin Taten erhoffte.

Dem Minister Berstett, dem durch den Kanzler eine Abschrift seines Briefes an Wrede zugeht, erteilte Metternich den Rat, sich weiterhin passiv zu verhalten und, falls eine günstige Gelegenheit bezüglich Sponheims sich zeige, diese Angelegenheit zu bereinigen, da sie den „Charakter einer zu regelnden Sache“ trage.⁶⁹

Gleichzeitig versprach er in einem vertraulichen Schreiben an Wrede Oesterreichs Hilfe zu einem Vergleich über Sponheim: „Kann von Oesterreichs Seite etwas dazu beigetragen werden, so wird dies sicher geschehen“. Dabei vermischte er diese Frage mit dem Rückfall der Pfalz, während Bayern bisher Beides getrennt behandelt hatte: „Gäbe es jemals eine Möglichkeit, daß der Wunsch des Königs sich realisieren könnte, so wäre es sicher tunlich, wenn derselbe als ein Ausgleichmittel über Sponheim angebracht würde“.⁷⁰ Damit hatte Metternich der bayerischen Pfalzpolitik einen neuen Weg gewiesen, der auch ihm sehr gelegen war zur endlichen Beseitigung der früher an Bayern gegebenen Versprechungen.

Noch ehe Metternichs Schreiben, das diese Wendung anbahnte, dem König vor Augen kam, versuchte dieser noch einmal, Metternich für die Pfalzsache zu gewinnen: „C'est avec elle que je me couche, je me lève avec elle, elle est identifiée avec moi“, schrieb er am 2. Oktober 1826 an den Kanzler und schmeichelte ihm: „Si le Prince de Metternich le veut, cela se peut et cela sera“.⁷¹ Diesen Brief überbrachte Graf Bray, den Ludwig sofort, als er von dem Ergebnis der Unterredung am Mondsee hörte, nach Wien sandte. Bray betrachtete die Angelegenheit leichter als Wrede und unterhielt den König mit angenehmen Täuschungen.⁷² So erschien er Ludwig als der geeignete Mann, seine Wünsche dauernd in Wien zu vertreten. Er berief ihn auf den dortigen Gesandtschaftsposten, der schon längere Zeit leer stand. Da Bray in Paris seine Dienste noch nicht abgeschlossen hatte,

69. Metternich an Berstett 4. X. 26 G. L. K. Spec. 2b.

70. Metternich an Wrede (vertraulich) 29. IX. 26 H. St. W. 169.

71. Kg. Ludwig an Metternich 2. X. 26 ebd.

72. Wrede an Metternich 12. X. 26 ebd.

ging er anfangs Oktober 1826 nur zur Vorbereitung seines künftigen Aufenthalts für vier Tage nach Wien.

Dabei sollte er aber offiziell bei Metternich wegen des Rückfalls der Pfalz und der Kontiguität vorstellig werden. Metternich entwickelte ihm dieselben Ansichten wie Wrede gegenüber, nur betonte er dieses Mal, daß man einen günstigeren Zeitpunkt, z. B. den Todesfall des Großherzogs, abwarten müsse; denn jetzt werde Baden bestimmt jedes Abkommen ablehnen.⁷³ Schriftlich drückte Metternich dem König sein Bedauern aus, daß die allgemeinen Umstände die Befriedigung seines Wunsches zur Zeit nicht erlaubten, wobei gegen das Prinzip einer Vereinbarung nichts eingewendet werden könne; aber auch er, Metternich, könne leider nicht immer so, wie er wolle.⁷⁴ Der Kanzler hatte auch den Grafen Bray auf Sponheim verwiesen, das ohne Schwierigkeiten aufzugreifen sei und die Pfalzfrage erleichtern könne.⁷⁵ Deshalb war Bray voll guten Muts. Wenn er auch seit seinem Wiener Besuch den Tauschplänen skeptisch gegenüberstand, so vertraute er doch auf Oesterreich und teilte dem König diesen Glauben mit.

Ludwig wie sein Minister schrieben dankerfüllt an Metternich. Thürheim empfahl Sponheim seiner besonderen Aufmerksamkeit, da der König in einer kräftigen Intervention Oesterreichs die wirksamste Förderung eines glücklichen Ergebnisses erblicke.⁷⁶ Ludwig selbst beschwor Metternich: „Sie kennen ihn, diesen glühenden Wunsch, der mich seit nahezu einem Vierteljahrhundert beschäftigt. Sie kennen das Gespenst, bannen Sie es!“⁷⁷ Dieser Satz knüpfte an eine Wendung Metternichs im Gespräch mit Wrede an von dem wandelnden Gespenst der Reversibilität der Pfalz, das er sehr zu beseitigen wünsche.⁷⁸ Metternich stand nicht an, Ludwigs Aeüßerungen ironisierend dem badischen Gegner mitzuteilen. Gleichzeitig legte er aber in Karlsruhe nahe, sich einem freundschaftlichen Abkommen nicht zu

73. Bray an Wrede 14. X. 26 ebd.

74. Metternich an Kg. Ludwig 9. X. 26 ebd.

75. Bray an Wrede 14. X. 26 ebd.

76. Thürheim an Metternich 25. XI. 26 ebd.

77. Kg. Ludwig an Metternich 25. XI. 26 ebd.

78. Wrede an Kg. Ludwig 18. X. 26 G. St. M. A. St. 93c.

verschließen, wenn Bayern sich an Baden wende; jedoch hoffe er, daß dies nicht geschehe.⁷⁹

Nach außen stand der König, scheinbar überzeugt von Metternichs Einwänden, die auch Bray bei seiner Rückkehr unterstützte, vorläufig von der weiteren Verfolgung der Pfalzwünsche ab. Der Verzicht wurde gesprächsweise dem diplomatischen Korps in München mitgeteilt und löste dort lebhaftere Ueberraschung aus.⁸⁰ Die Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Mitteilung wurden auch bald gerechtfertigt, als man plötzlich in der Oeffentlichkeit von der Sponheimer Frage hörte, deren wahre Hintergründe für jedermann natürlich sofort durchsichtig waren.

Als Metternichs Schreiben vom September 1826 eingelaufen waren, hatte Wrede dem König eine direkte Verhandlung mit Baden wegen Sponheims unter Vermeidung jeglichen Aufsehens vorgeschlagen; dies könne dann allmählich auf den Rückfall der Pfalz hinführen. Ein Empfehlungsschreiben des österreichischen Kabinetts, das die Ausgleichung befürwortete, wollte Wrede von Metternich erbitten; falls der König keinen geeigneten Mann fände, wolle er selbst diese Mission übernehmen, da er von seinem Gute Langenzenn aus Berstett unauffällig zu einer vertraulichen Besprechung auffordern könne.⁸¹ Als aber Wrede von der Sendung Brays nach Wien hörte, bat er sofort den König, Bray die Verhandlungen mit Berstett zu übertragen, und Ludwig befahl, daß Bray auf der Rückreise nach Paris unauffällig in Karlsruhe vorsprechen solle. Ein Empfehlungsschreiben Metternichs hielt er dazu nicht für nötig. Wrede wurde vom König gebeten, Bray in alles einzuweihen.⁸² Damit wollte Ludwig wohl zeigen, daß er Wrede noch nicht ganz in den Hintergrund stellte, wenn ihm auch dessen klare und deutliche Sprache nicht immer angenehm war. Zur allgemeinen näheren Orientierung verfaßte der Ministerialrat Flad auf Wunsch des Königs eine „Kurze Darstellung über Sponheim“⁸³

79. Metternich an Berstett 12. X. 26 H. St. W. 169.

80. Fahnenberg an Berstett 16. X. 26 G. L. K. Spec. 1.

Alleye de Cyprès an Damas 16. X. 26 Chroust S. 46.

81. Wrede an Kg. Ludwig 7. X. 26 G. H. M. IIA 17.

82. Kg. Ludwig an Wrede 10. X. 26 ebd. 293c.

83. G. St. M. A. St. 93c.

Auftragsgemäß unterbrach Bray Ende Oktober seine Reise in Karlsruhe. Er teilte Berstett mit, daß man vorläufig die Pfalzangelegenheit aufgeben wolle, da ein freies Abkommen unerreichbar sei und der König nie einen anderen Weg einschlagen werde; vielleicht könne man durch unvorhergesehene künftige Ereignisse das gewünschte Ziel zur beiderseitigen Befriedigung erreichen. Mißtrauisch nahm Berstett die Eröffnungen Brays über Sponheim auf, da er die eindeutige Anerkennung der Hochbergischen Erbfolge in Gefahr sah; denn Bayerns Hintergedanke war natürlich, daß die badische Dynastie nach seiner Auffassung bald erlöschen werde. Auch Berstett betrachtete die Surrogatsbestimmung als offene Frage und erklärte sich zur Wiederaufnahme der 1807 abgebrochenen Verhandlungen bereit; nur lehnte er jede Vermischung mit der anderen Gebietsangelegenheit ab, womit sich Bray einverstanden zeigte. Die Auseinandersetzung über den Zeitpunkt des Surrogatanfalls, über den Bayern ganz falsch denke, behielt Berstett den offiziellen Verhandlungen vor, bei welchen die einschlägigen Aktenstücke vorlägen.⁸⁴

Bray hatte sich von dieser ersten Fühlungnahme nicht mehr erwartet; die Hauptsache schien ihm, daß Baden aufmerksam gemacht würde auf das Vorhandensein noch anderer Ansprüche und auf den Willen Bayerns, sie zu verfolgen.⁸⁵ Für Baden war es jetzt wichtig, die Erbfolgefrage streng getrennt von der Sponheimer Angelegenheit zu halten. Ehe Berstett in Unterhandlungen eintrat, suchte er aus Berlin und Wien Versicherungen zu erhalten, daß die Erbfolge in allen Teilen des Landes nicht in Zweifel zu ziehen sei. Zur Orientierung übersandte er ein kurzes Exposé über Sponheim, das er seinerzeit auf den Wiener Ministerkonferenzen 1820 auf den bayerischen Protest hin vorgelegt hatte. Grundsätzlich stellte Berstett Badens Abneigung gegen Austausch der Pfalz fest. Zum ersten Male legte er durch seinen Gesandten Frankenberg offiziell diese Angelegenheit Preußen vor.⁸⁶ Dieses hatte bisher absichtlich keine Anregung in Karlsruhe gegeben, da man es am liebsten gesehen hätte, wenn die beiden Gegner sich

84. Berstett an Tettenborn 28. XI. 26 G. L. K. Spec. 24.

Bray an Kg. Ludwig 30. X. 26 G. St. M. A. St. 93c.

85. Bray an Wrede 14. X. 26 H. St. W. 169.

86. Berstett an Frankenberg 6. XI. 26 G. L. K. Spec. 30.

ohne fremde Hilfe gütlich geeinigt hätten;⁸⁷ doch war Baden durch die freundschaftlichen Beteuerungen des preußischen Gesandten, Freiherrn von Otterstedt, über die preußische Haltung genügend beruhigt. Der Besuch Brays ließ jetzt eine offene Aussprache mit Berlin zweckdienlich erscheinen. Die badischen Erwartungen wurden auch nicht getäuscht. Bernstorff versicherte die rege Teilnahme seiner Regierung und des Königs an dem badischen Geschehe.⁸⁸ Bei Metternich bedankte sich Berstett in einem persönlichen Schreiben mit überschwänglichen Worten für dessen kräftige Unterstützung, dank welcher man in Bayern von dem Pfalzprojekt abgekommen sei.⁸⁹ Metternich enthielt sich ebenso wie auf die letzten bayerischen Schreiben, die ihn zu gleicher Zeit erreichten, der Antwort und hatte sich damit für kurze Zeit dem peinlichen Zwiespalt entzogen.

Gerüchte von diesen badischen Schritten drangen nach München. Ludwig sah darin eine Gefahr und vermutete mehr dahinter, als sie bedeuteten. Deshalb erhielten die bayerischen Gesandten den Befehl, Badens Tun und Treiben an den fremden Höfen zu überwachen und wo möglich zu durchkreuzen.⁹⁰

IV.

Ehe sich aber der König endgültig auf Sponheim als Ansatzpunkt seiner eigentlichen Absichten zurückzog, wagte er noch einmal ohne Umschreibung sein Ziel anzugeben und zwar ohne Befragen maßgebender Persönlichkeiten. Schon bisher waren alle Schritte aus Ludwigs eigener Initiative erfolgt. Er kannte die Abneigung seiner Minister, namentlich Thürheims. Dieser hielt die Erwerbung der Pfalz durch Tausch für durchaus unpopulär, den bayerischen Interessen wenig entsprechend, unterschätzte die badische Abneigung nicht und trat für Zuwarten auf günstigere Zeiten ein.⁹¹ In gewissem Sinne wurde er darin seit der zweiten

87. Bernstorff an Otterstedt 15. X. 26 G. St. B. 33/I.

88. Bernstorff an Frankenberg 18. XI. 26 G. L. K. Spec. 30.

89. Berstett an Metternich 28. XI. 26 ebd. Spec. 25.

90. Thürheim an alle bayer. Gesandten 10. XII. 26 G. St. M. A, St. 93c.

91. Wolf an Metternich 20. IX. 26 H. St. W. 169.

Fahnenberg an Berstett 18. IX. 26 G. L. K. 1A2 34.

Hälfte des Jahres 1826 von Wrede unterstützt, der auch vor Ueberstürzung warnte und sich vor allem gegen einen Tausch mit rechtsrheinischen Gebieten wandte. Wo aber der König den Widerstand seiner Minister nicht überwand, stand er nicht an, selbständig sein Glück zu versuchen. Thürheim und sein Ministerium waren unbeteiligt an den Herbstverhandlungen des Jahres 1826; lediglich mit der Abfassung des Dankschreibens an Metternich wurde er betraut.

Nach dem Fehlschlage der Missionen Brays in Wien und Karlsruhe richtete sich des Königs Hoffnung auf eine vertrauliche Fühlungnahme mit dem Großherzog unter Ausschaltung des badischen Ministeriums. Denn er war unterrichtet, daß Berstett und sein Vertrauter, der Rittmeister Hennenhofer, die handelnden Persönlichkeiten waren und der Großherzog, mehr mit sinnlichem Vergnügen, als politischen Dingen beschäftigt, nur von ihnen zu energischem Auftreten angespornt wurde. Berstett hielt eine Landabtretung für unvereinbar mit den Aufgaben seines Amtes. Die Verhältnisse lagen demnach hier umgekehrt wie in Bayern.

Als Mittelsmann zwischen ihm und dem Großherzog schien dem König Fürst Karl Friedrich von Löwenstein-Wertheim sehr geeignet. Seine in Bayern und Baden liegenden Besitzungen waren infolge der Zollschranken wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, die der König genau kannte; der Fürst hatte persönliches Interesse, unter der Oberhoheit eines einzigen Gebieters zu stehen. In einem persönlichen Schreiben entwickelte Ludwig ihm seinen Plan: Löwenstein sollte auf irgend eine vertrauliche und zuverlässige Weise die Geneigtheit des Großherzogs zu einem Gebietsaustausch oder -kauf erkunden.⁹² Löwenstein setzte sich mit dem Würzburger Bankier Hirsch ins Benehmen, der viele geschäftliche Beziehungen in Karlsruhe hatte und so den Schein einer offiziellen Sache beseitigen konnte. Durch den Karlsruher Bankier Haber und den Salm'schen Domänenndirektor Serger, der öfters in Sachen seiner Standesherrschaft an den großherzoglichen Hof kam, brachte Hirsch im Dezember 1826 den Wunsch des bayerischen Königs nach Herstellung freundschaftlicher Bezie-

92. Kg. Ludwig an Löwenstein G. L. K. Spec. 3.

hungen durch Tausch von Land und Leuten an den Großherzog. Dieser ließ nach Vollmachten fragen; da Hirsch keine besaß, erhielt er auch keine Antwort.⁹³ In der Folge sollte Haber die badische Stimmung auskundschaften und die bayerische Angelegenheit betreiben. Er versprach es erst, machte dann aber Ausflüchte und weigerte sich, ohne eigene Instruktion etwas zu unternehmen. Daraufhin schlug Löwenstein dem König vor, auf geradem Wege vorzugehen: er wolle selbst beim Großherzog schriftlich oder mündlich vorsprechen.⁹⁴ Der König griff diesen Vorschlag bereitwillig auf und legte seine Wünsche genau fest.⁹⁵ Löwenstein bestärkte ihn darin, indem er ihm mitteilte, daß nach Berichten Sergers der Großherzog Anträge entgegennehmen wolle, jedoch auf geheimem Weg, um nicht dem Widerstand Berstetts ausgesetzt zu sein. Löwenstein war über die hohen Forderungen des Königs, — er wünschte die Aemter Mannheim, Heidelberg, Ladenburg, Weinheim, Schwetzingen, Wiesloch, Neckargemünd, Wertheim und noch einige mittelbare Orte aus dem Neckar- und Tauberkreis gegen Abtretung linksrheinischer und fränkischer Gebiete, — einigermaßen bestürzt, da er die Unausführbarkeit dieses Planes voraussah, versprach aber, alles zu versuchen.⁹⁶

Im März 1827 begab er sich nach Karlsruhe und bat den Großherzog schriftlich um eine Audienz, da er sich verpflichtet fühle, diesem die gelegentlich geäußerten Wünsche des bayerischen Königs zur Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses mitzuteilen; zur Bestätigung legte er den Brief Ludwigs bei, der im Herbst 1826 die ganze Fühlungnahme eingeleitet hatte.⁹⁷ In der Audienz setzte Löwenstein die militärischen und wirtschaftlichen Vorteile eines Ländertausches auseinander. Trotz freundlicher Aufnahme bestritt der Großherzog entschieden jeden Rechtsanspruch. Dasselbe tat der Direktor der katholischen Kirchenkommission Engesser, mit dem Löwenstein schon vorher verhandelt hatte und den er nachher zu einer günstigen Beein-

93. Löwenstein an Kg. Ludwig 31. XII. 26 G. H. M. ARO 25.

94. Löwenstein an Kg. Ludwig 8. II., 20. II. 27 ebd. ARO 30.

95. Kg. Ludwig an Löwenstein 26. II. 27 ebd. ARO 25.

96. Löwenstein an Kg. Ludwig 8. III. 27 ebd.

97. Löwenstein an Gh. Ludwig 25. III. 27 ebd. ARO 30

flussung des Großherzogs gewinnen wollte; er bot ihm sogar zwei Millionen Gulden für des Großherzogs uneheliche Kinder an, was jener als unmöglichen Vorschlag zurückwies. Sie vereinbarten schließlich, daß Löwenstein in einem neuen Schreiben an den Großherzog die Gebietswünsche des Königs genau formulierte und als persönliches Begehren Ludwigs hinstellte, durch dessen Erfüllung aller Streit über die Erbfolgefrage beglichen werden könne.⁹⁸ Der Großherzog aber hielt es für unter seiner Würde, auf so hochgespannte Forderungen einzugehen, deren Annahme nach einem Erkaufen der Erbfolge ausgesehen hätte. Er betrachtete den zweiten Brief Löwensteins⁹⁹ als nicht erhalten und antwortete nur auf sein erstes Schreiben: auch er wünsche ungetrübte nachbarliche Verhältnisse, aber er kenne keine rechtlich erforderliche Ausgleichung, da die bekannten Territorialansprüche schon erledigt seien und das Gleiche von der wenig erheblichen und auch gar nicht strittigen Sponheimer Angelegenheit bald zu erhoffen sei.¹⁰⁰

Mit dem fehlgeschlagenen Antrag Löwensteins war viel verdorben, vor allem die badische Stimmung noch verschlechtert worden. Berstett, vom Großherzog ins Vertrauen gezogen, teilte den badischen Gesandten an sämtlichen Höfen den Verlauf der Mission in möglichst drastischen Farben mit und versuchte die Kabinette gegen die plumpen bayerischen Mittel aufzubringen.¹⁰¹ Dringende Vorstellungen¹⁰² Anstetts, des russischen Gesandten in Frankfurt und vertrauten Freundes Berstetts, der ihm als erstem Löwensteins Machenschaften mitteilen ließ,¹⁰³ hatten Berstett veranlaßt, Metternich¹⁰⁴ und Otterstedt,¹⁰⁵ und durch diesen dem preußischen Kabinett in bewegten Worten die große militärische Gefahr einer bayerischen Kontiguität auszumalen und um erneute

98. Löwenstein an Kg. Ludwig 6. IV. 27 ebd.

Badische Notiz zur Erläuterung der Löwensteinschen Negotiation 31. III. 27 G. L. K. Spec. 3.

99. Löwenstein an Gh. Ludwig 27. III. 27 ebd.

100. Gh. Ludwig an Löwenstein 27. III. 27 ebd.

101. Berstett an alle badische Gesandten 19. IV. 27 ebd. Spec. 4, 24, 30.

102. Blittersdorf an Berstett 3. IV. 27 ebd. Spec. 47.

103. Berstett an Blittersdorf 1. IV. 27 ebd.

104. Berstett an Metternich 20. IV. 27 ebd. Spec. 25.

105. Berstett an Otterstedt 19. IV. 27 ebd. 31.

Versicherung zugunsten der Staatsverträge zu bitten. Anstatt selbst benachrichtigte Petersburg. Solche Vorstellungen verstärkten die ablehnende Haltung der Mächte gegen Bayern. Bisher hatte Berstett seinen Gesandten absichtlich Ruhe und Zurückhaltung anbefohlen, um den König ungeduldig zu machen und zu unklugen Schritten zu verleiten;¹⁰⁶ dieser Taktik war Ludwig mit der Sendung Löwensteins entgegengekommen. Aus ähnlichen Gründen ließ Berstett auch Gerüchte von Gewaltmaßnahmen und Aufwiegelung badischer Untertanen unerwähnt; seine Versicherung, von Bayern nie etwas anderes, als freundschaftliche Verhandlungen erwartet zu haben,¹⁰⁷ sollte höchste Sorglosigkeit vorspiegeln. Gelang es, Bayern zu einem Gewaltstreich zu verführen, so war man sich der Unterstützung sämtlicher Mächte, die das Recht und den Besitzstand Badens geschaffen hatten, sicher.

Ludwig war sich, wie zu Anfang seiner Regierung, auch jetzt klar über die Unmöglichkeit eines bewaffneten Schrittes oder auch einer planmäßigen Revolte.¹⁰⁸ Ebenso aussichtslos hatten sich im letzten Jahr die offiziellen wie vertraulichen Verhandlungen mit den Mächten und mit Baden erwiesen. Noch blieb die Möglichkeit einer Einigung über Sponheim. Beide Parteien griffen jetzt diesen Umweg auf, die eine in der Hoffnung, über Sponheim ihr eigentliches Ziel zu erlangen, die andere im Glauben, damit die Wünsche des Gegners für alle Zeiten zu befriedigen.

106. Berstett an Fahrenberg 30. VII. 26, 16. X. 26 ebd. IA2 33, Spec. 1.

107. Berstett an Fahrenberg 28. XI. 26 ebd. Spec. 1.

108. Fahrenberg an Berstett 10. X. 26 ebd.

3. Kapitel.

Bayerisch-badische Verhandlungen über Sponheim.

Die Surrogatsbestimmung für die pfälzisch-badischen Anteile an der ehemaligen Grafschaft Sponheim stand noch aus. Die Geringfügigkeit des Objektes im Vergleich zu der Vergrößerung beider Staaten hatte sie bei Baden in Vergessenheit geraten lassen. Für Bayern aber war das Objekt, auch abgesehen von seinen politischen Hintergedanken, nicht geringfügig, seit ¹ es den gesamten badischen Gebietszuwachs von 1803 als Entschädigung für Sponheim erklärte, da Baden außer diesem und kleinen mittelbaren Herrschaften im Elsaß und in Luxemburg auf dem linken Rheinufer nichts verloren habe.

Noch bei den Verhandlungen 1805—7 war es für Bayern selbstverständlich, nur ein dem ehemaligen Sponheimer Besitz entsprechendes Surrogat auf beiden Seiten aufzustellen. Inzwischen hatte es große Teile seines damaligen Besitzes verloren, die badische Pfalz war ihm mit als Ersatz dafür versprochen worden; sie war aber auch ein Teil der für Sponheim 1803 an Baden gelangten Entschädigung. Voraussetzung für den Erwerb des badischen Anteils an Sponheim war das Erlöschen des badischen Herrscherhauses; aber auch Bayerns Recht auf die Pfalz hing nach den Verträgen von Paris und München von der badischen Erbfolge ab. Dadurch wurde diese zum Dreh- und Angelpunkt aller Auseinandersetzungen erhoben. Seit die Mächte offiziell die Hochberg als erbberechtigt anerkannt hatten, war „la réversibilité du Palatinat“ nicht so bald zu erhoffen. Im Sinne der Verträge dagegen, die den Sponheimer Ansprüchen zu Grunde lagen, konnte das Ende der badischen Dynastie früher eintreten. Zunächst bestimmte ein alter Familienvertrag, daß eine neue Linie

1. Zum ersten Mal erklärt 1819 in einem kurzen Memorandum über Sponheim G. St. M. A. St. 93b.

des bayerischen oder badischen Hauses nur mit Zustimmung beider Dynastien in Sponheim folgen könne. Man hatte Bayern weder bei dem badischen Hausgesetz 1817 noch bei der endgültigen Entscheidung in Aachen gefragt. Also nannte sich Bayern berechtigt, beim Regierungsantritt der Hochberg das badische Erbe Sponheims oder vielmehr die Entschädigung dafür anzutreten, auf die nach dem Reichsdeputationshauptschluß die erbrechtlichen Bestimmungen übergehen sollten.

Hier lag der Haken der bayerischen These. Es war schwierig, die Erbfähigkeit einer Linie in einem Besitz zu bestreiten, für den die Familienpakte nicht bestimmt waren, während das eigentliche Erbland gar nicht mehr Eigentum der beiden Erbstämme und das Surrogat dafür noch nicht einmal festgelegt war. Diese letzte Tatsache schloß allerdings auch wieder einen Vorteil für Bayern ein: wäre bei den Unterhandlungen von 1805—7 schon ein bestimmtes Surrogat abgegrenzt worden, so hätte die bayerische These, daß Badens Gesamtentschädigung Surrogat für Sponheim sei, gar nicht aufkommen können. Dafür war aber nun Baden wieder durch seine Verfassung und die europäische Anerkennung seiner Integrität geschützt. Es war auch merkwürdig, wenn Bayern die Hochberg als Großherzoge anerkannte und als Grafen von Sponheim ablehnte: waren sie als regierungsberechtigt in einem Großherzogtum bestätigt, so mußten sie dies auch in jedem Gebiet von geringerer Rangordnung sein, wozu die Grafschaft Sponheim, trotz ihrer früheren Reichsunmittelbarkeit doch wohl zu rechnen war. Aber für Bayern waren die Erbrechte eben ein wertvolles Mittel zum Zweck.

Thürheim hatte das Verdienst, daß die Sponheimer Verhandlungen, die Bayern angeregt, nicht von diesem, sondern von Baden aufgenommen wurden. Es war ihm gelungen, mit einer kleinen Arbeit über Sponheim den König zu überzeugen, es sei aussichtsreicher, wenn nach Brays Schritten in Karlsruhe die Angelegenheit vorläufig ruhen bleibe; das schließe eine Sondierung der Mächte über die Sponheimer Frage nicht aus. Unter der Hand sollten im November 1826 die bayerischen Gesandten in Berlin, Petersburg und Paris die Stellungnahme dieser Höfe erforschen, dabei aber das eigentliche Ausmaß der Ansprüche verschweigen; denn das Wichtigste schien zunächst die Anerken-

nung des Rechtes auf Landerwerb im Prinzip, den Umfang konnte man dann später leichter bestimmen.²

In Rußland wollte Bayern an Wredes Verhandlungen im vergangenen Frühjahr anknüpfen. Gise hatte sich seit der Abreise Wredes jeglicher Vorstellungen beim russischen Kabinett enthalten und riet auch jetzt davon ab: noch schien ihm Nesselrode zu sehr mit inneren Angelegenheiten beschäftigt, als daß er zu eingehender Aktendurchsicht Zeit finden und seine Ansicht berichtigen könne; denn Nesselrode glaubte bisher, daß Pfalz und Sponheim identische Begriffe und vor acht Jahren bereits entschieden seien. Jedes Drängen hielt Gise für unzeitig: man müsse eine verfehlte, vielleicht für Baden günstige Wirkung befürchten, denn man habe schon durch das allzu rasche Vorgehen beim Regierungsbeginn des Zaren die Stimmung verdorben.³ Des Königs Hoffnung, durch Rußland auf Preußen wirken zu können, war damit hinfällig; gerade umgekehrt schlug Gise vor, über Preußen Rußland zu gewinnen.

Als deutscher Staat hatte Preußen tatsächlich mehr Interesse an einem Ausgleich. Absichtlich hob der König in der Instruktion für Luxburg, den bayerischen Gesandten in Berlin, die militärischen Vorteile für die Verteidigung des Bundesgebiets hervor, wenn Bayern sich auf beiden Rheinufern ausbreiten würde.⁴ Aber für Preußen waren die damit verbundenen Nachteile, wie schon ausgeführt, weit maßgebender; auch fühlte es sich, ebenso wie Rußland, durch den Aachener Kongreß gebunden. Doch erkannte es wenigstens den Unterschied zwischen dessen Beschlüssen und einer Entscheidung über die Sponheimer Frage. Freilich trat nach preußischer Meinung der Erbfall erst mit dem Aussterben der Hochberg ein. Auch in der garantierten Unteilbarkeit der badischen Lande sah Preußen Schwierigkeiten.⁵ Schließlich galt es, den Schwachen gegen die Gelüste des Größeren zu schützen, ähnlich wie 50 Jahre vorher Friedrich d. Gr. zum Schutze Bayerns eingegriffen hatte. In München hoffte man, daß Preußen zur bayernfreundlichen Politik seines großen Königs zurückfin-

2. Thürheim an alle bayerischen Gesandten 20. XI. 26 ebd. 93c.

3. Gise an Kg. Ludwig 24. XII. 26 ebd.

4. Kg. Ludwig an Luxburg 20. XI. 26 ebd.

5. Luxburg an Thürheim 31. XII. 26 ebd.

den werde; doch war damals Bayern das bedrohte, jetzt aber das bedrohende Land. So vertröstete Luxburg auf eine preußische Meinungsänderung, die durch vorsichtige Behandlung und Zurückhaltung vielleicht zu erzielen sei. Er sah in Oesterreich die Macht, die durch ihre Verpflichtungen am meisten zur Unterstützung Bayerns berufen sei.⁶

Thürheim hatte bereits in jenem unbeantworteten Dankschreiben an Metternich anlässlich der Missionen Brays Sponheim der österreichischen Intervention anempfohlen. Mit weiteren Vorstellungen am Wiener Hof beauftragte er Bray, da dieser auf Grund seiner Unterredung mit Metternich besser auf dessen Gesichtspunkte eingehen und zugleich das österreichische Kabinett auf die Hauptaufgabe seiner künftigen Gesandtentätigkeit hinweisen könne.⁷ Auf Anregung des Königs arbeitete Bray, nach Paris zurückgekehrt, eine ausführliche Denkschrift über die Sponheimer Ansprüche aus. Es sollte Metternich vorgelegt werden, der seinerzeit den Wunsch geäußert hatte, näher informiert zu werden. Gleichzeitig schlug Bray eine Verarbeitung seines Memoires mit Flads Darstellung vom Oktober 1826 vor, welche dann allen Mächten mitzuteilen wäre.⁸ Der König, der bis dahin jeden Vorschlag begierig aufgegriffen hatte, ließ merkwürdigerweise diese Anträge Brays unbeachtet. Ihn beschäftigte zu dieser Zeit die Mission Löwensteins, von der er sich rascheren und größeren Erfolg erhoffte. Thürheim aber war zu sehr entmutigt von den abschlägigen Antworten aus Berlin und Petersburg, als daß er den König zu erneuten Vorstellungen bei den großen Höfen gedrängt hätte. So ließ man es mit der vorläufigen Orientierung der Mächte bewenden.

Dies entsprach nur Thürheims Politik des Zauderns und Zuwartens. Aus seiner Skepsis heraus hatte er auch vertrauliche Andeutungen, die Fahrenberg Ende November 1826 im Auftrag seines Ministers, sehr vorsichtig formuliert, über Badens Bereitwilligkeit, die Sponheim-Verhandlungen aufzunehmen, machte, kurz zurückgewiesen: Bray habe gar keine Instruktion gehabt,

6. Luxburg an Thürheim 31. XII. 26 G. St. M. A. St. 93c.

7. Thürheim an Bray 9. XI. 26 ebd.

8. Bray an Kg. Ludwig 28. XII. 26 ebd.

die bayerische Geneigtheit dazu auszudrücken.⁹ Tatsächlich hatte Bray nicht in Thürheims Auftrag, sondern nur auf Wunsch des Königs in Karlsruhe vorgesprochen. Es war nicht klug, den Gegner merken zu lassen, wie wenig Monarch und Minister in München zusammenarbeiteten. Auch durfte er, als des Königs Minister, dessen Aufträge nicht desavouieren.

Jetzt war es Berstett, der, von Anstett bestärkt,¹⁰ den von Bayern vorgezeigten Weg weitergehen und Sponheim erledigen wollte. Er hoffte, dadurch weiteren Plänen des Königs und etwaigen Gewaltmaßnahmen vorzubeugen und dem Großherzogtum endlich den ungestörten Besitzstand zu sichern. Deshalb wurde Fahnenberg im Februar 1827 offiziell beauftragt, um baye-rische Vorschläge zur Surrogatsbestimmung zu bitten. Krankheit verhinderte den Gesandten, dem Befehl sofort nachzukommen. Erst Ende März, am gleichen Tag, an dem Löwenstein dem Großherzog die pfälzischen Tauschpläne entwickelte, konnte Fahnenberg Thürheim die badischen Wünsche vortragen und eine Note darüber in Aussicht stellen.¹¹ Diesmal war Thürheim eher geneigt, auf die Anregung einzugehen, aber er war gebunden durch die Privatwege des Königs, die er nicht näher kannte und nicht eigenmächtig durchkreuzen konnte. Nach ihrem unglücklichen Ausgang aber war Thürheims Stellung schon zu erschüttert, als daß er noch mit Unterhandlungen betraut worden wäre. Auch sah er jetzt voll Sorge der versprochenen badischen Note entgegen: da der König seine Wünsche nicht mäßigen würde, schien ihm ein Ergebnis unmöglich; um einen neuen Mißerfolg zu verhindern, wollte er sogar lieber auf die Note verzichten.¹² Aber Ludwig war nicht die Persönlichkeit, die aus Pessimismus Auseinandersetzungen auswich.

Schon längst mißtraute er der Haltung seines Ministers in der pfälzischen Angelegenheit. Seine ständigen Einwände, sein Zaudern und die Beschränkung der hochgespannten königlichen Wünsche verdrossen den König. Der Stein kam ins Rollen durch die Nachricht von der Todesgefahr, worin der badische Groß-

9. Fahnenberg an Berstett 27. XI. 26 G. L. K. Spec. 1.

10. Blittersdorf an Berstett 12. XII. 26 ebd. Spec. 46.

11. Fahnenberg an Berstett 29. III. 27 ebd. Spec. 4.

12. Fahnenberg an Berstett 12. IV. 27 ebd.

herzog vorübergehend schwebte. Der König wünschte im Todesfall eine Protesterklärung gegen die Erbfolge der Hochberg in ganz Baden und wollte vertragsmäßige Rechte wenigstens auf einen Teil der Pfalz geltend machen; Thürheim glaubte, bloß die Ansprüche auf das Surrogat für Sponheim vertreten zu können. Von dem Justizminister Zentner und dem Regierungspräsidenten Mieg¹³ erhielt der König Vorschläge, die seinen Wünschen mehr entgegenkamen. Thürheim wurde seines Amtes enthoben und durch Freiherrn von Zentner ersetzt.¹⁴

Zentner, ehemals Professor der Jurisprudenz in Heidelberg, war geborener Pfälzer. Er schien am besten berufen, die bayerischen Rechte juristisch zu verteidigen. Durch seine liberale Gesinnung und die Befürwortung manch segensreichen Schrittes im Staatsrat, — fast sein ausschließliches Verdienst ist die bayerische Verfassung, — besaß er schon in hohem Maße das Vertrauen des Kronprinzen. Er war es auch, der 1803 die Aufnahme der Sponheimer Verhandlungen angeregt hatte.¹⁵ Später vertrat er auf den Wiener Ministerkonferenzen Bayern auf besonderen Wunsch Ludwigs.¹⁶ Nun erhoffte sich der König von ihm, trotz seines hohen Alters, tatkräftige Unterstützung. Schon Zentners Vorlage über die bayerische Haltung beim Tode des Großherzogs befriedigte ihn, da sie die Besitznahme der gesamten 1803 an Baden gelangten Entschädigung als berechtigt ansah.

Bereits im ersten Monat seines Ministeriums trat eine Verhandlungsaufnahme mit Baden ernstlich an Zentner heran. Baden ließ sich durch den Ministerwechsel nicht abhalten, die angekündigte Note zu überreichen, obwohl man in der Person Zentners ein Erschwernis sah.¹⁷ Der beratende und drängende Freund war auch jetzt wieder Anstett. Seine Taktik war, Bayern durch Zurückhaltung herauszufordern und dann die erstaunte Welt über die wahren bayerischen Absichten aufzuklären und ihre

13. Entwurf Mieg: „Erörterung derjenigen Maßnahmen, welche S. M. zur Behauptung allerhöchster Ansprüche auf das Sponheimer Erbe in Vorschlag zu bringen wären“. G. H. M. ARO 25.

14. Fahrenberg an Berstett 26. IV. 27 G. L. K. Spec. 4.
Küster an Bernstorff 22. IV. 27 G. St. B. 33/I.

15. Zentner an Montgelas 3. XII. 1804 G. St. M. A. St. II 84.

16. Kg. Ludwig an Zentner 11. II. 20. G. H. M. 89/VI.

17. Fahrenberg an Berstett 26. IV. 27 G. L. K. Spec. 4.

Hilfe für das unschuldige Baden zu erwirken. So schlug er vor, im ersten Antrag die Anknüpfung an die 1807 abgebrochenen Verhandlungen als selbstverständlich zu unterstellen und deshalb gar nicht erst nach dem Ausmaß der beiderseitigen Surrogatsgebiete zu fragen.¹⁸

1807 hatte man sich über Ländereien um Konstanz und Tettnang in Oberschwaben geeinigt. Inzwischen war die Grafenschaft Tettnang an Württemberg gekommen und es lag an Bayern, ein anderes Surrogat festzulegen. Dazu forderte nun die Note vom 7. Mai 1827 auf: man sehe den bayerischen Eröffnungen entgegen, die man schon seit der Unterredung Brays in Karlsruhe erwartet habe.¹⁹ In München zeigte man sich hochofrennt über diese Bereitwilligkeit und schrieb sie der gefährlichen Krankheit des Großherzogs zu, vor dessen Tod Baden die Verhältnisse noch rasch regeln wolle.²⁰ Diese Vermutung war falsch, wenn natürlich auch wiederholte Warnungen Fahrenbergs²¹ der Karlsruher Regierung einen baldigen Ausgleich als wünschenswert erscheinen ließen. — Durch den Ministerwechsel in München gleichzeitig mit der Krankheit des badischen Herrschers hatte Fahrenberg Verdacht geschöpft und einen bayerischen Einmarsch im Todesfall als sicher in Aussicht gestellt. — Dennoch war die Note nur die Fortsetzung eines schon längere Zeit verfolgten diplomatischen Vorgehens und nicht das erste Zeichen badischen Entgegenkommens.

Als sie überreicht wurde, befand sich der König auf seiner alljährlichen Erholungsreise in Italien. Zentner mußte erst Instruktionen einholen und beschränkte sich zunächst auf eine von Freude und Freundschaft erfüllte Empfangsbestätigung; sie sprach auch schon von den berechtigten Ansprüchen, über die man sich in rücksichtsvollster Weise mit dem Großherzog einigen wolle.²² Einen Monat später wurden die Verhandlungen dem bayerischen Gesandten in Karlsruhe, Freiherrn von Reigersberg, übertragen,²³

18. Blittersdorf an Berstett 3. IV. 27 ebd. Spec. 47.

19. Fahrenberg an Zentner 7. V. 27 G. St. M. A. St. 93d.

20. Zentner an Luxburg 17. V. 27 ebd.

21. Fahrenberg an Berstett 26. IV. 27 G. L. K. Spec. 4.

22. Zentner an Fahrenberg 8. V. 27 G. St. M. A. St. 93d.

23. Zentner an Reigersberg 28. V. 27 ebd.

der sich allgemeiner Beliebtheit dort erfreute und beim Großherzog in Ansehen stand; seine Persönlichkeit und die Verlegung an den badischen Hof versprochen rascheres Vorwärtskommen, zumal Fahnenberg schon hatte durchblicken lassen, er werde jede die Erbfolge auch nur im geringsten angreifende Note zurückweisen. Er hatte dazu wiederholten Auftrag seiner Regierung, sollte ihn aber wie aus eigener Initiative, aus persönlicher Rücksicht auf sein Herrscherhaus, ausführen.²⁴

Die am 7. Juni von Reigersberg überreichte Antwortnote kam der von Anstett angeregten Taktik entgegen, wenn sie die badische Aufforderung, die Grafschaft Tettwang durch ein anderes Surrogat zu ersetzen, umging und die früheren Verhandlungen absichtlich unerwähnt ließ. Badens Anfrage wurde nicht beantwortet, sondern in erweiterter Form zurückgegeben: Bayern wünsche den Gegenstand der Abtretungen zu erfahren. Reigersberg hatte diese Anfrage nach Weisung seiner Regierung formuliert.²⁵ Eigentlich wünschte man in München noch den Zeitpunkt der Abtretungen zu erfahren, bevor man in nähere Unterhandlungen eintrete, aber man überließ es dem Gutdünken des Gesandten, diese heikle Frage zu stellen oder nicht.²⁶ Reigersberg hatte immer schon Vorsicht empfohlen; nach eingehenden Besprechungen mit dem Ansbacher Regierungspräsidenten von Mieg enthielt er sich der Anfrage über den Zeitpunkt.²⁷ Baden wurde dadurch vorläufig noch einer die Hochberg'sche Erbfolge berührenden Stellungnahme enthoben. Seine Erwidernngsnote vom 9. Juni 1827 verwies von neuem auf die 1807 in Oberschwaben ausgesuchten Gebiete und bat um eine anderweitige Bestimmung für Tettwang, welcher man eine Evalvation nach Flächeninhalt und Bevölkerung beifügen möge. Baden hatte es doch für zweckmäßig gehalten, schon jetzt seine Ansicht über das Ausmaß des Gegenstandes genau festzulegen: die Surrogatgebiete sollten verhältnismäßig und approximativ dem Umfang der Sponheimer Grafschaft entsprechen.²⁸

24. Berstett an Fahnenberg 4., 19. IV. 27 G. L. K. Spec. 2.

25. Reigersberg an Berstett 7. VI. 27 G. St. M. A. St. 93d.

26. Zentner an Reigersberg 28. V. 27 ebd.

27. Reigersberg an Zentner 12. VI. 27 ebd.

28. Berstett an Reigersberg 9. VI. 27 ebd.

Wenn man einen weiteren unfruchtbaren Notenwechsel vermeiden wollte, gab es jetzt für Bayern keinen anderen Weg mehr, als seine Auffassung bekannt zu geben. Schon im Mai war das „*Mémoire instructif sur l'ancien Comté de Sponheim et les droits de succession éventuelle de la Maison Royale de Bavière dans les parties subrogées à la partie badoise de ce Comté*“²⁹ von Zentner fertiggestellt worden.

Dem Memoire lag Brays Arbeit von Anfang 1827 mit geringen Abweichungen zu Grundé. Zusätze und Erläuterungen über die Geschichte von Sponheim waren der Kurzen Darstellung Flads vom Oktober 1826 entlehnt, und zur Erhärtung der rechtlichen Begründung hatte Zentner die einschlägigen Beispiele und Verträge aus dem alten Reich etwas ausführlicher behandelt. Außerdem hatte der König nach eingehendem Studium der Gesamtarbeit einige geringfügige Aenderungen im Wortlaut veranlaßt, um die bayerische Meinung eindeutiger hervorzuheben.³⁰ Aber Grundideen und Ziel des Memoires blieben das Gedanken-
gut Brays.

Sponheim galt auch ihm als Mittel zum Zweck. Aber er trennte nach außen hin streng die Sponheim- und die Pfalzansprüche gemäß dem dringenden Rat Metternichs, von dessen Unterstützung Bray so sehr viel hielt. Doch schien es Bray angebracht, festzustellen, „daß Bayern diese Sache nicht vergißt und daß Baden von zwei Seiten sowohl von positiven und allgemein anerkannten Rechten, wie von nicht weniger im Prinzip begründeten Ansprüchen gedrängt schließlich doch die Nöthwendigkeit und das Bedürfnis eines Abkommens spüren wird“.³¹ In kurzen, prägnanten Worten sprach daher das *mémoire instructif* von dem bayerischen Protest gegen die Aachener und Frankfurter Beschlüsse, der erst durch freundschaftliche Verständigung verschwinden werde; aber, damit beugte das Memoire jedem Mißverständnis vor, „jetzt ist weder die Zeit noch der Ort, diese Frage anzuschneiden“. Sponheim sei in Aachen und Frankfurt nicht berücksichtigt worden; es hätte mit den dortigen Entschlüssen

29. *Mémoire instructif* ebd.

30. Kg. Ludwig an Zentner 13. V. 27 G. H. M. 89/4 VI.

31. Bray an Kg. Ludwig 28. XII. 26 G. St. M. A. St. 93c.

nichts zu tun, was Oesterreich³² als erster deutscher Staat anerkannt habe.

Die Berechtigung, dereinst von allen 1803 an Baden gekommenen Entschädigungslanden Besitz zu ergreifen, war in Bayern eine selbstverständliche Meinung geworden. Man glaubte, schon weit entgegenzukommen, wenn man als Surrogat nur einen, vorläufig noch nicht mit Namen bezeichneten, Teil verlangte. Bray war sich der starken Uebertriebenheit der bayerischen These bewußt; um ihren Eindruck in Baden abzuschwächen, setzte er durch,³³ daß sich Bayern zur Aufstellung eines ebenso großen Surrogates bereit erklärte. Bayern riskierte nichts damit, da alle Zeichen für eine lange Fortdauer seiner Dynastie sprachen, somit der Heimfall, wie ihn der Beinheimer Entscheid vorsah, in weiteste Ferne gerückt war, während man den badischen Stamm als demnächst für Sponheim erlöschend ansah. Bayern ließ zum ersten Mal Baden offiziell keinen Zweifel mehr über seine Auffassung der Hochberg'schen Ebenbürtigkeit. Bisher waren dem Großherzog nur Vermutungen darüber zugegangen; jetzt erhielt er schriftlich bestätigt, daß trotz der badischen Hausgesetze und ihrer Anerkennung durch die Mächte sein Besitzstand bei seinem Tode gefährdet war. Das Memoire machte für die Unebenbürtigkeit der Hochberg die Heirat Karl Friedrichs zur linken Hand und die verschiedenen badischen Successionsakte geltend: für eine reguläre Thronfolge seien keine besonderen Gesetze nötig, sie entspringe aus natürlichem, bürgerlichem und öffentlichem Rechte, *ex providentia majorum*; sei das natürliche Recht nicht vorhanden, dann müsse es durch gesetzliche Akte ersetzt werden, wie es viele Fälle in der alten Reichsgeschichte gebe, aber nur ohne Verletzung der Rechte eines Dritten. Deshalb habe Bayern auch gegen die Erbfolge im Großherzogtum als solchem nichts einzuwenden, nur hinsichtlich des Sponheimer Surrogats "*la Maison Palatine de Bavière entrera de droit et de fait (ipso facto) dans la pleine jouissance des avantages au cas de la mort de Son Altesse Royale Mg. Le Grand-Duc de Bade regnant*". Werde das nicht anerkannt, dann würden alle Fami-

32. Metternich an Rechberg 14. I. 19 ebd. 93b.

33. Bray an Flad 18. XI. 26 ebd. 93c.

lienpakte hinfällig und überflüssig, da durch gesetzliche Ebenbürtigkeitserklärungen jeder Stamm vor dem Erlöschen bewahrt bleibe. Bei dieser Beweisführung trat das Mißverhältnis zwischen dem ehemaligen Erbbesitz und dem neuerlichen Surrogat in den Hintergrund.

Reigersberg erhielt das Memoire Anfang Juni vorerst nur zur persönlichen Information; erst nach Empfang der in der Note vom 7. Juni geforderten badischen Vorschläge sollte er es überreichen.³⁴ Die so rasch, am 9. Juni, erfolgte Antwort Badens erweckte in dem Gesandten Mißtrauen, so daß er vorerst das Memoire noch zurückhielt. Auch jetzt unterstützte ihn Mieg in seiner zögernden Haltung. Dieser befand sich zur Kur in Baden-Baden und war vom König beauftragt worden, dabei mit Reigersberg Fühlung zu nehmen und ihn genau über die bayerische Willensmeinung zu unterrichten.³⁵ Mieg hatte sich selbst viel mit den bayerischen Gebietswünschen beschäftigt und den König schon wiederholt darin beraten. Er und Reigersberg erkannten sehr richtig, daß Baden mit seinem drängenden Vorgehen einen bestimmten Zweck verfolgte; sie sahen die Erklärung voraus, die Baden von den Mächten fordern würde, sobald es ihnen die wahren bayerischen Absichten enthüllen konnte. Deshalb galt es, das Memoire zurückzuhalten, bis die Mächte im bayerischen Sinn genügend bearbeitet seien.³⁶ So wurde seine Uebergabe um einen Monat verschoben. Inzwischen wurde es vertraulich den Mächten vorgelegt; Zentner selbst hielt das für nötig, um „endlich diese schwierige Angelegenheit in den rechtmäßigen geraden Weg diplomatischer Erörterung“ einzuleiten.³⁷ Dann aber forderte er auf Betreiben des inzwischen aus Italien zurückgekehrten Königs von Reigersberg sofortige Ausführung des früheren Auftrags.³⁸

Am 3. Juli überreichte dieser das Memoire in Karlsruhe. In einer von Zentner verfaßten Begleitnote lehnte er die Aufnahme der 1807 abgebrochenen Verhandlung ab: sie könne wegen der

34. Zentner an Reigersberg 28. V. 27 G. St. M. A. St. 93d.

35. Kg. Ludwig an Mieg 25. IV. 27 ebd. P. A. 161.

36. Reigersberg an Zentner 17. VI. 27 ebd. 93d.

Mieg an Zentner 17. VI. 27 ebd.

37. Zentner an alle bayerischen Gesandten 28. V. 27 ebd.

38. Zentner an Reigersberg 30. VI. 27 ebd.

späteren Territorialverschiebungen nicht als Basis dienen. Baden habe 1806 selbst den Weg gewiesen, indem es eine genaue Evaluation der Surrogate für unnötig erklärte, weil, wie der damalige badische Minister, Freiherr von Edelsheim, in einer Note vom 29. Juli 1806 sich ausgedrückt habe, „die für den Verlust von Sponheim erlangte Vergütung auch nicht nach solchen Evaluationen, sondern nach allgemeinen, mit einem vergrößerten Maßstab gemachten Schätzungen bewirkt wurde“.³⁹ In dem „vergrößerten Maßstab“ lag für Bayern der entscheidende Anknüpfungspunkt.

Karlsruhe, mit einem Berstett an der Spitze der Regierung, war nicht gewillt, hierin auch nur einen Schritt entgegenzukommen. Man war hellauf empört und sah nicht einen Versuch, sondern nur den kränkenden Inhalt der Denkschrift. Er war eigentlich nichts Neues, man war darauf vorbereitet, aber man hatte nicht daran glauben wollen. Daß der König alles versuchen würde, die Pfalz zu gewinnen, daran war man gewöhnt; aber das Sponheim zu diesem Uebermaß entwickelt werden könne, daran hatte man bis zuletzt gezweifelt.

Nach der Fassung des Memoires glaubte Baden, mit einer bayerischen Besitznahme des Surrogats mit allen Mitteln rechnen zu müssen; namentlich die Aeüßerung, daß Bayern einstens ipso facto seine Rechte antreten werde, legte man dahin aus. Jetzt hielt selbst der Großherzog es an der Zeit, mit scharfen Waffen zu streiten: in öffentlicher Diskussion mit Hilfe der Mächte und des breiten Publikums.⁴⁰ Doch warnte Anstett, dem man Memoire und Notenwechsel zur Begutachtung vorlegte, durch zu rasches Vorgehen den Schein übergroßer Aengstlichkeit zu erwecken; besser schien ihm zunächst, Bayern zu weiteren Blößen herauszufordern: es sollte erst noch eindeutig über die Art seines späteren Einschreitens sprechen.⁴¹ Da Berstett durch Krankheit von der Regierung ferngehalten wurde, vertraute sich der Großherzog ganz den Ratschlägen Anstetts an. So nahm die neue Note an Reigersberg vom 15. Juli an, daß der König von Bayern nach

39. Reigersberg an Berstett 3. VIII. 27 ebd.

40. Gh. Ludwig an Berckheim 7. VII. 27 G. L. K. Spec. 2.

41. Blittersdorf an Berckheim 12. VII. 27 ebd. Spec. 47.

dem Tod des Großherzogs „von den Badens Anteil an Sponheim um das sechsfache übersteigenden Landesteilen unter dem Namen eines Surrogats ohne weiteres und selbst mit Gewalt“ Besitz ergreifen wolle, und bat um Aufklärung darüber, wenn man auch hoffe, daß diese Auslegung falsch sei und daß der König nicht mitten im Frieden gegen einen unter dem Schutze des Deutschen Bundes und der sämtlichen Mächte stehenden Staat das Recht des Stärkeren anwenden werde.⁴²

Die letzte Bemerkung rief in Bayern nur mitleidiges Lächeln über den schwachen Staat hervor, der nur in Anlehnung an mächtige Beschützer bestehen könne. Doch über die Note im allgemeinen war man betroffen. Kein Anzeichen in Karlsruhe hatte so rasche Erwiderung erwarten lassen. Sowohl der Großherzog wie Berstett waren abwesend, die Note war vom Innenminister, Freiherrn von Berckheim, gezeichnet. Der wahre Urheber blieb für Bayern undurchsichtig; man hatte geschickt zu verbergen gewußt, daß die Note in Frankfurt, am Herde aller badischen Machenschaften, von Anstett verfaßt worden war. Doch war man sich in München klar, daß Baden durch geschickte, Bayern in das schlimmste Licht stellende Materialsammlung eine neue Entscheidung von den Mächten zu erlangen suchte. Diese Feststellung löste beim König nervöseste Unruhe aus: ein zweites Aachen mußte mit allen Mitteln verhindert werden.⁴³ Es war für Zentner nicht einfach, den König zur ruhiger Ueberlegung und Vorsicht zu bringen. Er selbst hätte vorgezogen, Baden gar keiner Antwort zu würdigen, denn er war über die Zweifel an Bayerns legalem Vorgehen sehr ungehalten.⁴⁴ Aber um Baden nicht die Möglichkeit zu geben, Bayern als ländergierigen Ruhestörer hinzustellen, mußte man jeden Mißbrauch bayerischer Äußerungen bei den Mächten verhindern. Auch Bray riet dringend dazu.⁴⁵ Der König dachte aber noch nicht an Vorbeugungsmaßnahmen bei den europäischen Kabinetten; in ihm drängte und fieberte alles vorwärts; nur ja keine Bindung, damit ihm freie Hand bleibe: vielleicht könne er, so leid es ihm auch tun

42. Berckheim an Reigersberg 15. VII. 27 G. St. M. A. St. 93d.

43. Kg. Ludwig an Zentner (Randbemerkungen) 19., 21., 24. VII. 27 cbd.

44. Zentner an Bray 30. VII. 27 Archiv Irlbach.

45. Bray an Zentner 31. VII. 27 G. St. M. A. St. 93d.

würde, doch noch zum Einmarsch gezwungen werden; Bayern dürfe sich dabei dann nicht im Wege stehen durch gegenteilige Versicherungen.⁴⁶

Mit vieler Mühe gelang es Zentner endlich, den König zu überzeugen, daß er noch immer freien Spielraum behielt, und so seine Genehmigung für eine Antwort zu erwirken,⁴⁷ die so ausweichend wie nur möglich gehalten war und zu vermitteln suchte. Sie wahrte die bayerischen Rechte und begegnete gleichzeitig den badischen Einwendungen. Durch die Verfolgung von Ansprüchen aus Erbfolgeverträgen greife man die Rechte des großherzoglichen Hauses oder der Hochberg nicht an. Die Größe des Surrogats sei durch Völkerverträge selbst bedingt. Die Bereitwilligkeit zu gütlichen Unterhandlungen zeige, wie wenig man mit Gewalt sein Recht erobern wolle. Deshalb wäre ein baldiger Abschluß der Verhandlungen nur zu wünschen, um alle Gerüchte zu beseitigen und Verwicklungen beim Ableben des Großherzogs zu vermeiden.⁴⁸ Gleichzeitig betonte Zentner wiederholt Fahnenberg gegenüber, daß Baden die Worte ipso facto dem bayerischen Memoire falsch ausgelegt habe und daß, so lange er die Regierung leite, nie Gewalt erfolgen werde.⁴⁹

Doch Baden lehnte jetzt jede weitere Diskussion ab. Die Zweideutigkeit der bayerischen Note war ihm sofort klar geworden. Man sah die in der letzten badischen Anfrage gestellten Bedingungen nicht erfüllt, auf deren Grundlage allein man die Unterhandlungen fortführen wollte.⁵⁰ Am 23. August hatte Reigersberg die bayerische Note überreicht; am 31. schon erfolgte die badische Antwort, die ein gütliches Abkommen zwischen Bayern und Baden ohne Einbeziehung der Mächte abschnitt und den von Baden selbst aufgenommenen Notenwechsel beendete. Sie besagte, daß man keine weiteren Erörterungen führen könne, solange Bayern nicht seine Zweifel an der Hochberg'schen Erbfolge zurücknehme. Auch habe die Andeutung von Schwierig-

46. Kg. Ludwig an Zentner 5., 6., 17. VIII. 27 G. H. M. 89/4 IV.

47. Zentner an Kg. Ludwig 21. VIII. 27 G. St. M. A. St. 93d.

48. Reigersberg an Berstett 23. VIII. 27 ebd.

49. Fahnenberg an Gh. Ludwig 4., 26. VIII. 27 G. L. K. Spec. 4.

50. Berstett an Fahnenberg 27. VIII. 27 ebd. Spec. 2.

keiten nach dem Tod des Großherzogs den Charakter einer Drohung, wozu keine Veranlassung bestehe. Unter solchen Zeichen sei eine gütliche Uebereinkunft auch nur über die Surrogatsbestimmung unmöglich.⁵¹ Die Anerkennung der Erbfolge wollte Baden niemals durch das geringste Opfer erkaufen und hielt an diesem Grundsatz für alle Zukunft fest.

Nach Empfang dieser letzten Note betrachtete auch Bayern die Unterhandlungen als abgebrochen.⁵² Damit war dieser Versuch freundschaftlicher Annäherung gescheitert.

51. Berstett an Reigersberg 31. VIII. 27 G. St. M. A. St. 93d.

52. Zentner an Kg. Ludwig 5. IX. 27 ebd. 93e.

4. Kapitel.

Das Werben Bayerns und Badens um die Gunst der Mächte und deren Stellungnahme. 1827—29.

I.

Schon öfter hatten sich beide Parteien an die Mächte gewandt, um beruhigende Versicherungen und Anerkennung ihrer Rechte zu gewinnen, doch immer nur gesprächsweise und unverbindlich. Seit den ersten Schritten, Ende 1826, die Ansichten der Mächte in der Sponheimer Sache zu erkunden, waren von Bayern wie von Baden Anregungen bei den großen Höfen überhaupt unterblieben. Nur die Machenschaften Löwensteins im darauffolgenden Frühjahr hatte Berstett fast einen Monat nach ihrem Fehlschlag ausführlich nach Berlin und Wien gemeldet. Als Bayern wieder nach einiger Zeit von der Tatsache, aber nicht vom genauen Inhalt der Benachrichtigung erfuhr, befürchtete es stark ein badisch-preußisch-österreichisches Komplott und versuchte sofort, den Schleier zu lüften. Der König sah schon das Schlimmste voraus. Da „an nur einem Tage“ alles verloren gehen könne, befahl er die sofortige Abreise Brays, der inzwischen wieder aus Paris zurückgekehrt war, nach dem noch immer unbesetzten Gesandtschaftsposten in Wien.¹ Die bayerische Aufregung war unnötig, denn Baden hatte nur beruhigende Versicherungen, kein aktives Vorgehen verlangt.

Anfang Juni 1827 ließ dann, wie wir sahen, Bayern durch seine Gesandten das *mémoire instructif* den Kabinetten mitteilen, nicht um sie zum Eingreifen zu veranlassen, wie es später von Baden hingestellt wurde, sondern lediglich um sie über den Sachverhalt von Anfang an aufzuklären und die bayerischen An-

1. Kg. Ludwig an Zentner 29. V. 27 G. H. M. 89/4 VI.

sprüche zu begründen, ehe sich Baden hilfesuchend an sie wandte. Das Schreckgespenst einer ungünstigen Erklärung der Mächte, das dem König seit Verhandlungsbeginn vor Augen stand, wollte Zentner bannen. Namentlich dem Grafen Luxburg wurden eindringliche Vorstellungen in Berlin befohlen, wohin er von Dresden, seinem zweiten Gesandtschaftsposten, sogleich abreisen mußte.² Von den übrigen deutschen Staaten erhielt nur Württemberg das Memoire als Zeichen besonderen Vertrauens. Zentner trat für eine engere Verbindung mit dem württembergischen Monarchen ein, wenn sie auch mit Vorsicht gepflegt werden müsse; sie sei nützlich, da sie Badens Eifersucht erwecke.³ Befördert wurde eine Annäherung durch die damaligen bayerisch-württembergischen Vorverhandlungen für einen Zollverein.

Die Antworten der Mächte sahen zunächst wenigstens nach einem kleinen Erfolg aus und Bayern ließ sich vorübergehend davon täuschen.⁴ Außer von Rußland, das sich ganz ablehnend verhielt,⁵ hatte man nirgends eine glatte Absage erfahren. Nähere Betrachtung zeigte jedoch, daß niemand auf das eigentliche Problem eingegangen war. Sowohl England⁶ als auch Oesterreich und Preußen sprachen die Hoffnung auf ein baldiges gütliches Abkommen aus. Oesterreich versprach dazu noch, Baden zum Entgegenkommen aufzufordern.⁷ Im Interesse der Befriedigung aller Bundesgenossen und der Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe wollte auch Preußen einem Abschluß der Sponheimer Frage nicht entgegen sein, wie Bernstorff zu Luxburg äußerte; aber der Frieden dürfe eben durch eine Uebereinkunft auch nicht gestört werden.⁸

In Preußen hatte man sofort die „folgenreichen Beziehungen“ der Sponheimer Angelegenheit erkannt. Hatte auch Sponheim mit dem Aachener Protokoll und dem Frankfurter Rezeß nichts zu tun, so berührte doch jedes Abkommen im bayerischen Sinn

2. Zentner an Luxburg 29. V. 27 G. St. M. A. St. 93d.

3. Zentner an Kg. Ludwig 13. VIII. 27 ebd.

4. Fahnenberg an Berstett 25. VI., 2. VII. 27 G. L. K. Spec. 4.

5. Gise an Kg. Ludwig 20. VI. 27 G. St. M. A. St. 93d.

6. Cetto an Kg. Ludwig 1. VII. 27 ebd.

7. Bray an Kg. Ludwig 22. VI. 27 ebd.

8. Luxburg an Zentner 2. VI. 27 ebd.

die badischen Erbfolgerechte und lief somit jenen Verträgen entgegen, an denen die Ehre der Mächte und die Ruhe in Deutschland hing. Das Ausmaß der bayerischen Forderungen und den aufgestellten Zeitpunkt des Heimfalls hielt Preußen für willkürlich und unhaltbar. Auch einen Tausch hätte es, wie noch ein Jahr zuvor, nicht mehr gern gesehen, da es davon nun eine Gefährdung der „Festigkeit des gesamten politischen Zustandes“ fürchtete.⁹ Andererseits beargwöhnte man die „Lebhaftigkeit des bayerischen Königs“ und seine „gesteigerte politische Tätigkeit“.¹⁰ Die Gerüchte von gewaltsamer Besitzergreifung beim Ableben des Großherzogs hatten auch in Berlin Eingang gefunden; ihre Glaubhaftigkeit wurde nicht nur von Otterstedt, sondern auch von Küster unterstützt, obwohl diesem gegenüber Zentner jedes bewaffnete Vorgehen streng ablehnte.¹¹ Um solchen Möglichkeiten vorzubeugen, sah man jedenfalls auch in Preußen die Verhandlung zwischen Bayern und Baden nicht ungern. Nur dürfe, wie Bernstorff meinte, auf Baden nie der Verdacht eines unfreiwilligen Nachgebens ruhen.¹² Trotz Preußens Parteinahme für Baden sollte Küster jeden Anschein unfreundlicher Gesinnung gegen Bayern vermeiden und darauf sehen, „Bayerns Vorteil und Convenienz in jeder anderen Beziehung, sofern nicht wie in diesem Falle höhere Rücksichten gegenüberstehen, bereitwilligst zu fördern“.¹³ Zunächst teilte man dem Münchner Hof die Bedenken über seine Landforderungen noch nicht mit, hielt ihn aber auch nicht mit falschen Hoffnungen hin, wie es Oesterreich tat; man lehnte jede Einmischung ab, indem man, wie auch noch ein halbes Jahr später, auf Oesterreich verwies: dieses habe durch Verträge Verpflichtungen gegen Bayern.¹⁴

In München war man also vorläufig über die Haltung Preußens beruhigt. Sein scheinbares Wohlwollen brachte es mit sich, daß Ludwig und Zentner nur mit Küster von Beginn und Verlauf der Verhandlungen mit Baden sprachen, nicht aber mit den

9. Bernstorff an Küster 3. VII. 27 G. St. B. 33/II.

10. Bernstorff an Kg. Friedrich Wilhelm 28. V. 27 ebd. 33/I.

11. Küster an Bernstorff 9. VI. 27 ebd. 33/II.

12. Bernstorff an Maltzahn 18. VI. 27 H. St. W. 169.

13. Bernstorff an Küster 3. VII. 27 G. St. B. 33/II.

14. Luxburg an Zentner 13. VI., 5. XII. 27 G. St. M. A. St. 93d, e.

übrigen Gesandten. Küster erklärte lediglich Sponheim für eine offene Frage, aber man erblickte schon darin einen Gewinn.¹⁵ Der König ließ sich durch Küsters freundliches Benehmen gern täuschen und schenkte ihm größeres Vertrauen als seinen Kollegen.¹⁶ Ihm teilte Zentner auch zuerst das *mémoire instructif* mit.¹⁷ Doch forderte er wenige Tage nachher schon eine genauere Festlegung der preußischen Ansicht.¹⁸ Er hatte als Erster die Zurückhaltung in den preußischen Äußerungen erkannt und wurde sich dann auch sehr bald über die ablehnende Haltung Berlins klar, während Luxburg noch lange die Hoffnung auf die dortigen Freunde nährte.¹⁹

Die Vertreter der übrigen großen Höfe erhielten das bayerische Memoire anfangs September zur Uebermittlung an ihre Kabinette. Gleichzeitig wurden alle bayerischen Gesandten von neuem beauftragt, der Abgabe bayernfeindlicher Erklärungen energisch entgegenzuarbeiten,²⁰ da ja Baden in seiner Note vom 31. August 1827 mitgeteilt hatte, es wolle nähere Aufklärung an die Mächte gelangen lassen. Namentlich Gise in Petersburg bekam Auftrag, besonders wachsam zu sein.

Baden hatte von Anfang an ständige Fühlung mit Berlin und Petersburg durch deren Gesandte an den süddeutschen Höfen. Fahnenberg in München besprach sich über alles, was Sponheim betraf, mit Küster und Woronzew.²¹ Er verstand es, sich bei ihnen größeres Vertrauen zu verschaffen als der Hof, bei dem sie beglaubigt waren, was sich für Bayern sehr nachteilig auswirkte; denn statt seine Interessen wenigstens wohlwollend zu erwähnen, unterstützten ihre Berichte nur das badische Recht, das sich schon der kräftigen Fürsprache der Gesandten in Karlsruhe erfreute. Hier arbeiteten Otterstedt und Anstett, nicht zuletzt aus ehrgeiziger Eitelkeit, als stünden sie in badischen Diensten, und versicherten in Karlsruhe immer wieder das Wohl-

15. Fahnenberg an Gh. Ludwig 10., 20. VI., 7. VIII. 27 G. L. K. Spec. 4.

16. Kg. Ludwig an Zentner 6. VIII. 27 G. H. M. 89/4 IV.

17. Küster an Bernstorff 24. VIII. 27 G. St. B. 33/II.

18. Zentner an Luxburg 29. VIII. 27 G. St. M. A. St. 93d.

19. Luxburg an Zentner 10. IX., 5. XI., 13. XII. 27 ebd. 93e.

20. Zentner an alle bayerischen Gesandten 29. VIII. 27 ebd. 93d.

21. Fahnenberg an Berstett 6., 26. IV., 7. VI. 27 G. L. K. Spec. 4.

wollen ihrer Höfe.²² Nicht mit Unrecht sprach König Ludwig, Berstett hinzudenken von den „Stetts“ als seinen Hauptfeinden.²³

Als Reigersberg berichtete, daß Otterstedt die Verteidigung des badischen Rechts als preußische Pflicht erkläre,²⁴ mußte Luxburg bei Bernstorff auf diesen Widerspruch zu Preußens ersten Aeüßerungen hinweisen. Bernstorff versprach von Otterstedt Aufklärung zu verlangen,²⁵ teilte ihm auch die bayerische Beschwerde mit und erkundigte sich nach ihrer Veranlassung, sprach aber gleichzeitig die Ueberzeugung aus, daß Otterstedt den ihm vorgezeichneten Weg nicht verlassen habe,²⁶ was dieser natürlich sofort bejahte.²⁷ Tatsächlich hatte Otterstedt mit Wissen seiner Regierung, wenn auch nicht mit besonderem Auftrag, immer wieder Baden in seiner Haltung bestärkt. Als Preußen noch jede Einmischung ablehnte, drängte er Bernstorff dazu, damit nicht Rußland oder Oesterreich zuvorkämen und Preußen um die Vorteile eines festen Anschlusses Badens an sein politisches System brächten.²⁸ In gewissem Sinne, wenn auch gemäßiger, war Otterstedt der würdige Nachfolger Varnhagen van Enses, der durch sein selbständiges Vorgehen in der Gebietsfrage hauptsächlich Ruhm verdienen und seiner Eitelkeit genügen wollte. Otterstedt berücksichtigte daneben sehr wohl die Interessen seines Vaterlandes. Mißtrauisch und eifersüchtig beobachtete er die Bevorzugung Anstetts während der bayerisch-badischen Verhandlungen im Sommer 1827. Wenn er sich auch nicht beschweren könne über die Art, wie man ihm entgegenkomme, so müsse er doch „diese außerordentliche Abhängigkeit des hiesigen Ministeriums von Anstett betonen“. Er fürchtete, daß Anstett zusammen mit Oesterreich Preußen das Verdienst der Unterstützung Badens rauben wolle.²⁹ Ein Zusammenarbeiten Anstetts mit Oesterreich bestand nur in Otterstedts Phantasie; Baden be-

22. Berstett an Fahrenberg 13., 19. V. 27 G. L. K. Spec. 4.

23. Kg. Ludwig an Zentner 6. VIII. 27 G. H. M. 89/4 IV.

24. Reigersberg an Zentner 17. VI. 27 G. St. M. A. St. 93d.

25. Bernstorff an Luxburg 23. VII. 27 ebd.

26. Bernstorff an Otterstedt 13. VII. 27 G. St. B. 33/II.

27. Otterstedt an Bernstorff 24. VII. 27 ebd.

28. Otterstedt an Bernstorff 22. IV. 27 ebd.

29. Otterstedt an Bernstorff 7. IX. 27 ebd.

klagte sich vielmehr bei Anstett über das österreichische Verhalten³⁰ und bald nachher trat Anstett österreichischen Vorschlägen in der Gebietsfrage entgegen.³¹ Wahrscheinlich hatten die Bemühungen Anstetts und Blittersdorfs, den österreichischen Bundestagsgesandten Freiherrn von Münch für ihre Ansichten zu gewinnen, Otterstedts Befürchtungen veranlaßt. Ebenso grundlos war seine Sorge vor Verdrängung des preußischen Einflusses in Baden durch Rußland. Denn wenn Berstett auch immer Anstetts Rat einholte, so vertraute er doch ganz auf Preußens Hilfe und ließ diese Zuversicht wiederholt durch den badischen Gesandten Frankenberg in Berlin mitteilen.³² Auch arbeiteten die Höfe von Berlin und Petersburg gerade in der Pfalz-Sponheim-Angelegenheit eng zusammen und verständigten sich über jeden Schritt.³³

Die Machenschaften Anstetts entsprangen nur seinem persönlichen Eifer, nicht seiner Instruktion. Es gefiel ihm, in allem von den badischen Freunden zu Rat gezogen zu werden. Da Baden selbst keine Gesandtschaft in Petersburg besaß, benützte es gern Anstett als Sprachrohr; denn er berichtete ganz in badischem Sinn über die Entwicklung des Sponheimer Streites.³⁴ Die Fäden Anstetts reichten bis nach München, wo er Woronzew anhielt, dem König entgegenzuarbeiten.³⁵ Ludwig betrachtete diesen Diplomaten an seinem Hof auch mit mißtrauischen Blicken und hätte ihn gern entfernt.³⁶ Als er im Herbst 1827 tatsächlich abberufen wurde, jedoch nicht auf Veranlassung des bayerischen Monarchen, verlor Baden eine wertvolle Stütze und unterließ nicht, sein Bedauern zu äußern.³⁷

Obwohl Baden mit seinem Vertrauen Preußen und Rußland offensichtlich bevorzugte, suchte es selbstverständlich auch mit Oesterreich gute Beziehungen aufrechtzuerhalten und namentlich jedes Mißtrauen zu vermeiden. Bei seiner ohnehin zweideutigen

30. Blittersdorf an Berstett 19. X. 27 G. L. K. Spec. 47.

31. Blittersdorf an Berstett 14. XI. 27 ebd.

32. Berstett an Frankenberg 13. V., 14. XI. 27 ebd. Spec. 30.

33. Nesselrode an Alopeus 11. VII. 27 G. St. B. 33/II.

34. Anstett an Nesselrode 22. V. 27 G. L. K. Spec. 47.

35. Anstett an Woronzew 24. VI. 27 ebd.

36. Kg. Ludwig an Zentner 5. VIII. 27 G. H. M. 89/4IV.

37. Fahnenberg an Berstett 10. VII. 27 G. L. K. IA2 35.

Haltung konnte diesen Staat schon ein leiser Zweifel an Badens Ergebenheit leicht auf die bayerische Seite führen.³⁸ Doch rechnete Baden, besonders auf Ermunterungen Anstetts hin,³⁹ von Anfang an damit, daß Oesterreich sich nicht gegen die Verträge und damit gegen die übrigen Mächte stellen werde. Man war schon sehr beruhigt, als bis 1827 noch nichts Nachteiliges von Oesterreich geschehen war. Ja, man hoffte sogar auf eine österreichische Stellungnahme gegen Bayern auch in der Sponheimer Sache, da Metternich durch die sonstige bayerische Politik immer mehr verstimmt werde und auch eine Vergrößerung Bayerns nicht wünschen könne.⁴⁰ Hruby, der österreichische Gesandte in Karlsruhe, wurde durch Berstett über den Stand der Angelegenheit stets genau unterrichtet, ebenso der badische Gesandte Graf Tettenborn in Wien. Tettenborn, der ehemalige Soldat, bekannt aus den Befreiungskriegen, war im Wiener diplomatischen Korps eine angesehene Persönlichkeit; seine enge Freundschaft mit Friedrich von Gentz verschaffte ihm gute Beziehungen zu Metternich und zum Hof, und Gentz, der selbst offen für Baden eintrat, enthüllte ihm Grundzüge, Antriebe und Hemmungen der Politik Metternichs,⁴¹ so daß sich Baden von Anfang an nicht über sein wahres Gesicht täuschte.

Metternich war der einzige europäische Staatsmann, mit dem Berstett seit der Thronbesteigung Ludwigs schon des öfteren über die Gebietsfragen amtlichen und persönlichen Gedankenaustausch gepflogen hatte. Als der Staatskanzler von der Aufnahme der Verhandlungen im Mai 1827 erfuhr, begnügte er sich mit recht biegsamen Ratschlägen. Er zeigte sich erfreut, daß Baden diese offene Frage erledigen wolle; es müsse sich auf der Linie seines Rechts halten, aber auch nicht das eines anderen angreifen; immer solle es mit unvorhergesehenen bayerischen Eingriffen rechnen. „Gewöhnen Sie sich“, schrieb er an Berstett, „in Ihrem Handeln an einen Grundsatz der Mathematiker, nämlich bei ihren Rechnungen immer die Abweichungen der Instrumente miteinzuschätzen. Wir sind sicher, daß der extreme Geist,

38. Berstett an Fahnenberg 13. V., 20. VI. 27 ebd. Spec. 4.

39. Blittersdorf an Berstett 24. VI. 27 G. L. K. Spec. 47.

40. Berstett an Fahnenberg 19. V. 27 ebd. Spec. 4.

41. Briefe von Gentz an Tettenborn ebd. Spec. 26,

der in Bayern geherrscht hat, dort immer herrschen wird, und wenn er nicht bei Tageslicht erscheint, taucht er nicht weniger im Dunkeln auf.“⁴² Drei Monate später schilderte Berstett dem Kanzler mit bewegten Worten die Gefahr von Unruhen in den badischen Provinzen, seit die an sich friedlichen Untertanen von den bayerischen Wünschen gehört hätten und, durch allerlei Gerüchte beunruhigt, leicht zu Umtrieben angeregt würden.⁴³ Solche Aussichten verfehlten auf den geschworenen Feind aller Volksbewegungen nicht ihren Eindruck. Als aber Berstett Oesterreich als der ersten europäischen Macht die Notwendigkeit einer entschiedenen Erklärung der verbündeten Großstaaten nahelegte, enthielt er sich trotzdem jeglicher Antwort, erfüllte freilich auch das Versprechen an Bayern nicht, Baden zum Entgegenkommen aufzufordern. Es kamen nur ab und zu von Tettenborn beruhigende Berichte über die Stimmung in Wien.⁴⁴

Preußen hatte schon wiederholt vergeblich versucht, mit Oesterreich Verbindung über den bayerisch-badischen Streit aufzunehmen. Nach preußischer Ansicht sollte es für alle Unterzeichner der Traktate eine Selbstverständlichkeit sein, gemeinsam über ihre bedingungslose Aufrechterhaltung zu wachen. Schon im Herbst 1826 erbat Preußen von Wien eine Meinungsäußerung. Damals handelte es sich noch um die Pfalz allein, die Erbrechte traten in den Hintergrund, Preußen dachte noch an die Möglichkeit eines Gebietstausches. „Sollte aber dieser freiwillige Entschluß von Baden nicht stattfinden und die Einwirkung eines auch nur mittelbaren Zwanges eintreten, dann würde der preußische König sich verpflichtet fühlen, zur Aufrechterhaltung des Bestehenden im Verein mit den Verbündeten für Baden den Schutz wirksam werden lassen, welchen dieser Staat kraft aller ausgesprochenen Grundsätze der gegenwärtigen Ordnung der Dinge und der Verträge zu hoffen berechtigt ist.“⁴⁵

Drei Viertel Jahre später, als sich Preußen von neuem an Wien wandte, war es von jeder Tauschmöglichkeit abgekommen. Inzwischen hatte es genauere Kenntnis von den bayerischen

42. Metternich an Berstett 21. V. 27 ebd. Spec. 25.

43. Berstett an Metternich 31. VIII. 27 ebd.

44. Tettenborn an Gh. Ludwig 18. VII., 8. VIII. 27 ebd. Spec. 27.

45. Bernstorff an Maltzahn 15. X. 26 G. St. B. 33/II.

Plänen erhalten und hielt nun eine ernstliche Beschäftigung mit der Angelegenheit für notwendig, „bevor dieselbe durch Ereignisse und Zufälle sich zu größeren Schwierigkeiten entwickle“. Da der Streit die wichtigsten politischen Interessen berühre, wolle Preußen aus gemeinsamer Erwägung und Prüfung die Ansicht gewinnen, nach welcher die Alliierten in absehbarer Zeit den Streit behandeln und entscheiden sollten.⁴⁶ Das war der Auftakt zu den späteren Bemühungen, die Verbündeten für eine gemeinsame Erklärung zu gewinnen. Zu dem preußischen Gesandten Maltzahn äußerte sich Metternich gleich bei Uebergabe der Note dahin, daß er mit Freuden Preußen die Initiative in dieser Angelegenheit ergreifen sehe und daß dessen Ansichten ganz mit den seinigen übereinstimmten. Den bayerischen König werde man schwerlich von der Idee der Pfalz abbringen, die bei ihm schon zu einer förmlichen Monomanie geworden sei. Die Verträge müsse man natürlich aufrechterhalten. Einen Tausch lehne auch er ab, auf das Sponheimer Surrogat aber habe Bayern ein unzweifelhaftes Recht; wenn es auch mit Schwierigkeiten verbunden sei, so könne doch ein Austrägalgericht vielleicht über den Zeitpunkt des Anfalls entscheiden.⁴⁷ Eine schriftliche Antwort blieb Oesterreich wie immer auch diesmal schuldig und versäumte dadurch die erste Gelegenheit, maßgebend in der Entscheidung des Streites mitzusprechen.

Inzwischen hatte Preußen, obwohl es bis zum Sommer 1827 von Baden nie direkt angegangen worden war, mit beruhigenden Versicherungen nicht gespart. Otterstett und Frankenberg betonten übereinstimmend Berlins freundschaftliche Gesinnungen und seine Teilnahme an den Gebietssorgen.⁴⁸ Die Verhandlungen mit Bayern teilte Baden kurz nach ihrer Einleitung in Berlin mit und erbat Preußens Unterstützung.⁴⁹ Am wichtigsten schien Berstett, daß Küster zur Verteidigung des badischen Erbrechts angewiesen werde; er wurde denn auch von den Ansichten seiner Regierung unterrichtet, damit er etwaige Eröffnungen richtig entgegennehme, sollte sich aber, wie schon erwähnt, jeder Ein-

46. Maltzahn an Metternich 18. VI. 27 ebd.

47. Maltzahn an Bernstorff 19. VI. 27 ebd.

48. Bernstorff an Frankenberg 18. XI. 26 ebd.

49. Frankenberg an Bernstorff 19. VI. 27 ebd.

mischung enthalten.⁵⁰ In Berlin unterstützten namentlich Rochow, der Kammerherr des Kronprinzen, und der General Witzleben die badische Sache bei Bernstorff.⁵¹ Die Antwort an Baden trat eindeutig für dessen Recht ein. Im Mai zweifelte man in Preußen noch, daß Bayern gegen die badische Erbfolge auftrete, und sah keinen Grund zu Besorgnissen; werde Baden aber wirklich angegriffen, dann versprach man, im Verein mit den Verbündeten „die Rechte des Hauses Baden gegen alle Kränkungen und Beeinträchtigungen zu sichern“.⁵² Die einstweilige Fühlungnahme Preußens mit Oesterreich und Rußland bereitete diesen Weg vor. Das Wichtigste für Baden war, daß Bernstorff in seiner Note an Frankenberg die bestehende Ordnung der Dinge, die allgemeine europäische Staatsverbrüderung und den Deutschen Bund als die bestimmteste Sicherung für die Zukunft erklärte.⁵³ Demnach konnte sich Baden auf die Mächte verlassen. Bis man das Beweismaterial von Bayern selbst geliefert erhielt, beschränkte man sich bei ihnen noch auf Mitteilungen allgemeiner Art; auf jenes gestützt konnte man dann umso wirksamer vorstellig werden.

II.

Als Bayern im Laufe des Sommers 1827 die Karten allmählich aufdeckte, mußte Baden mehr und mehr überzeugt werden, daß die Ansprüche auf Sponheim nur die bayerischen Wünsche nach der Pfalz verschleierten. Baden ohne Pfalz war ein Rumpfgelände, von Bayern umklammert und vom Norden abgetrennt. Verlor es pfälzische Gebiete beim angeblichen Erlöschen der Zähringer Linie, dann war die Nichtanerkennung der Hochberg auch in den übrigen Landesteilen zu befürchten. Baden mußte bei geringstem Nachgeben damit rechnen, daß noch weitere Bewerber um sein Gebiet auftreten würden, hatten doch die Verträge nach den Befreiungskriegen für die süddeutsche Landesverteilung mehr als einmal mit dem Aussterben des badischen Herrscherhauses gerechnet. Wie leicht konnte z. B. Oesterreich

50. Bernstorff an Küster 3. VII. 27 ebd.

51. Frankenberg an Berstett 21. VII. 27 G. L. K. Spec. 30.

52. Frankenberg an Berstett 22. V. 27 ebd.

53. Bernstorff an Frankenberg 5. VI. 27 ebd.

sich plötzlich seiner früheren Ansprüche auf den Breisgau erinnern. Auch Prinz Gustav von Schweden, der als Sohn einer badischen Prinzessin der einzige männliche Nachkomme der älteren Linie Karl Friedrichs war und seit dem Frühjahr 1827 an manchen europäischen Höfen für seine Ansprüche auf das Großherzogtum warb,⁵⁴ konnte für Bayern ein wertvoller Bundesgenosse werden; in München wurde auch tatsächlich diese Möglichkeit erwogen.⁵⁵ Aeüßerste Vorsicht war demnach für Baden am Platz. Ein Mittel der Abwehr dachte man zuweilen in der Ernennung des Markgrafen Leopold zum Erbgroßherzog zu finden,⁵⁶ kam aber wieder davon ab: man hätte mit einem vorzeitigen bayerischen Protest rechnen müssen und schließlich brauchte ein rechtmäßiger Erbprinz nicht eigens dazu ernannt werden.

Von manchen Seiten wurde geraten, den Sponheimer Streit am Bundestag vorzulegen. Bayern lehnte dies ab, da es dabei Gefahr lief, von den Kleinstaaten, die der Vergrößerung eines Bundesmitgliedes entgegen waren, überstimmt zu werden. Aber auch die Intervention der Mächte wies es zurück, solange gütliche Einigung möglich blieb.⁵⁷ Dagegen machte Baden Sponheim zu einer europäischen Angelegenheit; bei jedem Angriff auf die Erbfolge hielt es nur die großen Mächte für zuständig, die in Aachen und Frankfurt darüber entschieden hatten. Deshalb lehnte es auch eine Einmischung des Bundes ab: er könne nicht über einen europäischen Spruch von neuem entscheiden, außer man zweifle an dessen Richtigkeit, wodurch Bayern bereits ein Recht zugestanden werde.⁵⁸ Der Ausgleich durch ein Bundesausträgalgericht, wie es die Bundesakte für Streitigkeiten unter Bundesgliedern vorschrieb, war demnach für beide Teile nicht ratsam.

-
54. Fahnenberg an Berstett 19. IV. 27 ebd. IA2 35.
Reigersberg an Kg. Ludwig 26. III. 27 G. St. M. MAIII Baden 6.
55. Bray an Kg. Ludwig 22. VI. 27 ebd. A. St. 93d.
Kg. Ludwig an Zentner 18. I. 28 G. H. M. 89/4 IV.
56. Tettenborn an Gh. Ludwig 18. VII. 27 G. L. K. Spec. 27.
Fahnenberg an Berstett 1. IX. 27 ebd. Spec. 4.
Reigersberg an Kg. Ludwig 30. X. 27 G. St. M. A. St. 93d.
57. Zentner an Bray 7. XI. 27 ebd.
58. Berstett an Fahnenberg 20. VI. 27 G. L. K. Spec. 4.

Weitere Passivität aber konnte Baden gefährlich werden. Es mußte den wiederholten Forderungen, die, wie es behauptete, seine Ruhe bis zum Grund erschütterten,⁵⁹ begegnen. Obwohl Bayern noch nichts Ruhestörendes unternommen hatte und nur in Aschaffenburg und Würzburg sein Militär vermehrte, nahm Baden Truppenverstärkungen an der Grenze gegen Bayern vor;⁶⁰ von Preußen, Nassau und Hessen-Darmstadt ließ es sich Hilfe für den Fall eines bayerischen Angriffs versprechen,⁶¹ — Vorsichtsmaßregeln, die Bayern die große Angst verrieten und nach seiner Meinung bei einwandfreier Rechtslage ganz unnötig gewesen wären.

Vor allem aber suchte Baden Bundesgenossen in der seit einiger Zeit immer mehr zu Bedeutung gekommenen öffentlichen Meinung und, vertrauend auf die preußische Zusicherung, in den führenden deutschen und europäischen Staaten. Begründet und gleichsam entschuldigt wurde der Schritt in die Öffentlichkeit mit der Abfassung des bayerischen Memoires in französischer Sprache. Dadurch habe Bayern zum Ausdruck gebracht, daß es den Streit nicht zwischen den beiden deutschen Südstaaten allein ausgetragen sehen, sondern die außerdeutschen Mächte als Schiedsrichter herbeirufen wolle; so sei es nur recht und billig, wenn Baden diesen nun auch seinen Standpunkt vorlege. Berstett sah sogar darin, daß Bayern die Denkschrift früher an die Mächte als an Baden gelangen ließ, einen Beweis schlechten Willens, sich überhaupt gütlich zu einigen.⁶² Das bayerische Memoire war aber nie für die Öffentlichkeit bestimmt; es sollte nur badischen Insinuationen vorbeugen, nicht die Mächte in den Kampf hineinziehen;⁶³ nur aus den schon erwähnten Gründen war es verspätet in Karlsruhe überreicht worden.

Der getreue Ratgeber war wie immer Anstett. Im September besuchte er Berstett einige Tage auf dessen Landgut Watthalden;

59. Berstett an Metternich 31. VIII. 27 ebd. Spec. 29.

60. Stichaner an Zentner 16. VIII. 27 G. St. M. P. A. 169.

61. Otterstedt an Bernstorff 23. VIII. 27 G. St. B. 33/II.

Marschall an Berstett 21. XII. 27 G. L. K. Spec. 45.

Reigersberg an Kg. Ludwig 23. X. 27 G. St. M. A. St. 93e.

62. Berstett an alle badischen Gesandten 27. IX. 27 G. L. K. Sp. 2.

63. Zentner an alle bayerischen Gesandten 28. V. 27. G. St. M. A.

St. 93d.

auch der Großherzog begab sich dorthin, um Anstett zu sprechen. Sie besprachen das geeignete Vorgehen.⁶⁴ Schlagartig mußte der Feldzug einsetzen, bei allen deutschen und europäischen Höfen gleichzeitig und gleichmäßig, damit deutlich wurde, daß das badische Recht nirgends die Öffentlichkeit zu scheuen hatte. Auch wurde dadurch die Zusammenarbeit der Mächte erleichtert. Voll Sorge hatte wieder Otterstedt die Besprechungen in Watthalden verfolgt. Um seine Verstimmung merken zu lassen, zog er sich für kurze Zeit ganz zurück.⁶⁵ Als er aber noch im September ein Reskript aus Berlin erhielt, das die preußische Ansicht über die Verträge und die badische Erbfolge von neuem einwandfrei festlegte, konnte er nicht umhin, es den badischen Ministern zu unterbreiten; er suchte sie gleichsam zu beschämen, indem er ihnen mitteilte, daß Preußen weiterhin seinen Standpunkt so offen bekenne, obwohl Baden andere Ratgeber bevorzuge. Otterstedt stellte befriedigt Betroffenheit bei Berstett fest; die Folge war, daß er die Entwürfe der Mitteilung an die großen Höfe zur Durchsicht erhielt. Da darin Preußens Stellungnahme gebührend gewürdigt war, hatte er nichts dagegen einzuwenden.⁶⁶

Am 8. Oktober sandte Berstett eine „Denkschrift“⁶⁷ von Baden gegen Bayern wegen des Surrogats für die ehemalige Grafschaft Sponheim“ in deutscher und französischer Sprache in die Welt. Sie war vom Geheimen Referendar Jolly verfaßt, der im Juli auf das bayerische Memoire hin die Grundlagen dazu ausgearbeitet hatte und damals schon dafür eingetreten war, sie den Mächten vorzulegen, um eine Erklärung darüber zu erlangen.⁶⁸ Die Begleitnoten waren der Eigenart und bisherigen Stellung der einzelnen Mächte angepaßt. Sie betonten überall das besondere Vertrauen, womit Baden gerade diese oder jene Macht um Unterstützung bitte, erläuterten kurz die Tatbestände und klagten über die Gefährdung heiligster Rechte und die Verletzung der badischen Würde, ohne deren Sicherstellung man nicht über die Surrogats-

64. Lerchenfeld an Zentner 17. IX. 27 G. St. M. A. St. 93c.

65. Otterstedt an Bernstorff 14. IX. 27 G. St. B. 33/II.

66. Otterstedt an Bernstorff 5. X. 27 ebd.

67. G. L. K. II Gen. 5.

68. Vorläufige Betrachtungen über die bayerische Note vom 3. VII. 27 und das ihr beigefügte Mémoire. Juli 1827 ebd., II Gen. 7.

bestimmung verhandeln könne.⁶⁹ Berstett wandte sich mit diesen Noten außer an Metternich zum ersten Mal persönlich an die übrigen leitenden Minister.

Die Mitteilung an die kleineren deutschen Höfe erfolgte nur zu deren Information; ihr Zweck war erreicht mit den von allen Seiten einlaufenden Versicherungen lebhaftester Teilnahme.⁷⁰ Nur in Württemberg bemühte sich Baden wiederholt vergeblich um Verständnis und Entgegenkommen. Gerade damals war jenes sehr gegen Baden aufgebracht⁷¹ und setzte sich deshalb im Herbst 1827 aktiv für Bayern ein; in Petersburg, wohin es verwandtschaftliche Beziehungen hatte, arbeitete der württembergische Gesandte Hohenlohe eng mit Gise zusammen. Auch bei Oesterreich bemühte es sich um bayernfreundliche Vermittlung im Sponheimer Streit.⁷²

Die Großmächte bat Baden um erneute Erklärungen beim bayerischen König zugunsten der angegriffenen badischen Erbfolge, um eine Entscheidung, die auch für Sponheim Gültigkeit habe: das sei der einzige Weg, um Bayern wieder zur Besinnung zu bringen, den König von der Unerfüllbarkeit seiner Wünsche zu überzeugen und die bayerischen Angriffe und Umtriebe für immer zu beenden.⁷³ „Wir sind jetzt gezwungen, die Offensive zu ergreifen und der Großherzog ist unwiderruflich entschieden, sein politisches Schwert nur dann in die Scheide zu stecken, wenn er die Gewißheit haben wird, es nie wieder für diesen Gegenstand herausziehen zu müssen.“⁷⁴ Was Bayern mit allen Mitteln verhüten wollte, bemühte sich Baden, mit allen Mitteln herbeizuführen: einen zweiten Aachener Machtspruch.

69. Berstett an Damas, Dudley, Bernstorff, Metternich und Nesselrode G. L. K. Spec. 20, 17, 32, 29, 37.

70. Schminke an Berstett 18. X. 27 ebd. Spec. 45.

Marschall an Berstett 19. X. 27 ebd.

du Thil an Berstett 25. X. 27 ebd.

71. Ursache war die Handelsannäherung zwischen Bayern und Württemberg; letzter Anlaß eine Klatschgeschichte, die der badische Geschäftsträger Endé in Berlin gegen die württembergische Prinzessin Pauline verbreitet hatte.

72. Berstett an Blittersdorf 28. XI. 27 G. L. K. Spec. 47.

73. Berstett an alle badischen Gesandten 9. X. 27 ebd. Spec. 4.

74. Berstett an Fahrenberg 27. IX. 27 ebd.

Es suchte den Mächten den Entschluß zu erleichtern, indem es selbst die Oeffentlichkeit aufklärte und umwarb. Wenige Tage nach dem Appell an die Mächte erschien im Buchhandel eine Broschüre „Ueber die Ansprüche der Krone Bayern an Landesteile des Großherzogtums Baden“.⁷⁵ Sie war vom Staatsrat Winter im Auftrag der Regierung verfaßt, erschien aber ohne Verfasser-namen, um den Anschein einer Stimme aus dem Publikum zu erwecken. Die Regierung wollte nach außen hin nicht mit den Druckschriften in Verbindung stehen.⁷⁶

Winters Broschüre und Jollys Denkschrift unterschieden sich nur in der Art der Darstellung. Beide widerlegten die Behauptungen des Bayerischen Memoires und verteidigten das badische Recht. Da Sponheim nicht souverän gewesen sei, könne auch als Surrogat kein Bestandteil eines souveränen Gebietes gefordert werden. Entsprechend der Verfassung und der Unteilbarkeitsakte müsse jedes abgetretene Land immer unter der Oberhoheit des jetzigen Besitzers bleiben. Auch in der Größe müsse das Surrogat dem ursprünglichen Besitz entsprechen. Laut Reichsdeputationshauptschluß gingen Erbrechte von den an Napoleon abgegebenen Gebieten auf die Entschädigungslande über, ergriffen diese aber nicht sämtlich als Surrogat. Hätte man jenen Beschlüssen damals schon die jetzige bayerische Auslegung beigelegt, dann wäre ebenso Bayerns Besitzstand ständig bedroht. Die große Entschädigung habe Baden 1803 zur Ehre und ruhm-vollen Fortdauer des badischen, aber nicht des bayerischen Hauses erhalten.

Den Hauptteil der beiden Schriften bildet die Verteidigung der Hochberg'schen Erbrechte mit geschichtlichen und rechtlichen Beweisen und mit Beispielen aus der ganzen deutschen Vergangenheit. Die im Beinheimer Entscheid enthaltene Bestimmung von „gut und taugend“ beziehe sich nicht auf ungleich gestellte Ehen, sondern auf die Herrscherfähigkeiten der jeweiligen Fürsten. Auf dem badischen Thron saßen die Nachkommen aus zwei Ehen mit Frauen von niedrigerer Herkunft als das Freifräulein von Geyer, ohne daß Bayern je dagegen Einwände

75. G. L. K. II Gen. 5.

76. Berstett an Fabnenberg 28. IX. 27 ebd. Spec. 4.

erhoben habe. Auch in Bayern sei die unebenbürtige herzoglich-Birkenfeld'sche Linie als erbberechtigt anerkannt. Seit dem 13. Jahrhundert werde die Ehe eines Markgrafen mit einem Ritterfräulein als eine genossenschaftliche Ehe bezeichnet und seit dem 15. Jahrhundert seien nach Reichsherkommen die Ehen mit altem Adel als standesgemäß zu betrachten. Eine bedingte Ehe, aber nicht eine zur linken Hand, sei Karl Friedrich nur aus finanziellen Gründen eingegangen, um den Regierungsnachfolger so wenig als möglich zu belasten. Den Söhnen aus dieser Ehe seien von Anfang an ihre Erbrechte als ebenbürtige Nachfolger vorbehalten geblieben. Die einzelnen Successionsakten hätten demnach kein neues Recht, sondern nur die Sicherheit eines bestehenden begründet. Sie seien nicht aus Notwendigkeit, sondern nur aus Vorsicht erfolgt. Dazu aber sei niemals die Zustimmung anderer Agnaten nötig gewesen. Der Frankfurter Territorialrezeß habe dieses bestehende Recht mit schützender Garantie umgeben, es anerkannt, aber nicht, wie Bayern behaupte, bestätigt. Die Garantie der europäischen Mächte sei erst angerufen worden, als sich die bayerischen Anfechtungen zeigten. Ferner habe das souveräne Baden von Bayern keine Familiengesetze seines Hauses zu empfangen, ebenso wie sich Bayern dies in seiner Souveränitätsakte verboten habe. Wenn daher Bayern den Hochberg die Erbrechte streitig mache, stehe es mit dem allgemeinen deutschen Staatsrecht, mit dem badischen Familien- und Staatsrecht und mit den eigenen Souveränitätsgrundsätzen in Widerspruch.

Erst jetzt erfuhr die breitere Oeffentlichkeit in Baden und den Nachbarländern von dem Streit. Bisher waren nur vereinzelte Gerüchte von bayerischen Eroberungswünschen laut geworden, übermittelt von Kaufleuten und Soldaten an der Grenze. Beunruhigung war nirgends zu bemerken, wie auf Anfragen der badischen Regierung aus allen Grenzorten zuverlässig gemeldet wurde.⁷⁷ Erst die Broschüre, die zur Beruhigung der Untertanen dienen sollte, zog diese in den Streit der Meinungen hinein. Denn ihre natürliche Folge war, daß auch Bayern seine Ansprüche öffentlich verteidigte. Der üble Federkrieg, der nun

77. Berichte aus dem Neckar- und Main-Tauberkreis ebd. II Gen. 1.

vom Zaun gebrochen wurde und alles beunruhigte,⁷⁸ trug nicht zur Beschleunigung und gütlichen Erledigung der Angelegenheit bei. Anstatt hatte das vorausgesehen und war anfangs für die Zurückhaltung der Winter'schen Broschüre eingetreten.⁷⁹ Nach Kenntnissnahme hielt er sie aber für so glänzend, daß er ihre Veröffentlichung befürwortete.⁸⁰

Zunächst wurde im Dezember 1827 eine umfassende bayerische Denkschrift als „Beantwortung der Denkschrift von Baden gegen Bayern wegen der Bestellung eines Surrogats für die zwischen beiden Häusern gemeinschaftliche Grafschaft Sponheim“ geschrieben. Ihr war eine „Kürzere vorläufige Beleuchtung der Druckschrift über die Ansprüche der Krone Bayerns an Landesteile des Großherzogtums Baden“ in Form von Flugblättern vorausgegangen. Verfasser war der bekannte Ritter von Lang, der schon verschiedene Male Gutachten im bayerischen Sinn abgegeben hatte und eigens zur Widerlegung der badischen Denkschrift von Ansbach nach München berufen worden war.⁸¹ In seiner ironisch kritisierenden Weise legte er den bayerischen Standpunkt, ähnlich wie in dem ersten bayerischen Memoire, nur ausführlicher, fest. Mit spitzer Feder zählte Lang Verluste und Gewinne, Verdienste und Verpflichtungen beider Streittheile in den Napoleonischen Kriegen auf, um die offensichtliche Benachteiligung Bayerns zu erweisen; demnach habe Bayern seit 1813 nie nach Vergrößerung, sondern nur nach Ersatz getrachtet. Es sei schon ein großes Entgegenkommen, wenn man vorläufig auf diesen Ersatz verzichtet habe und sich nur mit Sponheim beschäftige. Der Anspruch auf ein größeres Surrogat nach Aussterben der regierenden Linie wurde mit zahlreichen Beispielen belegt, wobei Nachkommen aus ungleichen Ehen nie als erberechtigt anerkannt worden seien. Die von Baden angeführten Beispiele für das Gegenteil erklärten sich aus der ungünstigen politischen Lage jener Zeiten. Die Gräfin Hochberg stamme auch nicht aus einer hochadeligen reichsständischen, sondern nur aus

78. Otterstedt an Bernstorff 20. X. 27 G. St. B. 33/II.

79. Blittersdorf an Berstett 4. X. 27 G. L. K. Spec. 46.

80. Blittersdorf an Berstett 12. X. 27 ebd.

81. Fahnenberg an Berstett 9. XI. 27 ebd. Spec. 4.

einer reichsritterschaftlichen Familie, die mit den Grafen von Sponheim nie auf gleicher Stufe gestanden habe. Schließlich müsse Baden auch sehr wenig von seinen Rechtsgründen überzeugt sein, wenn es sich an die anderen Mächte wende, die mit Sponheim gar nichts zu tun hätten. Ausdrücklich betont wurde, daß Bayern nicht die Schuld an der Veröffentlichung des Streites trage. Man zeigte sich entrüstet, daß Baden ein vertrauliches Memoire mit einer öffentlichen Druckschrift beantworte, ohne sie oder die offizielle, an die Mächte gerichtete, Denkschrift Bayern mitzuteilen. Nun sei man gezwungen, den Federkrieg fortzuführen, wenn man dies auch sehr ungern tue; er sei zur Verteidigung nun nötig, um der Provokation Badens zu begegnen und um sich in der Öffentlichkeit nicht wegen einer Sache verurteilen zu lassen, deren Opfer man geworden sei.⁸²

Die Denkschrift, der von Zentner⁸³ ein offizieller Charakter abgesprochen wurde, übersandte man im März 1828 allen bayerischen Gesandten zu ihrer Information. Von diesen wurde sie nur unter der Hand verteilt, um die inzwischen begonnene österreichische Vermittlungsaktion nicht zu stören und sich keine Vorwürfe zuzuziehen⁸⁴. Daher war sie auch erst im Februar gedruckt und dem Münchner diplomatischen Korps nicht mitgeteilt worden. Der König wollte durch sie die öffentliche Stimmung für sich gewinnen, aber nicht an das Volk appellieren; denn dadurch glaubte er die großen Höfe nur aufzubringen.⁸⁵

Man wollte damit den Federkrieg beendet haben. Doch war es natürlich unvermeidlich, daß auf beiden Seiten Gelehrte und Staatsmänner den Gegenstand weiter behandelten: Lang, Dr. Lindner, der Verfasser des Manuskriptes aus Süddeutschland, und der Ministerialrat Fink auf bayerischer, der Staatsrechtler Klüber, Geheimrat von Draais und der Heidelberger Professor Zachariä auf badischer Seite, daneben noch manche minder bekannte Persönlichkeit in den streitenden Ländern und im übrigen Deutschland. Broschüren und Flugschriften erschienen

82. G. St. M. A. St. 93o.

83. Zentner an Bray 23. XI. 27 ebd. 93e.

84. Zentner an alle bayerischen Gesandten 9. III. 28 ebd. 93f.

85. Kg. Ludwig an Zentner 4. XI. 27 G. H. M. 89/4 IV.

in großer Zahl.⁸⁶ Jede auftauchende Meinung erforderte neue Widerlegung. Ein praktisches Ergebnis aber wurde so nie erzielt; im Gegenteil, die Volksstimmung wurde immer mehr erhitzt und der Streit verlor sich, soweit er vor der breiten Masse ausgefochten wurde, mehr und mehr ins Uferlose.

Es lag sicher im Interesse beider Teile, daß die Sache nicht noch in öffentlichen Landtagssitzungen breit getreten wurde. Zwar machte Baden schon einen Anfang dazu. In der Eröffnungsrede der Session 1828 erwähnte der Großherzog des öfteren die bedrohte Lage des Landes und seine Bemühungen um Sicherstellung.⁸⁷ Beide Kammern antworteten mit Adressen, die begeisterte Worte des Dankes, der Zuversicht und der Opferbereitschaft aller Landesteile enthielten.⁸⁸ Dazu liefen aus allen Orten des Neckarkreises dankerfüllte Schreiben ein, die durch die Zeitung bekanntgegeben wurden.⁸⁹ Dem Großherzog boten solche Akte Rückhalt im Auftreten nach außen. In Bayern war man weniger erfreut.⁹⁰ Aber man vermied trotz Brays Vorschlag⁹¹ eine Erwiderung vor den bayerischen Kammern, weil man den Großherzog nicht reizen wollte.⁹² Auch Metternich sprach sich dagegen aus, weil er befürchtete, es möchte dadurch die badisch-preußische Verbindung, namentlich in kommerzieller Beziehung, gefördert werden.⁹³

III.

Mit dem Federkrieg und der allgemeinen öffentlichen Erörterung gleichzeitig lief der Kampf um die Erklärung der Mächte, die Baden in seinem Hilferuf vom Herbst 1827 erbeten hatte. Bayern hatte damals seine Gesandten beauftragt, mit allen inoffiziellen Mitteln eine Erklärung zu verhindern; aufgeregt

86. Siehe S. 220/21.

87. Reigersberg an Kg. Ludwig 3. III. 28 G. St. M. A. St. 93f.

88. Badische Dankadressen der beiden Kammern der Ständeversammlung des Großherzogtums Baden auf die Thronrede Gh. Ludwigs am 6. III. 28 ebd. II 97.

89. Reigersberg an Kg. Ludwig 15. III. 28 ebd. MAIII Baden 6.

90. Fahnenberg an Berstett 6. III. 28 G. L. K. Spec. 6.

91. Bray an Kg. Ludwig 15. III. 28 G. St. M. A. St. 93f.

92. Zentner an Bray 24. III. 28 ebd.

93. Bray an Kg. Ludwig 19. III. 28 ebd.

hatte Ludwig Zentner beordert, „schnell, schnell nach Berlin und von da nach Petersburg zu senden, denn ein Tag kann alles verderben“. ⁹⁴ Man ahnte in München Gefahr aus dem Norden. Preußen hatte nicht wie Oesterreich Verpflichtungen gegen Bayern. Baden hatte ihm die Nachteile eines bayerischen Pfalzbesitzes für die Verteidigung der deutschen Westgrenze in den grellsten Farben zu malen gewußt. Schon im Frühjahr 1827 hatte Baden eine Abhandlung darüber nach Berlin gesandt. Während Bayern auf die erleichterte Verbindung mit seiner Rheinpfalz und mit den preußischen Truppen in der Rheinprovinz bei einem französischen Angriff hinwies, betonte Baden die Gefahr des Abgeschnittenwerdens der nicht-bayerischen süddeutschen Truppen vom preußischen Heere bei einer französisch-bayerischen Allianz, die ja in der Geschichte keine Seltenheit darstelle: ein preußischer Vorstoß gegen den ununterbrochenen Festungsgürtel Landau—Germersheim—Mannheim—Würzburg begegne größten Schwierigkeiten. Bayern würde dann im Berührungspunkt der drei großen Mächte Oesterreich, Preußen und Frankreich „einen Waffenplatz im größten genre à cheval auf dem wichtigen Rheinstrom“ bilden. ⁹⁵

Das waren genug Gründe für Preußen, um das Wort für Baden zu ergreifen, von dessen Recht es außerdem überzeugt war. Nachdem sich die Unmöglichkeit eines gütlichen Ausgleichs gezeigt hatte, wollte Preußen, um künftigen Verwicklungen vorzubeugen, nicht mehr länger in Zurückhaltung verharren. Im Oktober erging der badische Ruf an die Mächte. Im November schon forderte Preußen die Mitunterzeichner des Frankfurter Rezesses auf, sich gemeinschaftlich für die badische Sache zu erklären: die bayerische Behauptung vom Erlöschen des badischen Stammes für das Sponheimer Surrogat laufe jenem Vertrag zuwider; die Verbündeten seien also verpflichtet, „in vertrauliche Rücksprache zu treten und sich über die Beurteilung und die fernere offizielle Behandlung der in so vielfacher Beziehung folgenreichen Angelegenheit auszusprechen“. Preußen

94. Kg. Ludwig an Zentner 15. X. 27 ebd.

95. Der militärisch-politische Wert Bayerns, wenn es im Besitz der Pfalz wäre. 1827 G. L. K. II Gen. 3.

lasse sich dabei von unparteiischer Würdigung leiten, wonach die Erbfolge der Hochberg im Sponheimer Surrogat wie in allen anderen badischen Landesteilen für selbstverständlich gelten müsse. Nicht unter die Verträge falle natürlich die Bestimmung eines Surrogats, sie sei allein zwischen Bayern und Baden innerhalb des Bundes zu erledigen. Zur Vermeidung weiterer Unruhe und mit Rücksicht auf das hohe Alter des regierenden Großherzogs seien baldige Erklärungen geboten. Schweigen könne als Divergenz zwischen den Verbündeten gedeutet werden zu einer Zeit, in der es besonders nötig scheine, „die Einigkeit der Mächte und ihr Beharren in der von ihnen durch gemeinsame Verträge begründeten Ordnung der Dinge, in den Grundsätzen des Rechtes und des Friedens den Augen der Welt unverkennbar zu erhalten“.⁹⁶

Aus diesen Worten spricht Sorge vor dem Zusammenbruch des mühsam aufgerichteten Gebäudes der heiligen Allianz, das seit dem Kongreß von Verona schon manchen Riß erhalten hatte. Soeben waren die Meinungsverschiedenheiten in den griechisch-türkischen Händeln durch die Schlacht von Navarino am 20. Oktober 1827 auf einem Höhepunkt angelangt. Preußen allein stand den orientalischen Wirren neutral gegenüber und suchte dem Auseinanderfallen der Allianz dadurch entgegenzuwirken, daß es ihre Einigkeit wenigstens in unbedeutenderen Dingen herzustellen bemüht war. Jeder Boden schien ihr entzogen, wenn man nicht mehr die gemeinsam geschlossenen Verträge achtete.

Nicht bei allen Mächten war die Rücksicht auf die Traktate gleich groß: von den Ostmächten wurde ihnen mehr Bedeutung beigemessen als im Westen; aber auch hier wollte man sie formell aufrecht erhalten. Von Frankreich durfte man, da es ja erst nachträglich durch seine Aufnahme unter die Verbündeten den Verträgen zugestimmt hatte, wenig erwarten. Auch Bayern hatte bisher kaum Anknüpfung mit ihm versucht. Nur Bray hatte noch während seiner Pariser Gesandtschaftszeit wiederholt vertraulich den Außenminister Damas und den Abteilungsleiter Bourjot über die Angelegenheit aufzuklären versucht; ihre dabei empfangene Zustimmung zu den bayerischen Ansichten und zum

⁹⁶. Bernstorff an Maltzahn, Schöler, Werther und Bülow 21. XI. 27 G. St. B. 33/III.

Plan eines Abkommens in bayerischem Sinn⁹⁷ durfte jedoch nicht als offizielle Meinungsäußerung des französischen Kabinetts gebucht werden und bot bei der geringen Haltbarkeit der französischen Ministerien keine verlässige Stütze. Trotzdem vertraute man in Bayern fest auf Frankreich und glaubte sich mit ihm in bestem Einvernehmen.⁹⁸ Die Vakanz des bayerischen Gesandtschaftspostens in Paris seit dem Frühjahr 1827 und des französischen in München seit Anfang 1826 erschwerte eine weitere Verbindung. So war auch das bayerische Memoire erst zwei Monate nach seiner Verteilung im August 1827 Bourjot auf ausdrückliche Anfrage übermittelt worden.⁹⁹ Er enthielt sich damals jeder Aeüßerung; ebenso begnügte sich Villèle bei dem badischen Anruf im Herbst 1827 mit einer Empfangsbestätigung.¹⁰⁰ Man wollte sich vorläufig nicht in eine Angelegenheit einmischen, die bisher Frankreichs Politik fremd und von zwiespältigem Interesse war, sondern die Haltung der anderen abwarten, um sich mit niemandem unnötig zu verfeinden. Daher wurde die von Baden wie von Preußen erbetene Erklärung stillschweigend übergangen, wenn auch Ferette de Bailli, der badische Gesandte in Paris, die gute Aufnahme der preußischen Anregung meldete;¹⁰¹ Damas hatte ihm lediglich mitgeteilt, daß er auf eine für beide Teile günstige Beilegung hoffe.

In Englands Politik hatte der bayerisch-badische Streit am wenigsten Platz, besonders soweit er um Familienpakte zweier deutscher Kleinstaaten aus der Zeit des ehemaligen Reiches ging. Es verpflichtete zu nichts und war nach beiden Seiten verbindlich, wenn man die Hoffnung auf baldige Beendigung des Streites zur beiderseitigen Befriedigung äußerte, im übrigen aber sich für unzuständig erklärte.¹⁰² Vergeblich hatte Fahrenberg im Auftrag Berstetts dem englischen Gesandten Taylor in Mün-

97. Bray an Kg. Ludwig 1. XI., 29. XI. 26 G. St. M. MAIII Frankr. 17.
Bray an Thürheim 2. II., 16. IV. 27 ebd.

98. Zentner an Schöpf 23. VIII. 27 ebd. A. St. 93d.

99. Zentner an Schöpf ebd.

100. Villèle an Ferette 16. XI. 27 G. L. K. Spec. 19.

101. Ferette an Gh. Ludwig 18. XII. 27 ebd.

102. Dudley an Cetto 29. VI. 27 G. St. M. A. St. 93d.
Cetto an Zentner 27. X. 27 ebd. 93e.

Münster an Berstett 6. XI. 27 G. L. K. Spec. 17.

chen vorgestellt, daß eine Verstärkung Bayerns am Rhein den französischen Einfluß in Europa vergrößern werde, was England nach seinen Erfahrungen nicht angenehm sein könne.¹⁰³

In Rußland, dem Stiftungsland der Heiligen Allianz, verfehlten die von Preußen betonten Gefühlsmomente und der Hinweis auf die Verträge ihren Eindruck nicht. Schon seit Beginn der Pfalztätigkeit König Ludwigs war Bernstorff stets mit Nesselrode in Fühlung; seine Anfragen blieben nie, wie bei Metternich, unerwidert und die Antworten schlossen sich immer den preußischen Ansichten an. Abgesehen von der für Rußland immer selbstverständlichen Aufrechterhaltung der Verträge, wollte man dort, namentlich in deutschen Angelegenheiten, nicht in Widerspruch mit den übrigen Mächten treten; deshalb vermied Rußland, in der pfälzisch-sponheimischen Sache die Initiative zu ergreifen und zog es vor, sich den Maßnahmen der anderen anzuschließen.¹⁰⁴ Seine Meinung für das badische Recht stand fest und Bayern hatte sie schon des öfteren spüren müssen. Vergeblich hatte Gise durch Verbalnoten die im *mémoire instructif* aufgestellten Thesen noch genauer erklärt.¹⁰⁵ Man war in München ungehalten über seine Erfolglosigkeit, doch wäre auch bei Neubesetzung seines Postens, die ernstlich erwogen wurde,¹⁰⁶ nicht mehr zu erreichen gewesen. Der russische Standpunkt war zu tief und zu lange schon festgelegt: erst nach Aussterben der Hochberg könne an Bayern ein, seinem früheren Sponheimer Besitz äquivalentes, Surrogat fallen. So antwortete Nesselrode auf die badische Note, man wünsche lediglich, den Streit entsprechend den badischen Rechten und zur Befestigung der Ruhe des Großherzogtums und ganz Deutschlands bald beendet zu sehen.¹⁰⁷

IV.

Die österreichische Erwiderung auf die badische Denkschrift wurde aus Unschlüssigkeit verzögert. Man suchte in Wien nach

103. Fahrenberg an Berstett 11. VIII. 27 ebd. Spec. 4.

104. Schöler an Bernstorff 5. I. 28 G. St. B. 33/III.

105. Gise an Kg. Ludwig 9. II. 27 G. St. M. A. St. 93e.

106. Zentner an Kg. Ludwig 13. VIII. 27 ebd. 93d.

107. Nesselrode an Berstett 9. I. 28 G. L. K. II Gen. 15.

einem Ausweg, denn man wollte Bayern nicht vor den Kopf stoßen; durch Bemühungen zugunsten seiner Wünsche wollte man sich aus der alten Vertragschuld befreien, um eventuellen späteren Gebietsansprüchen Bayerns an Oesterreich einen Riegel vorzuschieben. In Bayern rechnete man auch mit den ehemaligen Versprechungen Oesterreichs, „deren Realisierung gegen das selbe“, wie Bray sogar meinte, „in einem möglichen Falle viel leicht leichter werden dürfte als gegen Baden. Denn wenn Oesterreich gegen jedermann durchfällt, warum nicht auch gegen uns“.¹⁰⁸

Andererseits wollte auch Metternich die Traktate von 1818/19 nicht verletzen. Er glaubte sich aber nicht gegen sie zu stellen wenn er nach einer Lösung für Sponheim suchte, womit man sich in Aachen und Frankfurt nicht beschäftigt und das es schon 1819 als offene Frage bezeichnet hatte.¹⁰⁹ Vermutlich entzog sich der Kanzler auch gern dem ständigen Drängen Brays der sich seit seiner Anwesenheit in Wien nahezu mit Uebereifer der Sache seines Königs angenommen hatte. Er brachte schließlich Metternich dahin, „la solidité de nos arguments et la régularité de nos prétentions“ vollauf zu würdigen, eine Mitteilung die bei Ludwig selbstverständlich Hoffnungen erregte.

Um beide Teile zu befriedigen, wich Metternich jetzt von der Ansicht ab, die er vor einem Jahr in seinem Brief an Wrede vertreten hatte. Damals warf er die Vermischung der Pfalz und der Sponheimfrage auf; jetzt forderte er ihre strikte Trennung. Das Surrogat solle dem ehemaligen bayerischen Anteil an Sponheim entsprechen, den Bayern ohne die Gebietsverschiebungen des Reichsdeputationshauptschlusses erhalten hätte; die Erwerbung eines Gebietes in dieser Größe wolle er bei den Mächten und bei Baden selbst unterstützen. Bray befürwortete diesen Vorschlag, der den doppelten Vorteil gewähre, die übrigen gewünschten Gebiete später leichter zu erlangen und „de relever le credit de Votre Majesté aux yeux des grandes puissances, en obtenant une satisfaction éclatante au sujet d'une affaire“, gegen welche zwei Großmächte sich energisch ausgesprochen hätten.¹¹

108. Bray an Kg. Ludwig 22. IX. 27 G. St. M. MAIII Oesterreich 24.

109. Metternich an Rechberg 14. I. 19 ebd. A. St. 93b.

110. Bray an Kg. Ludwig 22. X. 27 ebd. 93e.

Dieser Hinweis und die wiederholte Betonung Metternichs, daß weitergehende Forderungen Bayerns nicht nur die Hoffnungen auf die Pfalz, sondern auch die gerechten Ansprüche auf Sponheim für immer untergraben würden, verfehlten ihren Eindruck auf den König nicht, besonders da ja in dem Einverständnis kein Verzicht auf die Pfalz lag. Zentner hatte längst erkannt, wie schlecht es um die bayerische Sache vor dem Areopag der europäischen Mächte stand. Mußte man nicht angesichts der preußischen und russischen Haltung jeden Weg beschreiten, der sich bot, wenn er auch im Vergleich zu früheren Vorsätzen nur zu bescheidenen Ergebnissen führte? Deshalb trat Zentner sehr für Annahme des Metternich'schen Vorschlags ein.¹¹¹ Auch der König, der noch einen Monat früher erklärt hatte, sich nie mit einem dem früheren Besitz entsprechenden Surrogat zu begnügen, da man beim geringsten Nachgeben Gefahr liefe überhaupt nichts zu erhalten,¹¹² zeigte sich schließlich einverstanden, allerdings nur, wenn ein Abkommen zu Lebzeiten des Großherzogs zustande komme: andernfalls wolle er, wie er auch späterhin immer wieder betonte, die ganze Baden 1803 für Sponheim gewährte Entschädigung fordern.¹¹³ Zentner schwächte die kategorische Antwort des Königs durch die Nachschrift ab, daß er mit einem Mißerfolg gar nicht rechne.

Damit sollte er sich freilich getäuscht haben. Wohl packte Metternich zunächst die Sache scheinbar energisch an. Vom Kaiser erlangte er die Genehmigung zu offiziellen Verhandlungen. Anschließend wollte er bei den Kabinetten die Rechtslage erörtern mit Unterstützung bekannter Publizisten. Den Anfang bildeten Unterredungen mit dem russischen Gesandten Tatitscheff und dem englischen Wellesley in Wien.¹¹⁴ Nach Brays Aussage verliefen sie erfolgreich; doch war davon nicht viel zu erwarten; namentlich der Russe ließ sich bald von Bray, bald von Tettenborn und Gentz überzeugen.¹¹⁵ Die Hauptsache war die Gewinnung Preußens, die dem Kanzler von Bray im Auftrag des Kö-

111. Zentner an Kg. Ludwig 22. X. 27 G. H. M. ARO 30.

112. Kg. Ludwig an Bray 22. IX. 27 Archiv Irlbach.

113. Kg. Ludwig an Bray 26. X. 27 G. St. M. A. St. 93e.

114. Bray an Kg. Ludwig 31. X. 27 ebd.

115. Tettenborn an Berstett 23. X. 27 G. L. K. Spec. 27,

nigs sehr ans Herz gelegt wurde. Ludwig hatte Preußen als seinen stärksten Widersacher in der badischen Sache erkannt und wußte, daß nur durch dieses auf Baden einzuwirken war.¹¹⁶ Sobald Metternich über das Verhalten Preußens zu seinem Plan Aufschluß hatte, wollte er Berstett nach Wien einladen und mit ihm über das Surrogat verhandeln. Es kam aber nicht zur Einholung der preußischen Meinung; denn noch vorher hatte Tettenborn durch Gentz von Metternichs Plänen erfahren und darüber nach Karlsruhe berichtet.¹¹⁷

Bis dahin hatte man in Baden krampfhaft jegliches Mißtrauen gegen Oesterreich von sich ferngehalten; man erklärte sich das Verhalten Oesterreichs aus seinen Verpflichtungen gegen Bayern.¹¹⁸ Doch jetzt hatte man trotz der Beschwichtigungsversuche von Gentz den Glauben an Oesterreich verloren und wollte sich von ihm zurückziehen. Man besprach sich wie immer über Blittersdorf mit Anstett und kam auf eine eindeutige Ablehnung überein.¹¹⁹ Ganz abgesehen, daß es sich für Baden stets nur um die Surrogatsbestimmung, nicht um eine Abtretung, handeln konnte, mußte es eine österreichische Vermittlung schon deshalb zurückweisen, um nicht Preußen und Rußland, die schon immer für das badische Recht eingetreten seien, vor den Kopf zu stoßen. Auch hätte nach Berstetts Meinung seine Reise nach Wien die Gemüter nur unnötig erregt und Zweifel am badischen Recht verursacht.¹²⁰ Durch Gentz erfuhr Metternich wieder von diesereindeutigen Ablehnung und versuchte sofort, Tettenborn zu beschwichtigen: man werde nie ohne Preußen etwas unternehmen und bemühe sich um die Ausgleichung nur, um Bayern seinen guten Willen zu zeigen. Auch die besorgte Frage Tettenborns nach der Ursache der Zuversicht Brays fertigte Metternich beruhigend ab, er habe ihm nichts versprochen, als zur Beendigung des Streites mitwirken zu wollen.¹²¹

116. Kg. Ludwig an Bray 5. XI. 27 Archiv Irlbach.

117. Tettenborn an Berstett 4. XI. 27 G. L. K. Spec. 27.

118. Berstett an Fahnenberg 6. XI. 27 ebd. Spec. 4.

119. Blittersdorf an Berstett 14. XI. 27 ebd. Spec. 47.

120. Berstett an Tettenborn 25. XI. 27 ebd. Spec. 27.

121. Tettenborn an Berstett 28. XI. 27 ebd.

Mit dieser Äußerung war durchaus vereinbar, daß Metternich von Bayern zur selben Zeit für sich die alleinige Führung der Angelegenheit und passives Verhalten der bayerischen Regierung forderte.¹²² Selbst in Wien wollte Metternich die Verteidigung der bayerischen Ansprüche beim diplomatischen Korps nicht Bray überlassen, da ein Vorgehen Oesterreichs mehr Eindruck mache.¹²³ Diesem Wunsch zufolge hatte Bayern ja auch die Drucklegung seiner amtlichen Denkschrift vom Dezember 1827 so lange hinausgeschoben. Es schmeichelte dem Kanzler, eine Rolle zu spielen, die vielleicht doch zu einem beiderseits befriedigenden Ergebnis führen könnte.

Noch hatte Metternich bis dahin auf die badische Denkschrift und auf die Bitte um eine Erklärung nicht geantwortet. Erst das ständige Drängen Tettenborns¹²⁴ mit dem Hinweis auf die wachsende badische Unzufriedenheit über das österreichische Verhalten und wohl auch der Druck der preußischen Aufforderung, die bei Metternich besonders grell das Bild einer vielleicht gestörten Zukunft entwarf,¹²⁵ veranlaßten schließlich Metternich, Mitte Dezember seinem Gesandten in Karlsruhe sein Erstaunen über die Anzweiflung vertragsmäßig entschiedener Fragen mitzuteilen; denn „es kann nur das gelten, was durch die Verträge von Aachen und Frankfurt anerkannt worden ist. Die Erklärung, daß diese Staatsverträge in voller Kraft bestehen und daß die Erbfolgefähigkeit in das Großherzogtum und die Integrität des letzteren in jenen Verträgen begründet wäre, somit unter dem Schutz der Mächte stehe, ergibt sich von selbst“.¹²⁶ Obwohl diese Versicherung auf den Gegenstand nicht näher einging, löste sie in Karlsruhe Zufriedenheit aus.¹²⁷ Eine offizielle Antwort auf das Schreiben Berstetts wollte Metternich erst nach Rücksprache mit den Kabinetten erteilen.

Ihm mußte damals viel daran liegen, sich mit Preußen über einen Ausgleich der Angelegenheit zu einigen. Aus Karlsruhe

122. Bray an Kg. Ludwig 5. XII. 27 G. St. M. A. St. 93c.

123. Bray an Kg. Ludwig 5. XI. 27 ebd.

124. Tettenborn an Berstett 4., 28., XI. 27 G. L. K. Spec. 27.

125. Bernstorff an Maltzahn 21. XI. 27 G. St. B. 33/III.

126. Metternich an Hruby 12. XII. 27 H. St. W. 169.

127. Otterstedt an Bernstorff 15. XII. 27 G. St. B. 33/III.

waren seltsame Gerüchte über preußische Absichten nach Wien gedrungen. Otterstedt hatte in einer Denkschrift dargelegt, daß eigentlich Preußen die gültigsten Ansprüche auf die Erbfolge in Baden machen könne, da die preußische Kronprinzessin nach ihrer Mutter, der bayerischen Königinwitwe und ältesten Tochter Karl Friedrichs, die nächste berufene Erbin sei. Um einer bayerischen Besitzergreifung zuvorzukommen, sollten sich jetzt schon preußische Truppen an der badischen Nordgrenze bereithalten, um beim Tode des regierenden Großherzogs sofort provisorischen Besitz von der Pfalz zu nehmen.¹²⁸ Wie weit diese Ansichten Otterstedts von seiner Regierung gedeckt waren, ist aus den Akten nicht festzustellen, doch scheinen sie mehr seine Privatmeinung zu sein. Tatsache ist nur, daß preußische Waffenhilfe gegen jeden Angriff versprochen wurde, daß Baden im Vertrauen darauf seine Truppenverschiebungen an der Grenze beschränkte und daß es selbst die Pfalz lieber noch preußisch als bayerisch gesehen hätte.¹²⁹ Oesterreich dagegen konnte ein Vordringen Preußens nach dem Süden nicht gestatten. Daher war es besser, sich vor Eintritt des casus belli zu einigen.

Beraten und unterstützt wurde Metternich damals vom österreichischen Bundesgesandten Freiherrn von Münch und vom Staatsrat Freiherrn Kreß von Kressenstein. Kreß legte verschiedene Gutachten vor, die Bayerns Ansprüche zu rechtfertigen versuchten.¹³⁰ Münch hatte sich diesen Standpunkt ebenfalls zu eigen gemacht, versuchte aber trotzdem auch Baden gerecht zu werden und entsprach damit ganz den Metternich'schen Wünschen.¹³¹ Gentz wurde wegen seiner einseitigen badischen Parteinahme ausgeschaltet.

Nach dem Fehlschlagen des ersten Vermittlungsplanes hatte Metternich bald einen neuen Weg ausgedacht, den er jetzt Preußen auf dessen Anfrage wegen der gemeinsamen Erklärung unterbreiten wollte. Abgesandt wurde die österreichische Ant-

128. Hruby an Metternich 12. XII. 27 H. St. W. 169.

129. Hennenhofer an Fahrenberg 9. VIII. 27 G. L. K. Spec. 4.

130. Österreichische Ansicht über die Sponheimer Frage und deren angemessenste Erledigung. Vortrag von Kreß v. Kressenstein 28. II 28 H. St. W. 169.

131. Bray an Kg. Ludwig 5. XI. 27 G. St. M. A. St. 93e.

wort auf verschiedene preußische Rückfragen hin einen Monat nach der Mitteilung nach Karlsruhe, am 6. Januar 1828; man besprach sich vorher mit Bayern darüber und Bray bat seine Regierung um Instruierung Luxburgs.¹³²

Zunächst stellte die österreichische Note Uebereinstimmung mit dem preußischen Standpunkt fest: nötig sei Aufrechterhaltung der Verträge und Surrogatsbestimmung. Die vorgeschlagene Erklärung der Mächte dagegen nahm Oesterreich skeptisch auf; es werde zwar beitreten, aber der Streitgegenstand werde dadurch nicht beseitigt und deshalb auch nicht die ständige Spannung und Beunruhigung. Die Streittheile gingen in ihren Behauptungen zu weit auseinander, als daß sie, auf sich gestellt, sich friedlich einigen könnten; die Hoffnung darauf sei seit dem Erscheinen der beiderseitigen Druckschriften sehr vermindert worden. Eine Entscheidung des Bundes wäre wohl am verfassungsmäßigsten, aber sie dauere jahrelang, während welcher Zeit sich die Unruhe zu unangenehmen Auftritten steigern könnte. Demnach bleibe kein anderes Mittel, als die Ursache des Streites, den Beinheimer Entscheid, für immer aufzuheben und dadurch alle Ansprüche zu beseitigen. Der Hof aber, der aus diesem Verzicht am meisten Vorteile schöpfe, müsse dem andern gleich jetzt und ein für allemal eine billige Entschädigung geben; entscheidend für die Feststellung des dabei bevorzugten Staates solle die Wahrscheinlichkeit des Heimfalles und der politische Wert sein, welchen der unangefochtene Besitzstand für jeden Teil habe.¹³³ Es war nicht schwer zu erraten, welchen Staat Oesterreich für den benachteiligten hielt.

Preußen aber erkannte sofort, daß in Wirklichkeit bei einem Verzicht auf die Erbverbrüderung Baden dem Landumfang nach mehr verlieren werde, also von Bayern zu entschädigen sei; denn dieses hatte den größeren Anteil an Sponheim besessen. Trotzdem wies Preußen den österreichischen Vorschlag zurück. Ihm ging es nur um die Anerkennung der Erbfolge, die genau so für das Sponheimer Surrogat wie für das ganze Großherzogtum gelte. Baden habe demzufolge gar keine Veranlassung, die Auf-

132. Bray an Kg. Ludwig 13. XII. 27 ebd.

133. Metternich an Trautmannsdorf 6. I. 28 H. St. W. 169.

hebung des Beinheimer Entscheides und die Sicherheit eines Rechtes, das von den europäischen Mächten gewährleistet sei, mit einem besonderen Opfer zu erkaufen. Die Sache werde nur verschlechtert, wenn die von Baden erbetene Erklärung dieser Mächte nicht erfolge; denn damit gebe man zu, daß man sich nicht an die Verträge halte. Schließlich habe ja Baden auch um eine Erklärung, nicht um eine Vermittlung gebeten; solange es nicht sein offizielles Gesuch an die Mächte zurückziehe, wolle Preußen keinen anderen Weg einschlagen. Baden habe die Angelegenheit dadurch von den Mächten abhängig gemacht und vor deren Forum gehöre sie auch ihrer Natur nach.¹³⁴ Im übrigen gab Preußen durch Trautmannsdorf in Oesterreich zu erkennen, daß man dessen Gebundenheit gegenüber Bayern und die daraus entstehenden Rücksichten einsehe; deshalb wolle Preußen gern an Stelle Oesterreichs den Entschluß aller Mächte nach München mitteilen.¹³⁵ Wie Bernstorff sich später äußerte, hatte man sich absichtlich so scharf und bestimmt gegen den Vermittlungsvorschlag ausgesprochen, damit Bayern die Schuld an der Vereitelung nicht Oesterreich, sondern Preußen zuschiebe, das sich sowieso schon in dieser Angelegenheit den Unwillen Bayerns zugezogen habe.¹³⁶

König Ludwig und seine Minister waren auch tatsächlich im November 1827, als sich Preußen an alle Verbündeten wandte, tief empört gewesen, weil dieser preußische Schritt ohne Einverständnis Oesterreichs geschah, also sozusagen eine Beleidigung für dieses darstelle.¹³⁷ In Wirklichkeit hatte aber Preußen längst versucht, Fühlung mit Wien aufzunehmen und deshalb war Oesterreich über Preußens damaliges Vorgehen weniger unwillig gewesen als über seine jetzige Absage. Besonders entristet zeigte sich Metternich über den Verdacht, daß Oesterreichs Haltung aus Rücksichten auf Bayern entspringe und daß er Preußens Absage gern als Entschuldigung in München gebrauchen werde.¹³⁸ Vermutlich aber war er sehr befriedigt, Preußen

134. Bernstorff an Maltzahn 16. I. 28 G. St. B. 33/III.

135. Maltzahn an Bernstorff 2. II. 28 ebd.

136. Bernstorff an Maltzahn 13. II. 28 ebd.

137. Zentner an Bray. 6. XII. 27 G. St. M. A. St. 93e.

138. Maltzahn an Bernstorff 2. II. 28 G. St. B. 33/III.

als schuldigen Teil hinstellen zu können, wenn Oesterreichs guter Wille nicht in Taten umgesetzt werden konnte. Zu Bray äußerte er, daß er nicht wegen politischer und verwandtschaftlicher Bande für Bayern eintrete, wie man ihm das in die Schuhe schiebe, sondern weil er von dessen Recht überzeugt sei.¹³⁹ Um sich vor sich selbst und den Mächten zu rechtfertigen, hatte Metternich gern einen Teil der bayerischen Verteidigungsthese übernommen. Zwar wolle er nicht von den Verträgen abweichen, aber nachdem die bayerische Zustimmung zur Anerkennung der Hochberg übergangen worden sei, könne Bayern mit Recht als Agnat für seine Sponheimer Ansprüche eintreten, wobei Großherzogtum und Sponheim zwei ganz verschiedene Dinge seien. Metternich verteidigte diesen Standpunkt dem preußischen Gesandten Maltzahn gegenüber und überreicht ihm auch eine kurze Note in diesem Sinn;¹⁴⁰ sie war von Bray in Metternichs Auftrag in Form von Observations zu den preußischen Ansichten verfaßt worden.¹⁴¹ Metternich versprach Bray sogar, „de serrer la Prusse par une chaine de démonstrations si convainquantes“, daß es wohl zu einer gerechten Ansicht kommen müsse.¹⁴²

Noch einmal wies daraufhin Preußen, wenn auch weniger scharf, alle angeführten Gründe zurück und suchte für die Erklärung zu werben; in Aachen und Frankfurt habe es sich nicht um Anerkennung einer neuen Dynastie, sondern nur um Fortsetzung der bisherigen Linie gehandelt, wonach sich also eine agnatische Zustimmung erübrige; man hätte sonst damals bei besonderer Erwähnung Sponheims auch die Erbensprüche badischer Prinzessinnen und anderer Linien berücksichtigen müssen.¹⁴³ Aehnlich sprach sich Küster in einer Verbalnote aus, die er im Auftrag seiner Regierung im April 1828 in München überreichte.¹⁴⁴ Das allseitige Erstaunen über diesen preußischen Schritt ohne bayerische Aufforderung war ungerechtfertigt: er

139. Bray an Zentner 12. II. 28 G. St. M. A. St. 93e.

140. Maltzahn an Bernstorff 2. II. 28 G. St. B. 33/III.

141. Bray: Observations zur preußischen Note vom 16. I. 28 G. St. M. A. St. 93e.

142. Bray an Kg. Ludwig 30. I. 28 ebd. MAIII Österreich 25.

143. Bernstorff an Maltzahn 13. II. 28 G. St. B. 33/III.

144. Vertrauliche Note Preußens April 28 G. St. M. A. St. 93e.

war die Folge einer Unterredung Zentners mit Küster, in der sich der Minister über das preußische Vorgehen der letzten Zeit beschwert hatte.¹⁴⁵ Nun wollte Preußen in aller Freundschaft in München seine Haltung erklären; die Note betonte besonders, daß sich die freundschaftlichen Gesinnungen für Bayern nicht geändert hätten.

Im Januar hatte auch Luxburg aus eigenem Antrieb Verbalnoten in Berlin überreicht, um die Meinung dort für Bayern zu gewinnen.¹⁴⁶ Aber zu Unrecht machte ihn Metternich deshalb für die preußische Ablehnung seiner Vermittlungsvorschläge verantwortlich;¹⁴⁷ er hätte auch sonst bei Preußen nicht mehr erreicht. Ebenso wenig war Bayern auf dynastischem Weg vorangekommen. Ludwig hoffte durch seine Schwester, die preußische Kronprinzessin, auf den König einwirken zu können; die Kaiserin übermittelte ihr brieflich diesen Wunsch. Aber die Kronprinzessin fand nicht den Mut, mit Friedrich Wilhelm zu sprechen; sie versuchte nur, Bernstorff über den Nachteil des Pfalzverlustes aufzuklären, natürlich ohne ihn von seiner Meinung abbringen zu können.¹⁴⁸

Die österreichischen Vorschläge waren inzwischen auch in Karlsruhe bekannt geworden. Sie hätten dort eine ähnliche Abwehr wie in Berlin erfahren, und man war deshalb über das preußische Verhalten hochofret. Vor der Erklärung der Mächte und ehe Bayern seine Zweifel an der Erbfolge förmlich zurückgenommen habe, wollte sich Baden in nichts einlassen. Keinesfalls wollte es ein Opfer bringen.¹⁴⁹ Vergeblich versuchte Münch in Frankfurt Blittersdorf zu gewinnen, indem er ihm vorstellte, daß durch Aufhebung des Beinheimer Entscheids die Erbrechte ganz unberücksichtigt blieben und Baden in Zukunft vielleicht bereuen würde, nicht rechtzeitig ein kleines Opfer gebracht zu haben.¹⁵⁰

145. Küster an Bernstorff 9. II. 28 G. St. B. 33/III.

146. Luxburg an Zentner 10. I. 28 G. St. M. A. St. 93e.

147. Tettenborn an Berstett 2. II. 28 G. L. K. Spec. 27.

148. Kaiserin Charlotte an Kg. Ludwig 17. IV. 28 G. H. M. IIA 8/I.

149. Berstett an Fahnenberg 6. II. 28 G. L. K. Spec. 6.

150. Blittersdorf an Berstett 18. II. 28 ebd. Spec. 48.

Inzwischen versuchte Baden Rußland ebenso weit wie Preußen zu bringen und eine Erklärung sicherzustellen. Die russische Antwort hatte ihm nicht genügt. Berstett wies Nesselrode von neuem besonders auf die drohenden Angriffsgefahren hin.¹⁵¹ Auch Bernstorff bearbeitete Rußland in diesem Sinn. Er schlug vor, Nesselrodes Note an Berstett vom 9. Januar 1828 als Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zu nehmen und sie gleichzeitig in Karlsruhe und München mitzuteilen.¹⁵² Aber Rußland war wieder zu sehr mit den orientalischen Wirren beschäftigt. Es wollte sich wohl einem gemeinsamen Vorgehen der Mächte anschließen, aber nicht den Anfang machen. Der russische Geschäftsträger in München wurde deshalb im Frühjahr 1828 angewiesen, falls die Gesandten der Alliierten entsprechende Befehle erhielten, solle er mit ihnen gemeinsam am Münchner Hof eine Erklärung abgeben.¹⁵³ Den Westmächten und Oesterreich teilte Nesselrode auf preußische Anregung diese Absicht und Rußlands Auffassung über Sponheim mit.¹⁵⁴ Berstett war über die russische Rücksicht auf die übrigen Mächte zunächst etwas enttäuscht,¹⁵⁵ sah aber allmählich doch den Fortschritt ein, der mit der russischen Absicht erzielt war.

Schließlich war man weder in Bayern noch in Baden unzufrieden mit dem Ergebnis des badischen Hilferufes an die Mächte: es ließ sich für beide Teile günstig auslegen. Bayern sah nur Preußen und Rußland gegen sich stehen, da es die ausweichenden Antworten der Westmächte für ungefährlich hielt,¹⁵⁶ während sie Baden als Plus buchte.¹⁵⁷ Entscheidend für Bayern war, daß kein Majoritätsbeschluß erreicht und — dank der Haltung Oesterreichs — eine gemeinsame Erklärung der Mächte zunächst verhindert worden war. Bray betonte wiederholt, daß alles bisher Erreichte Oesterreich zu verdanken sei; der König schob dies wieder dem Eifer seines „tüchtigen Bray“ zu, den er am

151. Berstett an Nesselrode 6. II. 28 ebd. Spec. 37.

152. Bernstorff an Schöler 21. II. 28 G. St. B. 33/III.

153. Nesselrode an Krüdner 30. III. 28 ebd.

154. Alopeus an Bernstorff 10. V. 28 ebd.

155. Berstett an Frankenberg 8. V. 28 G. L. K. Spec. 33.

156. Fahnenberg an Berstett 30. XII. 27 ebd. Spec. 4.

157. Berstett an Fahnenberg 20. I. 28 ebd.

liebstens vervierfacht hätte.¹⁵⁸ Positiv war allerdings nichts erreicht; Bayern war vom Angriff so sehr in die Verteidigung gedrängt worden, daß es schon mit dem Scheitern der gegnerischen Schritte zufrieden sein mußte.

Vorläufig gab man auf den Rat Oesterreichs jeden Kampf auf. Metternich wollte die Angelegenheit allein weiterverfolgen. Durch das ständige Versprechen tatkräftiger Unterstützung hoffte er Bayern von der Anlehnung an eine andere Macht abzuhalten und so deren Einfluß im Süden Deutschlands zu beschränken. Zunächst vertröstete er auf einen günstigeren Zeitpunkt.¹⁵⁹ Die Welt war in jenem Frühjahr 1828 mit schwererwiegenden Fragen beschäftigt. Der Krieg Rußlands mit der Türkei stand vor der Tür; er konnte die übrigen europäischen Staaten, außer Preußen, empfindlich berühren. Baden fürchtete sogar, daß „Bayern in der voraussichtlichen Entscheidung großer Weltereignisse eine politische Rolle spielen wolle, in deren Gefolge ihm in seinen Ansprüchen auf Kontiguität und Vergrößerung eine vorzügliche Berücksichtigung nicht entgehen könne“.¹⁶⁰ Wirklich wollte Zentner die Ereignisse im Orient nicht aus den Augen verlieren, da sich vielleicht Chancen bieten würden, anderen Gefahren zu begegnen.¹⁶¹

Vorläufig verhielt man sich aber den Weisungen Oesterreichs entsprechend möglichst passiv. Den Gesandten in Preußen und Rußland wurde befohlen, sich jeder Aeüßerung über Sponheim zu enthalten.¹⁶² Metternich suggerierte in München, man solle durch scheinbares Aufsichberuhenlassen Baden täuschen und hinhalten und dadurch neue Schritte bei den Mächten verhindern. Beständiges Schweigen Bayerns werde übrigens Baden mehr aufregen als jeder Lärm: „es komme so nie zur Ruhe“, und dies sei den bayerischen Wünschen nur vorteilhaft.¹⁶³

158. Kg. Ludwig an Bray 17. V. 28 Archiv Irlbach.

159. Bray an Kg. Ludwig 19. II. 28 G. St. M. A. St. 93e.

160. Berstett an Frankenberg 20. V. 28 G. L. K. Spec. 33.

161. Zentner an Luxburg 9. III. 28 G. St. M. A. St. 93f.

162. Zentner an Luxburg ebd.

Zentner an Gise 9. III. 28 ebd.

163. Bray an Kg. Ludwig 1. III. 28 ebd.

V.

Diese Zurückhaltung befolgte Bayern jedoch nicht vollkommen. Noch hatten sich Frankreich und England nicht offiziell geäußert, so war es das Ziel beider Gegner in den nächsten ein- einhalb Jahren, sie zu eindeutiger Stellungnahme zu bringen und dadurch die Majorität für sich zu gewinnen. Die Wieder- besetzung des französischen Gesandtschaftspostens in München um die Jahreswende 1827/28 brachte von selbst eine nähere Verbindung zwischen Bayern und Frankreich mit sich. Der neue Gesandte Rumigny war sehr bayernfreundlich gesinnt, weil er glaubte, durch geringes Entgegenkommen Bayern ganz den französischen Interessen gefügig machen und Frankreichs Einfluß dadurch in Deutschland erweitern zu können. Der französische Vertreter überschätzte jedoch jetzt und auch weiterhin die mög- liche Anlehnung an Frankreich. Bei allem Suchen nach Für- sprechern für seine Lieblingswünsche strebte der „teutsche“ Ludwig doch keine förmlich enge Verbindung mit dem Westen an. Rumigny berichtigte sofort das in Wien und Mün- chen verbreitete Gerücht, daß Frankreich in seiner Ant- wort an Baden die Angelegenheit ebenso wie Preußen betrachte und Baden dadurch eine neue Stütze gewon- nen habe, und versicherte die französische Wohlgeneigtheit für Bayern.¹⁶⁴ Dieses benützte ihn gern als Fürsprecher in Paris, besonders solange es selbst keinen Gesandten dort besaß. Dazu kam noch die Uebernahme des französischen Außenministeriums durch La Ferronays. Dieser, bisher Gesandter in Petersburg, hatte dort in früheren Jahren viel mit Bray zusammengearbeitet und war durch ihn halbwegs für die bayerischen Wünsche gewonnen worden. Zu Beginn seiner Amtszeit wünschte er noch, neutral zu bleiben. Doch wurde er sofort wieder von Bray durch schriftliche Mitteilungen und durch Ubersendung seiner „Obser- vations“ bearbeitet.¹⁶⁵ Es wurde dem neuen bayerischen Ge- sandten, Freiherrn von Pfeffel, der im April seinen Posten in Paris bezog, nicht schwer, ihn aus seiner Zurückhaltung heraus- zuführen. Vor allem sollte Pfeffel die Abgabe einer Erklärung

164. Rumigny an Damas 24. XII. 27 Chroust S. 94.

165. Bray an Kg. Ludwig 19. II. 28 G. St. M. A. St. 93f.

hintertreiben und bei Gelegenheit dem Minister die bayerischen Ansprüche und ihre Begründung vorlegen.¹⁶⁶

Baden selbst hatte sich um Paris seit dem Herbst 1827 nicht weiter bemüht. Ursprünglich geplante Einzelsendungen an die westlichen Höfe waren auf Anraten Anstetts unterblieben, um nicht durch Drängen ihre Gunst zu verlieren.¹⁶⁷ Man beschränkte sich darauf, in Paris wiederholt zu versichern, daß neben Preußen auch Rußland nie eine Vertragsverletzung dulden würde; man wußte in Karlsruhe, daß Frankreich damals engere Verbindung mit dem russischen Hof suchte, da es dessen Orientpolitik befürwortete,¹⁶⁸ konnte also hoffen, daß es sich nicht in einer kleineren Streitsache mit Rußland entzweien wolle. Seine Unruhe über die bayerisch-französische Annäherung konnte jedoch Baden auf die Dauer nicht verbergen; es ließ sich darüber von Preußen beruhigen.¹⁶⁹ Preußen hatte selbst in den Westländern den Kampf für Badens Recht übernommen. Als auf seine Bitte um die gemeinsame Erklärung keine Antwort erfolgte, mußten die preußischen Gesandten in Paris und London im April 1828 daran erinnern.¹⁷⁰ Nachdem Rußland seinen Entschluß, sich dem gemeinsames Vorgehen der Alliierten anzuschließen, den Westmächten mitgeteilt hatte, erneuerte Preußen im Mai seine Anträge.¹⁷¹ Zwar hätte Baden damals, um die Sache nicht noch länger hinauszuschieben, gern gesehen, wenn Preußen sofort mit Rußland allein eine Erklärung abgegeben hätte;¹⁷² aber Preußen wollte die Eigenliebe der Verbündeten nicht verletzen; nach seiner Meinung wäre es unklug gewesen, die Gelegenheit zu versäumen, wenn man die Mitwirkung aller Mächte erhalten konnte.¹⁷³ In Paris sprachen der preußische Gesandte Werther und der russische Pozzo di Borgo wiederholt mit La Ferronays und forderten ihn dringend zur Abgabe der Erklärung auf. Er versprach, sich mit der Sache zu beschäftigen und sie dann dem König vor-

166. Instruktion für Pfeffel 20. III. 28 ebd. MAIII Frankreich 17.

167. Blittersdorf an Gh. Ludwig 25. IV. 28 G. L. K. Spec. 48.

168. Berstett an Ferette 19. IV. 28 ebd. Spec. 19.

169. Frankenberg an Berstett 25. IV. 28 G. L. K. Spec. 33.

170. Bernstorff an Werther und Bülow 19. IV. 28 G. St. B. 33/III.

171. Bernstorff an Werther und Bülow 18. V. 28 ebd.

172. Berstett an Frankenberg 6. V. 28 G. L. K. Spec. 33.

173. Frankenberg an Berstett 18. V. 28 ebd.

zulegen.¹⁷⁴ Er wie Karl X. erkannten den Vorteil einer bayerischen Gebietseinheit für Frankreich, namentlich für militärische Zwecke. „Eine direkte Straße in das Herz Deutschlands“ war sehr verlockend. Eine königliche Instruktion an Rumigny im Mai 1828, die von dieser Straße sprach, lautete weiter: „Wir haben also mehr als einen Grund zu wünschen, daß die alte Pfalz wieder bayerisch werde“. Man wollte Bayern in seinen Forderungen unterstützen, sich dabei aber vorläufig zurückhalten, um es wirksam tun zu können. Bayern selbst riet man, den Streit auf einen günstigeren Zeitpunkt hinauszuschieben.¹⁷⁵ Deshalb erhielt nun auch Pfeffel, ebenso wie Cetto in London, den Auftrag, vorläufig nicht offiziell in Paris über die Angelegenheit zu sprechen und vor allem nicht auf eine Meinungsäußerung zu drängen.¹⁷⁶

Als Werther und Pozzo di Borgo erneut bei La Ferronays vorsprachen, erklärte es dieser als unmöglich, sich während der Session der Kammern und der wichtigen orientalischen Angelegenheiten mit Sponheim zu befassen, versprach aber, sich später dieser Sache zu widmen. Um Preußen nicht zu verstimmen, kam er einem weiteren Wunsch Werthers halbwegs entgegen: er beauftragte seinen Gesandten Polignac in London, dahin zu wirken, daß England vor einer Entscheidung Frankreichs keinen für Baden nachteiligen Entschluß fasse.¹⁷⁷ Werther war nämlich vom preußischen Gesandten Bülow in London gebeten worden, zu veranlassen, daß Polignac den englischen Minister Aberdeen zur Abgabe der gemeinsamen Erklärung dränge, um so Englands Unschlüssigkeit zu überwinden;¹⁷⁸ Bülow hatte aber nicht mit dem in Paris herrschenden Zwiespalt gerechnet.

England wurde jetzt von den beiden deutschen Großstaaten entgegengesetzt bearbeitet. Um Bayern seinen guten Willen zu bekunden, hatte sich Oesterreich inzwischen auch nach London gewandt, wohin es seit Cannings Sturz die Verbindung wieder aufnehmen konnte: die Abwehr gegen Rußlands Türkenpolitik

174. Werther an Bernstorff 12. V. 28 G. St. B. 33/III.

175. Kgl. Weisung für Rumigny 2. V. 28 Chroust S. 120.

176. Zentner an Pfeffel und Cetto 20. VI. 28 G. St. M. A. St. 93f.

177. Werther an Bernstorff 27. VII. 28 G. St. B. 33/III.

178. Bülow an Bernstorff 13. VI. 28 ebd.

hatte beide Länder einander näher gebracht und so die Grundlage geschaffen, sich auch über die süddeutschen Handel zu verständigen. Im April 1828 beauftragte Metternich den Gesandten in London Esterházy, dem englischen Minister Dudley die österreichische Stellung zum Sponheimer Streit darzulegen und ihn zu bitten, nichts ohne Besprechung mit Wien zu unternehmen.¹⁷⁹ Nicht lange darnach sprach Bülow vor. Dem Einwand, man wolle sich nicht in deutsche Angelegenheiten mischen, beugte er vor, indem er Sponheim nicht weiter erwähnte, sondern nur um die Wiederholung der 1818/19 abgegebenen Erklärung über die Anerkennung der Hochberg im ganzen Großherzogtum bat; Schweigen könne zu der Vermutung führen, England halte am Wortlaut der Verträge nicht eindeutig fest.¹⁸⁰

In London hatte man nach Esterházy's Bemühungen die Gesandten in München und Frankfurt beauftragt, zu erkunden, wie weit Sponheim mit jenen Verträgen zusammenhänge; bevor ihre Berichte nicht eingelaufen waren, wollte man sich zu Bülow nicht äußern.¹⁸¹ Als aber dieser in seiner kräftigen Fürsprache für das badische Recht noch von dem russischen Gesandten Lieven auf Grund Petersburger Weisungen unterstützt wurde, kam man etwas entgegen und erklärte die Geltendmachung der bayerischen Ansprüche im jetzigen Zeitpunkt für unzulässig. Daß Dudley plötzlich aus dem Amt schied, erschwerte und verzögerte dann wieder die Tätigkeit Bülows und Lievens. Zudem war man im Sommer 1828 in London zu sehr mit Parlaments-sitzungen beschäftigt; Bülow schien es besser, erst nach deren Abschluß bei dem neuen Minister Aberdeen vorzusprechen.¹⁸² Dieser hatte inzwischen durch seinen Gesandten Erskine eine Note Zentners¹⁸³ über Sponheim erhalten; aus Frankfurt berichtete Addington bald in bayerischem, bald in badischem Sinn. Er war zwar nicht von dem bayerischen Gesandten Lerchenfeld bearbeitet worden, denn man vermied bayerischerseits eine Einflußnahme in Frankfurt, weil es ein Herd bayernfeindlicher

179. Bray an Kg. Ludwig 6. IV. 28 G. St. M. A. St. 93f.

180. Bülow an Bernstorff 28. V. 28 G. St. B. 33/IV.

181. Bülow an Bernstorff ebd.

182. Bülow an Bernstorff 24. VI. 28 ebd.

183. Zentner an Erskine 20. VI. 28 G. St. M. A. St. 93f.

Intrigen sei und man damit nur Anlaß zu neuen Machenschaften gebe;¹⁸⁴ dafür nahm sich Münch dort bei Addington der bayerischen Sache an, fand aber natürlich in Blittersdorf, Anstett und schließlich auch im preußischen Gesandten Nagler tätige Gegenspieler.¹⁸⁵ Im Juli versprach England der bayerischen Seite, ohne Oesterreich nichts zu unternehmen.¹⁸⁶ Bülow, der den starken österreichischen Einfluß mit Sorge verfolgte, sprach schließlich dennoch vor Ende der Parlamentssession mit Aberdeen und erhielt die Zusicherung, daß man sich vor eingehender Akten-durchsicht nicht weiter äußern werde.¹⁸⁷

Inzwischen hatte die Annäherung Bayerns an Frankreich einen Stoß erlitten. La Ferronays war seit August 1828 durch Krankheit verhindert, die Geschäfte zu führen, die von da an Rayneval, bisher Gesandter in der Schweiz, provisorisch übernahm. Rayneval aber war schon längst von Otterstedt bearbeitet worden, dessen Vorstellungen von Bayerns ehrgeizigen Wünschen und Intrigen ihre Wirkung nach einigem Widerstreben nicht verfehlt hatten.¹⁸⁸ Obwohl ihn Pfeffel durch eine aufklärende Note schon der bayerischen Sache gewonnen hatte,¹⁸⁹ instruierte Rayneval baldigst Rumigny, sich größerer Zurückhaltung zu befleißigen und kein weiteres Entgegenkommen zu zeigen, denn „man dürfe den bayerischen König in seinen Lieblingsideen wegen Sponheim und Pfalz nicht zu sehr ermutigen, damit er nicht im Vertrauen auf unsere Unterstützung seinen Forderungen mehr Lebhaftigkeit gibt, als ihm nützt“. Wenn auch Frankreichs Interesse an Bayern weiter bestand, so war doch für Rayneval die Rücksicht auf die anderen Mächte damals maßgebender: Frankreich sollte sich nicht voreilig ihren Beschlüssen entgegenstellen, was es vielleicht später sehr bereuen könnte, und müsse vermeiden, daß Bayern Worte der Freundschaft und des Wohlwollens als positive Verpflichtung betrachte.¹⁹⁰ Rumigny

184. Zentner an Lerchenfeld 4. VI. 28 ebd.

185. Bray an Kg. Ludwig 10. VI. 28 ebd.

186. Cetto an Zentner 20. VII. 28 ebd.

187. Bülow an Bernstorff 24. VII. 28 G. St. B. 33/IV.

188. Otterstedt an Bernstorff 29. VI. 28 ebd.

189. Pfeffel an Zentner 11. VIII. 28 G. St. M. A. St. 93f.

190. Rayneval an Rumigny 15. IX. 28 Chroust S. 139,

fügte sich widerstrebend dieser Weisung; jedoch nahm er nicht Anstand, die veränderte Richtung der französischen Politik fortwährend in München mit entschuldigenden Worten zu bemänteln, so daß man dort vorläufig noch beruhigt blieb.¹⁹¹

Der erste Schritt, der in Bayern Aufsehen erregte, war die Zusammenkunft des französischen Königs mit dem Großherzog in Straßburg Mitte September 1828. Karl X. hielt im Elsaß Truppschau und die großherzogliche Familie benützte die Gelegenheit, den König zu begrüßen. Auch die übrigen deutschen Fürsten sandten Vertreter, meist die Gesandten in den anliegenden Ländern, nach Straßburg. In München wunderte man sich über die überaus liebenswürdige und zuvorkommende Aufnahme des Großherzogs und der Markgrafen und zog bei Rumigny und Pfeffel Erkundigungen ein.¹⁹² Rumigny stellte sie als einen Akt der Höflichkeit hin und wies auf die Auszeichnung des bayerischen Abgeordneten, des königlichen Generaladjutanten Constantin Prinz von Löwenstein, als Ausgleich hin.¹⁹³ Auffallend jedoch war sicher der anschließende Besuch des Markgrafen Wilhelm im französischen Heerlager Lunéville, der weiterhin eine Einladung durch Karl X. nach Paris zur Folge hatte.

In Straßburg und in Lunéville war Sponheim nur gesprächsweise erwähnt worden. Der Großherzog hatte vorher in einer Unterredung mit Anstett genau festgelegt, wie weit er auf die Gebietsfrage eingehen solle, um für die Zukunft nichts zu verderben.¹⁹⁴ Man erreichte auch, was man zunächst erstrebte: der König versprach, sich näher damit zu befassen und die Heiligkeit der Verträge zu schützen. Berstett war sogar sehr beruhigt über die positiven und günstigen Versicherungen. Die Zusage des Königs, sich von Rayneval Vortrag über Sponheim erstatten zu lassen, veranlaßte Berstett in Berlin und Petersburg erneut um die Unterstützung ihrer Gesandten in Paris zu bitten.¹⁹⁵ Bernstorff erteilte auch sofort Instruktionen an Werther und gleichzeitig an

191. Rumigny an LaFerronnays 20. IX., 1. XI. 28 ebd. S. 139, 145.

192. Zentner an Kg. Ludwig 26. IX. 28 G. St. M. P. A. II 13.

193. Rumigny an La Ferronnays 1. XI. 28 Chroust S. 145.

194. Lerchenfeld an Kg. Ludwig 7. IX. 28 G. St. M. P. A. II 13.

195. Berstett an Ferette 18. IX. 28 G. L. K. Spec. 21.

Bülow in London: sie sollten erneut den Rechtsstandpunkt darlegen und die Abgabe einer Erklärung befürworten, denn nur dann werde Bayern aufhören, unbegründete Wünsche zu nähren.¹⁹⁶ Mit ihnen gemeinsam traten wieder die russischen Gesandten Pozzo di Borgo in Paris und Lieven in London für die badische Sache ein.¹⁹⁷

Metternich verfolgte diesmal beunruhigt die preußischen und russischen Schritte bei den Westmächten und legte zum ersten Mal Bayern dringend ein Entgegenarbeiten in Paris nahe. Er wollte auch selbst seinem dortigen Gesandten Apponyi entsprechende Weisungen geben und die früheren an Esterházy in London erneuern. Bray wandte sich auch wieder an La Ferronays, begründete die Sponheimer Ansprüche und wies das preußische Vorgehen scharf zurück.¹⁹⁸ Die Münchner Regierung erteilte Pfeffel und Cetto keine neuen Befehle, nur die Weisung, bei Gelegenheit die bayerischen Interessen zu wahren.¹⁹⁹

Baden wurde zunächst von der Entwicklung der Dinge in Paris etwas enttäuscht. Rayneval hatte wegen Ueberlastung die Ausarbeitung eines Exposés für den König dem Gesandten Reinhard in Frankfurt übertragen, der als intimer Freund des bayerischen Gesandten Lerchenfeld bekannt war. Doch arbeitete Werther so vortrefflich in Paris, daß selbst Reinhard für Baden günstige Ansichten äußerte.²⁰⁰ Ein neuer Zwischenfall beunruhigte beide Teile. La Ferronays erwähnte gesprächsweise zu dem englischen Gesandten in Paris, Lord Stuart, die Möglichkeit, den Streit durch Ministerkonferenzen aller Mächte entscheiden zu lassen. Stuart berichtete nach London diese Äußerung als Wunsch der französischen Regierung und ihre Freude, solche Konferenzen in Paris eröffnet zu sehen. In der Oeffentlichkeit wurde daraus eine offizielle französische Anregung von Ministerkonferenzen.²⁰¹ Bayern befürchtete natürlich ein zweites

196. Bernstorff an Werther und Bülow 4. X. 28 G. St. B. 33/IV.

197. Frankenberg an Berstett 11. XI. 28 G. L. K. Spec. 33.

198. Bray an Kg. Ludwig 31. X. 28 G. St. M. A. St. 93f.

199. Armansperg an Pfeffel und Cetto November 28 ebd.

200. Ferette an Gh. Ludwig 21. IX., 19. XI. 28 G. L. K. Spec. 21.

201. Pfeffel an Armansperg 2. XII. 28 G. St. M. A. St. 93f.

Aachen.²⁰² Aber auch Baden begegnete diesem Gedanken auf Rat Anstetts mit Vorbehalten: man mußte riskieren, daß durch eine nicht einstimmige Entscheidung der Mächte die Verträge von 1818/19 hinfällig würden. Jedenfalls wollte man sich erst der Mächte versichern. Berstett bat Lieven in London um Verteidigung der badischen Rechte bei der englischen Regierung.²⁰³ Lieven hatte schon vorher gemeinsam mit Bülow auf die letzte preußische Weisung hin Aberdeen zur Abgabe einer Erklärung gedrängt. Sie hatten dessen Zweifel über die Rechtslage zu überwinden; denn die englischen Rechtsgelehrten hatten entschieden, daß man nicht ein vertragsmäßiges Recht durch einseitige Bestimmungen zugunsten der unebenbürtigen Hochberg beseitigen dürfe. Die beiden Gesandten erläuterten eingehend die Verträge von 1819/19, die, „auch wenn sie eine Rechtsverletzung in sich schließen würden, doch in der Gesamtheit gültig für die Mächte seien“. Erkläre sich England jetzt nicht, dann trage es vielleicht die Schuld, wenn beim Tode des Großherzogs unüberlegte Handlungen des bayerischen Königs Deutschland und Europa in Unruhe brächten. Diese Bemerkungen verfehlten nicht ihren Eindruck auf Aberdeen, und er versprach schließlich, Baden ohne Rücksicht auf die Haltung Frankreichs und Oesterreichs schriftlich zu antworten.²⁰⁴ Als dann bald darauf der Plan der Konferenzen an ihn herantrat, zog er ihn gern zunächst vor, falls die übrigen Mächte damit einverstanden seien.²⁰⁵ Preußen hätte zur Beschleunigung der Sache Konferenzen nicht ungern gesehen: sie dürften natürlich keinen neuen Beschluß fassen, sondern sich nur mit der Form beschäftigen, in der die bayerischen Ansprüche zurückzuweisen wären.²⁰⁶ Da Frankreich bald darauf bestritt,²⁰⁷ den Konferenzgedanken angeregt zu haben, verlief der ganze Plan vorläufig im Sand. Für kurze Zeit ging die Behandlung der Sache von den europäischen Höfen wieder an die Streitteile selbst über.

202. Armansperg an Bray 6. XII. 28 ebd.

203. Berstett an Frankenberg 5. XII. 28 G. L. K. Spec. 33.

204. Bülow an Bernstorff 22. X. 28 G. St. B. 33/IV.

205. Bülow an Bernstorff 7. XI. 28 ebd.

206. Bernstorff an Bülow 21. XI. 28 ebd.

207. Pfeffel an Kg. Ludwig 2. XII. 28 G. St. M. A. St. 93f.

VI.

Noch kurz zuvor hatte König Ludwig den Grundsatz aufgestellt, daß es nicht an Bayern liege, Vorschläge nach Baden gelangen zu lassen. Damals wollte Metternich mit seiner Genehmigung und Mitwirkung bei Baden und den Mächten sich für eine Surrogatsbestimmung verwenden, da ihm diese doch wertvoll schien, um Verwicklungen beim Tode des Großherzogs vorzubeugen. Den Anstoß dazu gab eine Unterredung Brays mit Bernstorff anläßlich einer Naturforschertagung in Berlin. Es gelang Bray natürlich nicht, Bernstorff günstiger zu stimmen, nur den Hinweis, daß eine Surrogatsbestimmung erforderlich sei, konnte er nach München und an Metternich berichten; letzterer griff ihn gern auf.²⁰⁸ König Ludwig aber meinte, es sei an Baden, Vorschläge zu machen, da er selbst schon häufig vergeblich seinen Standpunkt geäußert habe und durch erneute Anfrage den Anschein des Kapitulierens erwecken würde; Metternich solle Baden zu Vorschlägen veranlassen.²⁰⁹ Der Kanzler erkannte das als aussichtslos und fiel in seine passive Haltung zurück.

Bald nachher aber äußerte Graf Armanberg, der seit September 1828 das bayerische Außenministerium leitete, bei Fahrenberg wiederholt den Wunsch nach freundschaftlichen Verhältnissen zur Erleichterung der Handelsbeziehungen,²¹⁰ woran ihm als Finanzminister besonders lag. Eine handelspolitische Anbahnung mit Baden war von der Lösung der Sponheimer Frage abhängig. Fahrenberg bewog sein Ministerium nach langem Widerstreben, solchen Aeußerungen Gehör zu geben. Er erhielt Weisung, von sich aus gelegentlich gesprächsweise Armanberg den Wunsch der badischen Regierung nach gütlicher Beilegung zu eröffnen mit dem Hinweis, daß der geringe, erst in fernster Zeit liegende Anfall von Sponheim weiteren Streit nicht wert sei; er habe jedoch derlei Aeußerungen nur hypothetisch zu machen, um zu prüfen, wie weit es dem bayerischen Ministerium ernst sei, die guten Verhältnisse wieder herzu-

208. Bray an Kg. Ludwig 19. X. 28 ebd.

209. Kg. Ludwig an Bray 3. XI. 28 ebd.

210. Fahrenberg an Berstett 29. XI. 28 G. L. K. Ia2 35.

stellen.²¹¹ Fahnenberg entledigte sich dieses Auftrags in Form von „individuellen Mitteilungen“, die von Armansperg erfreut aufgenommen wurden und die er in einer eigens angesetzten Unterredung besprechen wollte. Der Gesandte hielt es im dienstlichen Interesse gelegen, über die Instruktionen hinauszugehen, besonders, da Armansperg den streng vertraulichen, nichtamtlichen Charakter der Eröffnungen betonte. Berstett jedoch war sehr ungehalten, daß Fahnenberg den Ideenaustausch zu förmlichen Unterhandlungen über ein Arrangement erweiterte. Die Unterredung fand am 18. Dezember statt. Armansperg wiederholte den Wunsch, die Streitfrage zu beseitigen, ohne Ehre und Bestand des großherzoglichen Hauses anzutasten. Man wolle nur noch von einem Aequivalent für Sponheim sprechen, „das zu einer bestimmten Epoche abzutreten sei“. Der Minister hoffte in dem Beitritt Badens zum süddeutschen Handelsverein ein Mittel zu finden, sich über beide Fragen zu einigen. Seine Eröffnungen ließen sich in vier Punkte zusammenfassen: Keine Einmischung fremder Mächte oder des Bundes, Vereinigung der süddeutschen Staaten zu einem Handelsverein, Annäherung an Preußen und ungetrübte Erhaltung der Beziehungen zu Frankreich und der Schweiz.²¹² Die Punkte waren geschickt darauf angelegt, selbständig zu handeln und doch Badens Rücksicht auf Preußen und die von beiden Teilen in letzter Zeit aufgenommene Annäherung an Frankreich nicht zu verletzen.

Aber Berstett sah nur die Nachteile einer von den Mächten unabhängigen Verhandlung. Er fürchtete, daß dann Badens Beschützer sofort ihre Hand zurückziehen würden, weil ihre Hilfe scheinbar unnötig sei. Bestätigt wurde diese Vermutung durch die Mitteilung aus Frankreich, daß man sich dort wieder zurückhalte, weil man auf die von München gekommene Nachricht von Verhandlungen hin erst deren Ergebnis abwarten wolle. Zugleich diene dieser Bericht Berstett zum Beweis, daß die Münchener Verhandlungen nicht, wie versprochen, geheim gehalten, sondern als offizielle Eröffnungen in der Welt verbreitet wurden. Fahnenberg erhielt einen strengen Verweis und

211. Berstett an Fahnenberg 11. XII. 28 ebd. Spec. 6.

212. Fahnenberg an Berstett 23. XII. 28 ebd. Spec. 7.

den Auftrag, Armansperg die Ablehnung der badischen Regierung mit der Begründung mitzuteilen, solange die Angriffe auf die Existenz des Großherzogtums und auf die Ehre des großherzoglichen Hauses nicht offiziell zurückgenommen würden, könne man sich nicht auf Verhandlungen einlassen, auch nicht über einen Handelsverein, da ein solcher Eintracht voraussetze, also die Beseitigung aller Ursachen zu Streit und Mißtrauen erfordere. Dazu vermische Armansperg zwei Sachen, die gar nicht zusammengehörten. Der Handelsverein bringe Baden nur Nachteile: „Unser Beitritt wäre das Signal zur Entfremdung mit Preußen, Oesterreich, ja vielleicht auch Rußland und England; wir würden unsere bewährten Beschützer opfern, um à la queue der bayerisch-württembergischen Politik eine Fiktion für eine Realität einzutauschen“.²¹³ Berstett ließ zu gleicher Zeit durch seine Gesandten an allen Höfen mitteilen, daß Baden keineswegs in Partikularverhandlungen mit Bayern stehe und selbstverständliche Rechte durch kein Opfer erkaufe.²¹⁴ Aus Frankfurt wurde sofort mitgeteilt, daß Anstatt Berstetts Verhalten durchaus billige. Nur hätte er gleichzeitig noch gern Bayern eine Falle gestellt. Nach seiner Meinung wäre nichts leichter gewesen, als dabei den Keim der Zwietracht zwischen Bayern und Württemberg zu legen und durch absichtliches Mißverstehen der bayerischen Andeutungen solche Geständnisse hervorzurufen, daß man Bayern bei jedem europäischen Hof hätte bloßstellen können.²¹⁵

Fahnenberg war ehrlich vom guten Willen und den mäßigen Absichten Bayerns überzeugt und fuhr deshalb auch fort, trotz der empfangenen Vorwürfe ein Entgegenkommen bei Berstett wärmstens zu empfehlen und das bisher Eingeleitete, das nur Ideen aufstelle, aber keine positive Basis festlege, von der vorteilhaften Seite anzusehen. Immer wieder wies er auf die günstige Gelegenheit hin, den Streit endlich befriedigend zu beenden. Bei dem unsteten Charakter des Königs könnten sonst

213. Berstett an Fahnenberg 27., 30. XII. 28 ebd.

214. Berstett an Frankenberg 27. XII. 28 ebd. Spec. 34.

Berstett an Blittersdorf 28. XII. 28 ebd. Spec. 49.

Berstett an Ferette 29. XII. 28 Spec. 21.

Berstett an Tettenborn 2. I. 29 ebd. Spec. 28.

215. Blittersdorf an Berstett 31. XII. 28 Spec. 49.

noch die unangenehmsten Verwicklungen entstehen. Jetzt sei er gerade geneigt, auf die Vorschläge seines Ministers einzugehen, der sie ihm vorgetragen habe, als ob sie von Ludwig selbst ausgingen. Allzulanges Zögern könne wieder eine vollständige Sinnesänderung des Königs zur Folge haben.²¹⁶

Sehr wider Willen entledigte sich Fahrenberg des Auftrags seines Ministers. Armansperg nahm seine Mitteilungen mit aufrichtigem Bedauern entgegen, war aber empört über das „indignierende Benehmen Berstetts“.²¹⁷ Er bestritt Fahrenberg gegenüber den amtlichen Charakter der Verhandlungen, da auch er nur einen vertraulichen Ideenaustausch wünsche. Dabei gestand er zu, daß man allerdings auf die Ansprüche schon um der Würde der Krone willen nie verzichten könne, daß man aber die Erbfolge ganz umgehen könne, wenn man die Aufhebung des Beinheimer Entscheides betreibe.²¹⁸ Dieser Gesichtspunkt fand in Karlsruhe nicht dieselbe schroffe Ablehnung wie die ersten Eröffnungen, vielleicht wegen der beruhigenden Versicherungen der meisten Höfe, namentlich Preußens, daß man trotz der Münchener Unterredungen Baden weiterhin unterstütze, eine Einigung durch eine Separatverhandlung aber nicht ungern sehe; ja Preußen sprach sogar von etwaigen geringen Opfern Badens; denn man schloß in Berlin aus dem Vorgehen Bayerns, daß es ihm in der Hauptsache darum zu tun sei, die freundschaftlichen Verhältnisse wieder herzustellen und mit Ehren aus dem Streit herauszukommen.²¹⁹ Ferner war man in Preußen überzeugt, daß die gewünschten Erklärungen eine solche gesonderte Verhandlung nur fördern würden, die ohne jene aber nie zustande kommen könnte. So nahm Bernstorff die Kunde von den Münchener Eröffnungen sogar zum Anlaß, bei Frankreich erneut auf eine Erklärung zu drängen.²²⁰ Auch Berstett hielt schließlich ein bayerisches Angebot zur Aufhebung der Erbrechte für wünschenswert, da es doch noch zweifelhaft sei, ob durch die Erklärungen die Sache endgültig erledigt werden könne.²²¹

216. Fahrenberg an Berstett 19. XII. 28, 8. I. 29 ebd. Spec. 7.

217. Armansperg an Kg. Ludwig 10. I. 29 G. St. M. A. St. 93h.

218. Fahrenberg an Berstett 3. I. 29 G. L. K. Spec. 7.

219. Frankenberg an Berstett 5. I. 29 ebd. Spec. 34.

220. Bernstorff an Werther 12. I. 29 ebd. II. Gen. 12.

221. Otterstedt an Bernstorff 29. I. 29 G. St. B. 33/IV.

Fahnenberg erhielt den Auftrag, etwaige Punktationen Armanspergs für ein Abkommen, falls sie mit den badischen Grundsätzen vereinbar seien, entgegenzunehmen.²²² Solche waren von Armansperg schon ausgearbeitet und warteten nur auf die Genehmigung des Königs. Es war nicht leicht, diesen überhaupt zu einem Abkommen der vorgeschlagenen Art zu bewegen. Der Minister riet Ludwig dringend, von der Pfalz abzustehen und mäßige Forderungen zu stellen, „um nicht alles gleich vor den Kopf zu stoßen“. Er schlug vor, die beiden Wertheim und Tauerbischofsheim von Baden zu verlangen, Gebiete, die im Vergleich zum Sponheimer Besitz sehr wertvoll seien.²²³ Der König aber dachte nur an die Pfalz. Er nahm zwar des Ministers Offenheit nicht übel, konnte jedoch nicht umhin zu bemerken: „Ich begreife es kaum, wie Armansperg mir einen solchen Vorschlag macht“.²²⁴ Um die Punktation beim König endlich durchzusetzen, mußte sie Armansperg noch einmal ändern, einige kleine Vorteile hineinbringen und durfte vor allem die Gebietswünsche an Baden nicht mit Namen erwähnen. Infolge dieser Verzögerung sah man auf der Gegenseite schon voraus, daß die Punkte den Erwartungen nicht mehr entsprechen würden. Nachdem die königliche Genehmigung endlich erteilt war, wagte man in München scheinbar doch nicht, die Punktation Fahnenberg persönlich zu überreichen, sondern wollte erst auf dem Umweg über den württembergischen Gesandten Schmitz, der vom Münchener Hof über alles ins Vertrauen gezogen wurde, die Meinung Fahnenbergs darüber erfahren. Die Punktation riß den badischen Gesandten aus allen Illusionen und enttäuschte sein ehrliches Vertrauen auf die bayerische Mäßigung. Denn sie paßte nach seiner Ansicht keineswegs zu den bisherigen Besprechungen, sondern verletzte die von Baden verteidigten Grundsätze.²²⁵ Bedenkt man aber, daß Bayerns Wunsch nach der gesamten badischen Pfalz ging, so war es schon ein großes Entgegenkommen, wenn es sich nun bei Aufhebung der wechselseitigen Erbrechte

222. Berstett an Fahnenberg 13. I. 29 G. L. K. Spec. 8.

223. Armansperg an Kg. Ludwig 23. I. 29 G. H. M. ARO 25.

224. Kg. Ludwig an Armansperg 23. I. 29 Armanspergsche Familienpapiere.

225. Fahnenberg an Berstett 30. I. 29 G. L. K. Spec. 9.

auf ein Aequivalent von nur 25—30 000 Einwohner gegen Abtretung der kleinen Gemeinde Altripp am linken Rheinufer beschränkte. Ein Zollabkommen, Verhandlungen über eine Militärstraße und eine kleine Grenzberichtigung sollten gleichzeitig abgeschlossen werden. Bayern begründete seine Mäßigung in „Beleuchtungen zur Punktation“²²⁶ und stellte vor allem fest, daß Baden 1796 auch seine Rechte auf den bayerischen Sponheimer Anteil an Frankreich abgetreten habe, also auch dafür entschädigt worden sei, während Bayern nie auf seine Rechte auf den badischen Teil verzichtet habe; die jetzigen Vorschläge Bayerns enthielten so nur den zehnten Teil dessen, was ihm eigentlich gebühre.

Für Baden aber konnte es sich, wenn man überhaupt nachgab, nur um einen gleichwertigen Gebietstausch handeln. Auch Fahrenberg hatte diese Rechtsauffassung nie verlassen und wies deshalb nun von sich aus trotz der beschwichtigenden Fürsprache Schmitzs die bayerische Punktation scharf zurück, lehnte es sogar ab, sie amtlich seiner Regierung mitzuteilen. Selbstverständlich benachrichtigte er trotzdem Berstett von den bayerischen Vorschlägen. Nun war dieser mit der Haltung seines Gesandten ganz einverstanden. „Wir würden lieber mit Ehren fallen, als unsere Erhaltung mit schmähhchen Konzessionen feig erkaufen“. Man fürchtete, der König werde letzten Endes doch die Pfalz fordern. Berstett billigte nur nicht, daß Fahrenberg den bayerischen Minister durch Schmitz bitten ließ, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Der Gesandte dachte dadurch eine neue Aufreizung zu vermeiden, Berstett aber wollte den Mächten mit gutem Gewissen mitteilen können, daß die von Bayern vorgeschlagene gütliche Einigung sich ohne Badens Schuld zerschlagen habe. Er wünschte deshalb „dringend zu erfahren, ob Armansperg nicht zu angemesseneren, die Streitfrage beseitigenden und keine Opfer fordernden Vorschlägen ermächtigt sei“.²²⁷ Als sich Fahrenberg dieses Auftrags bei Armansperg entledigte, mußte er erfahren, daß dieser keine abändernden Vorlagen

226. Quelques considérations sur la modération montrée par la Bavière dans les propositions d'arrangement qu'elle a faites à la cour de Bade dans l'affaire de Sponheim. G. St. M. A. St. 93h.

227. Berstett an Fahrenberg 2. II. 29 G. L. K. Spec. 9.

machen durfte.²²⁸ Wenige Tage später versuchte der bayerische Minister noch einmal, eine Einigung zu erzielen, und erklärte sich zur Entgegennahme badischer Vorschläge bereit.²²⁹ Dies schlug Baden ab, da man nichts von Bayern zu fordern und ihm nichts zu geben habe. Berstett erachtete nun die Anregungen für beendet. Er eröffnete sie den Mächten und hoffte aus der Mitteilung der überspannten bayerischen Forderungen Vorteil für die Unterstützung Badens zu ziehen.²³⁰ Zusicherungen blieben auch nicht aus. Namentlich Preußen betonte, mit der badischen Haltung ganz einverstanden zu sein, wenn man auch bedauere, daß keine Einigung erzielt worden sei.²³¹

VII.

Nach Bayern war inzwischen neue Unruhe gedrungen, als Ende Januar 1829 Markgraf Wilhelm seine Reise nach Paris antrat. Als Vergnügungsfahrt wurde sie hingestellt, doch war der amtliche Zweck natürlich nirgends unbekannt. Da der Besuch erst auf mehrfache Einladung hin erfolgte,²³² trug er auch nicht den Stempel ungestümen Drängens, das Baden ja immer vermeiden wollte. Markgraf Wilhelm war die geeignete Persönlichkeit, um die Hochberg'schen Interessen zu wahren. Als jüngerer Bruder des zur Nachfolge bestimmten Hochberg kam er nicht in den Verdacht, ein eigenes angezweifelt Erbrecht stützen zu müssen. Schon während der Befreiungskriege und nachher war er zu besonderen Missionen im Dienste der Zähringer Dynastie verwendet worden. Ihn wie seinen Bruder Leopold suchte man auch von bayerischer Seite zur günstigen Beeinflussung des Großherzogs zu gewinnen, indem man ihnen eindringlich die drohenden Gefahren nach dessen Tode vorstellte. München glaubte, nirgends mehr Interesse an einem für alle Zeiten gesicherten Besitzstand zu finden als bei den Hochberg, die dieses

228. Fahnenberg an Berstett 4. II. 29 ebd.

229. Fahnenberg an Berstett 7. II. 29 ebd.

230. Berstett an Frankenberg 6. 2. 29 ebd. Spec. 34.

Berstett an Tettenborn 8. II. 29 ebd. Spec. 28.

Berstett an Markgraf Wilhelm 10. II. 29 ebd. Spec. 22.

231. Bernstorff an Frankenberg 27 II. 29 ebd. Spec. 34.

232. Berstett an Frankenberg 20. I. 29 ebd.

Erbe antreten sollten. Noch einen Tag vor seiner Abreise nach Paris wurde Wilhelm in diesem Sinn von Reigersberg bearbeitet, wie dieser glaubte, mit Erfolg.²³³ In Wirklichkeit unternahm der Markgraf natürlich nichts beim Großherzog, denn auch er wollte nicht durch Entgegenkommen Zweifel an der Ebenbürtigkeit seiner Familie entstehen lassen.

In Paris war man bei seiner Ankunft mit wichtigen Kammer-sitzungen beschäftigt. So konnte er trotz freundschaftlicher Aufnahme erst einige Wochen später mit der Verfolgung seiner Mission beginnen. Werther und Pozzo di Borgo gingen ihm dabei tatkräftig zur Hand. Bei Portalis, dem inzwischen an Raynevals Stelle getretenen provisorischen Außenminister, versuchte er zuerst die badischen Rechte und die Unmöglichkeit eines Opfers klarzulegen. Portalis, der nur eine oberflächliche Kenntnis von der Sache hatte, gab trotzdem schon die besten Versicherungen. Da sich auch Bourjot sehr geneigt äußerte, war Wilhelm sofort sehr befriedigt über die günstige Stimmung in Paris.²³⁴ Doch durfte man noch lange nicht sicher auf eine amtliche Erklärung rechnen. Zur selben Zeit kamen wiederholte Anrufe Rumignys aus München, die Regierung solle zugunsten einer bayerisch-badischen Verständigung in Karlsruhe intervenieren. In München hoffte man, daß Baden sich dann eher zu einem Vergleich herbeilasse.²³⁵ Nachdem auch Pfeffel des öfteren Portalis in Unterredungen und durch Ueberreichung einer Communication verbale zu gewinnen versucht und ihn beschwichtigt hatte, daß Frankreichs Handelsverhältnisse nicht verletzt würden,²³⁶ versprach Portalis schließlich Frankreichs bons offices, wenn sich Bayern wirklich mäßig in seinen Forderungen gegen Baden zeige.²³⁷ Wilhelm gegenüber ließ er natürlich nichts davon verlauten. Nur gelegentlich hörte dieser von anderer, Pfeffel befreundeter, Stelle, daß Baden, um zu Ruhe und Frieden zu gelangen, wohl nicht umhin könne, wenigstens ein kleines Opfer zu bringen und daß Frankreich in verschiedenen Beziehun-

233. Reigersberg an Armansperg 21. I. 29 G. St. M. P. A. 161.

234. Mg. Wilhelm an Berstett 2., 7., 18., 21. II. 29 G. L. K. Spec. 22.

235. Rumigny an Portalis 4., 25. I. 29 Chroust S. 161/162.

236. Pfeffel an Armansperg 20. II. 29 G. St. M. A. St. 93g.

237. Portalis an Rumigny 6. III. 29 Chroust S. 167.

gen Rücksicht auf Bayern zu nehmen habe.²³⁸ Rumigny forderte auch in München von Fahrenberg, durch ein Opfer den bayerischen Vergleichsvorschlägen entgegenzukommen.²³⁹

Man hätte in Frankreich eine gütliche Einigung gern gesehen, um einer Entscheidung zu entgehen. Weder der badische noch der preußische Vertreter in Paris täuschten sich darüber, daß die französischen Regierungskreise ungern von einer Erklärung sprachen. Wohl stimmte man über die Rechtslage mit der preußischen Ansicht überein; aber man vermied es, sich in politischer Beziehung über den Streit zu äußern. Dementsprechend war auch die Arbeit Reinhards abgefaßt, die er Mitte Januar vorgelegt hatte. Außer Reinhard hatte auch Bourjot ein kurzes Exposé über die Rechtslage verfaßt.

Nachdem sich Portalis daraus informiert hatte, drangen Werther und Pozzo di Borgo bei ihm wieder auf Abgabe der Erklärung. Erst war jedoch ein Vortrag beim König nötig, wobei beschlossen wurde, die Angelegenheit der nächsten Ministerratssitzung vorzulegen. Diese führte zu keinem Ergebnis. Wilhelm schob die Schuld auf eine Unterredung zwischen Portalis und dem österreichischen Gesandten Apponyi, der, von Pfeffel beeinflußt, sich zum ersten Mal für die bayerischen Wünsche eingesetzt hatte.²⁴⁰ Er hatte zwar keine ausdrückliche Instruktion Metternichs; denn Bray hatte sich ungeachtet des Wunsches seines Königs dagegen gestellt: er hielt eine Einmischung Oesterreichs in Frankfurt für untunlich, weil es sich dadurch mit anderen Mächten verfeinde und es im allgemeinen für die deutschen Dinge besser sei, wenn Oesterreich einen gewissen Abstand von Frankreich wahre.²⁴¹ Der selbständige Schritt Apponyis hatte keine weiteren politischen Folgen, bestärkte nur vielleicht Portalis in seiner Unschlüssigkeit.

Wilhelm aber ertrug die Ungewißheit nicht mehr und sprach selbst beim französischen König vor, um ihn zur Erklärung zu bewegen. Karl X. anerkannte wohl wiederum die badischen

238. Mg. Wilhelm an Berstett 7. II. 29 G. L. K. Spec. 22.

239. Fahrenberg an Berstett 17. III. 29 ebd. Spec. 9.

240. Mg. Wilhelm an Berstett 12., 23., 25. III. 29 ebd. Spec. 22.

241. Bray an Kg. Ludwig 31. III. 29 G. St. M. A. St. 93g.

Rechtsgründe, ließ jedoch die nötigen Rücksichten auf Bayern und den Wunsch nach einer gütlichen Einigung durchblicken. Wilhelm hielt dem entgegen, daß eine solche erst nach einer Erklärung der Mächte möglich sei. Schließlich erreichte er wieder beruhigende Zusicherungen und das erneute Versprechen des Königs, sich mit der Sache zu befassen. Auch ein Teil der Minister wie Saint-Cricq, Roy, de Caux und Hyde de Neuville hielten mit hoffnungsweckenden Zusagen nicht zurück. Es gelang Wilhelm, vereint mit Werther und Pozzo di Borgo, die französischen Staatsmänner wenigstens von der Unzweckmäßigkeit von Ministerkonferenzen zu überzeugen, deren Abhaltung noch wiederholt erwogen worden war. Auch vermochte man, Pfeffel lahmzulegen, der weisungsgemäß Wilhelms Bemühungen in Paris eifrig entgegenarbeitete.²⁴²

Trotz der beruhigenden Berichte Pfeffels über die Ergebnisse der Sendung des Markgrafen und trotz der Versicherungen der Unparteilichkeit, die Rumigny im Auftrag seiner Regierung übermittelte,²⁴³ konnte man in München das Auftreten Wilhelms nicht sorglos verfolgen. Man versuchte bei den nordischen Höfen die badenfreundliche Tätigkeit ihrer Gesandten in Paris abzustellen, natürlich ohne ein Zusage zu erhalten.²⁴⁴ Man unternahm Schritte, um sich wenigstens Englands und Oesterreichs Wohlwollen zu erhalten.²⁴⁵ Schließlich sollte Pfeffel außer Werther und Pozzo di Borgo auch Wilhelm selbst von der badischen Rechtsauffassung abbringen.²⁴⁶ Pfeffel folgte nur widerstrebend diesem aussichtslosen Befehl. Am 16. April legte er Wilhelm den bayerischen Wunsch nach Ausgleich dar, um den drückenden Zustand im Rheinkreis zu verbessern. Der Markgraf erklärte freundschaftliche Beziehungen für erwünscht, wenn sie nicht durch Opfer zu erkaufen seien, denn die badische Dynastie werde keinen Angriff auf ihre Ehre dulden. Er empfahl Pfeffel, die bayerischen Ansprüche aufzugeben. Der

242. Mg. Wilhelm an Berstett 27. III., 1. IV. 29 G. L. K. Spec. 22.

243. Rumigny an Portalis 7. V. 29 Chroust S. 180.

244. Armansperg an Luxburg 26. III. 29 G. St. M. A. St. 93g.

245. Armansperg an Cetto 26. III. 29 ebd.

Armansperg an Bray 2. IV. 29 ebd.

246. Armansperg an Pfeffel 29. III. 29 ebd.

Gesandte konnte dem nicht zustimmen, weil die Angelegenheit dem König ebenfalls schon zur Ehrensache geworden sei und ihre Preisgabe den Anschein erwecke, als habe man unbegründete Ansprüche erhoben.²⁴⁷ Auf diesem Weg war nicht vorwärtszukommen. Trotzdem lauteten auch Pfeffels weitere Berichte zuversichtlich.²⁴⁸

Die Pariser Verhandlungen stockten. Baden gegenüber entschuldigte man die Verzögerung mit der Notwendigkeit, die Stellungnahme Englands abzuwarten, der man sich anschließen wolle; ohne England wollte man keine Erklärung abgeben. Baden umgekehrt wollte sich erst an England wenden, wenn in Frankreich ein Ergebnis erzielt war; es kannte die neueste englische Annäherung an Oesterreich und erwartete deshalb von England nicht, daß es Frankreich in badischem Sinn beeinflussen werde. So ließ sich denn Portalis durch den französischen Vertreter Polignac in London nach der Ansicht des britischen Kabinetts erkundigen. Werther und Pozzo die Borgo schrieben an Bülow und Lieven, sie sollten in badischem Sinn vorarbeiten.²⁴⁹ Bülow sprach als erster mit Aberdeen, der sich, wie schon einmal, zunächst zum Anschluß an die Erklärung bereit zeigte, falls sich auch Polignac an ihn wende; doch wenige Tage später schon trat er den Rückzug an: für England sei in einer Sache, die es gar nicht berühre, Neutralität geboten. Polignac hatte mit der Ausführung seines Auftrags unverantwortlich lange gezögert, weil er, nach Aussage Bülows, zu sehr mit Esterházy befreundet war, der im Auftrag Metternichs für die bayerischen Belange eintrat.²⁵⁰ Esterházy hatte seit der ersten Weisung im Sommer 1828 wiederholt offizielle Instruktionen aus Wien erhalten, die sich für die rechtliche Entscheidung der Sponheim-Frage aussprachen, welche mit den politischen Verträgen nichts zu tun habe. Metternich wollte seine Meinung zwar dem englischen Kabinet nicht aufdrängen, es aber doch zu genauer Prüfung veranlassen, die er durch Darlegung seines Standpunkts erleichtere.²⁵¹ Von Pfeffel

247. Mg. Wilhelm an Gh. Ludwig 17. IV. 29 G. L. K. Spec. 22.

248. Pfeffel an Armansperg 16., 24. IV. 29 G. St. M. A. St. 93g.

249. Mg. Wilhelm an Berstett 1. IV. 29 G. L. K. Spec. 22.

250. Mg. Wilhelm an Berstett 28. IV. 29 ebd.

251. Metternich an Esterházy 10. I., 12. II. 29 G. St. M. A. St. 93g.

über die französische Anfrage in London orientiert, hatte sich Cetto mit Esterházy zur Beeinflussung Aberdeens ins Benehmen gesetzt und diesem eine Note über Sponheim überreicht.²⁵² London wollte nach wie vor nichts ohne Oesterreich unternehmen, mindestens sich nicht vor einer französischen Erklärung äußern.²⁵³ Es war daher für Bülow und Lieven nicht leicht durchzudringen. Als Polignac sich endlich seines Auftrags entledigte, wollte Aberdeen sich doch nicht ganz ablehnend zeigen und erteilte Stuart in Paris Instruktionen, den Konferenzgedanken wieder aufzunehmen. Doch war man hiervon in Paris inzwischen abgekommen und verlangte von London aufs neue eine Stellungnahme zur Sache selbst.²⁵⁴

Mittlerweile hatte Werther Weisung empfangen, sich mehr zurückzuhalten, da Bayern sich in Berlin über sein Benehmen beschwert hatte. Es lag Preußen daran, das bayerische Vertrauen, das durch die Handelsverhandlungen geschaffen wurde, nicht wieder zu zerstören. Werther sollte von seinen „Verwendungen Abstand nehmen“, aber so, daß weder Wilhelm noch Portalis an eine preußische Meinungsänderung glauben könnten; schließlich könne es ja nicht Wunder nehmen, „wenn man müde geworden ist und aufhört“.²⁵⁵ Um so dringender bat Wilhelm den König und Portalis um Beschleunigung. Schon stand Karl X. davon ab, Baden ein Opfer zuzumuten, da dies eine Verletzung der Traktate darstelle, die er unbedingt aufrecht erhalten sehen wolle. Portalis war seit Mai zum Außenminister ernannt und konnte nun auch tatkräftiger auftreten. Eine Ministerratssitzung befaßte sich wieder mit der Sponheimer Angelegenheit, noch einmal ohne Ergebnis. Aber der Handelsminister Saint-Cricq hatte doch dabei erklärt, daß Frankreich nicht von anderen Staaten abhängen, sondern daß ihm ein selbständiges Vorgehen gezieme. Diese Ansicht gewann allmählich an Boden.²⁵⁶

Vorübergehend gehemmt wurde die Entwicklung noch einmal durch das Erscheinen des Herzogs von Dalberg in Paris

252. Cetto an Armansperg 7. V. 29 G. St. M. A. St. 93g.

253. Esterházy an Metternich 8. VII. 29 ebd. 93h.

254. Gh. Wilhelm an Gh. Ludwig 9., 14. V. 29 G. L. K. Spec. 22.

255. Bernstorff an Werther 7. IV. 29 G. St. B 33/IV.

256. Mg. Wilhelm an Gh. Ludwig 26. V. 29 G. L. K. Spec. 22.

Ende Mai 1829. Von Pfeffel wurde er gebeten, sich der bayerischen Ansprüche anzunehmen.²⁵⁷ Nach Wilhelms Ansicht verbreitete Dalberg wilde Gerüchte über die Unebenbürtigkeit der Hochberg und versuchte die Gemüter gegen sie zu erregen. Auch erinnerte er Portalis an die französischen Eroberungsgelüste auf dem linken Rheinufer: diese seien leichter zu befriedigen, wenn man sich durch Gefälligkeiten Bayern für immer verpflichte statt Badens. Pfeffel meinte, daß dieser „neue Gesichtspunkt“ seinen Eindruck auf Portalis nicht verfehlt habe,²⁵⁸ in Wirklichkeit hatte Frankreich den ganzen Streit wohl immer schon unter diesem Gesichtspunkt behandelt.

Wie Wilhelm meinte, wurde der König aber gerade durch Dalberg und die Art, wie Bayern Baden verfolge, bestimmt, alles zu tun, um Baden aus seiner üblen Lage zu befreien. In einem neuen Ministerrat Anfang Juni wurde ein Entwurf der Erklärung angenommen. Allerdings wurde dieser erst nach England zur Begutachtung geschickt, doch gestand man schon zu, die Erklärung auch ohne Zustimmung Englands abzugeben. Als London nicht antwortete, drängte Wilhelm von neuem bei Portalis und anderen Ministern.²⁵⁹ Im nächsten Ministerrat wurde die Erklärung schließlich genehmigt, ausgefertigt und am 2. Juli dem Markgrafen überreicht. Sie legte fest, daß auf Grund der Anerkennung der Hochberg in Aachen und Frankfurt Bayern erst nach deren Aussterben ein Recht auf das Surrogat für Sponheim habe und daß eine Vertragsverletzung den europäischen Frieden störe, was sehr zu vermeiden sei.²⁶⁰ Wilhelm, der Großherzog und Berstett waren lebhaft erfreut über den endlichen vorteilhaften Beschluß der französischen Regierung und fanden nicht genug Dankesworte „für die feste Bürgschaft für die Zukunft“.²⁶¹

Daß Paris dem hartnäckigen Drängen Badens schließlich nachgegeben hatte, war begründet in dem natürlichen Wunsch, fortgesetzten Forderungen ein Ende zu machen und in der Furcht, sonst Baden, wie erwähnt, ganz in die Arme Preußens

257. Pfeffel an Armansperg 26. V. 29 G. St. M. A. St. 93g.

258. Mg. Wilhelm an Gh. Ludwig 2. VI. 29 G. L. K. Spec. 22.

259. Mg. Wilhelm an Gh. Ludwig 27. VI. 29 ebd.

260. Französische Erklärung 2. VII. 29 Chroust S. 190.

261. Gh. Ludwig an Mg. Wilhelm 9. VII. 29 G. L. K. Spec. 22.

zu treiben. Beunruhigt verfolgte man in Paris die ständige Erweiterung des preußischen Handelsvereins, der den französischen politischen und wirtschaftlichen Interessen zuwiderlief. Noch lehnte Baden den Beitritt ab; vielleicht konnte man es für immer fernhalten, wenn man seinen Hauptsorgen entgegenkam. Bei der Uebergabe der Erklärung empfahl man aber dem badischen Hof ein gütliches Abkommen, da ein solches den französischen Wünschen nach wie vor am meisten entsprochen hätte. Hierfür bot man seine guten Dienste an. In einem persönlichen Brief Ende August 1829 legte Karl X. diesen Wunsch dem Großherzog erneut nahe. Gegen eine Rechtsverletzung jedoch wollte man sich immer stellen.²⁶²

In München war die Bestürzung über den französischen Schritt sehr groß. Man hatte ihn zwar nach den letzten Berichten Pfeffels ziemlich sicher kommen sehen, aber auf sein Unterbleiben bis zum letzten Augenblick gehofft. Als ihn Rumigny am 16. Juli in München mitteilte, drückte man ihm großes Befremden über die französische Meinungsänderung aus und erklärte kategorisch, sich nie der Entscheidung einer fremden Macht zu unterwerfen, die man gar nicht anrufen, sondern nur um Rat gefragt habe, indem man ihr das bayerische Memoire und sonstige Mittheilungen vorlegte.²⁶³ Frankreich fand Beschwichtigungsgründe, die allerdings in Bayern nicht ganz zu überzeugen vermochten: das französische Schriftstück stelle keine Entscheidung, sondern nur eine Meinungsäußerung, einen Ratschlag dar, der Frankreichs „bons offices“ für Bayern zu einem gütlichen Abkommen mit Baden nicht ausschließe. Außerdem seien ja die bayerischen Ansprüche anerkannt und nur hinausgeschoben worden. Die Entschließung sei nicht übelwollend gegen Bayern, sondern komme nur aus dem Geiste der Unparteilichkeit.²⁶⁴ Mit diesen Aeußerungen wollte man auch der kurz zuvor durch Rumigny übermittelten Geneigtheit Bayerns zu einem Abkommen Rechnung tragen. Frankreich wünschte es keineswegs mit Bayern zu verderben, wenigstens nach außen hin nicht. Mora-

262. Kg. Karl X. an Gh. Ludwig 23. VIII. 29 ebd. II Gen. 15.

263. Rumigny an Portalis 19. VII. 29 Chroust S. 195.

264. Pfeffel an Armansperg 3. VII. 29 G. St. M. A. St. 93h.

lisch fühlte es sich, wie Portalis Rumigny instruierte, nicht verpflichtet, seinen Wünschen zu entsprechen, nachdem es in den letzten Jahren Frankreich in anderen Beziehungen auch nicht entgegengekommen sei, sondern sich weit mehr an Preußen und Oesterreich angeschlossen habe; die früheren franzosenfeindlichen Aeußerungen König Ludwigs seien nicht geeignet zu bewirken, daß Frankreich sich Bayerns wegen mit anderen Mächten verfeinde.²⁶⁵ Rumigny tat sein Möglichstes, um diese Auffassung zu beschwichtigen: die frühere Gesinnung des Königs sei die Folge seiner Erziehung gewesen und habe sich längst geändert; verschiedene bayerische Annäherungsversuche der letzten Zeit seien nur an Frankreich gescheitert, weshalb es sich auch anderweitig nach Unterstützung umgesehen habe. Er betonte immer wieder, wie wertvoll nicht nur ein bayerischer Pfalzbesitz, sondern hauptsächlich die bayerische Freundschaft für Frankreich sei.²⁶⁶ Rumigny hätte gern bei neutraler Haltung Frankreichs den Streit noch möglichst lange hingezogen, um schließlich bei einer Neuordnung der Grenzen in Süddeutschland eine Grenzberichtigung für Frankreich zu erlangen.²⁶⁷

Dieses hatte also beiden Seiten seine Unterstützung für ein Abkommen zugesagt. Doch kam ein solches noch nicht in Frage, da Bayern auf reine Surrogatsbestimmung oder Aufhebung des Beinheimer Entscheids ohne Entschädigung nicht eingehen, Baden nicht mehr bewilligen wollte. Wenn Frankreich Baden von der Notwendigkeit eines Opfers überzeugen könne, wollte Bayern von seinen „bons offices“ Gebrauch machen.²⁶⁸ Pfeffel konnte diesen Wunsch seiner Regierung erst im Laufe des Augusts zur Kenntnis der französischen Regierung bringen, da sich deren Zusammensetzung geändert hatte: Polignac war an die Stelle von Portalis getreten. Bayern hoffte von ihm eine Rückkehr zur früheren französischen Haltung. Namentlich der König wollte den Ministerwechsel ausnützen.²⁶⁹ Pfeffel ver-

265. Portalis an Rumigny 3., 10. VII. 29 Chroust S. 190, 193.

266. Rumigny an Portalis bzw. Polignay 19. VII., 17. VIII. 29 ebd. S. 195, 198.

267. Rumigny an LaFerronnays 13. XI. 28 ebd. S. 151.

268. Armanberg an Bray 29. VII. 29 G. St. M. A. St. 93h.

269. Kg. Ludwig an Armanberg 20. VIII. 29 G. H. M. 89/4 V.

suchte sofort, Polignac durch eine aufklärende Note von der Erklärung abzubringen und bat ihn schließlich offiziell im Auftrag des Königs, sie zu modifizieren oder doch wenigstens neutral zu bleiben und Baden zu einer gütlichen Uebereinkunft zu bewegen.²⁷⁰ Rumigny unterstützte in seinen Berichten dieses Begehren immer wieder mit dem Hinweis auf den Wert der bayerischen Anhänglichkeit.²⁷¹ Polignac konnte von den außenpolitischen Maßnahmen seines Vorgängers nicht sofort abweichen, um sich nicht von vornherein in Mißkredit bei den anderen Mächten zu setzen. Auch paßten die bayerischen Gebietsforderungen schlecht zu den Tauschplänen, die Polignac zu jener Zeit zur Befriedigung der französischen Rheinlandwünsche erwog. Er beruhigte zunächst Pfeffel, die Erklärung habe nur der Sicherheit in Europa dienen wollen.²⁷² Beiden Seiten teilte man wieder den französischen Wunsch nach gütlicher Einigung mit. Als Polignac schließlich Bayern auch noch eine regelrechte Vermittlung zusagte,²⁷³ wurde sie dort abgelehnt, da man inzwischen schon mit einer anderen Macht näher in Verbindung getreten sei.²⁷⁴

Während des Sommers 1829 galt es für Bayern, in London einen ähnlichen badischen Erfolg wie in Paris zu verhindern, zumal Cetto schon wenig erfreuliche Aussichten gemeldet hatte. Er hielt die Rücksicht Englands auf Oesterreich nur für eine höfliche Geste; in Wirklichkeit wolle es nicht allein mit Oesterreich von der Meinung der anderen Mächte abweichen. Cetto glaubte die bayerische Lage nur zu verschlechtern, wenn er irgend etwas unternahm, da alles schon zu einer Erklärung dränge.²⁷⁵ Daraufhin suchte die bayerische Regierung den englischen Gesandten in München zu gewinnen; doch erhielt dieser gleichzeitig auch von Fahrenberg eine Darstellung der Sache.²⁷⁶ Ebenso wurde Stuart in Paris von beiden Parteien ins Kreuz-

270. Armansperg an Pfeffel 29. VIII. 29 G. St. M. A. St. 93h.

271. Rumigny an Polignac 17. VIII. 29 Chroust S. 198.

272. Pfeffel an Armansperg 3. IX. 29 G. St. M. A. St. 93h.

273. Polignac an Rumigny 5. IX. 29 Chroust S. 200.

274. Rumigny an Polignac 21. IX. 29 ebd. S. 203.

275. Cetto an Armansperg 30. VI. 29 G. St. M. A. St. 93h.

276. Fahrenberg an Berstett 25. VII. 29 G. L. K. Spec. 9.

feuer genommen: Pfeffel und Markgraf Wilhelm überreichten ihm Darstellungen zur Weitergabe nach London.²⁷⁷ Bray wurde wiederholt beauftragt, Metternich um neue Instruktionen für Esterházy zu bitten.²⁷⁸ Nachdem Bray noch einmal in Königswarth, einem Landsitz Metternichs, seine ganze Ueberredungskunst aufgeboten hatte, erhielt Esterházy endlich am 22. August 1829 die Weisung, den österreichischen Rechtsstandpunkt im früheren Sinn Aberdeen wieder darzulegen.²⁷⁹ Aber schon war es zu spät.

Seit Wilhelms Abreise aus Karlsruhe nach Paris im Januar 1829 war auch eine Reise nach London mit demselben Zweck vorgesehen: nach einem Erfolg in Paris hoffte man in London die Widerstände leichter zu überwinden. Mitte Juli traf Wilhelm dort ein und wurde ebenso freundschaftlich aufgenommen wie in Paris. Lieven und Werther sowie der hannoverische Minister Münster hatten schon gut vorgearbeitet; auch Polignac, damals noch Gesandter in London, war beauftragt, Wilhelm zu unterstützen. Zunächst zeigte sich Aberdeen allerdings zurückhaltend, vermutlich noch beeinflusst durch das Gutachten der englischen Kronadvokaten, das mit den badischen Wünschen nicht übereinstimmte. Er versprach Wilhelm nur, sich mit dem König und mit Clancarty, der den Verträgen von Aachen und Frankfurt als Gegner Bayerns beigewohnt hatte, zu besprechen.²⁸⁰ Auch war bei Aberdeen zuerst der österreichische Einfluß zu überwinden. Der Zeitpunkt war dazu günstig, denn England war verärgert über Oesterreichs Stellungnahme am Bundestag im hannover-braunschweigischen Streit, während Baden für Hannover gestimmt hatte. Namentlich der König drang nun in Aberdeen, die badischen Wünsche bald zu befriedigen. Ein endgültiger Beschluß wurde durch den Sommeraufenthalt aller maßgebenden Persönlichkeiten noch verzögert; auch hielt die orientalische Krise in Spannung. Wilhelm mußte wiederholt, unterstützt von Lieven und Werther, Aberdeen mahnen und ihm die Aufrechterhaltung der Verträge als nötig vor-

277. Pfeffel an Armansperg 16. VI. 29 G. St. M. A. St. 93h.

278. Armansperg an Bray 10., 18. VII., 9. VIII. 29 ebd

279. Metternicht an Esterházy 22. VIII. 29 ebd.

280. Mg. Wilhelm an Gh. Ludwig 7., 17. VII. 29 G. L. K. Spec. 22.

stellen.²⁸¹ In diesem Sinn war dann auch die englische Erklärung vom 7. September 1829 abgefaßt: sie sprach, wenn auch etwas allgemeiner als die französische, von den unverletzbaren Verträgen, die alle Gebietsfragen geregelt hätten; Sponheim erwähnte sie nur mit einem Satz und gestand beim Erlöschen der Hochberg'schen Linie den Heimfall des Surrogats an Bayern zu.²⁸² Dem geringeren Interesse Englands entsprach es, daß seine Erklärung lange nicht so ins Einzelne ging wie die französische; sie wurde auch nicht amtlich nach Bayern mitgeteilt, weshalb dieses nichts weiter in England unternahm.

Die Sendung Wilhelms war mit Erfolg beendet. Er hatte, hauptsächlich mit preußischer Unterstützung, was in Baden besonders hervorgehoben wurde, die Zukunft seines Hauses und des badischen Landes gesichert. Die Mehrheit der Mächte hatte sich nun für Baden ausgesprochen. Dieses hatte zwar ursprünglich eine gemeinsame Erklärung der Mächte an den bayerischen Hof erstrebt, erkannte jedoch bald, daß sie schwierig zu redigieren sei und nur einen neuen bayerischen Protest hervorrufen werde, womit nur derselbe Zustand wie 1819 eintrete;²⁸³ jetzt war man mit den Einzelaussagen ganz zufrieden: hatte man doch nun, soweit möglich, für die Zukunft Beruhigung gewonnen und durfte hoffen, daß ihre moralische Wirkung Bayern von der Verfolgung seiner Ansprüche abbringen werde.²⁸⁴ Allerdings tauchte vereinzelt auch schon die Kritik auf: die Erklärungen sprachen nur von A n e r k e n n u n g der Hochberg; eine besondere Hervorhebung ihrer angestammten Geburtsrechte hätte nach Jolly vielleicht durchgreifender gewirkt.²⁸⁵

Ebenso fiel in Bayern die allgemeine Fassung, namentlich der englischen Erklärung, auf, und es betonte natürlich die seinen Wünschen günstigen Wendungen. Da seine Erbansprüche als solche in beiden Erklärungen anerkannt waren, befürchtete es keine weiteren unangenehmen Folgen.²⁸⁶

281. Mg. Wilhelm an Gh. Ludwig 4. VIII. 29 ebd.

282. Englische Erklärung 7. IX. 29 Chroust S. 206.

283. Berstett an Mg. Wilhelm 4. IV. 29 G. L. K. Spec. 22.

284. Gh. Ludwig an Mg. Wilhelm 15. IX. 29 ebd.

285. Observations von Jolly 8. VII. 29 ebd. Spec. 23.

286. Fahnenberg an Berstett 12. X. 29 ebd. Spec. 11.

Auch Rußland hatte im letzten Jahr die bayerischen Rechte auf eine Entschädigung für den badischen Anteil an Sponheim zugegeben. Nur mit dem gewünschten Ausmaß und dem Zeitpunkt des Anfalls war es nicht einverstanden.²⁸⁷ Nachdem seit 1827 in Petersburg nichts weiter unternommen worden war als die Uebergabe eines kurzen Memoires im Mai 1828 aus persönlicher Initiative Gises, um den Unterschied der Erbfolge im Großherzogtum und in Sponheim darzustellen,²⁸⁸ wandte man sich von München aus im Sommer 1829 wieder an Rußland mit der Bitte, eine neuerliche Erklärung gegen Bayern zu unterlassen.²⁸⁹ Nesselrode gestand dies gern zu, da er über die bayerische Mitteilung erfreut war, den Streit bis zu einem günstigeren Zeitpunkt der Gesamtpolitik aufzuschieben: er war gerade damals stark mit dem Türkenkrieg beschäftigt, so daß es ihm nur gelegen kam, sich mit den Händeln der zwei süddeutschen Bundesstaaten nicht befassen zu müssen. An den Verträgen hielt Rußland fest, teilte jedoch auch Baden den Wunsch nach gütlicher Einigung mit.²⁹⁰ Baden hatte in München an Woronzew einen warmen Fürsprecher verloren: sein Nachfolger Potemkin war nicht ebenso für die badische Sache eingenommen, trat allerdings auch nicht positiv für Bayern ein; aber schon sein neutrales Verhalten beruhigte in München und erweckte Hoffnungen.²⁹¹

Obwohl man in Bayern versuchte, die Stellungnahme der Mächte nicht allzu ungünstig auszulegen, verlangte man doch ebenfalls nach einer schriftlichen Erklärung zur Verteidigung seiner Ansprüche. Oesterreich hatte sich bisher noch nie offiziell festgelegt. Seit seiner ergebnislosen Vermittlungsanfrage in München im Herbst 1828 hatte es sich darauf beschränkt, beiden Seiten zu versichern, daß es keiner etwas versprochen und seinen Standpunkt — offene Rechtsfrage — nicht geändert habe.²⁹² Verschiedene Anfragen und Bitten Tettenborns um eine

287. Lerchenfeld G. an Armansperg 8. III. 29 G. St. M. A. St. 93g.

Gise an Armansperg 6. VIII. 29 ebd. 93h.

288. Gise an Kg. Ludwig S. V. 28 ebd. 93e.

289. Armansperg an Gise 3. VII. 29 ebd. 93g.

290. Nesselrode an Berstett 12. VI. 29 G. L. K. Spec. 38.

291. Fahnenberg an Berstett 15. VII. 29 ebd. Spec. 11.

292. Tettenborn an Berstett 14. II., 11. III. 29 ebd. Spec. 28.

Bray an Armansperg 6. IV. 29 G. St. M. A. St. 93g.

Erklärung würdigte Metternich keiner Antwort; er entschuldigte sich mit Zeitmangel, äußerte aber gelegentlich, er werde nie eine Erklärung für Baden abgeben.²⁹³ Er wollte Bayern schonen, sich aber auch nicht aktiv für dasselbe einsetzen. In Baden schob man die Schuld an dieser Unschlüssigkeit häufig seiner Rücksicht auf die Kaiserin zu;²⁹⁴ wohl sprach diese wiederholt mit ihm, aber ihr Einfluß war doch nie so stark, daß er sich darnach gerichtet hätte. Die österreichischen Gesandten in München und Karlsruhe blieben jahrelang ohne Instruktionen über Sponheim. In Karlsruhe hatte Oesterreich, obwohl es dies Bayern versprochen hatte, nie einen Schritt unternommen, um Baden zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Seit seinem Amtsantritt im April 1828 hatte sich der österreichische Gesandte Buol in Karlsruhe passiv zu verhalten mit der Begründung, daß bei Lebzeiten des Großherzogs die Sache nicht aktuell sei und ihn daher nicht berühre. Bayern gegenüber erklärte man diese Haltung damit, daß später Leopold ganz von selbst nach einem Ausgleich trachten werde.²⁹⁵ Erst im April 1829 erhielt Buol eine andere Weisung, die vermutlich durch die neue dringende Bitte²⁹⁶ um eine Erklärung veranlaßt war, aber den eigentlichen badischen Wunsch gar nicht beachtete. Metternich äußerte darin den Wunsch, die Sache bald zu beendigen; doch mußten sich beide Teile erst einigen, ob das auf rechtlichem oder politischem Wege geschehen solle, weil je nachdem die Bundesverfassung oder ein Schiedsspruch der Mächte anzurufen seien. Bei letzterem wolle Oesterreich zwar nicht mitwirken, ihm aber auch nicht entgegen sein.²⁹⁷ Außerdem schrieb Metternich jetzt auch persönlich an Berstett, wahrscheinlich um das gesunkene Vertrauen Badens wieder herzustellen. Sein Schreiben zeigte deutlich den Zwiespalt, in dem er sich befand: Bayern wie Baden beklagten sich, daß Oesterreich nichts unternehme; das sei die Folge der schwierigen Situation, die für Oesterreich aus dem Streit entstehe. Darin aber, daß es den eingeschlagenen

293. Tettenborn an Berstett 31. XII. 28, 12. II. 29 G. L. K. Spec. 28.

294. Fahrenberg an Gh. Ludwig 10. VI. 28 ebd. Spec. 6.

295. Bray an kg. Ludwig 21. IV. 29 G. St. M. A. St. 93f.

296. Berstett an Tettenborn 25. II. 29 G. L. K. Spec. 28.

297. Metternich an Buol 8. IV. 29 II Gen. 12 ebd.

Weg nicht verlasse, liege die Bürgschaft, daß nichts gegen Baden unternommen werde; er sei auch ganz mit dem badischen Benehmen der letzten Zeit einverstanden.²⁹⁸ In Karlsruhe zog man aus diesen halben Andeutungen soviel moralische Vorteile wie möglich und gab sich der Zuversicht hin, daß die individuellen Hindernisse in Wien doch nie eine tatkräftige Unterstützung der Gegenseite zulassen würden. Noch einmal sprach Baden in Wien die Hoffnung aus, daß Oesterreich sich den preußischen und russischen Ansichten anschließen werde.²⁹⁹ Seit jedoch Baden im Besitz der Erklärungen der Westmächte war, konnte es auf Oesterreich zur Not verzichten; es unterließ jeden offiziellen Schritt in Wien, um keine Polemik hervorzurufen.³⁰⁰

In München drückte Oesterreich Bedauern und Teilnahme über die französische Erklärung aus und riet bei der ungünstigen europäischen Konstellation zur Zurückhaltung: Bayern werde sich viel mehr Achtung und Rückhalt verschaffen, wenn es nicht wie Baden Erklärungen nachlaufe, im Gegenteil, wenn es sich ruhig verhalte, werde Baden ihm nachlaufen.³⁰¹ Bayern befolgte diesen Rat, indem es bei den übrigen Mächten nichts unternahm. Die englische Erklärung aufzuhalten, war Oesterreich nicht gelungen; Metternich schob die Schuld auf die einseitige Betrachtung in England, die die Frage gar nicht vertieft habe.³⁰² Bayern forderte jetzt von Oesterreich eine einwandfreie schriftliche Aeußerung zu seinen Gunsten.³⁰³ Lange widerstand Metternich: er trat nicht gern in offenen Widerspruch zu sämtlichen anderen Mächten. Bray gegenüber bezeichnete er eine Erklärung als unnötig, da ja die österreichische Meinung überall bekannt sei und sich nie geändert habe.³⁰⁴ Auf wiederholtes Drängen Brays ließ er sich schließlich herbei, am 31. Oktober die österreichische Ansicht schriftlich festzulegen: die Sponheimer Angelegenheit sei eine offene Rechtsfrage, die mit

298. Otterstedt an Bernstorff 10. IV. 29 G. St. B. 33/IV.

299. Otterstedt an Bernstorff 13. IV. 29 ebd. 81/II.

300. Berstett an Tettenborn 17. IX. 29 G. L. K. Spec. 29.

301. Metternich an Bray 21. VII. 29 G. St. M. A. St. 93h.

302. Bray an Kg. Ludwig 5. X. 29 ebd.

303. Armansperg an Bray 4. X. 29 ebd.

304. Bray an Kg. Ludwig 12. X. 29 ebd.

der Nachfolge im Großherzogtum nicht zusammenhänge und ohne Verstoß gegen die bestehenden Verträge erledigt werden könne.³⁰⁵ Er wählte dazu die Form einer brieflichen Antwort auf eine Verbalnote Brays, die den Wunsch seines Königs nach einer endgültigen österreichischen Aeußerung enthielt.³⁰⁶ In München war man über diese Erklärung sehr befriedigt und fand, daß sie den bayerischen Wünschen weit mehr entspreche als die der Westmächte den badischen, denn „die Note Metternichs trägt dessen Unterschrift und erklärt ausdrücklich, daß dies die Ansicht des österreichischen *gouvernements* und besonders des Kaisers sei; sie hat also alle Eigenschaften eines förmlichen unwiderruflichen Aktenstückes“.³⁰⁷ Um niemanden zu kompromittieren, wurde sie allen bayerischen Gesandten mitgeteilt mit dem Auftrag, sie nur bei Gelegenheit vertraulich zur Kenntniss der Kabinette zu bringen.³⁰⁸ Oesterreich selbst benachrichtigte Karlsruhe nicht; nur Gentz drückte bei Tettenborn sein Bedauern über die Erklärung aus und Metternich versicherte auf dessen Anfrage hin, daß der Note kein hoher Wert beizulegen sei.³⁰⁹ Sie bedeutete auch keine Gefahr für Baden, wußte man doch, daß dahinter kein entschiedener Wille stand; auch beruhigte Berlin sofort über „dieses sonderbarste Machwerk, das je vorgekommen“.³¹⁰ In der Tat war die Rolle Oesterreichs im Sponheimer Streit mit dieser Erklärung ausgespielt. Bayern hatte nur noch so heftig auf deren Abgabe bestanden, weil es der Form genüge leisten und auch ein gegen Baden gerichtetes Schriftstück in Händen haben wollte.

Man war sich in München seit einiger Zeit mehr und mehr klar geworden, daß mit Hilfe Oesterreichs kein wirklicher Erfolg zu erringen war. Baden hatte schon längst diesen Schluß aus der energielosen zwiespältigen Haltung Metternichs gezogen und sich ganz der Hand Preußens anvertraut, welches die Angelegenheit sofort tatkräftig angepackt hatte. Halbheiten wie

305. Österreichische Erklärung 31. X. 29 ebd.

306. Bray an Kg. Ludwig 5. XI. 29 ebd.

307. Armansperg an Kg. Ludwig 9. XI. 29 ebd.

308. Armansperg an alle bayerischen Gesandten 14. XI. 29 ebd.

309. Tettenborn an Berstett 5. I. 29 G. L. K. Spec. 29.

310. Frankenberg an Berstett 24. XI. 29 ebd. Spec. 35.

von Oesterreich waren hier nicht zu erwarten. Ab und zu hatte man freilich noch versucht, in Wien vorwärtszukommen, auf besonderen Wunsch Berstetts, der den alten Freund Metternich nicht verletzen wollte. Aber die Mitteilungen wurden immer seltener, bis man schließlich seit dem Frühjahr 1829 alle Rücksichten auf Oesterreich aufgab. Daß man in Bayern stets wieder von neuem seine Hoffnungen auf Wien gesetzt hatte, war hauptsächlich die Schuld Brays, der immer die zuversichtlichsten Berichte nach München sandte und auch tatsächlich von Oesterreichs wohlmeinender Ansicht überzeugt war. Gegen seinen Optimismus konnten die von jeher warnenden Rufe des Freiherrn von Gasser, des bayerischen Geschäftsträgers in Wien, nichts ausrichten. Dieser hatte von Anfang an das Doppelspiel Metternichs durchschaut und war sich über dessen Machtlosigkeit gegenüber den Vertretern der gegenteiligen Ansicht klar gewesen. Er habe nirgends den Mut gehabt, sich für Bayern auszusprechen, und überhaupt nichts getan, als „dieses mit großem Wortgepränge betrogen“.³¹¹ Der König aber hatte, wenn er dazwischen auch energisch Taten statt Worte forderte,³¹² viel zu lange auf Oesterreichs guten Willen und seine Gerechtigkeit vertraut. Er ließ sich immer wieder von Brays Hoffnungsfreudigkeit täuschen.³¹³ Als schließlich nirgends ein Erfolg errungen wurde, durfte sich Oesterreich nicht wundern, wenn zwei Jahre nach Baden auch Bayern den Weg zu Preußen als Hauptvermittler fand, so daß Metternich für immer die Führung in der Sponheimer Angelegenheit entglitten war. Die stufenweise Machtverschiebung vom ersten deutschen Bundesstaat auf den norddeutschen Rivalen im pfälzischen Streit wird somit auch ein kleiner Baustein in dem Gebäude des Deutschen Reiches, aus dem Oesterreich schließlich ganz verdrängt wird.

311. Gasser an Kg. Ludwig 12. V. 29 G. St. M. MAIII Österreich 25.

Gasser an Armansperg 19. VII. 29 ebd. A. St. 93h.

312. Kg. Ludwig an Bray 4. II. 29 Archiv Irlbach.

313. Kg. Ludwig an Bray 18. II., 17. V. 28, 4. II. 29 ebd.

Armansperg an Bray 7. VIII. 29 G. St. M. A. St. MAIII Österr. 25.

5. Kapitel.

Versuche Bayerns, sich wichtige Papiere zu verschaffen.

I.

Neben der diplomatischen Behandlung der Gebietsstreitigkeiten liefen zwei Jahre lang Bemühungen Bayerns, wichtige Papiere über die Eheschließung Karl Friedrichs zu erlangen. Diese „Bestechungsaffäre“, von der die Oeffentlichkeit nur in geheimnisvollen Andeutungen erfuhr, berührte den sonstigen Verlauf nicht und muß daher gesondert behandelt werden. Sie umfaßt zwei verschiedene, lose zusammenhängende Aktionen.

Nach bayerischer Behauptung war schon in der nie veröffentlichten Eheurkunde von 1787 festgelegt worden, daß die Ehe Karl Friedrichs zur linken Hand geschlossen, einwandfrei morganatisch und daher die Kinder nie erbfähig seien. Dieses Schriftstück hätte die bayerischen Ansprüche beweisen können: spätere Erbfolge- und Bestätigungsakte konnten dadurch hinfällig gemacht werden. Schon zu Lebzeiten König Max Josefs wollte man sich eine Abschrift verschaffen, und die damalige Königin schrieb zu diesem Zwecke an ihre Mutter, die badische Markgräfin und Schwiegertochter Karl Friedrichs. Diese wollte dem Ansuchen nachkommen, um die Ansprüche ihrer Töchter beim Erlöschen der direkten männlichen Linie zu begründen, konnte aber die gewünschten Papiere nicht erlangen.¹ Es ist daher nicht zu verwundern, wenn König Ludwig Einflüsterungen sein Ohr lieh, die ihm die Herbeischaffung jener Urkunden versprachen. Das Ministerium blieb dabei ausgeschaltet; Zentner wußte offiziell nichts davon. Privat unterrichtet, versuchte er nach Möglichkeit zu bremsen. Mehr als einmal warnte er und verwahrte sich gegen den Verdacht, die Hand im Spiele zu haben.² Schon die Löwensteinische Agitation in Karlsruhe im

1. Fahrenberg an Berstett 21. IX. 27 G. L. K. Spec. 6.

2. Zentner an Kg. Ludwig 24. VIII., 6. X. 27 G. St. M. A. St. 93d.

Winter 1826/27 verurteilte er scharf und gab ihr die Schuld an der ablehnenden Haltung Badens während der Verhandlungen im Sommer 1827. Er bat förmlich in Karlsruhe, die vor seiner Amtsführung unternommenen indirekten Maßnahmen als Versehen und als nicht geschehen zu betrachten. Immer wollte er den geregelten Gang der Regierung von dem lebhaften Benehmen des Königs unterschieden wissen.³

Bei Ludwig war die Vermutung zur Selbstverständlichkeit geworden, daß einschlägige Papiere in Karlsruhe gefälscht worden seien, denn „Unredlichkeit von Baden wäre nichts, worüber zu staunen“.⁴ Es schien ihm also nur recht und billig, solcher Unredlichkeit entgegenzuarbeiten. Aber auch er wollte keine unredlichen Mittel angewandt wissen; das Schriftstück sollte nicht auf dem Weg über badische Beamte erworben werden. Denn „ich halte es gegen mein Gewissen, an einem Eidbruche teilzunehmen, sollte mir auch der Beweis alsdann fehlen. Der Zweck heiligt die Mittel nicht“.⁵ Doch als diese Weisung an Reigersberg gelangte, war es schon zu spät. Am 17. September 1827 waren in Karlsruhe der badische Oberrechnungsrat Vohwinkel und der pensionierte Kanzleisekretär Meyer verhaftet worden, weil sie einen badischen Archivbeamten bestechen wollten, um Abschrift der Heiratspapiere zu erlangen.⁶

Die Vorgeschichte reicht bis in den März 1827 zurück. Damals schrieb des Königs Kabinettssekretär von Martin an den General von Dietz in Nürnberg, er solle mit dem dort wohnhaften Kammersänger Weixelbaum über seine Verwendung zur Erlangung der badischen Ehepapiere verhandeln. Weixelbaum war aus persönlichen Gründen nicht gut auf die badische Regierung zu sprechen. Er wußte sich durch Vorspiegelungen und Versprechungen als unentbehrlich hinzustellen, wollte aber in Wirklichkeit nur Geld erpressen. Seit 1823 hatte Weixelbaum in München bei maßgebenden Persönlichkeiten wie Armansperg, Martin u. a. vergeblich seine guten Beziehungen in Karlsruhe, seine Kenntnis verschiedener Wege und Möglichkeiten hervor-

3. Fahnenberg an Gh. Ludwig 1. VII. 27 G. L. K. Spec. 6.

4. Kg. Ludwig an Zentner 4. IX. 27 G. H. M. 89/4 IV.

5. Kg. Ludwig an Zentner 6. IX. 27 ebd.

6. Berstett an Fahnenberg 18. IX. 27 G. L. K. Spec. 6.

gehoben, um seine Verwendung für diplomatische Missionen zu erreichen.⁷ Nun suchte man von München aus seine Dienste. Nach einer Unterredung mit Dietz reiste er nach München und arbeitete ein Promemoria für den König aus mit einem Kosten-voranschlag. Der König bewilligte diesen Vorschlag, und auf seinen Befehl fuhr Weixelbaum am 19. April mit dem Kron-anwalt Welsch an den Rhein zu einer Besprechung mit dem obenerwähnten Vohwinkel, einem ehemaligen Pfälzer, der sich bereit erklärte, wichtige Papiere in bayerischen Besitz zu bringen.⁸

Unabhängig davon waren einige Zeit später Reigersberg und Miege, während dessen Anwesenheit in Karlsruhe, auf den Wert des Besitzes der Eheurkunde zu sprechen gekommen. Miege deutete die Bereitschaft des bayerischen Hofes an, größere Geldsummen hierfür auszugeben.⁹ Daraufhin trat auch Reigersberg mit Vohwinkel in Verbindung, der schon bald Aktenkisten mit Papieren über die rheinpfälzischen Obligationen und Schulden nach Landau in der Rheinpfalz beförderte, allerdings, wie Reigersberg später behauptete, ohne sein Wissen.¹⁰ Für den Erwerb der Eheurkunde forderte Vohwinkel über 200 Carolins. Als Zentner davon hörte, lehnte er ab.¹¹ Dem König aber war die Summe selbst nicht zu hoch, wenn er auch wirklich mit dem Vertrag seine Rechte beweisen konnte.¹² Als Vohwinkel des Geldes sicher war, versuchte er, Archivbeamte zu bestechen; diese aber leiteten die Sache weiter, der Großherzog befahl Vohwinkels Verhaftung.

Sein Geständnis enthielt die Verbindung mit bayerischen Stellen, und man zögerte in Karlsruhe nicht, dies in München bekannt zu machen und von der Kompromittierung wichtiger Persönlichkeiten zu sprechen, da die Untersuchung nahezu unglaubliche Resultate zu Tage gefördert habe.¹³ Zentner faßte

7. Fahnenberg an Berstett 5. XII. 27 ebd.

8. Weixelbaum an Kg. Ludwig 23. X. 27, 14. II. 31 G. H. M. ARO 34, G. St. M. A. St. II89.

9. Miege an Zentner 11. X. 27 G. St. M. P. A. 233.

10. Reigersberg an Zentner 19. IX. 27 ebd. A. St. II95.

11. Zentner an Kg. Ludwig 24. VII. 27 ebd. 93d.

12. Kg. Ludwig an Zentner 3. IX. 27 ebd.

13. Berstett an Fahnenberg 27. IX. 27 G. L. K. Spec. 6.

diese Mitteilung Fahnenbergs als persönliche Beschuldigung auf und verwahrte sich streng gegen den Verdacht, mit seiner Regierung Anteil an den Vorkommnissen zu haben.¹⁴ Aus Karlsruhe kam daraufhin sofort der Bescheid, daß man von der persönlichen Unschuld Zentners überzeugt sei.¹⁵ Zentner selbst konnte seinem König Vorwürfe nicht ersparen.¹⁶ Nach außen hin schob man die Schuld dem Uebereifer und der Anhänglichkeit ehemals pfälzischer Untertanen an ihr angestammtes Haus zu.¹⁷ Wirklich hatte Vohwinkel der letzten königlichen Weisung vorgegriffen. So konnte Zentner mit halbwegs gutem Gewissen erklären, die Sache des Königs sei viel zu gut, um sie mit solchen Dingen zu belasten.¹⁸

In Karlsruhe schlug man merkwürdigerweise kein weiteres Kapital aus den Vorfällen. Den Gesandten wurde sie mitgeteilt, damit sie ihren Höfen darüber Bescheid geben konnten, jedoch ohne offizielle Anzeige.¹⁹ Angeblich wollte Baden damit Mäßigung zeigen, in Wirklichkeit wohl nur nicht die Ehe Karl Friedrichs öffentlich erörtern lassen. Schließlich genügte auch die bloße Kunde, um bei den übrigen Mächten Stimmung gegen Bayern zu machen. Außerdem drohte Berstett mit Veröffentlichung, wenn der Ton der bayerischen Broschüren zu verletzend würde.²⁰ Doch geschah nichts dergleichen. Nur in der Pariser deutschen Zeitung erschien am 8. Oktober eine Karlsruher Korrespondenz, die unter dem Titel „Staatsverräterei“ über einen Aktenraub berichtete und von Geldbelohnung und Anstellung der Täter in Bayern sprach. Die Notiz war, wie der Direktor der Zeitung angab, versehentlich in das Blatt gelangt und wurde auch alsbald berichtigt. Der bayerische Pariser Geschäftsträger dementierte dazu das Versprechen einer Belohnung.²¹ Selbstverständlich sprachen sich in den badischen Landen die Vorfälle herum, ohne jedoch die Gemüter sonderlich

14. Fahnenberg an Berstett 3. X. 27 ebd.

15. Berstett an Fahnenberg 14. X. 27 ebd.

16. Zentner an Kg. Ludwig 6. X. 27 G. H. M. ARO 30.

17. Zentner an alle bayerischen Gesandten 9. X. 27 G. St. M. A. St. 93e.

18. Zentner an Bray 9. X. 27 Archiv Irlbach.

19. Berstett an Fahnenberg 14. X. 27 G. L. K. Spec. 6.

20. Berstett an Fahnenberg 5. XI. 27 ebd.

21. Schöpf an Kg. Ludwig 3. XII. 27 G. St. M. A. St. II 95.

zu beunruhigen.²² Die badische Regierung behandelte sogar Reigersberg mit ausgesuchter Höflichkeit, was unter seinen Kollegen nicht wenig Erstaunen erregte.²³

Baden bestand nur auf Rückgabe der nach Landau verschleppten Rechnungspapiere. Der bayerische Landkommissär Petersen hatte sie von Vohwinkel in Verwahr genommen und erhielt nun vom Karlsruher Stadtamt mit einer von Vohwinkel unterschriebenen Ermächtigung den Befehl, sie unverzüglich zurückzustellen.²⁴ Er kam dem unter Vermittlung des königlichen Staatsprokurators Gattermann nach, und erst, als Vohwinkel behauptete, daß noch mehrere Pakete mit der Aufschrift „Zur höchsten Disposition“ fehlten, forderte Karlsruhe auf diplomatischem Weg die Auslieferung sämtlicher Papiere.²⁵ Zentner befahl sofort, alles herauszugeben.²⁶ Als die eidliche Vernehmung Petersens nichts mehr zu Tage förderte und eine erneute Anfrage Berstetts²⁷ in München über die ungenügende Befolgung der bayerischen Weisung zurückgewiesen wurde,²⁸ beschränkte man sich in Karlsruhe auf die Gerichtsverhandlung gegen Vohwinkel, der nach 1½ Jahren schließlich zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.²⁹ Unter Leopolds Regierung wurde er begnadigt. Preußen hatte sich, von Bayern gebeten, dafür eingesetzt. Daß Leopold der Bitte nachgab, betrachtete Bayern als einen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnungen und schöpfte daraus Hoffnung für die Ausgleichsverhandlungen.³⁰ Vohwinkel verbrachte den Rest seines Lebens in Bayern, wo man sich verpflichtet fühlte, für ihn und seine Familie zu sorgen.³¹

22. Mieg an Zentner 11. X. 27 ebd. P. A. 233.

23. Otterstedt an Bernstorff 1. X. 27 G. St. B. 33/II.

24. Kgl. Justizministerium an das kgl. Außenministerium 8. XII. 27 G. St. M. A. St. II 95.

25. Berstett an Fahnenberg 6. XI. 27 G. L. K. Spec. 6.

26. Zentner an Petersen 11. XI. 27 G. St. M. A. St. II 95.

27. Berstett an Fahnenberg 21. XI. 27 G. L. K. Spec. 6.

28. Zentner an Fahnenberg 12. XII. 27 ebd.

29. Otterstedt an Bernstorff 21. IV. 29. G. St. B. 81/II.

30. Otterstedt an Bernstorff 6. XII. 30 ebd.

31. Kg. Ludwig an Armansperg 28. III. 29 G. St. M. A. St. II 87.

II.

König Ludwig aber blieb überzeugt, daß die Ehe- und Successionspapiere verfälscht worden seien; er beschäftigte sich daher, trotz der unangenehmen Erfahrung, auch ferner mit der Frage, „was zu tun, damit Bayern die Beweise des von Baden vorgenommenen Betrugs in Händen behalten und sie der Welt vorlegen könne“.³² Doch unterblieben neue Schritte, solange Zentner im Amte war. Zwar entwickelte des öfteren Weixelbaum Armansperg die Möglichkeit eines neuen Vorgehens,³³ aber erst als dieser das Außenministerium übernahm, im September 1828, hieß er ihn seinen Plan ausführen, obwohl er kaum ein Jahr vorher noch von einer Einweihung Weixelbaums in Staatsgeheimnisse Unannehmlichkeiten befürchtet hatte.³⁴ Es sei nicht zu leugnen, meinte er jetzt, „daß Weixelbaum durch Herbeischaffung desjenigen, was er andeutet, der Regierung einen Dienst tun könnte“.³⁵ Bei solchen Aussichten war es verständlich, daß der König den Antrag genehmigte, besonders da Armansperg betonte, daß alles auf rechtlichem Wege geschehe. Auch erwehrten sich König und Minister gern Weixelbaums „Aufdringlichkeit und Unersättlichkeit“, befahl doch der König, falls Weixelbaum nicht sofort abreise, seine Entfernung durch die Polizei.³⁶ Dies benutzte der Kammersänger sofort zu weiterer Gelderpressung, da er ohne Begleichung seiner Schulden nicht gleich abfahren könne. Auch für die Reise schlug er noch mehr Geld heraus.³⁷ Es wurde alles genehmigt, um sich nicht später Unterlassungen vorwerfen zu müssen.³⁸

Weixelbaum hatte behauptet, ein ihm befreundeter ehemaliger Diener der Gräfin Hochberg, ein gewisser Hauck, besitze wichtige Papiere derselben, die er nach ihrem Tode infolge schlechter Behandlung durch ihre Söhne nicht herausgegeben habe. Weixelbaum wußte etwas von einer Erklärung der Gräfin

32. Kg. Ludwig an Armansperg 30. X. 27 G. H. M. ARO 30.

33. Weixelbaum an Armansperg 9. XI. 27 G. St. M. A. St. II 87.

34. Armansperg an Kg. Ludwig 31. X. 27 G. H. M. ARO 34.

35. Armansperg an Kg. Ludwig 10. XI. 27 G. St. M. A. St. II 87.

36. Kg. Ludwig an Armansperg 11. XI. 27 ebd.

37. Weixelbaum an Armansperg 12. XI. 27 ebd.

38. Armansperg an Kg. Ludwig 14. XI. 27 ebd.

Hochberg auf ihrem Totenbett über die wahre Abstammung ihrer Söhne, die nicht Karl Friedrich, sondern den Großherzog Ludwig zum Vater hätten.³⁹ Außerdem sollte dieser Hauck verschiedene Papiere mit der Unterschrift Karl Friedrichs und andere mit seiner gefälschten Unterschrift besitzen, ebenso den begehrten Heiratsvertrag. Besaß Hauck sie rechtmäßig, so konnte man ihren Erwerb durch Bayern weder als Betrug noch als Bestechung bezeichnen. Ohne gute Bezahlung würde er sie natürlich nie hergeben, daher begannen nun ständige Geldforderungen, nicht nur Weixelbaums, sondern auch Reigersbergs.⁴⁰ Denn auch Reigersberg glaubte sofort an die Angaben Haucks, als er durch Weixelbaum endlich im Dezember 1828 mit ihm bekannt gemacht wurde. Von da an fanden häufig Unterredungen zwischen diesen drei Personen statt, bei denen auch Windolf, der Kammerdiener Reigersbergs, eine Rolle spielte. Sie endeten immer mit Versprechungen, Hinhaltungen und Geldwünschen Haucks.⁴¹ Reigersberg sollte von den erhaltenen 5000 Gulden „womöglich nur zum Teil und nur in dem Fall unvermeidlicher Notwendigkeit zur Erreichung des Zieles Gebrauch zu machen“. Jede weitere Geldausgabe, jede Verpflichtung gegen Dritte wie überhaupt ein definitiver Abschluß bedurfte erst der königlichen Genehmigung.⁴² Selbstverständlich war es für Reigersberg nicht leicht zu ermessen, wie weit er mit Ausgaben zurückhalten dürfe, ohne das Geschäft zu vereiteln. Wenn er schließlich über die ihm auferlegte Beschränkung hinaus Gelder ausgab, geschah es nur im besten Willen. Aber er war nicht der Mann, die Raffinessen seiner Partner zu durchschauen. Auch legte er das ganze Geschäft so ungeschickt an, daß man in Karlsruhe noch Ende 1828 davon Kenntnis erhielt⁴³ und es seitdem genau verfolgte.⁴⁴ Dies hatte auch zur Folge, daß man den gleichzeitigen freundschaftlichen Eröffnungen Armanspergs an Fahnenberg von vornherein mißtraute; man glaubte, sie sollten nur die badische

39. Hormayr an Armansperg 7. III. 29 ebd.

40. Reigersberg an Kg. Ludwig 15., 30. XII. 28 ebd. P. A. 161.

41. Armansperg an Kg. Ludwig 19. XII. 28 ebd. II 87.

42. Armansperg an Reigersberg 19. XII. 28 ebd. P. A. 161.

43. Berstett an Fahnenberg 23. XII. 28 G. L. K. Spec. 7.

44. Berstett an Tettenborn 8. V. 29 ebd. Spec. 28.

Wachsamkeit einschläfern.⁴⁵ In Wirklichkeit standen beide Vorgänge in keinem Zusammenhang.

Die Unterhandlungen zwischen Hauck, Weixelbaum und Reigersberg überdauerten noch die ersten Monate des Jahres 1829. Weixelbaum hatte festen Wohnsitz in Speyer genommen und führte gleichzeitig in eigenen Angelegenheiten einen Prozeß mit badischen Behörden, der nach außen hin den Schein wahren sollte. Trotzdem galt er schon bald in der dortigen Bevölkerung als politischer Agent.⁴⁶ Hauck fürchtete, falls die Papiere, die nie jemand zu Gesicht bekam, nicht den gewünschten Wert besäßen, der Belohnung verlustig zu gehen und verlangte die feste Zusicherung einer hohen Entschädigung, einer Anstellung in bayerischen Diensten mit bester Bezahlung und späterer Pensionierung, da er doch auf jeden Fall viel riskiere.⁴⁷ Weixelbaum stellte ähnliche Bedingungen.⁴⁸ Als Reigersberg von München ohne Weisung blieb, reiste Weixelbaum anfangs März nach München und bestürmte Armansperg selbst.⁴⁹ Der König weilte in Italien. Ohne ihn durfte der Minister nicht handeln, und die Zeit drängte. Vermutlich waren ihm auch schon Zweifel an Haucks Versicherungen gekommen. So beauftragte er den Ministerialrat Hormayr, ein Gutachten zu erstatten und Weixelbaums Besuche abzufertigen.⁵⁰

Hormayr war eine schillernde politische Persönlichkeit. Er war Oesterreicher und während der Zugehörigkeit Tirols zu Bayern ein Hauptagitator gegen dieses. Um so mehr Aufsehen erregte seine Uebernahme in bayerische Dienste 1828. Er hatte sich allerdings inzwischen den österreichischen Staatskreisen entfremdet, da sie seine Ansichten und Wünsche nicht genügend berücksichtigten. So wechselte er die Fronten und setzte sich immer mehr in das Vertrauen König Ludwigs, dessen Ideen, auch wenn sie noch so phantastisch waren, er entgegenkam,

45: Berstett an Fahrenberg 23. XII. 28 ebd. Spec. 7.

46: Stichaner an Armansberg 10. III. 29 G. St. M. A. St. II 87.

47: Hauck an Reigersberg 4. I. 29 G. St. M. P. A. 161.

48: Weixelbaum an Reigersberg 18. II. 29 ebd.

49: Weixelbaum an Armansperg 2., 6., 14., 17., 18. III. 29 ebd. II 87.

50: Hormayr an Armansperg 7. III. 29 ebd.

besonders in den Gebietsangelegenheiten, bis ihn der König schließlich im bayerischen Ministerium anstellte, zum großen Mißfallen Oesterreichs, das diese Handlungsweise als Schlag gegen seine guten Sponheimer Dienste empfand und seine Gekränktheit von da an auch bei jeder Gelegenheit merken ließ.

Hormayr war ein heftiger Gegner der Hochbergs. Deshalb trat er eifrigst für Abschluß des Geschäftes ein, nachdem bisher durch „diplomatischen Krebsgang“ und ungeschickte Mittel und Personen viel verdorben worden sei. Wenigstens diesmal wollte er „die alte Erbsünde und den Fluch des versäumten Augenblicks und der verlorenen Gelegenheiten vom Hause Wittelsbach, das außerdem in seiner tausendjährigen Herrscherlaufbahn eine ganz andere Stufe der Macht müßte erklommen haben“, fernhalten. So riet er Armansperg nach mehreren Unterredungen mit Weixelbaum, diesem sofort ein Ministerialreskript mit allen Zusicherungen auszustellen, welches er Hauck gegen Auslieferung der Papiere vorlegen solle; bis zum Eintreffen der königlichen Genehmigung könnte Weixelbaums und Haucks Ungeduld sie auf die Seite der Hochbergs führen.⁵¹ Auch Hormayr war also nicht so ganz von der Zuverlässigkeit der Unterhändler überzeugt.

Armansperg wagte trotzdem nicht, ohne den König schriftliche Zusicherungen zu geben. Er teilte diesem den Schriftwechsel aller Beteiligten aus letzter Zeit mit und befürwortete ihre Forderungen, da die Vorteile doch sehr groß sein könnten und niemand zu Dienstuntreue veranlaßt werde.⁵² Der König bewilligte noch Ende März die Gelder und sagte auch die beantragten Anstellungen zu; er verlangte nur, daß das Geld nicht aus der Hof- oder Kabinettskasse genommen werde, wie Armansperg gewünscht hatte, um den Ständen keine Rechenschaft ablegen zu müssen, sondern aus der Staatskasse, da dieser Gegenstand Staatssache sei und darum auch vom Staate die Kosten getragen werden müßten.⁵³ Hormayr sollte die königliche Genehmigung selbst an die Grenze bringen, sie aber nicht aus der

51. Hormayr an Armansperg ebd.

52. Armansperg an Kg. Ludwig 9. III. 29 ebd.

53. Kg. Ludwig an Armansperg 28. III. 29 ebd.

Hand geben, sondern nur gegen ihr Vorzeigen von Hauck die Papiere in Empfang nehmen.⁵⁴

Das Ganze hatte sich durch die weite Entfernung des Königs so hinausgezogen, daß inzwischen Hauck sich immer ungeduldiger zeigte, besonders als Weixelbaum ohne schriftliche Zusicherung zurückgekehrt war.⁵⁵ Er versprach zwar bis zu einem bestimmten Tag die Uebergabe der Papiere, war dann aber plötzlich Mitte April ohne Angabe seines Aufenthalts verschwunden.⁵⁶ Die verschiedensten Gerüchte kamen in Umlauf. In Karlsruhe jedoch wurde noch weniger über diese Sache gesprochen als im Falle Vohwinkel. Regersberg war deshalb nicht weiter beunruhigt. Bald glaubte er, Hauck habe sich absichtlich zurückgezogen, um den Wert des Geschäftes zu steigern, bald hielt er alles Vorangegangene für Schwindel.⁵⁷ Am wahrscheinlichsten aber wurde bald seine Gefangennahme durch badische Beamte, besonders seit Reigersberg einen Brief Haucks erhielt, worin er zugab, er habe bei den badischen Behörden ein Geständnis abgelegt, und zwar freiwillig, da sein Gewissen zu sehr belastet gewesen sei, aus Furcht, die Papiere könnten nicht den gewünschten Wert besitzen, und da überall Verrat gelauert habe.⁵⁸ Reigersberg las aus diesem Brief nur beruhigende Mitteilungen, die Hauck Bayern geben wollte; die Erwähnung von Verrat bezog Reigersberg auf Weixelbaum, dem Hauck durch seine Meldung bei den badischen Behörden entgehen und dessen Entfernung er als nötig andeuten wolle. War dies geschehen, dann glaubte der Gesandte an eine erfolgreiche Fortführung des Geschäftes, da Hauck wohl auch nur zur Täuschung Badens von dem geringen Wert der Papiere gesprochen habe.⁵⁹

Reigersberg schob schon lange dem Wiedererscheinen Weixelbaums am Rhein, nach seiner Münchener Reise, das Fehlschlagen der ganzen Angelegenheit zu, da er dort bereits überall mit mißtrauischen Blicken beobachtet werde.⁶⁰ So setzte er nun

54. Armansperg an Kg. Ludwig 9. III. 29 ebd.

55. Hauck an Reigersberg 2. IV. 29 ebd. P. A. 161.

56. Reigersberg an Kg. Ludwig 18. IV. 29 ebd.

57. Reigersberg an Kg. Ludwig 18. IV. 29 G. St. M. P. A. 161.

58. Hauck an Reigersberg 7. V. 29 ebd.

59. Reigersberg an Kg. Ludwig 17. V. 29 ebd.

60. Reigersberg an Armansperg 26. IV. 29 ebd.

vereint mit dem Postmeister Siry alles daran, um den Kammer-
sänger aus der Rheingegend zu entfernen und unschädlich zu
machen.⁶¹ Dasselbe wünschte auch der König.⁶² Aber Weixel-
baum sträubte sich, ohne entsprechende Bezahlung abzureisen.⁶³
Auf Befürwortung Hormayrs⁶⁴ gestand der König schließlich
einige hundert Gulden zu, die aber zurückgezahlt werden
müßten.⁶⁵ Weichselbaum forderte mehr. Ludwig weigerte sich,
ohne Erwerb der Papiere weitere Summen zu bewilligen, nach-
dem im ganzen schon 3000 Gulden an Weixelbaum bezahlt
waren.⁶⁶ Vergeblich wurde von allen Seiten die mögliche Bloß-
stellung des bayerischen Hofes ausgemalt.⁶⁷ Damit er endlich
aus der Rheingegend verschwinde, ließ Reigersberg Weixelbaum
1000 Gulden überweisen.⁶⁸ Er reiste dann zwar endlich ab,
machte aber der bayerischen Regierung noch jahrelang zu
schaffen.⁶⁹ Hauck bekam trotzdem niemand mehr zu Gesicht. Ge-
heimnisvolle Briefe, die auch wieder durch die Hand Weixelbaums
gingen,⁷⁰ erweckten noch einmal kurz Hoffnungen beim König⁷¹
und man wiederholte die Weisungen bezüglich des Empfangs
der Papiere.⁷² Doch fand sich auch jetzt keine Spur mehr von
Hauck.

Für Bayern war damit dieser Fall erledigt. Man erkannte,
daß so nichts zu erreichen war und wollte nunmehr ganz loyal
vorgehen.⁷³ Reigersberg hatte ein halbes Jahr später selbststän-
dig wieder Verbindung mit Weixelbaum aufgenommen. Als man
in München davon erfuhr, wurde ihm sofort verboten, neue Be-

61. Reigersberg an Armansperg 16. VI. 29 ebd.

Siry an Armansperg 30. 5. 29 ebd. II 89 A. St.

62. Kg. Ludwig an Armansperg 2. VI. 29 ebd.

63. Weixelbaum an Reigersberg 20., 27. V. 29 ebd. P. A. 161.

64. Hormayr an Armansperg 17. V. 29 ebd. A. St. II 89.

65. Kg. Ludwig an Armansperg 20. V. 29 ebd.

66. Kg. Ludwig an Armansperg 20. VI. 29. ebd.

67. Armansperg an Kg. Ludwig 20. VI. 29 ebd.

Siry an Armansperg 18. VI. 29 ebd. II 87.

68. Armansperg an Kg. Ludwig 18. VIII. 29 ebd. II 89.

69. Weixelbaum an Kg. Ludwig 14. II. 31, 29. VIII. 32 ebd.

70. Weixelbaum an Reigersberg 23. VI. 29 ebd. P. A. 161, 23. VII. 29.

71. Kg. Ludwig an Armansperg 9. VI. 29 ebd. II 87.

72. Armansperg an Kg. Ludwig 1. VIII. 29. ebd. II 89.

73. Armansperg an Kg. Ludwig 9. VIII. 29 ebd.

ziehungen anzuknüpfen.⁷⁴ Auch ein neuer Antrag Reigersberg im Mai 1830 wurde abgelehnt. Der Stuttgarter Hofrat Vellnagel hatte ihm angeboten, alles für den bayerischen König zu tun. Er war von einem Prozeß gegen die Verlassenschaft Karl Friedrichs 1821 her im Besitz der Successionsakte von 1806. Damals wurde die Echtheit der Unterschrift bestritten. Der Prozeß nahm keinen eindeutigen Ausgang. Alle einschlägigen Papiere wurden weggeschafft, und da Vellnagel auch darüber Akten besaß, bemühte sich Baden, nach dem Tode Großherzog Ludwigs sehr, in ihren Besitz zu gelangen. Stattdessen trat Vellnagel mit Bayern in Verbindung.⁷⁵ Aber dort hielt man es mit der sonstigen damaligen Lage nicht vereinbar, „von den Ideen Vellnagels und von den damit verbundenen Konjunkturen einen nützlichen Gebrauch zu machen“.⁷⁶

Da Reigersberg 1829 zu sehr in die ganze Hauck-Weixelbaum-Affäre verwickelt war, in Karlsruhe alles Vertrauen verloren und sich dabei nicht gerade ausgezeichnet hatte, wurde er bald beurlaubt und darauf in den Ruhestand versetzt, zunächst ohne Pension, weil er erfolglos weit über seine Weisungen hinausgegangen war.⁷⁷ Die Sache bekam deshalb ein jahrelanges Nachspiel, indem Reigersberg verzweifelt um die ihm zustehenden Gelder bat und sein Verhalten in beweglichen Worten entschuldigte und begründete.⁷⁸ Obwohl seine Gläubiger mit Gericht drohten und Reigersberg den König darauf aufmerksam machte, dann vielleicht Dinge enthüllen zu müssen, die für die Öffentlichkeit nicht geeignet wären, gab man in München nicht nach.⁷⁹ Als er schließlich beinahe Haus und Hof verloren hätte, um sich vor Schulden zu retten,⁸⁰ genehmigte der König⁸¹ endlich die Anträge seines neuen Ministers Gise⁸² zur standesgemäßen Bezahlung Reigersbergs.

74. Armansperg an Kg. Ludwig 30. I. 30 ebd.

75. Reigersberg an Armansperg 11. V. 30 ebd. 931.

76. Armansperg an Reigersberg 14. V. 30 ebd.

77. Armansperg an Reigersberg 30. VII. 29 ebd. II 89.

78. Reigersberg an Kg. Ludwig 29. XI., 17. XII. 29, 13. II., 30. XII., 22. X. 30; 2. III., 29. IX. 31 ebd. II 90, 11. I. 32.

79. Reigersberg an Kg. Ludwig 2. IV. 30 ebd.

80. Reigersberg an Kg. Ludwig 9. VIII. 33 ebd.

81. Kg. Ludwig an Gise 29. XI. 34 ebd.

82. Gise an Kg. Ludwig 25. I., 15. XII., 23. X., 27. XI. 34 ebd.

6. Kapitel.

Die preußisch-württembergische Vermittlung in Verbindung mit den Zollvereinsverhandlungen. (1829—1832).

I.

Im Jahr 1829 war die Angelegenheit Pfalz-Sponheim nicht viel weiter fortgeschritten als beim Regierungsantritt König Ludwigs. Wohl war fast das gesamte Europa damit beschäftigt worden; aber die vertraglich begründeten Pfalzansprüche waren von Anfang an überall auf Abweisung gestoßen. Ueber Sponheim hatten sich schließlich alle Mächte dahin geeinigt, daß Bayern und Baden nur das Recht zustehe, ein gleichwertiges Surrogat zu bestimmen. Die einzige Stütze Bayerns war, daß Oesterreich die sonst anerkannte Erbfolge der Hochberg für dieses Surrogat ausschloß, so daß es schon nach dem Tode des regierenden Großherzogs Bayern zugefallen wäre. Aber was bedeuteten 25—30 000 Einwohner für einen Staat von der Größe Bayerns, der die Landbrücke nach einem abgetrennten Gebiet erstrebte? In Wirklichkeit dachte der bayerische König immer an die gesamte badische Pfalz.

In seiner Sehnsucht wurde er auch jetzt noch wiederholt bestärkt durch Briefe und Kundgebungen ehemals pfälzischer Untertanen, die in ihm den Glauben erweckten, daß auch die badische Pfalz selbst sehnsüchtig darauf warte, wieder mit dem alten Herrscherhaus vereint zu werden.¹ Namentlich ein Besuch Ludwigs auf der bayerischen Rheinschanze an der Stätte des heutigen Ludwigshafen im Juni 1829 weckte alle alten Erinnerungen. Vom badischen Rheinufer war damals eine größere Zahl badisch-pfälzischer Untertanen erschienen und hatte den König freudig begrüßt, ohne daß dieser sich zu ihnen äußerte.

1. Walter II S. 173.

Von der Gegenseite wurde trotzdem Ludwig sofort ein staatsgefährlicher Akt vorgeworfen, der Unruhe in die badischen Lande bringen sollte. In Wirklichkeit befand sich der König nur auf einer Inspektionsreise, bei der unvermeidlich auch Grenzorte berührt wurden; ohnedies hatte der König schon einen großen Umweg gemacht, um badisches Gebiet nicht betreten zu müssen.²

Allerdings durfte sich Ludwig durch einzelne Huldigungen nicht über die Stimmung der gesamten pfälzisch-badischen Bevölkerung täuschen lassen. Sie hatte sich, wie fast immer bei Gebietsverschiebungen, im Laufe von mehr als 20 Jahren längst an den neuen Herrn gewöhnt, zumal dieser durch segensreiche Regierung die Herzen zu gewinnen wußte. Am längsten hielt sich die wittelsbachische Gesinnung in Mannheim, welches dem pfälzischen Hof seine glanzvollsten Tage zu verdanken hatte. Freilich war die Blütezeit der Stadt in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung schon 1777 mit dem Wegzug Karl Theodors beendet gewesen, aber die Hoffnung auf eine besondere Rolle war doch immer geblieben, solange Mannheim zu den wittelsbachischen Landen gehörte. Die Erinnerung an die glänzenden Zeiten und der Wunsch nach Behebung mancher wirtschaftlicher Bedrängnis durch verbesserte Zollgrenzen hatten die Sympathiebekundungen für den König hervorgerufen.

Solange die Zollschranken in Deutschland bestanden, wäre die finanzielle und wirtschaftliche Lage der gesamten Pfalz, im bayerischen Besitz vereinigt, sicher besser gewesen: sie hätte an dem dann zusammenhängenden Gebiet einen weit größeren Absatzmarkt gehabt und wäre an seinem Lebensnerv gelegen, während der badische Pfalzbesitz nur den nördlichsten Zipfel des Großherzogs bildete. Auch der kleine Rheinkreis konnte auf die Dauer, umgeben von fremden Zolllinien, nicht wirtschaftlich gedeihen: entweder mußte eine Landbrücke zum Hauptland hergestellt werden oder die Zollschranken mußten fallen; letzteres setzte eine Verständigung der drei süddeutschen Staaten und Beseitigung ihrer Differenzen, vor allem des Spon-

2. Armansperg an alle bayerischen Gesandten 24.VI. 29 G. St. M. A. St. II 99.

heim-Streites, voraus. Alle bisherigen Bemühungen in dieser Hinsicht waren gescheitert. Nur ein Unbeteiligter, dem aber zugleich auch am Erfolg lag, konnte vielleicht die Streittheile noch zu einem beiderseits befriedigenden Ende vereinigen. So wurden die Zollverhältnisse, an deren günstiger Gestaltung alle deutschen Staaten interessiert waren, der Ausgangspunkt zu einem neuen Versuch.

Im Januar und Februar 1828 waren der bayerisch-württembergische und der preußisch-hessische Zollverein gegründet worden, fürs erste mit feindlichen Tendenzen gegeneinander und beide bemüht, die übrigen deutschen Staaten zum Anschluß zu bewegen. Gleich bei seinem Regierungsantritt hatte sich König Ludwig um eine Handelsverbindung mit Hessen-Darmstadt bemüht mit dem Bestreben, gleichzeitig durch einen Ländertausch mit ihm die ersehnte Landbrücke nach dem Rheinkreis herzustellen. Zu Rhein, der Regierungspräsident von Würzburg, hatte damals Auftrag, nach einem von Mieg entworfenen Plan alles hessische Gebiet südlich der Linie Höchst, — Reichelsheim, — Lindenfels, — Heppenheim, — Worms zu fordern gegen Abgabe der nordpfälzischen Aemter Kirchheimbolanden und Oermoschel und des zwischen dem Amt Aschaffenburg und der hessischen Grenze gelegenen Landstreifens. Zusammen mit der badischen Pfalz (mit Ausnahme Boxbergs, Moosbachs und Bretzens) hätte Bayern daurch eine sehr ansehnliche Landbrücke zur Rheinpfalz gewonnen.³ Die Verhandlungen waren gescheitert; seitdem blieb Bayern auf badische Abtretungen allein angewiesen.

Um Badens Beitritt zum süddeutschen Zollverein und damit die Verbindung zum Rheinkreis zu sichern, schlug Württemberg schon bald nach dem Abschluß mit Bayern diesem vor, mit Hilfe Preußens Sponheim, den Hinderungsgrund einer Annäherung, zu beseitigen; denn allein durch Preußen sei Baden hierin zu beeinflussen. Der württembergische König bot seine Dienste an und wollte Lösungsvorschläge an Preußen gelangen lassen, überzeugt, daß „sehr wenig Aussicht vorhanden sei, unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die Pfalz für Bayern

3. Besondere Instruktionen für ZuRhein 6. XI. 25 G. H. M. ARO 30.

zu erhalten, daß es aber vielleicht möglich wäre, für dasselbe eine, wesentliche Vorteile gewährende, Verbindungslinie mit seinem Rheinkreise zu gewinnen, welche seinen weiteren Ansprüchen gegenüber von Oesterreich nicht präjudizieren würde“.⁴ Bayern lehnte ab, da sich damals Oesterreich, an dessen allmächtige Hilfe es noch glaubte, seit längerer Zeit der Sache annahm und man es nicht verletzen noch seine Bemühungen stören wollte.⁵

Vereinzelt freilich waren schon immer Stimmen aufgetaucht, die das doppelte Spiel Metternichts erkannten. Namentlich Luxburg, der früher für alleinige Anlehnung an Oesterreich auf Grund der Verträge eingetreten war, warnte nun neben Gasser wiederholt vor den „ewigen Versprechungen Oesterreichs“ und wies auf Preußen als geeigneten Verhandlungsträger hin.⁶ Der österreichische Kurs wurde jedoch beibehalten, solange Zentner an der Spitze der Regierung stand. Der greise Minister hatte längst bedauert, die verwickelte Pfalz-Sponheim-Affäre in seinem Geschäftsbereich mit übernommen zu haben. Er war zu alt, um die eingeschlagene Richtung zu ändern und legte sein Amt nach anderthalbjähriger Tätigkeit gern nieder. Sein Nachfolger, Graf Armansperg, weitaus liberaler gesinnt, leitete, wenn auch sehr allmählich, die Schwenkung zu Preußen ein. Mit diesem Richtungswechsel war auch eine Abkehr von Bray verbunden. Der König vollzog sie nicht ohne Bedauern und hätte ihn gern zum Bevollmächtigten für Missionen in Berlin gemacht, sah aber schließlich doch ein, daß Brays französische Abstammung und Gesinnung wenig Vertrauen in Preußen erwecken könne.⁷ Nun setzte Ludwig ebensoviel Hoffnungen auf Armansperg, der ihm namentlich von Luxburg immer wieder als berufener Leiter einer Verhandlung mit Preußen empfohlen wurde.⁸

Die neue Bahn wurde erleichtert durch die allgemein-politische Konstellation in Deutschland. Gerade bei Armanspergs

4. Beroldingen an Schmitz 6. III. 28 G. St. M. P. A. 254.

5. Bayerische Verbalnote an Schmitz 19. III. 28 ebd.

6. Luxburg an Armansperg 26. IV., 19. VII. 29 ebd. A. St. 93h.

7. Kg. Ludwig an Armansperg 21. VII. 29 G. H. M. 89/4. V.

8. Luxburg an Kg. Ludwig 28. VII., 2. VIII. 29 G. St. M. A. St. 93h.

Amtsantritt als Außenminister trat der Mitteldeutsche Handelsverein ins Leben. Die Abwehr des gemeinsamen Gegners, der mit Oesterreich im Hintergrund den wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen Preußens wie Bayerns entgegenarbeitete, führte den nord- und süddeutschen Verein zusammen. Der Mittelsmann wurde der Stuttgarter Verlagsbuchhändler Cotta, der anlässlich der Naturforschertagung im September 1828 in Berlin die Verhältnisse dort sondierte und noch vor Ende des Jahres von Bayern und Württemberg in eigener Sendung für Zoll- und Handelsverhandlungen nach Berlin geschickt wurde.⁹ Für Bayern war die Haupttriebfeder, endlich für den abgelegenen Rheinkreis einen günstigen Zollanschluß zu finden. Das notwendige Bindeglied war Baden; seine Einbeziehung in den norddeutschen Handelsverein wäre ein erheblicher Nachteil für den südlichen und für die Lösung der Sponheimer Frage gewesen.¹⁰ Daher stammte das Entgegenkommen Armanspergs gegenüber Fahrenberg in den letzten Monaten des Jahres 1828 und die schließlich vom Zaun gebrochene Unterhandlung mit ihm, die wir ergebnislos enden sahen. Vergeblich hatte der Minister seinen König gebeten, sich mit mäßigsten Forderungen zu begnügen, um dadurch die Verhandlungen mit Preußen zu erleichtern.¹¹

Im Februar 1829 beauftragte Ludwig Cotta, in Preußen Sponheim als Bedingung sine qua non für Badens Beitritt zum süddeutschen Verein vorzubringen. Aber als man in Preußen auf Andeutungen Cottas gar nicht einging, ließ dieser das Sponheimproblem ganz unberücksichtigt, um das handelspolitische Ziel nicht zu gefährden.¹² Gerade dadurch erwarben sich die süddeutschen Unterhändler das preußische Vertrauen, daß es Bayern ernstlich um eine wirtschaftliche Einigung, auch ohne gleichzeitige Erfüllung seiner Landwünsche zu tun sei.¹³ Allmählich wuchs Preußens Interesse, die beiden Gegner im Süden Deutschlands zu versöhnen. Ohne von seinem Standpunkt in der badischen Angelegenheit abzuweichen, gewann es doch nach

9. Zollverein III S. 408/409.

10. Armansperg an Bray 28. XII. 28 Archiv Irlbach.

11. Armansperg an Kg. Ludwig 23. I. 29 G. H. M. ARO 25.

12. Cotta an Armansperg 23. II. 29 Zollverein III S. 461.

13. Schönberg an Otterstedt 9. III. 29 G. St. B. 81/I

und nach mit Bayern Fühlung auf der Grundlage der freundschaftlichen Handelsbeziehungen. Seit Ludwig die Sache betrieb, hatte Preußen zwar nie in München selbst eingegriffen, aber durch seine rührige Tätigkeit in Baden und bei den europäischen Höfen seine antibayerische Haltung im Sponheimer Streit so eindeutig bekundet, daß Bayern sich nie an Berlin offiziell um Unterstützung gewandt hatte. Seit jedoch Preußen den Handelsverein auszudehnen suchte, durfte Bayern hoffen, auch für seine Gebietswünsche, die dem allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenschluß im Süden im Weg lagen, mehr Entgegenkommen zu finden.

Im April 1829 ließ Preußen durch Küster vertraulich ein Memoire¹⁴ in München überreichen, worin es wohl seinen bisherigen Standpunkt unverändert festhielt, seine europäischen Schritte in dieser Sache als durch die Verträge bedingt erklärte, aber doch zugleich von einem sehr wünschenswerten gütlichen Abkommen sprach; dahin müsse man den Weg einer Vereinbarung über Handel und Verkehr nehmen; aus wirtschaftlichen Gründen werde Baden sicherlich Rücksichten üben, wenn man es dort auch sonst lieber auf das Äußerste ankommen lassen, als ein Zugeständnis machen wolle. Absichtlich betonte Preußen, daß es wichtigere Interessen gebe, als einige tausend Untertanen mehr oder weniger, um Bayern unmerklich von seinen hohen Forderungen abzubringen und dabei doch sein Vertrauen zu gewinnen. Nach diesem ersten Wink hielt sich Preußen zurück bis zur ersten bayerischen Anfrage in Berlin. Nur Württemberg blieb durch seinen Gesandten Schmitz-Grollenburg ständig im Sinn einer bayerisch-badischen Verständigung tätig.¹⁵ König Ludwig äußerte auch bald seine Bereitwilligkeit. Schon vermied er, den Gegner zu reizen. So verbot er die Drucklegung einer polemischen Schrift Hormayrs, die in kurzen Strichen die Verbindung mit dem Rheinkreis als nötig zeichnete und dem König wiederholt von Hormayr zur Veröffentlichung als Privatmeinung empfohlen wurde.¹⁶

14. Küster an Armansperg 7. IV. 29 G. St. M. A. St. 93g.

15. Fahrenberg an Berstett 23. V. 29 G. L. K. Spec. 9.

16. Hormayr an Kg. Ludwig 22. v., 12. VI. 29 G. H. M. IIA 23.

Jetzt beschäftigte sich der König eingehend mit Austauschplänen unter preußischer Vermittlung und dachte bereits an eine besondere Sendung Armanspergs nach Berlin;¹⁷ doch wurde er davon wieder abgehalten, einerseits durch die bayernfeindliche Entwicklung der Sponheimer Sache in den westlichen Ländern, andererseits durch indirekte Anregungen aus Berlin im Juli 1829. Gelegentlich einer Besprechung über Handelsverhältnisse waren Blomberg, der württembergische Gesandte in Berlin, und die dortigen Staatsmänner Eichhorn und Schönberg auf den überall störenden Sponheimer Streit zu sprechen und dahin übereingekommen, daß bei der Uebereinstimmung der politischen und wirtschaftlichen Interessen eine gemeinsame Vermittlung am ehesten zur Lösung führen könne; jeder solle auf den ihm befreundeten Streitteil einwirken, also Preußen auf Baden, Württemberg auf Bayern. Die Münchener Regierung erfuhr von diesen Erwägungen durch Luxburg, der sie wärmstens unterstützte und wiederholt zur äußersten Mäßigung mahnte. Er hielt die Vermittlung schon für so fortgeschritten, daß es nur vom bayerischen König abhänge, sie anzunehmen oder abzuschlagen.¹⁸

Das Ganze entsprach einem langjährigen Wunsch Württembergs, das auch alsbald in persönlichen Unterredungen der Monarchen¹⁹ wie im Notenwechsel der Minister um Bayerns Entgegenkommen warb. In München trat zuerst namentlich Armansperg für die württembergische Beteiligung am Vermittlungsgeschäft ein; er erhoffte sich davon ein Druckmittel auf Preußen und günstigen Einfluß auf Baden; denn Württemberg könne sich freier bewegen als Preußen, da es die bayerischen Sponheimansprüche anerkenne, für ein badisches Opfer eintrete und noch durch keine offizielle Erklärung gebunden sei.²⁰ König Ludwig ließ sich allmählich gewinnen, besonders als der württembergische König trotz einigen Bedenken und wohlge-meinten Ratschlägen sich den entwickelten Tauschplänen nicht entgegenstellte und ihnen sogar bei einer geplanten Zusammenkunft mit Friedrich Wilhelm III. das Wort reden wollte. Auch

17. Kg. Ludwig an Armansperg 21. VII. 29 ebd. 89/4 V.

18. Luxburg an Armansperg 24. VII. 29 G. St. M. A. St. 93g.

19. Kg. Ludwig an Armansperg 3. IX. 29 G. H. M. 89/4 V.

20. Armansperg an Kg. Ludwig 23. VIII. 29 ebd. IIA 14.

die in München zur Begutachtung vorgelegten Instruktionen für Blomberg entsprachen so ziemlich den bayerischen Wünschen: sie sprachen von einem Tausch, bei dem Bayern für ein geringes Opfer bedeutende Besitzungen wie z. B. Mannheim mit einem erforderlichen Umkreis erwerben könnte.²¹ Inzwischen war auch Preußen tätig gewesen. Es kannte das große Vertrauen Badens, das auch die zahlreichen Besuche Cottas in Berlin nicht hatten erschüttern können, nachdem sich die anfängliche Sorge²² vor Entfremdung Preußens als grundlos erwiesen hatte. So brauchte Preußen von Anfang an keine abschlägige Antwort aus Karlsruhe zu erwarten. Seine Anträge enthielten ja auch nichts für Baden Verletzendes oder Unannehmbares. Sie sprachen hauptsächlich von den Handelsverbindungen, zu denen man Baden in seinem eigenen und im großen deutschen Interesse gern zuziehen würde; man schlug vor, Sponheim, das sich störend dazwischenstelle, schon deshalb nicht von den Unterhandlungen über einen Zollverein zu trennen, weil gerade in solchen Verhandlungen das vorzüglichste Mittel zu seiner Beseitigung liege. Die Wiederherstellung freundschaftlicher Verhältnisse mit Bayern bedeute einen Vorteil, der die Einwände Badens gegen den Anschluß an den Handelsverein weit überwiege. Die Erbrechte oder Verträge würden gar nicht erörtert, „sondern nur in der Summe der Gründe und Rücksichten, nach welchen jeder Teil seinen Entschluß bestimmt, wenn er einen Vertrag eingeht, . . . wäre die Beseitigung von Sponheim als ein Grund, eine Rücksicht mehr mit dem Gewicht, welches man ihr gerade beilegen will, von Baden aufgenommen worden“. Da für Bayern die bestehende Spannung ebenso drückend sei und es angesichts der Erklärungen der Mächte immer mehr die Aussichtslosigkeit seiner Ansprüche erkennen müsse, könne man annehmen, daß es diese aufgebe, wenn es in angemessener Form geschehen könne. Da die Nachteile einer direkten Gegenüberstellung bayerischer und badischer Bevollmächtigter vorauszusehen seien, schlage man Baden einen Vermittler vor, der das Vertrauen beider Teile genieße, die wahre Meinung eines jeden vernehme, sie

21. Beroldingen an Armansperg 12. IX. 29. G. St. M. A. St. 93h.

22. Berstett an Frankenberg 19. XII. 28 G. L. K. Spec. 33.

gemeinschaftlich mit ihm prüfen und endlich Meinung an Meinung reihe in einer losen, unverbindlichen Form, bis der Punkt gefunden sei, worin beide Teile sich vereinigten. Falls Baden darauf eingehen wolle, solle es einen sachkundigen Bevollmächtigten nach Berlin senden, da Bernstorff selbst an den Verhandlungen teilnehmen wolle, um sie so vielleicht zu fördern.

Das alles teilte Otterstedt im amtlichen Auftrag Ende August in Karlsruhe mit.²³ Dort fand er allenthalben williges Gehör, namentlich beim Großherzog, der sich zum erstenmal tatkräftig eines Geschäftes annahm und in dem deshalb einberufenen Staatsrat selbst den Vorsitz führte.²⁴ Da die Ehre der Dynastie nicht angegriffen wurde und man von jeher „aus vaterländischem Interesse“ eine Verständigung über Handelsdinge wünschte, nahm man das Anerbieten gerade Preußens mit allen Einzelpunkten voll Vertrauen an. Der Beitritt zum Handelsverein, der nach badischer Auffassung schon so viele Opfer verlangte, sollte nur unter der Bedingung erfolgen, daß Sponheim durch Aufhebung der Familienpakte bereinigt werde. Nur eine Beruhigung wollte man sich vor dem Beginn einer Unterhandlung noch verschaffen: daß auch Bayern diese Grundlage annehme, denn wenn es später doch untragbare Forderungen aufstelle, dann schiene Baden schließlich am Scheitern des Zollvereins schuld und seine Stellung wäre sehr verschlechtert. Man bat demnach Preußen, zuerst die bayerische Einwilligung einzuholen.²⁵

Ehe jedoch Preußen deshalb in München vorsprechen konnte, bat dieses selbst um die preußische Vermittlung, freilich nicht ganz den preußischen und noch weniger den badischen Wünschen entsprechend. Das Schreiben, das König Ludwig am 13. Oktober 1829 an Friedrich Wilhelm richtete, wünschte die Wiederherstellung freundnachbarlicher Beziehungen zu Baden durch preußisch-württembergische Vermittlung, gab aber auch zu bedenken, daß Ludwig „von Baden zu Befriedigung nur eine für Bayern konvenabel gelegene Territorialentschädigung ent-

23. Bernstorff an Otterstedt 21. VIII. 29 ebd. Privatakte Leop.

24. Otterstedt an Bernstorff 8. IX. 29 G. St. B. 81/III.

25. Berstett an Otterstedt 14. IX. 29 G. L. K. Privatakte Leopolds.

gegennehmen könnte“. Für Ludwig war diese Stelle die wichtigste. Man durfte von einer Natur wie der seinigen nicht erwarten, daß er den Punkt, der sein ganzes Denken bewegte, mit Stillschweigen übergehe; immerhin fügte er abschwächend hinzu, „daß aber bei diesem Anlasse die pfälzische Reversibilität durchaus nicht zur Sprache gebracht werden sollte“.²⁶

Trotzdem erregte jene Wendung bei Bernstorff, der das Schreiben zuerst durchsah, Erstaunen und Bedauern. Das gleich bei der formellen Einleitung gleichsam als *conditio sine qua non* vorgebrachte Verlangen paßte schlecht zu der von Baden aufgestellten Voraussetzung für den Verhandlungsbeginn. Preußen durfte seinen beruhigenden Zusicherungen an Baden²⁷ nicht zuwiderhandeln; andererseits mußte es aber auch vermeiden, durch zu schroffe Ablehnung Bayern vor den Kopf zu stoßen und dadurch vielleicht die ganze Vermittlung und die handelspolitische Annäherung von Anfang an zu vereiteln. So ließ sich Bernstorff schließlich nach zweistündiger Unterredung mit Luxburg herbei, das bayerische Schreiben dem König vorzulegen mit einem Begleitbericht, der den fraglichen Passus unauffällig machte.²⁸ Wohlweislich hatte Luxburg die ihm gleichzeitig aus München zugekommenen Instruktionen zurückbehalten, die von einem Gebietstausch mit 30 000 Seelen Ueberschuß für Bayern sprachen. Auf die Gefahr hin, mit seinem Hof in Widerspruch zu geraten, trug er damit der Stimmung und der verwickelten Stellung Preußens Rechnung, die er genauer kannte als das Münchener Kabinett. Er erkannte als erster den Wert und die notwendigen Grenzen der preußischen Unterstützung. Seine Mahnungen²⁹ zur Mäßigung und anfänglichen Zurückhaltung, um überhaupt Vertrauen zu gewinnen, verhallten aber in München ungehört. Die Vorstellungen von der „moralischen Kontiguität“, die ein süddeutscher Handelsverein herstellen würde, machten auf Ludwig keinen Eindruck, da sie einen wirklichen Gebietszusammenhang doch nicht ersetzen könne. Luxburg

26. Kg. Ludwig an Kg. Friedrich Wilhelm 13. X. 29 G. St. M. A. St. 93h.

27. Kg. Friedrich Wilhelm an Gh. Ludwig 28. IX. 29 G. L. K. II Gen. 12.

28. Luxburg an Kg. Ludwig 24. X. 29 G. St. M. A. St. 93h.

29. Luxburg an Arnansperg 26. IV., 16. VII., 24. VII., 2. VIII. 29 ebd.

sprach sogar davon, daß ein Zollverein mit Baden praktisch der Eroberung der Pfalz gleichkäme.³⁰ Aber der König bestand auf sichtbaren Gebietsabtretungen. Wohl wäre Ludwig, der noch zwei Monate vorher lieber vorläufig auf alles verzichten als sich mit einem Ueberschuß von nur 10 000 Einwohnern begnügen wollte,³¹ jetzt damit einverstanden gewesen, um sich Preußen gefällig zu erweisen, allerdings nur, wenn der Gebietszusammenhang („Mannheim und Heidelberg in dem Erwerb begreifend“) dadurch hergestellt würde.³² Aber diesmal riet Armansperg trotz seiner sonst gemäßigten Haltung davon ab, jetzt schon Luxburg zu sagen, „daß E. M. sich im Falle der Kontiguitätsherstellung mit 10 000 Einwohnern Gewinn befriedigen würden; denn der Negotiateur wird oft unwillkürlich den Vorsatz der Nachgiebigkeit durchblicken lassen und Schwäche verraten“. Luxburg sollte höchstens als seine persönliche Vermutung die Geneigtheit des Königs zu einer Beschränkung auf 10 000 Seelen erwähnen dürfen. Offiziell machte Bayern vorläufig als Beweis der königlichen Nachgiebigkeit das Zugeständnis, die badische Erbfolge nicht zu erörtern.³³

Trotz aller Münchener Wünsche hielt sich Luxburg ganz zurück und erreichte so das entgegenkommende Antwortschreiben des preußischen Königs vom 6. November 1829, das die Uebernahme der Vermittlung zusagte. Es war sicher absichtlich auf Ludwigs „deutschtümlichen“ Sinn zugeschnitten und versuchte, ihn mit der Aussicht auf vaterländische Verdienste zu packen. Die Territorialentschädigung, die im Brief Ludwigs so mißliebig aufgefallen war, blieb ganz unerwähnt, was in Bayern gern dahin ausgelegt wurde, daß in diesem Punkt für den König alles offenstehe.³⁴ Freilich war auch Friedrich Wilhelms Schreiben nicht ganz vorbehaltlos: er versprach seine Dienste nur, soweit sie nicht Grundsätzen zuwiderliefen, worüber ihm die Verhältnisse keine Wahl ließen.³⁵ Solche Einschränk-

30. Gutachten Luxburgs 24. X. 29 ebd.

31. Kg. Ludwig an Armansperg 3. IX. 29 G. H. M. 89/4 V.

32. Kg. Ludwig an Armansperg 1. XI. 29 G. St. M. A. St. 93kh.

33. Armansperg an Kg. Ludwig 1. XI. 29 ebd.

34. Armansperg an Kg. Ludwig 16. XI. 29 ebd.

35. Kg. Friedrich Wilhelm an Kg. Ludwig 6. XI. 29 ebd.

kungen hörte man in Bayern wenigern gern, erklärte sie aber schließlich als Vorsichtsmaßregel gegen Baden, nicht als Widerspruch gegen Bayern. Im allgemeinen war der König mit dem preußischen Bescheid, der weder verneinend noch bejahend sei, aber doch hoffen lasse, nicht unzufrieden.³⁶ Zur gleichen Zeit erwog Ludwig vorübergehend einmal, die Hochberg nach Griechenland zu versetzen, um dadurch zur Pfalz zu gelangen. Doch unterbrach dieser plötzliche Einfall den mit Preußen eingeleiteten Vermittlungsschritt nicht.³⁷ Man sah gespannt einem angekündigten preußischen Memoire entgegen, das nach Recht und Billigkeit unparteiisch die Ansprüche untersuchen und Gesichtspunkte für einen Ausgleich andeuten wollte. Als sich seine Fertigstellung verzögerte, bat München ungeduldig um Beschleunigung, weil man sonst einen Abbruch der gesamten Vermittlung befürchte.³⁸

Schließlich wurde es von Küster am 13. Januar 1830 überreicht. Es enthielt die bekannte preußische Auffassung über die Erbfolge der Hochberg, die durch die einzelnen Akte und Verträge nicht erst begründet, sondern nur als bereits festgestelltes Recht anerkannt sei. Besonderen Wert legte das Memoire auf die Erklärungen der Mächte, die eindeutig für Baden lauteten und denen sich auch Oesterreich in den Grundzügen angeschlossen habe. Es gab zwar die Notwendigkeit der bayerischen agnatischen Zustimmung bezüglich Sponheims und das Offenbleiben dieser Frage im Frankfurter Territorialrezeß zu, erklärte aber eine teils anerkannte, teils bestrittene Erbfolge in ein und demselben Land für unmöglich. Schon dadurch, aber auch durch die badische Verfassung, sei eine gesonderte Verhandlung über Sponheim ausgeschlossen. Sie lasse sich auch nicht von der Erbfolge trennen, diese aber werde Baden nie erörtern lassen und für die bayerische Anerkennung allein kein Opfer bringen. Es sei höchstens zu einem Abkommen zu bewegen, wenn man ohne Berührung der Erbrechte alles mehr auf die Herstellung freundnachbarlicher Verhältnisse schiebe und de-

36. Kg. Ludwig an Armansperg 16. XI. 29 (Randbemerkung) ebd.

37. Westphal S. 365.

38. Armansperg an Luxburg 24. XII. 29 G. St. M. A, St. 93h,

ren Vorteile für Baden herausstelle. Allerdings müsse dazu Bayern seine Ansprüche auf ein erträgliches Maß beschränken. Um nun Sponheim nicht direkt gegen Baden zur Sprache zu bringen, werde man wohl am besten Verhandlungen über andere Gegenstände einleiten und dabei solche Zugeständnisse Badens ausfindig machen, für die Bayern darauf verzichten könne, die Erbrechte der Markgrafen in das Surrogat von Sponheim zu bestreiten, in denen aber Baden nicht den Preis für diesen Verzicht, sondern nur politischen Vorteil erblicke. Zuerst müsse dieser Vorteil abgeschwächt werden. Die einzig mögliche Lösung aber sei gegenseitige Aufhebung des Beinheimer Entscheids und aller folgenden Erbverträge, wozu auch die beiderseitigen Verfassungsurkunden berechtigten.³⁹

Dieses preußische Memoire sollte nur einen festen Boden für die Vermittlung schaffen und Bayern die Aufstellung der Vorschläge erleichtern, die man von ihm erwartete und in denen man ihm nicht vorgreifen wollte. Deshalb ging es nur dem Münchener Hof, nicht auch Baden und Württemberg zu. Von Bayern aber erhoffte man sich eine günstige Aufnahme, da die Denkschrift im wesentlichen auf dieselben Ideen hinauslaufe, von denen Armansperg ein Jahr vorher bei seinem Annäherungsversuch an Fahrenberg ausgegangen sei.⁴⁰

In München jedoch erregte die stark badische Färbung, die ganz natürlich aus der bisherigen preußischen Haltung entsprang, höchsten Unwillen: man hatte sie nach dem Abschluß des Handelsvertrages nicht erwartet und fürchtete davon eine Versteifung des badischen Widerstandes. Einzig Armansperg fand das Memoire, wenn es auch viel zu wünschen übrig lasse, doch nicht zweckwidrig, da es alles offen und überall den Wunsch nach Ausgleich durchblicken lasse;⁴¹ doch wurde schließlich auch er vom König dazu geführt, die Schrift als „kalten Aktenauszug mit badischer Interpretation“ zu bezeichnen und seine Hoffnungen auf einen nahen Ausgang aufzugeben.⁴² Der Widerstand des Königs wurde, statt geschwächt,

39. Preußisches Memoire 13. I. 30 G. St. M. A. St. 931.

40. Küster an Armansperg 13. I. 30 ebd.

41. Armansperg an Kg. Ludwig 14. I. 30 ebd.

42. Armansperg an Kg. Ludwig 19. I. 30 ebd.

geradezu gesteigert und es gelang kaum, ihn einigermaßen wieder zu beruhigen. Schon bedauerte er, die Ausgleichung nicht zu einer *conditio sine qua non* des Handelsvertrages gemacht zu haben, wie er ursprünglich gewünscht hatte. Dafür wollte er jetzt um so fester bleiben und von einem größeren Tausch oder Erwerb von 30 000 angrenzenden unmittelbaren Untertanen nicht mehr abstehen.⁴³ In diesen Grundsätzen wurde er noch durch Württemberg bestärkt, welches das Memoire als ungeeignet für eine Verhandlungsführung ablehnte und alles zu tun versprach, um Bayern zu befriedigen.⁴⁴ Gleichzeitig wirkte auf den König eine Skizzenfolge in der Zeitschrift *Aurora*; Hormayr erläuterte darin, anscheinend ohne Vorwissen des Königs, die geschichtlichen Fresken in den Münchner Arkaden und erörterte dabei ausführlich die Befreiungskriege und die Verträge, wonach Bayern die Pfalz zustehe. Diese Aufsätze erregten damals die öffentliche Meinung sehr und lösten, namentlich bei Baden und Oesterreich, höchstens Unwillen aus.⁴⁵

In dieser Atmosphäre entstand die bayerische Antwortschrift, die zum erstenmal den vermittelnden Hof genau über die bayerischen Wünsche und Vorschläge aufklären sollte. Der König hatte zwar zuerst einen weiteren Notenwechsel als aussichtslos abgelehnt und eine persönliche Aussprache Armanspergs mit einem preußischen Staatsmann gewünscht,⁴⁶ war aber doch wieder davon abgekommen und drängte nun sehr, um die Denkschrift noch vor seiner Frühjahrsreise nach Italien fertig zu sehen.⁴⁷ Trotzdem verzögerte sich ihre Vollendung, da Armansperg alle einschlägigen Akten gründlich verarbeitet haben wollte.⁴⁸ Am 2. März endlich wurde sie Küster zugestellt. Sie war von Ministerialrat Fink verfaßt. Um von vornherein etwaigen preußischen Widerstand zu beschwichtigen, stellte Bayern die Schrift nicht als Ultimatum hin, sondern als erstes Wort einer

43. Kg. Ludwig an Armansperg 14. I. 30 (Randbemerkung) ebd.

44. Beroldingen an Schmitz 22. I. 30 ebd.

45. Fahnenberg an Berstett 6. II. 30 G. L. K. Spec. 12.

46. Kg. Ludwig an Armansperg 14. I. 30 (Randbemerkung) G. St. M. A. St. 931.

47. Kg. Ludwig an Armansperg Februar 1830 ebd.

48. Armansperg an Kg. Ludwig Februar 1830 ebd.

von Preußen gewünschten Meinungsäußerung: man wolle Baden nicht vorgreifen, sondern nur andeuten, wie das Territorialopfer einzukleiden sei. Inhaltlich konnte die Denkschrift nicht viel Neues bieten. Sie verteidigte unter den bekannten Gesichtspunkten die bayerischen Ansprüche, die weder der Ruhe Deutschlands noch der Existenz Badens nachträglich seien, auch nicht der „wohlverstandenen Integrität Badens präjudizieren“ würden, und suchte klarzustellen, daß die Sponheimer Frage noch strittig, also zu einem Vergleich geeignet sei. Besonders betonte man die Zuständigkeit eines Konventionalausträgalgerichtes für Erbverträge auf Grund von Familiengesetzen, was Preußen sofort zurückwies wie alle Gerichtsvorschläge, mit denen auch Oesterreich immer stark sympathisierte: für Preußen hatte Aachen und Frankfurt entschieden. Die bayerische Schrift bestritt, daß für die Restitution eines Surrogats die Zustimmung der Stände erforderlich sei. Ein Gebietsaustausch müsse nach größerem Maßstab vorgenommen werden, um den Vergleich über Sponheim „in den tiefsten Hintergrund zu stellen“. Zur Erleichterung für Baden habe Bayern solche Gründe einer Gebietsveränderung aufgesucht, welche die Erbfolge nicht berührten, nämlich das Bedürfnis Bayerns nach Abrundung und Zusammenhang seines Gebiets und die beiderseitigen Abtretungsverträge mit Frankreich von 1796 und 1801, wonach Baden sich seines Rechts auf Sponheimer Anteile begeben habe, während Bayern das seinige behielt. Der Zollverein könne den unwiderruflichen Verzicht auf ein ewig fortdauerndes Recht nicht aufwiegen, da er selbst auflösbar sei. Am besten gehe man von der russischen Ansicht aus, daß nach den Ausmaßen des badischen Sponheimer Anteils der Gegenwert statistisch nach den jetzigen Verhältnissen errechnet werden müsse. Da die Bevölkerung dort sich inzwischen sicher verdoppelt habe, also 60 000 Seelen betrage, so zeuge es von äußerster Mäßigung, wenn Bayern nur die Hälfte, also 30 000 Einwohner, verlange.

Nun folgten in der bayerischen Denkschrift erstmals die Gebietswünsche, zwar nicht mit genauesten Angaben, „um keine Prätionen zu machen und um bestimmte Vorschläge zu vermeiden“, doch so, daß Preußen ihr wahres Gesicht erkennen mußte. Die Ausmittlung könne geschehen durch einfache Ab-

tretung eines an Bayern grenzenden Länderstriches mit 30 000 unmittelbaren Einwohnern, (jedoch mehr, falls sie in einem Mediatverbande stünden) oder durch Tausch der Aemter Mannheim, Heidelberg, Weinheim, Ladenburg, Neckargemünd, Schwetzingen, Wertheim, Buchen und Eberbach gegen ein Gebiet auf dem linken Rheinufer zwischen Lauter und Queich, das ungefähr 30 000 Einwohner weniger habe als jene. Eine dritte Möglichkeit sei die Einbeziehung Hessens in den Gebiets-tausch, wodurch Badens Abtretungen geringer würden und dem Ganzen noch mehr der Charakter einer Territorialarrondierung gegeben werde. Dabei wolle Bayern die Aemter Kichheimb-landen, Obermoschel, Rockenhausen und Göllheim an Hessen geben gegen die Aemter Hirschhorn und Teile von Lindenfels und Erbach; der Gebietsaustausch mit Baden blieb nahezu wie im ersten Vorschlag, es behielt nur Buchen und Eberbach und einige Teile Schwetzingens und Neckargemünds und erhielt das hessische Amt Hirschhorn. Dieser Plan war eine wesentliche Beschränkung des Projekts von 1825. Absichtlich führte man diese verschiedenen Ausgleichswege an, um den Vermittlern und Baden einen scheinbaren Spielraum zu geben und dadurch den ganzen Plan zu empfehlen. Schon fügte man genaue Bestim-mungen wegen Uebernahme und Versorgung der Untertanen der Tauschgebiete hinzu.⁴⁹

Diese Tauschpläne waren schon anfangs Dezember 1829 von Armansperg im königlichen Auftrag mit genauen Zahlen-angaben entworfen worden. Damals hatte Armansperg bei dem hessisch-badischen Projekt noch auf Heidelberg, Wertheim und Neckargemünd verzichten wollen,⁵⁰ aber der König hatte er-klärt, ohne Heidelberg auf keinen Tausch einzugehen.⁵¹ Mann-heim und Heidelberg galten ihm schon seit der Kronprinzenzeit mehr als der dadurch hergestellte Gebietszusammenhang, dieser wiederum mehr als der Gebietszuwachs an sich. „Denn nicht nach Vergrößerung geht meine hauptsächliche Richtung in der Sponheimer Erbfrage, sondern daß sie nur als Mittel diene, den

49. Bayerische Denkschrift 2. III. 30 ebd. Siehe Karte II!

50. Armansperg an Kg. Ludwig 1. XII. 29 ebd. 93h.

51. Kg. Ludwig an Armansperg 1. XII. 29 Randbemerkung) ebd.

Zusammenhang meines Königreiches herzustellen, einen Teil der Pfalz zurückzubringen; seit den 27 Jahren dieselbe mein Haus verloren, geht mein Sehnen darnach.“ Noch im Sommer 1829 hatte er erwogen, Gebiete aus Mittel- und Unterfranken dafür abzutreten, da er sich lieber von den „fortwährend nicht anhänglichen Ansbachischen Bewohnern“ trennte, als von ehemaligen Untertanen des Rheinkreises.⁵² Aehnliche Pläne hatte Ludwig bereits als Kronprinz 1820 entworfen;⁵³ 1825 waren sie wieder aufgetaucht, als man mit Hessen anlässlich der Zollverhandlungen einen Gebietshandel durchführen und Baden mit einbeziehen wollte; Armansperg griff diese Gedanken aber nicht auf und sie verschwanden seit dem eigentlichen Beginn der Erörterungen mit Preußen aus den Tauschplänen, wenn sie auch in Ludwigs Ideenwelt ein Jahr später noch einmal auftauchten.

Dafür mußte der Minister auf ausdrücklichen Wunsch des Königs Anfang März 1830 Luxburg anweisen, gelegentlich zu erwähnen, daß Ludwig sich nur dann mit so geringem Gewinn begnügen werde, wenn ein Abkommen zu Lebzeiten des regierenden Großherzogs abgeschlossen würde.⁵⁴ Bei allen Tauschvorschlägen durfte auch nie ein Verzicht auf die Reversibilität der ganzen Pfalz ausgesprochen werden, wie ihn noch Luxburg in einer von ihm entworfenen, aber nicht verwendeten Antwortschrift auf das preußische Memoire vom Januar 1830 vorgetragen hatte;⁵⁵ der König wollte diese Ansprüche nur vorderhand ruhen lassen: ging der auf Baden beschränkte Tauschplan in Erfüllung, dann wäre damit schon sein eigentliches Ziel erreicht gewesen; erhielt man aber nur einen Teil des Ersehnten, dann hatte man sich doch für die Zukunft das Uebrige vorbehalten.⁵⁶ Erlangte der König aber jetzt den Gebietszusammenhang samt einer guten Handelsstraße, dann wollte er sich sogar mit weniger als 30 000 Einwohner Ueberschuß, vielleicht mit 13—20 000, begnügen. Doch sollte Luxburg nicht offiziell von

52. Kg. Ludwig an Armansperg 2. VII. 29 G. H. M. 89/4 V.

53. Kg. Ludwig an Bray 5. IV. 20 ebd. ARO 31.

54. Armansperg an Luxburg 3. III. 30 G. St. M. A. St. 931.

55. Luxburg an Kg. Ludwig 11. I. 30 ebd.

56. Kg. Ludwig an Armansperg 1. XII. 29 (Randbemerkung) ebd. 93h.

dieser Geneigtheit sprechen, sondern sie nur gelegentlich durchblicken lassen.⁵⁷

Luxburg kam jedoch gar nicht dazu. Wohl nahm Berlin das bayerische Memoire freundlich entgegen, da die leitenden Kreise schon mit einem Territorialopfer gerechnet hatten, wenn auch nicht in solchen Ausmaßen. Aber es gelang doch nicht, Preußen für die Abtretung der Glanzpunkte Nordbadens zu gewinnen. Auch die beigelegten Aufsätze über den politischen und militärischen Wert des Gebietszusammenhangs für Bayern und für ganz Deutschland konnten es nicht überzeugen; es wußte genau, daß die Grenzziehung und die Verteilung der militärischen Machtmittel 1815 wohl überlegt waren und niemand eine so umfangreiche Veränderung widerspruchslos dulden werde. Dem konnte sich Preußen als Vermittler nicht aussetzen, auch wenn die Neuregelung zu seiner bisherigen Haltung gepaßt hätte; es konnte äußerstenfalls einer Grenzberichtigung mit geringem Gebietsüberschuß für Bayern zustimmen. Luxburg bat seine Regierung dringend um Genehmigung dieses Wegs, um nicht überhaupt die Vermittlung scheitern zu lassen.⁵⁸

Auch aus Stuttgart kamen ernste Mahnungen. Ludwig hatte auf Antrag Armanspergs das Memoire, nachdem es an Preußen abgegangen war, auch Württemberg mitgeteilt und dabei erneut um dessen Vermittlung und Unterstützung nachgesucht.⁵⁹ Man zeigte sich in Stuttgart auch bereit dazu. Aber wenn Württemberg auch die Ansichten des Memoires billigte, sah es doch den preußischen wie badischen Widerstand voraus und deutete an, daß Mäßigung im Interesse der Sache liege.⁶⁰ Seine begreifliche Abneigung gegen umfangreiche Landverschiebung an seiner Nordgrenze ließ es nur in Berlin durchblicken.⁶¹

Zum Nachteil des Geschäftes weilte König Ludwig in jenen Monaten in Italien. Luxburg konnte seine Abwesenheit nicht oft genug bedauern.⁶² Armansperg durfte nicht selbstständig

57. Armansperg an Luxburg 3. III. 30 ebd. 93i.

58. Luxburg an Armansperg 18., 22. III. 30 ebd.

59. Kg. Ludwig an Kg. Wilhelm von Württemberg 10. III. 30 ebd.

60. Beroldingen an Armansperg 16. III. 30 ebd.

61. Luxburg an Armansperg 22. III. 30 ebd.

62. Luxburg an Armansperg 12., 22. III. 30. ebd.

einer Grenzberichtigung zustimmen, obwohl er sie nicht ungern gesehen hätte. So erhielt Luxburg die strikte Weisung, an allem Geforderten festzuhalten.⁶³

Preußen teilte Ende März 1930 knapp begründet mit, es sei unmöglich die bayerischen Vorschläge in Karlsruhe anzubringen; man glaube nur Bayern zu dienen, wenn man, um kein Mißtrauen zu wecken, nicht vorher mit Baden darüber verhandelt und seine Gegenvorschläge angehört habe, wie Württemberg geraten habe. Gegen den sehnlichsten gewünschten Gebietszusammenhang brachte Preußen vor, daß es sich ja mit seinen Rheinprovinzen in ähnlicher Lage befinde, nur suche es durch immer engere Vereinigung der Interessen der Völker und Steigerung des Vertrauens die Nachteile aufzuheben, was ja Bayern auch erreichen könne. Gleichzeitig schlug Preußen vor, die Aufhebung des Beinheimer Entscheids mit einer Grenzregulierung zu verbinden, wodurch Bayern indirekt zu seinen Wünschen käme. Dabei solle ein Maximum des gewünschten Gebietsüberschusses angegeben werden, aber nicht zu hoch, damit sich Baden nicht in seinem Prinzip, über die Erbfolge nicht zu diskutieren, angegriffen fühle. Nur so könne man Baden überhaupt zu einer Erklärung bewegen, die es entsprechend seiner früheren Haltung in Unkenntnis des geforderten Gebietsüberschusses sicher verweigern werde. Sei München einverstanden, so wolle Preußen sofort Karlsruhe in diesem Sinn zur Aufnahme von Verhandlungen auffordern.⁶⁴

* *
 *

Ein unerwartetes Ereignis schien der Vermittlung eine ganz andere Richtung geben zu wollen: am 30. März starb plötzlich nach kurzer Krankheit der badische Großherzog, der letzte Vertreter der älteren Zähringer Linie; der erste Hochberg bestieg den Thron. Damit war der kritische Zeitpunkt eingetreten, für den sich Bayern früher die Verwirklichung seiner auf Völker- wie auf Familienverträgen gegründeten Ansprüche vorbehalten

63. Armansperg an Luxburg 22. III. 30 ebd.

64. Bernstorff an Küster 28. III. 30 G. St. B. 33/IV.

und an den es noch zuletzt die Begrenzung seiner Gebietswünsche geknüpft hatte. Baden hatte dafür schon seit Jahren vorgesorgt, da es ja immer mit einem bewaffneten Einmarsch rechnete. Tatsächlich hatte Bayern, namentlich der König selbst, für diesen Fall die verschiedensten Pläne geschmiedet, die sich jeweils mit den Zeitumständen änderten.

Schon 1818, als der Tod des damaligen Großherzogs Karl bevorstand, hatte Ludwig dem Minister Rechberg nahegelegt, dann sofort in die pfälzischen und Main-Taubergebiete Eidesabnahmeschreiben zu schicken mit Erwähnung des Rieder Vertrages und der anschließenden Friedensschlüsse; doch sollte den badischen Bewohnern ausdrücklich Gehorsam gegen ihre bisherige Regierung bis zum Uebergang unter bayerische Landeshoheit befohlen werden.⁶⁵ Der Aachener Kongreß machte dergleichen hinfällig. Auch kam ja erst noch einmal ein Vertreter der älteren Zähringer Linie auf den Thron. — Im Frühjahr 1827 schien auch Großherzog Ludwig dem Ende nahe zu sein. Um für alle Fälle vorzusehen, auch für des bayerischen Königs lange Abwesenheit auf seiner üblichen Italienreise, entwarf Zentner, Vorschläge Miets benutzend, ein Reskript, das, vom König genehmigt, Ende April an Reigersberg übersandt wurde, damit er es sofort beim Tode des Großherzogs übergebe. Darin war auf das Recht verwiesen, den bisherigen Mitbesitz an den Entschädigungen Badens für seinen Sponheimer Anteil in Alleinbesitz zu verwandeln. Aus achtungsvoller Rücksicht auf den neuen badischen Regenten wollte man sich einstweilen jeder einseitigen Besitznahme und Regierungshandlung enthalten, sofern Baden eine ähnliche Haltung einnehme. Bis zur Ausmittlung der Entschädigungslande für Sponheim schlug man eine gemeinschaftliche Regierungskommission vor, die alle Entschädigungsgebiete verwalten sollte. Stelle sich Baden dem entgegen, so werde der König „nicht nur die feierlichste Protestaktion entgegensetzen müssen, sondern es würde S. M. auch mit Schmerz genötigt sein, dergleichen als Verletzung der uralten Rechte Ihres Hauses zu betrachten und dem durch die Ihr zu Gebot stehenden Mittel sehr gegen Ihre Wünsche zu begegnen“.⁶⁶ Nur

65. Kronprinz Ludwig an Rechberg 28. IX. 18 G. H. M. 293e.

66. Reskript für den Todesfall 25. IV. 27 G. St. M. A. St. 93h.

wenn man Widerstand fand, wollte man also gewaltsam vorgehen, und auch das war nur sehr indirekt ausgedrückt.

Daß der König an einem friedlichen Erfolg nicht recht glaubte, geht aus einem von ihm selbst verfaßten Entwurf für den Todesfall vom Februar 1828 hervor. Inzwischen hatten die direkten bayerisch-badischen Ausgleichsverhandlungen erfolglos geendet. Der König war jetzt überzeugt, ohne Einmarsch nie zu seinem Recht zu gelangen. Die Mächte aber, insbesondere Oesterreich, und auch Baden würden, meinte er, wenn sie Bayerns tätlichen Ernst sähen, es deshalb auf keinen Krieg ankommen lassen, sondern die Sache günstig für Bayern beilegen. Der König wollte dabei durch ein Korps zwei badische Kreise („wo, das müssen die Umstände bestimmen“) besetzen lassen; die Truppen sollten nicht bis Karlsruhe vorstoßen, keinen Schuß abgeben, „außer wenn Badener angreifen und da nicht mehr als nötig, um Bayerns Ehre zu retten“. Den Mächten sollte man durch ein Manifest diese Maßnahme erklären. War der Streit um Sponheim im reinen, dann wollte der König erst den wegen der Pfalz vornehmen, welcher „durch die aus ersterem bekommenen Mittel erleichtert werden dürfte“. Der König war sich nicht ganz sicher über die Rechtllichkeit dieser Maßnahmen, denn er befahl, genau zu untersuchen, ob sie etwas Pflichtwidriges enthielten.⁶⁷ Schließlich blieb das Ganze nur Entwurf.

Das Reskript vom 25. April 1827 blieb bestehen und lagerte unter den bayerischen Gesandtschaftspapieren in Karlsruhe über Reigersbergs Abgang im Sommer 1829 hinaus. Dort fand es der neue Gesandte Tautphöus; er stimmte dafür, inolge der eingeleiteten Vermittlung alle Schritte beim Tod des Großherzogs zu unterlassen, um nicht das badische Vertrauen wieder zu verlieren.⁶⁸ Der König und Armansperg waren einverstanden und beauftragten Tautphöus, dem Reskripte keine Folge zu geben.⁶⁹ Freilich, irgend etwas mußte beim Regierungsantritt der Hochberg geschehen, wollte man nicht den Kampf der letzten Jahre als sinnlos erscheinen lassen. Armansperg legte

67. Entwurf Kg. Ludwigs 16. II. 28 G. H. M. 88/3 1.

68. Tautphöus an Kg. Ludwig 12. IX. 29 G. St. M. A. St. 93h.

69. Armansperg an Tautphöus 2. XII. 29 ebd.

am 10. März 1830 dem König vor seiner Italienreise einen neuen Entwurf vor, der „nach rechtlichen Erwägungen und mit Rücksicht auf die erforderliche Mäßigung“ entstanden sei. Er deckte sich mit dem Reskript vom 25. April 1827, nur der Schluß war geändert: zwar enthielt er noch die feierliche Protestation, aber statt der Androhung gewaltsamer Mittel drückte er nach Verwahrung sämtlicher Rechte den Wunsch aus, alles gütlich zu bereinigen. Man gestand auf Befürwortung Armanzpergs außerdem noch, falls Baden es wünsche, Bestimmung der Entschädigung durch Konventionalausträgalgerichte zu, wie es in den Familienverträgen vorgesehen sei.⁷⁰

Als drei Wochen später der Großherzog die Augen schloß, überschickte Tautphöus dieses Schreiben ohne Begleitbrief, da seine Beglaubigung erloschen war, dem badischen Außenministerium. In Baden beanstandete man später diese formlose Uebermittlung; da aber bei Abgang des Schriftstückes von München die offizielle Mitteilung von der Thronbesteigung Leopolds noch nicht erfolgt war, blieb kaum ein anderer Weg. Man wollte nicht durch Verzögerung in die Lage kommen, eben jene Mitteilung mit einer Protestation erwidern zu müssen; auch wollte man den Gerüchten von Gewaltmaßnahmen vorbeugen.⁷¹ Wenige Tage später wurde der ministerielle Erlaß Fahnenberg übergeben mit der Begründung: „Wir haben protestieren müssen, weil Bayern ohne diese Maßnahme stillschweigend seine Ansprüche auf das Surrogat von Sponheim aufgegeben haben würde“. Die gütliche Verständigung werde dadurch nicht ausgeschlossen, ja man wünsche sie sogar sehr. Armanzperg betonte dies ganz besonders Fahnenberg gegenüber.⁷²

In Baden war inzwischen der Thronwechsel in Ruhe und Ordnung vor sich gegangen, ohne Widerstand von innen oder außen.^{72a} Leopold galt überall selbstverständlich als der recht-

70. Armanzperg an Kg. Ludwig 10. III. 30 ebd. 93i.

71. Armanzperg an Bray 7. IV. 30 ebd. 93k.

72. Fahnenberg an Berstett 3. IV. 30 G. L. K. Spec. 13.

72a. Auch von den Anhängern Kaspar Hausers, der in jenen Jahren (1828—1832) auftauchte und verschwand, wurde kein Einwand gemacht, obwohl von manchen Seiten seine Identität mit einem badischen Prinzen aus der direkten Zähringer Linie verteidigt wurde. Es ist bemerkenswert, daß von seiner Person in sämtlichen Akten über den Pfalz-Sponheimer Streit nie die Rede ist.

mäßige Herrscher und empfing von allen Seiten, auch in der badischen Pfalz, begeisterte Huldigungen: mit ein Verdienst seiner liebenswürdigen volkstümlichen Persönlichkeit.⁷³ Von Bayern erwartete man seit Einleitung der Vermittlung keinen Gewaltakt mehr, aber aus Vorsicht hatte man doch alle Maßregeln dagegen getroffen. Im Neckarkreis, namentlich um Mannheim, und im Main-Taubergebiet wurden Truppenverschiebungen vorgenommen, die in Bayern berechtigtes Aufsehen erregten.⁷⁴ Um es vor der Oeffentlichkeit so hinzustellen, als sei die Thronfolge des neuen Großherzogs auf militärischen Schutz angewiesen, erschienen in der Allgemeinen Zeitung wiederholt auf Befehl der bayerischen Regierung Korrespondenzen „aus Baden“, die von neuen Infanterie- und Artillerieregimentern an der badischen Nordgrenze berichteten. Man trieb es sogar so weit, von einem Alarmzustand am badischen Rheinufer zu berichten, durch Trommelwirbel am bayerischen Ufer hervorgerufen, der aber, wie sich später herausgestellt habe, nicht von Soldaten, sondern von einem um Zuschauer werbenden Seiltänzer stammte.⁷⁵ Außerdem fragte die Regierung des bayerischen Untermainkreises auf ministerielle Weisung offiziell beim Direktorium des Main-Tauberkreises nach dem Grund der militärischen Besatzungen, die man sich bei den friedlichen Beziehungen, namentlich seit Beginn der Vermittlung, nicht erklären könne; sollten Tötlichkeiten vorkommen, so wolle man ihnen von bayerischer Seite ebenso begegnen.⁷⁶ Die badische Antwort wies alles Mißtrauen zurück und begründete die Truppenbewegungen als bei jedem Thronwechsel gebräuchlich, „um zur Handhabung der polizeilichen Aufsicht im Anfange mitzuwirken“. Auch habe man für die Huldigungsfeierlichkeiten verstärkte polizeiliche Sicherheit nicht außer Acht lassen wollen, da sich in diesen Gegenden gar keine Garnisonen befänden.⁷⁷ Gleich nach deren Abschluß zog man die Truppen wieder zurück;

73. Stichaner an Armansperg 25. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.

74. Armansperg an Kg. Ludwig 5. IV. 30 ebd.

75. Armansperg an Mieg 11. IV. 30 ebd.

76. Bayerische Regierung des Untermainkreises an das badische Direktorium des Main-Tauberkreises 5. IV. 30 ebd.

77. Antwort hierauf 9. IV. 30 ebd.

zu dieser Zeit konnte man bereits überzeugt sein, daß die bayerische Protestation nur auf dem Papier stand und ein tätliches Vorgehen Bayerns bei der Haltung der europäischen Mächte, die Leopold sofort anerkannten, nicht mehr zu erwarten war. Gestützt auf deren eindeutige Versicherungen konnte Leopold den bayerischen Protest scharf zurückweisen. Der Anregung eines Austrägalvergleiches über die Sponheimer Erbfolge und dem Anspruch auf Territorialentschädigung von 1803 her widersprach er ausdrücklich, den Vorschlag gemeinsamer Verwaltung übergang er mit Stillschweigen, die Verwahrung gegen vermeintliche Beeinträchtigung betrachtete er als nicht ergangen, da er durch seinen Regierungsantritt nirgends Rechte verletzt habe. Jedoch erklärte er sich zu gegenseitiger Surrogatsbestimmung bereit, um wahrhaft ungetrübte und freundliche Beziehungen herzustellen.⁷⁸

Aehnlich war die Protestation bei allen übrigen Ländern beurteilt und namentlich der Plan der gemeinsamen Verwaltung abgelehnt worden. Ernstliche Folgen wurden nirgends befürchtet. Vereinzelt, so im Münchener diplomatischen Korps und auch in Oesterreich wurde die Meinung laut, daß der Thronwechsel die Lage für Bayern wesentlich verbessert habe und daß Leopold aus seiner stattlichen Erbschaft schon ein Opfer bringen könne, da er in früheren Zeiten nie hätte nachfolgen können, wie sich Potemkin äußerte;⁷⁹ Rußland stimmte nicht so ganz mit diesen Ansichten seines Münchener Gesandten überein. Obwohl Gise Nesselrode eine erläuternde Note überreichte und um Billigung des letzten bayerischen Schrittes bat, hielt Rußland mit seiner Mißbilligung nicht zurück und ließ sich nur langsam beruhigen.⁸⁰ Dafür lobte man in den Westländern und auch in Oesterreich Bayerns Mäßigung, da man nach früheren Äußerungen nicht mit diplomatischem, sondern mit militärischem Vorgehen gerechnet hatte.⁸¹

78. Badische Note an Armansperg 7. IV. 30. ebd.

79. Fahnenberg an Berstett 3. IV. 30 G. L. K. Spec. 13.

80. Gise an Armansperg 21. IV. 30 G. St. M. A. St. 93 l.

81. Polignac an Armansperg 27. IV. 30 ebd.

Aberdeen an Erskine 22. IV. 30 ebd.

Maltzahn an Bernstorff 6. IV. 30 G. St. B. 33/Vl.

Bayern hatte die Protestnote allen Gesandten mitgeteilt mit dem Auftrag, sie den Kabinetten zu überreichen und neue Erklärungen zugunsten Badens zu verhindern.⁸² An Polignac hatte Armansperg die Note nicht durch den Gesandten, sondern durch persönliches Schreiben gelangen lassen, das an die französische Rechtlichkeit und freundschaftliche Gesinnung appellierte, um Frankreichs Mißtrauen wegen der bayerischen Annäherung an Preußen zu besänftigen.⁸³ Zum persönlichen Gebrauch der bayerischen Gesandten ging ihnen noch in den ersten Apriltagen eine kurze Darstellung über Sponheim zu, die besonders betonte, daß von dem Erwerbe der Pfalz abgesehen werde, da diese Gebietsfrage europäischer Natur, ganz unabhängig von der aus deutschem Privatfürstenrecht herrührenden Sponheimer Differenz, später einmal zu erledigen sei.⁸⁴ Natürlich gelangte diese kleine Schrift auch zur Kenntnis der Kabinette. Im ganzen achtete Bayern sehr darauf, die Sache nicht als eine europäische erscheinen zu lassen, weshalb es jetzt auch keine Unterstützung und Erklärungen forderte.

Auch Baden hatte die Mächte nur um ihre wohlgeneigten Gesinnungen gebeten, als es sie von dem „unstatthaften bayerischen Protest“ und seiner Beantwortung in Kenntnis setzte.⁸⁵ Zu Unrecht sah Bayern darin eine feindliche Demonstration; namentlich einem Briefwechsel zwischen der großherzoglichen Familie und dem französischen Herrscherhaus legte es übertriebenen Wert bei. Armansperg wies deshalb Pfeffel zu erhöhter Wachsamkeit und Verteidigung der bayerischen Rechte an.⁸⁶ Außerdem wurde der königliche Flügeladjutant Freiherr von Zweibrücken in außerordentlicher geheimer Mission nach Paris gesandt, um seinen Vetter, den Minister Polignac, von den Sponheimer Ansprüchen und der Notwendigkeit eines Ausgleichs mit Gebietsüberschuß für Bayern zu überzeugen und Pfeffels

82. Armansperg an alle bayerischen Gesandten 2. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.

83. Armansperg an Polignac 31. III. 30 ebd.

84. Armansperg an alle bayerischen Gesandten 7. IV. 30 ebd.

85. Berstett an Frankenberg 7. IV. 30 G. L. K. Spec. 34.

Berstett an Tettenborn 8. IV. 30 ebd. Spec. 34.

86. Armansperg an Pfeffel 4. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.

Schritte zu unterstützen.⁸⁷ Die Berichte aus Paris lauteten befriedigend. Wenn man auch die Protestnote nicht restlos billigte und vor allem eine vertragliche oder schiedsrichterliche Abweichung von den Verträgen für unzulässig hielt, so wollte man doch einen baldigen Ausgleich fördern; einen Schritt zur Unterstützung Bayerns lehnte Frankreich ab, außer es würde ihm die Rolle des Schiedsrichters anvertraut.⁸⁸

Dies entsprach der Haltung Frankreichs seit Abgabe seiner Erklärung. Man hatte zwischen beiden Seiten zu lavieren und zu vermitteln gesucht und schließlich den Gekränkten über die Annahme der preußischen statt der französischen Vermittlung gespielt.⁸⁹ Rumigny erhob immer wieder den Vorwurf, die französische Erklärung habe Preußen den Weg zur Vorherrschaft in Deutschland geebnet und Frankreich eine wichtige Einflußmöglichkeit versperrt. Doch wäre wohl auch ohne diese Erklärung die Führung an Preußen gekommen. Rumigny suchte auch wiederholt seinen Hof für eine neuerliche Annäherung an Bayern, ja für eine Allianz zu gewinnen;⁹⁰ in Paris hielt man mit einer engeren Bindung zurück, da man im Gegensatz zu Rumigny nirgends besondere Zeichen bayerischer Zuneigung sah.⁹¹ Noch nach der Julirevolution setzte Rumigny seine Bemühungen fort, Bayern zur Pfalz zu verhelfen,⁹² aber mehr als freundschaftliche Beziehungen wollte man auch da nicht herstellen.⁹³

Den bayerischen Beteuerungen, daß etwaige durch Preußen vermittelte Abmachungen an den Beziehungen zu Frankreich nichts ändern und namentlich dessen wirtschaftliche Interessen nicht bedrohen würden, traute man in Paris nicht recht.⁹⁴ Man

87. Armansperg an Zweibrücken 4. IV. 30 ebd.

88. Pfeffel an Armansperg 9. IV. 30 ebd.

Zweibrücken an seine Schwester 21. IV. 30 ebd.

89. Polignac an Rumigny 12. X. 29 Chroust S. 210.

90. Rumigny an Polignac 28. X. 29, 26. I., 24. III., 15. V. 30 ebd. S. 217, 236, 253, 263.

91. Polignac an Rumigny 16. I. 30 ebd. S. 235.

92. Rumigny an Sébastiani 30. XI. 30 ebd. S. 315.

Rumigny an Molé 15. IX. 30 ebd. S. 281.

93. Sébastiani an Rumigny 4. XII. 30 ebd. S. 318.

94. Pfeffel an Armansperg 16. V. 30 G. St. M. A. St. 93 I.

hatte sich deshalb schon seit Ende 1829 Oesterreich zu nähern gesucht, um mit ihm zusammen die Einigung zu hintertreiben. In Wien hatte der neue französische Gesandte Rayneval, der nun dem Einfluß Otterstedts entrückt war, williges Gehör gefunden und man wetteiferte den bayerischen Vertretern gegenüber mit schönen Versprechungen, um Bayern von Preußen fernzuhalten.⁹⁵ Offiziell wußte Oesterreich gar nichts von der eingeleiteten Vermittlung. Metternich hatte auch schon seine Mißbilligung über diese Verheimlichung ausgedrückt, nachdem doch Oesterreich die meisten Dienste in der ganzen Angelegenheit geleistet habe. Seit es sich das bayerische Vertrauen verscherzt hatte, konnte es seine Uebereinstimmung mit den bayerischen Ansichten und seine Unterstützungsbereitschaft nicht genug beteuern, namentlich wenn die Sache an den Bund gebracht werde; von ihm sei mehr Erfolg zu erwarten als von Waffengewalt, durch die sich Bayern nur ins Unrecht setzen werde.⁹⁶ Bayern lehnte Hilfe beim Bund ab, da man von seinem Schiedsspruch nur Verwicklungen fürchtete.⁹⁷ Auf der anderen Seite aber versprach Oesterreich auch Baden bei einer Bundesentscheidung den besten Erfolg;⁹⁸ doch nur Berstett ließ dem williges Gehör. Die österreichisch-französische Zusammenarbeit konnte man nur mißtrauisch beobachten und Tettenborn höchste Vorsicht und Beharren auf den badischen Grundsätzen empfehlen.

Beim Tod des Großherzogs befürworteten Metternich und Rayneval gemeinsam die Anerkennung Leopolds als Großherzog, aber nicht als Grafen von Sponheim. Auch jetzt traten sie für Entscheidung durch den Bund ein, der über deutsche Rechtsfragen zu beschließen habe. Einerseits sprach Metternich in Baden den Wunsch nach Beilegung des Streites aus und mißbilligte die hohen bayerischen Forderungen;⁹⁹ andererseits redete er Bayern von jedem Nachgeben ab, damit es nicht die Ansprüche auf ein größeres Gebiet dadurch auch aufgebe.¹⁰⁰

95. Otterstedt an Bernstorff 16. XII. 29, 27. IV. 30 G. St. B. 81/1.

96. Bray an Kg. Ludwig 25. I. 30 G. St. M. MAIII Österreichs 26.

97. Armansperg an Bray 3. XII. 29 ebd. A. St. 93h.

98. Tettenborn an Berstett 23. V. 29 G. L. K. Spec. 28.

99. Tettenborn an Berstett 19. IV., 23. V. 30 ebd. Spec. 29.

100. Bray an Kg. Ludwig 10., 17. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.

Außerdem verschloß sich Metternich anfangs April auch nicht einer preußischen Anfrage, der ersten seit zwei Jahren: sie suchte ihm die Unzulässigkeit einer Bundesentscheidung begreiflich zu machen und lud ihn ein, der Vermittlungsaktion beizutreten.¹⁰¹ Metternich versprach seine Unterstützung, wenn er über die Art der Vermittlung näher aufgeklärt werde; die preußische Auffassung über Sponheim scheine sich ja nun der österreichischen anzunähern, da Preußen von einem „Rechtsstreite“ spreche.¹⁰² Es hatte aber damit nur das Bestehen eines Streites zwischen Bayern und Baden, nicht das Vorliegen einer offenen Rechtsfrage gemeint und lehnte eine weitere Diskussion hierüber ab, womit die Anknüpfung wieder zerriß.¹⁰³

Nicht lange darauf sprach Metternich zu Bray von den Widersprüchen, die in den Hochberg'schen Rechten und den besonderen Successionsakten lägen, und versprach ihm seine Hilfe für ein Abkommen; sei das nicht möglich, so müsse ein Austrägalgericht entscheiden, ob die jetzigen Fürsten von Baden auch Grafen von Sponheim sein könnten, wobei Baden sicher den Kürzeren ziehen werde. Bray befürwortete sofort wärmstens diesen Weg, an dessen Erfolg Oesterreichs Einfluß hänge.¹⁰⁴ In München jedoch glaubte man den Kanzler durchschaut zu haben: „Kombiniert man alle seine Aeußerungen, so scheint es, daß sein Rat zu gütlicher Ausgleichung ein bloß formeller ist, welchem er keine Folge wünscht; daß er die Sache an den Bund gebracht wissen will, um sie dann lange herunzu ziehen, dabei eine Rolle zu spielen, die beiden Parteien zu gewinnen und auf diese Art die Konsolidierung in Süddeutschland hinzuhalten“.¹⁰⁵ Mit diesen Worten suchte Armanseperg den König von Oesterreich fernzuhalten. Ludwig hatte auch längst trotz Thronwechsel und Protestation den Weg zu Preußen zurückgefunden.

Preußen hatte mit einem bayerischen Schritt beim Tod des Großherzogs gerechnet, da man König Ludwig gut genug kannte;

101. Bernstorff an Maltzahn 5. IV. 30 G. St. B. 33/VI.

102. Maltzahn an Bernstorff 16. IV. 30 ebd.

103. Bernstorff an Maltzahn 24. IV. 30 ebd.

104. Bray an Armanseperg 5. V. 30 G. St. M. A. St. 93 I.

105. Armanseperg an Kg. Ludwig April 30 ebd.

aber es hatte gehofft, er werde sich mit Rücksicht auf die eingeleitete Vermittlung darauf beschränken, seine Ansprüche zu wahren. Nun hielt es mit seinem Unwillen über Schärfe und Ausmaß der bayerischen Protestation nicht zurück, aber es versuchte sie doch sofort mit der Abwesenheit des Königs und dem Uebereifer des Ministeriums zu entschuldigen, weshalb eine, sicher schon vor dem Vermittlungsgeschäft abgefaßte, Note abgeschickt worden sei.¹⁰⁶ An den Ernst der Aeußerung, die es der Form nach für verständlich und, vom bayerischen Gesichtspunkt betrachtet, für nötig hielt, glaubte Preußen von Anfang an nicht, beruhigte Baden darüber und hoffte auf den Fortgang der Vermittlung. Man billigte die Fassung der badischen Antwort an Bayern, die zwar die Vermittlung nicht erwähne, aber doch ihrem Geist entspreche und so Preußens Stellung nicht doppelt erschwere.¹⁰⁷

Nicht lange nach Bekanntgabe der Protestation in Berlin sprach Küster Armansperg das Bedauern seines Hofes über diesen Schritt aus und bat, seinen Eindruck zu mildern oder ganz zu beseitigen.¹⁰⁸ Zugleich mahnte Luxburg dringend zur Nachgiebigkeit und wies besonders auf die mittelbaren Vorteile der Beendigung des Streites hin, die wohl mehr wert seien als eine halbe Million Seelenzuwachs.¹⁰⁹ Armansperg befand sich in schwieriger Lage. Er hätte ja den an sich unvermeidlichen Protest gerade jetzt, wo sich eine Annäherung anbahnte, versöhnlicher abgefaßt; aber ohne den König war dies nicht möglich. Doch tat er alles, den unangenehmen Eindruck abzuschwächen. Tautphöus wurde beauftragt, Bedauern über den Tod des alten und Glückwünsche zur Thronbesteigung des neuen Großherzogs anzubringen.¹¹⁰ Den bayerischen Zeitungen wurden Ausfälligkeiten gegen Leopold verboten; außer den Nachrichten über die Truppenverschiebungen sollten sie sich auch jeder kritisierenden Notiz enthalten.¹¹¹

* *

*

-
106. Bernstorff an Küster u. Otterstedt 10. IV. 30 G. St. B. 81/II.
107. Frankenberg an Berstett 13. IV. 30 G. L. K. Spec. 35.
108. Bernstorff an Küster 10. IV. 30 G. St. B. 81/II.
109. Luxburg an Armansperg 8., 12. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.
110. Armansperg an Tautphöus April 30 ebd.
111. Armansperg an Ottingen-Wallerstein April 30 ebd.

Trotz des Protestes war Armansperg, wie er sich zu Küster äußerte, von Anfang an entschlossen, die Vermittlung fortführen zu lassen.¹¹² Zuerst freilich mußte der König dafür gewonnen werden. Behutsam stellte ihm Armansperg vor: die Hochberg seien nun bereits im Besitz Badens und nur durch Waffengewalt daraus zu vertreiben; Bayern vertrete eine „zwar gerechte, aber vielfach vernachlässigte, oft sogar falsch ergriffene Sache, ruhend auf dem schwankenden Begriffe der Ebenbürtigkeit der Ehe Karl Friedrichs, entblößt von klar sprechenden Dokumenten, mißkannt von den größten Höfen, vielfach angefeindet unter dem Vorwande bayerischer Vergrößerungssucht, aufrichtig unterstützt von wenigen“. Nur im Gefolge Preußens, unter Verzicht auf weitere feindliche Insinuationen gegenüber Baden könne man das Abreißen angeknüpfter Fäden vermeiden. Um aber die Verhandlungspartner nicht gleich vor den Kopf zu stoßen, bat Armansperg schon in diesem ersten Gesuch den König, die Forderungen nicht, wie früher für den Todesfall des vorigen Großherzogs vorgesehen, zu erhöhen. S. M. werde sich bei Ihren deutschen Gesinnungen gern den Dank von 7 Millionen Deutschen erwerben, wenn zugleich mit dem Ausgleich der freie Handelsverkehr im Süden Deutschlands hergestellt werde.¹¹³

Ein Anruf an seine deutsche Gesinnung verfehlte bei König Ludwig kaum je seinen Zweck. Sogleich erteilte er die erbetene Vollmacht zum Weiterverhandeln und beauftragte Armansperg, sich nach Berlin zu begeben, um endlich persönlich den bayerischen Ansichten Eingang zu verschaffen. Auch eine Reise des Ministers nach Karlsruhe und Stuttgart hielt er nicht für unzweckmäßig, denn jetzt müsse man „recht tätig sein und sich rühren, auf daß die Badener nicht glauben, es würde so wie beim letzten Tod gehen, wie alles liegen blieb; ihnen soll die Ueberzeugung werden, nie Ruhe zu haben, wenn meine gerechten Ansprüche nicht befriedigt werden“. Als *conditio sine qua non* für alle Einleitungen beharrte der König unerschütterlich auf dem Erwerb Mannheims und Heidelbergs. Und sollte der Handelsverein daran scheitern, so wäre es „der Eigensinn

112. Küster an Bernstorff 14. IV. 30 G. St. B. 33/VI.

113. Armansperg an Kg. Ludwig 1. IV. 30 G. St. M. A. St. A3k

der Hochbergs, der die Eintracht in Deutschland störte“.¹¹⁴ Nicht oft genug konnte der König diese *conditio sine qua non* seinem Minister ans Herz legen, ohne deren Erfüllung er sich zu nichts jemals herbeilassen wollte.¹¹⁵ Als zweite Bedingung verlangte der König den Abschluß der Verhandlungen bis spätestens zum Jahresende. Drei Tage später setzte er sogar diese Frist auf 6 Monate herab, da „bis zum Ende des Jahres übertrieben lang und auch der Schein von Schwäche vermieden werden müsse.“ Ebenso wünschte er München als Verhandlungsort, um selbst die Sache beeinflussen zu können.¹¹⁶ Für Preußen und Baden kam natürlich nur ein neutraler Ort in Betracht.

Armansperg war schon sehr zufrieden, wenigstens so viel von Ludwig erreicht zu haben, was auch in Berlin sehr anerkannt und ihm allein zugeschrieben wurde.¹¹⁷ Um noch weiter beim König voranzukommen, durfte der Minister seine Gesuche und Vorstellungen nicht überstürzen. So schob er die Mitteilung der letzten preußischen Vorschläge vorerst hinaus. Er selbst hielt sie, wenn man ihnen auch viel entgegenhalten könne, für geeignet, wenn nicht sogleich, so doch allmählich zum Ziel zu führen. Es war schon ein großer Fortschritt, daß Preußen vom Prinzip der unbedingten Integrität abgekommen war, das es noch in seinem Memoire im Januar 1830 vertreten hatte. Der Minister teilte einstweilen Luxburg seine persönlichen Vorschläge für eine Grenzregulierung in Untermainkreis mit.¹¹⁸ Um sich über die allgemeine Stimmung in Baden seit Leopolds Regierungsantritt zu orientieren, hatt er Cotta beauftragt, in Karlsruhe genau Umschau zu halten, und auch, wenn möglich, vermittelnd zu wirken.¹¹⁹ Dieser konnte keine wesentliche Stimmungsänderung dort feststellen: das Volk zeige sich überall sehr begeistert für Leopold; in Regierungskreisen sei man einem Abkommen zur Herstellung freundschaftlicher Verhältnisse noch geneigter als vorher, aber nur soweit es mit Legiti-

114. Kg. Ludwig an Armansperg 9. IV. 30 G. H. M. 89/4 V.

115. Kg. Ludwig an Armansperg 9., 12., 21., 23. IV. 30 ebd.

116. Kg. Ludwig an Armansperg 12. IV. 30 ebd.

117. Bernstorff an Küster 23. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.

118. Armansperg an Luxburg 19. IV. 30 ebd.

119. Armansperg an Cotta 3. IV. 30 ebd.

mität und Integrität vereinbar sei. Zur selben Zeit bat auch Leopold den preußischen König um Fortsetzung der Vermittlung. Zu Gebietsabtretungen zeigte sich keiner der Staatsminister geneigt. Nur aus einer Unterredung mit dem Markgrafen Wilhelm entnahm Cotta, daß auf dem Weg einer Grenzausgleichung vielleicht doch voranzukommen wäre, und riet deshalb Armansperg sehr, die letzten preußischen Vermittlungsvorschläge anzunehmen und den Höchstüberschuß auf 8—12 000 Einwohner festzulegen.¹²⁰ Auch Berstett ließ vertraulich durch Fahnenberg in München mitteilen, daß man sehr die Beendigung des Streites wünsche auf der Basis der Surrogatsbestimmung oder der Aufhebung der Familienverträge.¹²¹ Dies alles zeigte Armansperg deutlich, daß die königlichen Wünsche auch jetzt unerfüllbar waren.

Anfang Mai endlich übermittelte er dem König befürwortend die preußische Note vom 28. März. Abgesehen von dem Vorteil, Baden durch seinen Anschluß an den Zollverein von der Vormundschaft der europäischen Höfe loszulösen und so die moralische Kontiguität Süddeutschlands herzustellen, erwerbe sich Bayern durch einen gemäßigten Ausgleich die Achtung der kleinen und großen Mächte, die später, in günstigeren Zeiten, viel eher die übrigen Wünsche S. M. bezüglich der Reversibilität der Pfalz unterstützen würden, wozu auch die wirtschaftliche Kontiguität eine Brücke biete. Wenn man jetzt auf Mannheim und den Hauptteil der Pfalz verzichte, könne man später nicht nur darnach, sondern auch nach Salzburg greifen. Armansperg drängte nach rascher Entscheidung, da bereits überall Intrigen gegen die Vermittlung gespielt würden; Berstett suche die versöhnliche Stimmung Leopolds zu schwächen und strebe gemeinsam mit Metternich nach Verwicklungen; träfen sich, wie geplant, diese beiden Hauptvertreter der Reaktion, bevor das Grenzberichtigungs- wie Territorialentschädigungsprinzip von Bayern und Baden anerkannt sei, so müsse man überhaupt für den Ausgleich fürchten. Zur Beschleunigung legte Armansperg sofort fertige Tauschpläne vor. Er unterschied dabei nicht

120. Cotta an Armansperg 16. IV. 30 ebd.

121. Berstett an Fahnenberg 18. IV. 30 ebd.

mehr zwischen mittelbaren und unmittelbaren Untertanen wie noch in seinem Vorschlag an Luxburg. In diesem hatte er sich nur auf bayerische rheinpfälzische Abtretungen beschränkt, während er jetzt zum Ausgleich noch bayerisches Gebiet in der Maingegend heranziehen mußte. Aber er wagte nicht, dem König nur von der Grenzregulierung im Untermainkreis zu sprechen, sondern legte auch einen Tauschplan in größerem Rahmen vor: gegen den Erwerb der Aemter Weinheim mit umliegenden Orten, Ladenburg, Wertheim, Tauberbischofsheim und Gerlachsheim sollte Bayern abtreten das Amt Hagenbach, das Leiningensche Herrschaftsgericht Amorbach und Miltenberg und Gemeinden des linksrheinischen Kantons Langenkandel. Notfalls müsse man sich mit Wertheim, Bischofsheim und Gerlachsheim gegen Hagenbach, Amorbach und Miltenberg begnügen. Die Forderung von 20 000 Einwohnern Ueberschuß sei das Höchste, was man verlangen könne.¹²²

Armansperg hatte diesen Antrag mit weniger Hoffnung gestellt als den vor einem Monat. Tatsächlich war der König über die bloße Zumutung, statt des eigentlichen Wunschgegenstandes nur andere Gebiete geringeren Wertes einzutauschen, zunächst ganz fassungslos und bis zu Tränen erschüttert. Dann aber war sein Entschluß sehr rasch gefaßt. Aufgeben wollte er seine Wünsche nie, denn Beharrlichkeit war sein Wahlspruch; die Weitergabe der detaillierten Vorschläge Armanspergs an Preußen war also ausgeschlossen. Aber um seinen guten Willen zu zeigen, erklärte er sich mit dem dehnbaren Begriff der Grenzberichtigung einverstanden.¹²³ Küster empfing also am 17. Mai 1830 eine Note, die von Aufhebung aller Verträge und Erbrechte wegen Sponheims sprach, „wenn auch Baden zur Befestigung eines durchaus freundschaftlichen Verhältnisses sich herbeiläßt, eine Grenzregulierung und einen damit verbundenen Austausch einzelner Distrikte in der Art einzugehen, daß ein noch näher zu verabredender mäßiger Territorialüberschuß an Bayern fällt“. Um letzteres zu rechtfertigen, betonte man, S. M. schätzten die Wohlfahrt Deutschlands zu sehr „als daß

122. Armansperg an Kg. Ludwig 2. V. 30 ebd. 93 l.

123. Kg. Ludwig an Armansperg 15. V. 30 G. H. M. 89/4 V.

Sie nicht, fest begründeter Ansprüche ungeachtet, mit großmütiger Selbstüberwindung für die Erreichung jener wichtigen Zwecke zu einem freiwilligen, obgleich schweren Opfer geneigt sein sollte“; ein Maximum an Forderungen wolle man erst bestimmen, wenn Baden das Prinzip der Grenzberichtigung mit Gebietsüberschuß angenommen habe.¹²⁴

So stand nun Forderung gegen Forderung. Baden wollte in Berlin erst verhandeln, wenn Bayern sich einem Abkommen bereit erklärte, wie es Preußen Ende August 1829 in Karlsruhe vorgeschlagen hatte. Demgemäß hatte Preußen, da es aus München nur von vornherein unannehmbar Vorschläge hörte, bisher Baden gar nicht zur Verhandlungsteilnahme aufgefordert. Man hatte auch den Notenwechsel mit Bayern nur unter der Hand in Karlsruhe mitgeteilt. Preußen wollte erst eine feste Basis finden, auf der es die beiden Gegner zueinander führen konnte mit Aussicht auf ein erfolgreiches Ende.

Baden überzeugte sich aus dieser Handhabung der Vermittlung mehr und mehr, daß Preußen aufrichtig seine Rechte wahren wollte. Von seinem Grundsatz: entweder Surrogatsbestimmung oder Aufhebung der Verträge ohne Opfer war Baden auch seit der Thronbesteigung Leopolds nicht abgegangen. Ja, man behauptete nun sogar, daß man gegen eine Landabtretung durch den verstorbenen Großherzog nichts eingewendet hätte; Leopold selbst aber könne bei seinem Regierungsantritt unmöglich seine Erbfähigkeit durch ein Gebietsopfer erkaufen oder auch nur einen einzigen seiner Untertanen abtreten, die ihm alle so anhänglich begegnet seien.¹²⁵ Leopold war eine versöhnliche Natur, weit nachgiebiger als sein Vorgänger, aber auch tatkräftiger und selbständiger; er nahm die Geschäfte selbst in die Hand, Berstetts Einfluß wurde mehr und mehr zurückgedrängt, bis der Minister vor Ablauf eines Jahres ganz zurücktrat. Auch die Rolle seiner Gesinnungsfreunde in- und außerhalb des Landes, wie Hennenhofer, Blittersdorf, Anstett und auch Metternich, war seit Leopolds Regierungsbeginn ausgespielt. Anstett hatte schon seit der Einleitung der preußischen Vermittlung an

124. Armansperg an Küster 17. V. 30 G. St. B. 33/VI.

125. Otterstedt an Bernstorff 28. IV. 30 ebd. 81/II.

Bedeutung verloren. Wohl wurde ihm noch jeder Notenwechsel mitgeteilt, aber nicht mehr sein Rat eingeholt; denn auch er neigte zu Metternichs Bundesgerichtsplänen, denen sich Baden wie Preußen verschlossen.¹²⁶ Allerdings hielt er auch jetzt nicht mit Ratschlägen zurück: vor allem solle Baden kein Opfer bringen und weiterhin die Freundschaft mit Oesterreich pflegen. Blittersdorf sah bereits, beeinflußt von Anstett und Münch, in Oesterreich den aufrichtigsten Freund Badens und befürwortete während des ganzen weiteren Vermittlungsgeschäfts einen engeren Anschluß an Oesterreich, um sich auch hier eine Tür offen zu halten und eine nähere bayerisch-österreichische Verbindung zu verhindern.¹²⁷ Ungeachtet dieser neuesten Anlehnung Anstetts an Oesterreich arbeitete Rußland weiterhin eng mit Preußen zusammen. Der Vermittlungsgedanke wurde in Petersburg sehr begrüßt. Wenn man auch an den früheren Grundsätzen festhielt und dies in Bayern wiederholt mitteilte,¹²⁸ riet man doch auch in Baden mehrmals, sich einem mäßigen Opfer, das sich mit der badischen Würde vereinbaren lasse, nicht zu verschließen.¹²⁹

Um endlich Ruhe im Süden Deutschlands herzustellen und auch aus wirtschaftlichem Interesse, richtete seit Leopolds Regierungsbeginn Württemberg, das sich bisher als vermittelnder Staat nur an Bayern gewandt hatte, denselben Wunsch an Baden. Die früheren Spannungen waren durch die Ehe der Schwester Leopolds mit dem Fürsten von Fürstenberg, einem Verwandten des württembergischen Königs, gemildert worden.¹³⁰ Ein Stein des Anstoßes blieb nur noch Berstett, mit dem Leopold nicht so rasch brechen konnte, wie Württemberg es gewünscht hätte.¹³¹ Als Armansperg in Stuttgart die königliche Vollmacht zur Vermittlung mitgeteilt und um weitere Unterstützung gebeten hatte, ließ man auf Anregung Cottas durch den württember-

126. Otterstedt an Bernstorff 8. IX. 29 ebd.

127. Blittersdorf an Berstett 12. IV., 30. VI., 7. VII. 30, 3. I. 31 G. L. K. Spec. 50.

128. Nesselrode an Potemkin 30. IV. 30 G. St. M. A. St. 931.

129. Nesselrode an Berstett 26. IV., 18. VI. 30 G. L. K. II Gen. 15.

130. Tautphöus an Armansperg 4. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.

131. Kg. Wilhelm an Bismarck 18. IV. 30 G. St. B. 33/VI.

gischen Gesandten Bismarck ¹³² in Karlsruhe anfragen, ob nicht vielleicht eine Besprechung zwischen dem württembergischen König und dem Markgrafen Wilhelm auf die Territorialfrage vorteilhaft und klärend wirken könne. Nachdem auch Otterstedt, den man ins Vertrauen zog, den Plan befürwortet hatte, trafen Wilhelm und der König in dem Grenzstädtchen Bauschlott zusammen. König Wilhelm hatte so gedrängt, „um den günstigen Augenblick der Abwesenheit des bayerischen Königs nicht unbenützt verstreichen zu lassen“; denn dessen Rückkehr werde den Ausgleich erschweren. Er bemühte sich, den Markgrafen bei aller Anerkennung der badischen Rechte und Prinzipien von der Notwendigkeit eines geringen Opfers um des Handelsvereins willen zu überzeugen. Vor allem seine Zustimmung zu dem letzten preußischen Memoire an Bayern suchte er zu gewinnen. Der Markgraf meinte, Preußen werde auf den Tod des Großherzogs hin sicher eine andere Verhandlungsbasis suchen, was der württembergische König bestritt und was auch Preußen später ablehnte. Wilhelm, der im allgemeinen weit hartnäckiger am Recht der Hochberg festhielt als Leopold, gestand schließlich ein Geldopfer zu und im äußersten Notfall eine kleine Gebietsabtretung, die aber, damit der bayerische König auch seinen guten Willen bezeigen könne, erst in einigen Jahren stattfinden sollte, freilich alles nur unter Vorbehalt der großherzoglichen Zustimmung.¹³³

Obwohl nun Leopold an sich zum Nachgeben geneigt war, konnte er doch nach der Verfassung Gebietsveränderungen nicht ohne Einverständnis der Stände vornehmen. Deshalb mußte er, so leid es ihm auch tat, nach der Rückkehr Wilhelms, abschlägig nach Stuttgart antworten, wobei er seinen Willen zur Verständigung betonte und die Bitte seines Bruders wiederholte, vereint mit Preußen in München auf eine billige Erwägung aller Verhältnisse hinzuwirken.¹³⁴ Der Brief des Großherzogs wurde unterstützt durch ein gleichzeitiges Schreiben Wilhelms an den König von Württemberg, das die badische Haltung noch

132. Cotta an Armansperg 8. IV. 30 G. St. M. A. St. 93k.

133. Otterstedt an Bernstorff 30. IV., 3. V. 30 G. St. B. 81/II.

134. Gh. Leopold an Kg. Wilhelm 5. V. 30 G. St. M. A. St. 93 l.

ausführlicher begründete.¹³⁵ In Stuttgart bedauerte man, nicht weiter gekommen zu sein, sah aber doch die Sachlage einigermaßen ein. König Wilhelm teilte Besprechung und Briefwechsel unter gerechter Würdigung an König Ludwig mit, ohne jede Baden feindliche Bemerkung wie er sie früher häufig hatte fallen lassen; an Ludwigs großmütigen Entschlüssen hänge die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Süddeutschlands und die Ruhe ganz Deutschlands.¹³⁶ Die bayerischen Ansprüche hielt Württemberg auch weiterhin für berechtigt; es unterschied sich darin von Preußen, mit dem es sonst über die Art der Ausgleichung im Wesentlichen übereinstimmte; ihre Gesandten arbeiteten auch ferner in München wie in Karlsruhe im Dienst der Vermittlung zusammen.

Auf Grund der letzten bayerischen Note glaubte auch Preußen Baden zur Verhandlungsteilnahme auffordern zu können; denn sie entsprach wenigstens in großen Zügen den badischen Bedingungen und man wußte, daß mehr vorläufig von Bayern nicht zu erreichen war; selbst Bernstorff bezweifelte, ob König Ludwig bei seinem Charakter und dem Umfang seiner früheren Wünsche eine weitere Mäßigung mit seiner Würde vereinbar halten könne.¹³⁷ Für das noch näher zu bestimmende Gebietsopfer mußten eben Beweggründe gefunden werden, die gegen Badens Prinzipien und Machtstellung nicht verstießen.

Nach Verständigung Preußens mit Württemberg überreichten die Gesandten beider Länder in Karlsruhe nahezu gleichlautende Noten mit den Punkten einer Verhandlungsbasis.¹³⁸ Man hatte die bayerische These milder formuliert und sprach außer von Zollanschluß, Aufhebung des Beinheimer Entscheids und Ausgleichung geringfügiger Streitigkeiten vom Austausch einzelner kleiner Grenzdistrikte in der Maingegend nach gegenseitiger Konvenienz. Die Begründung brachte Preußen in seiner Note ausführlicher als Württemberg. Zum ersten Mal sprach Preußen eine etwas kräftigere Sprache zu Baden: Bayerns Vorschläge

135. Markgraf Wilhelm an Kg. Wilhelm 5. V. 30 ebd.

136. Kg. Wilhelm an Kg. Ludwig 9. V. 30 ebd.

137. Bernstorff an Otterstedt 26. V. 30 G. St. B. 81/II.

138. Otterstedt an Berstett 6. VI. 30 G. St. M. A. St. 93 l.

Bismarck an Berstett 6. VI. 30 ebd.

deuteten mit keiner Spur auf die Successionsfrage, sondern zeigten ernstes und aufrichtiges Bemühen, alle Irrungen zu beseitigen; trotzdem werde hiermit die Erbfrage für immer erledigt, während ein Weiterbestehen des Beinheimer Entscheids oder eine Erörterung der Surrogatsbestimmung immer zu Schwierigkeiten führen würde. Wenn auch Preußen die bayerische Auffassung nicht theile, daß die Surrogate im Verhältnis der von Bayern und Baden 1803 erhaltenen Entschädigungen stehen müßten, so lasse sich bei Aufhebung der Erbverträge doch aus einer solchen Ungleichheit der preiszugebenden Ansprüche eine Entschädigung Badens an Bayern in Form eines kleinen Tauschüberschusses für Bayern rechtfertigen, der gewiß nicht als Kaufpreis für die Anerkennung der Erbfolge ausgelegt werden könne. Selbst die Verfassungen stünden dem nicht entgegen, da die Erbverträge schon vor ihnen bestanden hätten. Da auch Rußland und Frankreich Baden wiederholt zu einem Abkommen aufgefordert hätten, so werde dessen Ablehnung nur die Mächte für Bayern einnehmen und Baden dürfe sich dann nicht wundern, wenn es sich plötzlich mehr Gegnern gegenübersehe. Deutlicher konnte Preußen, das zwar selbst seine bisherige Haltung nicht ändern wollte, aber für die anderen nicht garantieren könnte, die Gefahren einer Absage nicht vorstellen.

Trotzdem trat der gewünschte Erfolg in Karlsruhe nicht ein. Der geforderte Gebietsüberschuß erregte überall Anstoß. Am raschesten war der Großherzog durch Otterstedt und Bismarck, die einen förmlichen Operationsplan verabredet hatten, wieder beruhigt. Neben ihm trat sein Bruder, der Markgraf Wilhelm, entschieden für die Annahme der Vorschläge ein, da er sonst eine Isolierung Badens befürchtete. Aber die Regierungskreise, außer dem Finanzminister Boeckh, hielten am bisherigen Standpunkt fest. Staatsratssitzungen und Ministergutachten liefen immer auf dasselbe Ergebnis hinaus: die bayerischen Eröffnungen verschleierte die eigentlichen Ansprüche; ohne Einblick in die einzelnen Tauschpunkte könne man sich nicht weiter äußern, — eine mindestens begreifliche Vorsicht.¹³⁹ Am ablehnendsten verhielt sich Berstett; er hielt den auch ihm

139. Otterstedt an Bernstorff 7., 14. VI. 30 G. St. B. 81/II.

erwünschten Abschluß des Streites ohne Opfer für möglich; auch 1818 in weit ungünstigerer Gesamtkonstellation hätten sich die Mächte eindeutig für das Recht erklärt, warum sollten sie nun plötzlich davon abstehen? Eine völlige Absage wagte jedoch auch er nicht zu vertreten. So schlug er vor, was Leopold schon länger erwogen hatte, den Finanzminister Boeckh nach Berlin zu schicken, noch nicht zu Unterhandlungen, wie Preußen sie wünschte, sondern um Aufklärung über die inneren Verhältnisse Badens zu geben und um eine annehmbare Basis der fraglichen Unterhandlungen zu besprechen.¹⁴⁰ Der Staatsrat zeigte sich einverstanden. Boeckh konnte als Finanzminister die Handelsinteressen am besten mit berücksichtigen. Er war Preußen willkommen, da er allen Auswegen zugänglich war, die das Erbfolgerecht nicht berührten. Deswegen versuchten zwar manche, wie z. B. der Staatsrat Winter, seine Mission zu hintertreiben. Aber schließlich siegte doch die vorantreibende Partei mit Jolly an der Spitze. Natürlich wurde Boeckh sein Verhalten genau vorgeschrieben. Die Ausarbeitung seiner Instruktion nahm einige Wochen in Anspruch. Otterstedt drängte, da Bernstorff zu einem Kuraufenthalt aus Berlin verreisen wolle und bei seiner Abwesenheit die Reise Boeckhs leicht zwecklos werden könne.¹⁴¹

Zu allem Unglück bestärkten dann noch zwei unerwartete, an sich bedeutungslose, Ereignisse das Widerstreben Berstetts. In München hatte der inzwischen heimgekehrte König zu Fahrenberg bei dessen Antrittsaudienz nach der Thronbesteigung Leopolds bemerkt, daß er mit Leopold in freundschaftlichstem Einvernehmen zu stehen wünsche, aber erst, wenn seine gerechten Forderungen wegen Sponheim befriedigt seien. Darin erblickte Baden sofort wieder den harten Widerstand Ludwigs, wiewohl Armansperg Fahrenberg sofort zu beschwichtigen suchte.¹⁴² Außerdem gelangte ein österreichisches Schreiben nach Karlsruhe, worin Oesterreich alles für Baden zu tun versprach, wenn dieses sich von Preußen löse und dem Handelsverein nicht

140. Gutachten Berstetts Juni 30 G. L. K. II Gen. 17.

141. Otterstedt an Bernstorff 22. VI. 3. GÖ St. B. 81/II.

142. Fahrenberg an Berstett 12. VI. 30 G. L. K. Spec. 13.

beitrete.¹⁴³ Dazu kamen bedenkliche Einflüsterungen vom Johannisberg, wo in jenen Monaten gerade Metternich weilte und Berstett wiederholt zu einem Besuch auffordern ließ. Dieser wäre der Einladung mit Freuden nachgekommen, wurde aber vom Großherzog gehindert, da man nun einmal mit Preußen in Verhandlung stand und keinen Verdacht der Zweideutigkeit erregen wollte.¹⁴⁴ So machte nur Blittersdorf von Frankfurt aus wie alle anderen dortigen Gesandten auf dem Johannisberg seine Aufwartung; er stellte Metternich vor, daß nur das bisherige zurückhaltende Benehmen Oesterreichs an der badischen Schwenkung nach Preußen und an der Verbindung Sponheims mit den Handelsdingen schuld sei, daß Metternich aber das Fortschreiten des preußischen Systems in Deutschland und vor allem Badens Anschluß aufhalten könne, wenn er einen Vergleich ohne Opfer für Baden zustande bringe. Metternich versprach in diesem Sinn zu wirken. Blittersdorf empfahl zu Hause sehr, diesen Faden weiterzuspinnen.¹⁴⁵ Aehnlich wirkte Buol, vom Johannisberg nach Karlsruhe zurückgekehrt, indem er die besten österreichischen Dienste versprach. Zum Glück war Baden vor solchen Vorspiegelungen durch Erfahrung gewarnt. Nur Berstett mußte scharf beobachtet werden, um diesem Einfluß nicht zu erliegen; die übrigen Kreise hielten es für unvereinbar mit dem Vertrauen, das Baden von Preußen empfing, noch nach einer anderen Seite hin anzuknüpfen.¹⁴⁶ Blittersdorf wurde durch Hennenhofer energisch zurechtgewiesen.¹⁴⁷ Vergeblich bot Oesterreich noch öfter seine Unterstützung an, wenn Baden sich ihm näherte.¹⁴⁸

Unterstützt von Jolly und Hennenhofer gelang es Otterstedt schließlich, auch alle übrigen Bedenken zu vertreiben, zumal Bernstorff sich zur vorgeschlagenen Vorbesprechung bereit erklärte und versprach, Boeckh in Berlin zu erwarten, wenn er

143. Badische Informationsschrift für das Treffen in Bauschlott 2. V. 30 G. St. B. 33/VI.

144. Berstett an Blittersdorf 14. V. 30 G. L. K. Spec. 50.

145. Blittersdorf an Berstett 15. VI. 30 ebd.

146. Otterstedt an Bernstorff 27., 28. VI. 30 G. St. B. 81/II.

147. Hennenhofer an Blittersdorf 26. VI. 30 G. L. K. Spec. 50.

148. Otterstedt an Bernstorff 6. XII. 30 G. St. B. 81/II.

sofort reise.¹⁴⁹ Nach nochmaliger Beratung im Staatsrat zwischen Leopold, Berstett, Berckheim, Hennenhofer, Winter, Jolly und Boeckh reiste dieser Ende Juni nach Berlin ab.

Inzwischen war Armansperg in Berlin gewesen. Die Ausführung dieser Reise hatte der König, als er von den preußischen Vorschlägen erfuhr, „ohne Widerrede“ Armanspergs befohlen. Ludwig versprach sich von der längst geplanten persönlichen Einwirkung mehr Erfolg als von fortgesetztem Notenwechsel. Armansperg sollte namentlich bei Motz und Witzleben die Vorteile des Gebietszusammenhangs für ganz Deutschland und die Geneigtheit des Königs schildern, wenn dieser, bzw. der Erwerb Mannheims und Heidelbergs, erreicht werde, sich mit 5000 Seelen Ueberschuß zu begnügen, während er andernfalls auf den 30 000 bestehen müsse, und auf 15 000, wenn er Weinheim und die Straße nach Mannheim erhalte.¹⁵⁰ Obwohl Armansperg dies für unerreichbar hielt, besonders, weil Preußen Baden nicht so viel zumuten dürfe, um es nicht in die Arme Oesterreichs zu treiben, wollte er doch alles versuchen.¹⁵¹ Um nirgends Mißtrauen zu erwecken, namentlich nicht bei Oesterreich, dessen neuestes Werben um Baden ihm nicht entgangen war, gab Armansperg überall vor, mit Luxburg, der ihm nach Plauen in Sachsen entgegenkomme, die Handelsverhältnisse zu besprechen. Luxburg war dann eben plötzlich verhindert, in Plauen zu erscheinen, und Armansperg wurde gezwungen, seine Reise nach Berlin fortzusetzen.¹⁵²

Dort traf er am 26. Mai unerwartet ein, am selben Tag, an dem die preußischen Vermittlungsanträge an Baden abgegangen waren. Sein Erscheinen erweckte neben allgemeinem Erstaunen doch Hoffnung auf einen Ausgleich auf der Basis der preußischen Vorschläge vom 28. März 1830.¹⁵³ Armansperg überbrachte einen Brief seines Königs an Friedrich Wilhelm, den Ludwig in Italien, als er dem Minister die Reise befahl, geschrieben hatte. Er sprach von den mäßigen For-

149. Bernstorff an Otterstedt 17. VI. 30 ebd.

150. Kg. Ludwig an Armansperg 10. V. 30 G. H. M. 89/4 V.

151. Armansperg an Kg. Ludwig 21. V. 30 ebd. IIA 14.

152. Armansperg an Gasser 8. VII. 30 G. St. M. A. St. 93m.

153. Bernstorff an Otterstedt 28. V. 30 G. St. B. 81/II.

derungen Bayerns und von dem besonderen Vertrauen auf Preußen, um dessentwillen man die angebotene Vermittlung Frankreichs ausgeschlagen habe. Ludwig appellierte auch an das Traditionsgefühl des preußischen Königs: „Mit Freuden wiederhole ich es, daß mein Haus in Bayerns Besitz sich noch zu befinden, König Friedrich II. zu danken habe, und möchte auch ich E. M. verdanken, in den einer mir gebührenden Erbschaft zu gelangen“.¹⁵⁴ Bei Preußen verfangen solche Andeutungen nicht, wenn sie nach seiner Auffassung vom Boden des Rechts und der Wirklichkeit abwichen. Doch nahm man Armansperg überall freundlich auf. Sowohl in der Audienz beim König wie in den Unterredungen mit Bernstorff, Eichhorn, Witzleben und Motz, den er in Halle getroffen hatte, gewann er die Ueberzeugung, daß Preußen Bayern wohl gesinnt sei und ein aufrichtiges Zusammenarbeiten wünsche. In der badischen Sache erkannte er die Grenzen, die Preußen gezogen waren,¹⁵⁵ und andererseits sah Preußen den guten Willen Armanspergs und die Unmöglichkeit, beim König immer mit mäßigen Vorschlägen durchzukommen.¹⁵⁶ Schließlich versprach Preußen für dessen Herzenswünsche bei den kommenden Verhandlungen sein Möglichstes zu tun. Armansperg reiste nach mehreren Tagen befriedigt wieder ab. In seiner Antwort an Ludwig drückte Friedrich Wilhelm aus, daß er sich von seiner „Vermittlung alles versprechen dürfe, was strenge Unparteilichkeit gestatten kann“.¹⁵⁷

Preußen hielt, was es versprochen hatte. Als Boeckh am 27. Juni nach Berlin kam und instruktionsgemäß ein Gebietsopfer als unmöglich erweisen wollte, ließen ihn die leitenden Kreise, unterstützt von dem württembergischen Gesandten Linden, einsehen, daß man dann eben überhaupt nie zu einem Ergebnis kommen werde. Auch Baden wollte aber das Scheitern der Verhandlungen nicht verschulden. Es gab sogar zu,

154. Kg. Ludwig an Kg. Friedrich Wilhelm 11. V. 30 G. St. M. A. St. 93 I.

155. Armansperg an Kg. Ludwig 9. VI. 30 ebd. 93m.

156. Frankenberg an Berstett 3. VI. 30 G. L. K. Spec. 35.

157. Kg. Friedrich Wilhelm an Kg. Ludwig 1. VI. 30 G. St. M. A. St. 93 I.

daß nur, wenn Sponheim bereinigt wäre, wirkliche Ruhe eintreten könnte. Es war Bernstorff darum zu tun, Baden nur einmal vertraglich auf die vorgeschlagene Basis festzulegen, und Boeckh, der sich ursprünglich nur hatte orientieren sollen, hatte auch Vollmacht, eine vorläufige Abkunft über die Grundlagen einer Verhandlung, nicht über Einzelpunkte, abzuschließen. Nach verschiedenen Unterredungen brachte ihn Bernstorff dahin, eine Note als Antwort auf die letzten preußischen Vorschläge abzugeben. Bernstorff entwarf sie sogar selbst, um ihr eine Gestalt zu geben, die auf der bayerischen Seite ihren Eindruck nicht verfehlen könne, hielt sich aber dabei doch im wesentlichen an Boeckhs Vorstellungen und Vorschläge. Er führte darin sämtliche Gründe gegen eine Grenzregulierung an, namentlich die Anhänglichkeit der Untertanen; weil Baden den Ausgleich jedoch sehr wünsche, wolle es sich äußerstenfalls zu einem kleinen Gebietstausch nach gegenseitiger Konvenienz herbeilassen. Um einen noch stärkeren Beweis des Entgegenkommens zu geben, sei es bereit, der gegenwärtigen Erklärung eine bindendere Form zu geben und ohne Verzug darüber eine Punktation mit Bayern abzuschließen. Boeckh hatte diese schon aus Karlsruhe mitgebracht, wo sie den preußischen Vorschlägen ziemlich entsprechend abgefaßt worden war. Sie sprach vom Beitritt zum Handelsverein, von der Aufhebung sämtlicher Familienverträge bezüglich Sponheims, der Beilegung sonstiger Streitigkeiten und schlug „zur weiteren Betätigung der beiderseitigen auf Entfernung künftiger Differenzen und Erfüllung billiger Wünsche gerichteten Gesinnungen, eine den gegenseitigen Staatsinteressen entsprechende Grenzregulierung und einem damit verbundenen Austausch einzelner Distrikte“ vor.

Wenigstens im allgemeinen war ein Einverständnis über einen Gebietsausgleich ausgesprochen und Bayerns Bedingung einigermaßen erfüllt. Freilich von einem Landopfer war nirgends die Rede; und bei dieser Unterlassung setzten auch sofort Luxburgs Bedenken ein, als ihm Note und Punktation, die Boeckh offiziell wiederum an Bernstorff am 2. Juli gerichtet hatte, zur Begutachtung vorgelegt wurden. Bernstorff beruhigte ihn, er habe von Boeckh die feste Zusicherung, sich

einem geringen Opfer nicht zu verschließen, so lange es die badischen Prinzipien nicht verletze. Auch habe Bayern bei diesem Abkommen nur zu empfangen, nicht zu geben, und behalte seine Ansprüche, wenn wider Vermuten die Einigung nicht zustande käme; denn der letzte Punkt der vorgeschlagenen Vereinbarung besagte ausdrücklich, daß, falls man sich nicht wegen aller einander bedingenden Punkte verständige, aus der Uebereinkunft sowie aus den darauf gebauten Unterhandlungen kein Verzicht oder Zugeständnis gefolgert werden sollte. So erklärte sich Luxburg endlich einverstanden, nachdem er in Besprechungen mit Bernstorff, Eichhorn und Linden vergeblich in den Text zu der „Erfüllung billiger Wünsche“ noch „Befriedigung billiger Ansprüche“ oder wenigstens „Erfüllung billiger Erwartungen“ einzufügen versucht hatte.¹⁵⁸ Auch ohne diese Zusätze, deren Aufnahme Boeckh verweigerte, erhielt der Punkt über den Gebietsaustausch eine für Bayern hoffnungsvolle Fassung. Denn während die badische Punktation noch davon sprach, daß beide Teile ihre auf „Erfüllung billiger Wünsche gerichteten Gesinnungen“ bei einer Grenzregulierung bezeigen sollten, versprach das nunmehr nur der badische Hof. Wenn also diese Gesinnungen sehr entgegenkommend waren, dann konnte Bayern davon ein Gebietsopfer beim Tauschgeschäft erwarten. Luxburg glaubte diese Fassung beantworten zu können und schloß am 10. Juli mit Boeck eine Präliminarübereinkunft unter Garantie der preußischen und württembergischen Vermittlungsbevollmächtigten.

Das Abkommen bestätigte die an Baden am 6. Juni gerichteten Vermittlungsvorschläge, wie sie im wesentlichen aus der bayerischen Verbalnote vom 17. Mai an Küster übernommen worden war: 1. Beitritt Badens zum süddeutschen Zollverein; 2. Aufhebung des Beinheimer Entscheides und aller deshalb bestehenden Verträge samt allen darauf beruhenden Rechten und Ansprüchen, namentlich der wechselseitigen Successionsrechte; 3. Grenzregulierung entsprechend den beiderseitigen Staatsinteressen und damit verbunden Austausch einzelner Distrikte

158. Luxburg an Kg. Ludwig 12. VII. 30 ebd.

Frankenberg an Berstett 6, VIII, 30 G. L. K. Spec. 35.

sowie Ausmittlung der nach dem Frankfurter Rezeß Bayern gebührenden Militärstraße durch Baden; 4. Ausgleich aller sonstigen schwebenden Streitigkeiten; 5. Fortdauer der Ansprüche bei Scheitern der Verständigung. Bezüglich der Form der Unterzeichnung gab es noch eine kleine Meinungsverschiedenheit. Boeckh wollte eine Note mit den beiderseitigen Unterschriften, gab aber schließlich Luxemburg nach und stellte diesem „einen unilateralen Akt, von ihm allein unterschrieben“ gegen ein von Luxemburg unterzeichnetes Exemplar aus.¹⁵⁹

Die Ratifikation des Abkommens durch die Monarchen erfolgte bald. In Baden zeigten sich Großherzog und Regierungskreise erfreut über den Abschluß.¹⁶⁰ Bei König Ludwig mußte Armansperg erst einige Bedenken überwinden.¹⁶¹ Aber wenn dem König eine Entscheidung auch nur mühsam abgerungen war, konnte er nachher doch leidenschaftlich dafür eintreten. So schrieb er jetzt im Ueberschwang der Gefühle einen Brief an Bernstorff, in dem er nicht genug Freundschaft, Dank und Glauben an Preußens weitere günstige Gesinnung beteuern konnte.¹⁶²

Das Abkommen ließ Bayern dem Schein nach gerechtfertigt dastehen und gab gleichzeitig für Baden eine Form ab, die das Prinzip nicht verletzte. Die Bahn zum Ausgleich war bereitet. Der erste Abschnitt der preußischen Vermittlung, die nahezu ein Jahr vorher begonnen hatte, war beendet.

II.

Die nächsten Stufen waren Einzelverhandlungen über die Punkte der Präliminarübereinkunft, die im Herbst 1830 stattfinden sollten. Obwohl die Punktation keinem Teil etwas vergab, trug sie doch von Anfang an den Keim unliebsamer Meinungsverschiedenheiten in sich, da jeder sie nach seinen Interessen auslegen konnte.

159. Präliminarabkommen 10. VII. 30 G. L. K. II Gen. 12.

160. Gh. Leopold an Kg. Friedrich Wilhelm 22. VII. 30 ebd. Spec. 36.
Jolly an Bernstorff 24. VII. 30 G. St. B. 71/I.

161. Armansperg an Kg. Ludwig 17. VII. 30 G. St. M. A. St. 93 I.

162. Kg. Ludwig an Bernstorff 22. VII. 30 G. St. B. 71/I.

Schon als König Ludwig im Mai nach schwerem Kampf der bedingten Annahme der preußischen Vorschläge zustimmte, war er fest entschlossen, ohne alsbaldige angemessene Gebietsabtretung keine Uebereinkunft zu schließen. Seinem „besten Nachbarn“, dem König von Württemberg, teilte er damals unverhohlen mit, „lieber diese Angelegenheit jetzt nicht geendigt als schlecht geendigt; der Tag wird dann schon kommen, an dem Bayern zu seinem vollen Rechte gelangen und Baden es bereuen wird, mein mäßiges Begehren verworfen zu haben“.¹⁶³ Auch nach seiner Berliner Reise hatte Armansperg vergeblich den Vorteil der preußischen Freundschaft, des großen Handelsvereins und der Eintracht im Süden hervorgehoben: er mußte dem Gesandten in Berlin, entgegen ihrer Abrede, als nähere Instruktion für eine Präliminarübereinkunft zwei Tauschpläne mitteilen,¹⁶⁴ die diesen aber zum Glück erst erreichten, als die Verhandlungen mit Boeckh schon so weit gediehen waren, daß sie durch Vorlegen dieser Pläne gescheitert wären. So machte er von der Erlaubnis Gebrauch, sie zurückzuhalten, bis Baden dem preußischen Vorschlag vom 26. Mai zugestimmt habe, was erst in dem Präliminarabkommen geschah. Dabei wurden dann Einzelverhandlungen bis zum Herbst verschoben, und bis dahin hoffte Luxburg gemäßigte Vorschläge zu erhalten.

Der erste dieser beiden Pläne vom Juni 1830 sah einen Tausch vor, der Bayern die Aemter Heidelberg, Mannheim, Weinheim, Ladenburg und Schwetzingen gegen die Kantone Langenkandel, Bergzabern, Teilen von Germersheim, Dahn und Pirmasens verschaffte. Im ganzen sollten über 82 000 Untertanen ausgetauscht werden, wobei Bayern für sich als Sponheimer Entschädigung einen Ueberschuß von 24 000 anrechnete, den es aber äußerstenfalls auf 5000 herabsetzen wollte gegen weitere Abtretungen aus den Kantonen Zweibrücken und Neuhornbach. Darin lag eine doppelte Mäßigung gegenüber den Vorschlägen an Preußen vom März 1830: der Gebietszusammenhang wurde nicht hergestellt, da die Aemter Neckargemünd, Eberbach und Buchen fehlten, und der für diesen Fall ver-

163. Kg. Ludwig an Kg. Wilhelm 28. V. 30 G. St. M. A. St. 93m.

164. Armansperg an Luxburg 18. VI. 30 ebd.

langte Ueberschuß von 30 000 Einwohnern wurde nicht festgehalten. Nur der romantischen Seite des Königs wurde nachgegeben und der Besitz der alten Stammlande gefordert, wenigstens zum Teil. Deshalb durfte die Reversibilität der Pfalz mit keinem Wort erwähnt werden, damit es nicht scheine, als habe sich Bayern seiner Ansprüche darauf und auf die Kontiguität begeben. Immerhin hätte eine Erfüllung dieses Planes Bayern die Haupt- und Glanzpunkte der Pfalz verschafft. Deshalb zog ihn der König bei weitem dem zweiten vor, den man nur auf dringendes Anraten Armanspergs¹⁶⁵ Luxburg mitteilte, um äußerstes Entgegenkommen zu zeigen, falls Preußen und Baden den ersten ablehnten.

Das zweite Projekt forderte nur das Amt Weinheim, Teile des Amtes Ladenburg, die Aemter Wertheim und den Ort Gerchsheim gegen Abtretung des bayerischen Amtes Hagenbach und gewisse Teile der Standesherrschaft Amorbach. Das bedeutete einen Tausch von über 31 000 Untertanen mit einem Ueberschuß von 24 000 für Bayern, den es für den Notfall auf 15 000 beschränkte unter eventueller Zugabe eines Teiles des Kantons Langenkandel. Zu diesem Plan aber fügte der König eigenhändig hinzu, daß die hierin fehlenden Besitzungen des ersten Planes nach Verlauf von zwei Jahren von der Uebereinkunft an abgetreten werden müßten, was in einem Geheimartikel anzubringen sei. Besonders zu betonen sei dabei, daß Baden, wenn man sich jetzt auf den Ueberschuß von 15 000 einige, in zwei Jahren bei dem Tausch der restlichen Gebiete 9000 Seelen gewinne.¹⁶⁶ Der König stellte die schwierigsten Rechenexempel auf, um zu seinen Wünschen zu gelangen!

Luxburg war entsetzt über diese Vorschläge und beschwor Armansperg, dem König vorzustellen, daß „von einem größeren Ländertausch kein Gedanke sein kann“. Grenzregulierung, und zwar im Maingebiet, sei das einzig Mögliche, wobei man ja durch Handelsverein und Militärstraße eo ipso Herr der badischen Pfalz werde.¹⁶⁷ Auch dem König schrieb Luxburg

165. Armansperg an Kg. Ludwig 17. VI. 30 ebd.

166. Kg. Ludwig an Luxburg 18. VI. 30 ebd.

167. Luxburg an Armansperg 13. VII. 30. G.St.M. A. St. 93m.

in diesem Sinn, wenn auch minder leidenschaftlich.¹⁶⁸ Ludwig aber blieb darauf bestehen: lieber Sponheim nicht bereinigt als schlecht.¹⁶⁹ Armansperg hielt die Zeit noch nicht für gekommen, um energisch die Mäßigung zu fordern, die er selbst als richtig erachtete. So betonte er einstweilen nur die Schwierigkeiten eines großen Austausches, namentlich weil auch die bayerischen Untertanen ungern ihren Herrscher wechseln würden. Im übrigen aber kenne er die Absicht S. M. zu gut, „um jetzt schon ganz davon abzuraten, bevor sich die völlige Unmöglichkeit gezeigt hat“.¹⁷⁰ Luxemburg erhielt neben der Ratifikation der Präliminarübereinkunft die Weisung, für die künftigen Unterhandlungen die Instruktionen vom 18. Juni 1830 anzuwenden.¹⁷¹

Der König ereiferte sich förmlich in zahlreichen Betrachtungen, die er während der nächsten vierzehn Tage an Armansperg richtete. Sie kreisten alle um den Erwerb Mannheims und Heidelbergs mit den verschiedensten statistischen Erwägungen und Berechnungen; wie ein roter Faden, sagte er, ziehe sich der Wunsch nach Wiedererwerb der Pfalz durch sein ganzes Denken seit ihrer Abtretung. Baden werde wohl nachgeben, sobald es wisse, „daß keine Ruhe von mir zu denken sei, bis ich nicht Mannheim und Heidelberg habe“.¹⁷² Um diese Einsicht herzustellen, wünschte er eine Reise Armanspergs oder des Staatsrats Maurer nach Karlsruhe;¹⁷³ aber Armansperg lehnte ab, um Baden nicht vor den Kopf zu stoßen.¹⁷⁴

Der Minister selbst stellte sich schon bald nach der Ueber-einkunft vom 10. Juli ganz auf den zweiten Plan ohne Geheim-artikel ein. Er wußte, daß man, um Vertrauen zu erwerben, den Bogen nicht überspannen durfte. Auch hatte ihm Fahren-berg im Auftrag Berstetts ausdrücklich mitgeteilt, daß Baden

168. Luxemburg an Kg. Ludwig 12. VII. 30 G. H. M. ARO 26.

169. Kg. Ludwig an Armansperg 16. VII. 30 ebd. 89/4 V.

170. Armansperg an Kg. Ludwig 17. VII. 30 G. St. M. A. St. 93m.

171. Armansperg an Luxemburg 21. VII. 30 ebd.

172. Kg. Ludwig an Armansperg 30. VII., 3. VIII., 8., 12. VIII. 30 G. H. M. 89/4 V.

173. Kg. Ludwig an Armansperg 30. VII. 30 ebd.

174. Armansperg an Kg. Ludwig 27. VIII. 30 ebd. ARO 26.

außer im Maingebiet keinen Tausch vornehmen werde, — diesen jedoch bewilligen wolle, um dem Ausgleich einen sichtbaren Erfolg zu geben.¹⁷⁵ Die Beschränkung auf die Main-egend glaubte Armansperg beim König nicht durchsetzen zu können, da dieser es als Ehrensache betrachtete, wenigstens einen Teil der pfälzischen Stammlande jetzt zu erwerben. Genug, wenn er nur die königliche Zustimmung zum bedingungslosen zweiten Tauschplan erlangte.¹⁷⁶

Dabei kam ihm die Umwälzung in Frankreich wesentlich zu Hilfe, die auf die Nachbarländer überzugreifen drohte. Einigkeit in der Abwehr schien geboten. Ludwig freilich sah darin einen Grund mehr, den Zusammenschluß mit seinem linksrheinischen Besitz zu erwerben, woran auch Preußen jetzt mehr denn je gelegen sein müsse; auch werde Preußen jetzt besonderen Wert darauf legen, sich Bayern geneigt zu machen.¹⁷⁷ Doch ließ er sich durch Armanspergs Vorstellungen, daß die nötige Einigkeit nur durch Herabsetzung der bayerischen Forderungen zu erzielen sei, schließlich zum Nachgeben bewegen. Würden, so argumentierte Armansperg, die linksrheinischen Lande gerade jetzt, da sie manchen westlichen Anfechtungen ausgesetzt seien, einen Herrscherwechsel gut bestehen? Das kleine Baden sei nicht fähig, Einflüsse von außen ebenso kraftvoll abzuwehren, wie das viel stärkere Bayern, ganz abgesehen davon, daß Baden den linksrheinischen Besitz nie wünschte, eben wegen der durch Frankreichs Nähe bedingten unsicheren Verhältnisse. Auch sei in Frankreich das Verlangen nach dem Besitz des linken Rheinufers wieder besonders laut geworden. Der Rheinkreis als abgerundetes Ganzes erhalte so erhöhte politische Wichtigkeit und könne nur ungeteilt kräftig verteidigt werden, wobei doch der König sicher nicht gern von der Vorhut am Rhein zurücktreten wolle. Schließlich sei auch noch zu berücksichtigen, daß der gesamte Rheinkreis den französischen Vorspiegelungen desto leichter widerstehen werde, je eher er aus den drückenden Zolllinien

175. Berstett an Fahrenberg 6. VIII. 30 G. L. K. Spec. 13.

176. Armansperg an Luxburg 12., 29. VIII. 30 G. St. M. A. St. 93m.

177. Kg. Ludwig an Armansperg 12. VIII. 30 G. H. M. 89/4 V.

durch einen allgemeinen Zollverein befreit sei und das wiederum sei an die Sponheimer Lösung geknüpft.¹⁷⁸

Diesen Vorstellungen konnte sich Ludwig um so weniger verschließen, als auch seine deutsche Ehre davon berührt wurde. Er verstand sich also dazu, von einem Tausch mit linksrheinischem Gebiet abzustehen und sich auf den zweiten Tauschplan vom 18. Juni zu beschränken, den Armansperg noch etwas modifiziert hatte. Darnach wollte Bayern statt des Zweibrücken'schen Amtes Hagenbach das ganze Herrschaftsgericht Amorbach abtreten, außer einigen Fluren nördlich der Stadt Amorbach, also in der Nähe des Mains, die für Bayern immerhin einigen Wert besaßen. Badens Abtretungen blieben die vorgesehenen; eine von Armansperg angeregte Beschränkung auf den Teil des Amtes Weinheim, der die Verbindungsstraße zum Rhein hergestellt hätte, lehnte der König ab. Doch willigte er ein, durch Minderung der Abtretungsforderung im Amt Wertheim (nur die am Main gelegenen Wertheimischen Gemeinden wollte er erwerben) den Ueberschuß von 24 000 Seelen auf 15 000 zu reduzieren, wenn anders nicht voranzukommen sei.

Auf einen letzten Antrag Armanspergs, der, um nichts unversucht zu lassen, für den äußersten Notfall einen Tausch im Main-Taubergebiet ins Auge faßte, ging Ludwig gar nicht ein, so beredt auch jener die Nachteile eines gänzlichen Scheiterns entwickelte: wenn Preußens Neigung für Bayern erkalte, werde dieses überall von Feinden umgeben und auf Erhaltung seiner Existenz beschränkt sein, während es jetzt die schönste Gelegenheit finde, ein noch nie erlangtes politisches Gewicht zu erreichen. Schwerlich werde es ein zweites Mal möglich sein, Sponheim mit Würde zu bereinigen; verglichen mit dem großen politischen Gewinn eines solchen Ausgleichs seien die Tauschgegenstände von untergeordneter Bedeutung. Als letzten Trumpf spielte Armansperg die Vorstellung aus, daß doch Sponheim gar nichts mit der Pfalz zu tun habe, deren Erwerb späteren Entwicklungen vorbehalten bleibe und namentlich bei Oesterreich zu reklamieren sei, daß aber dann eine unerledigte Spon-

178. Armansperg an Kg. Ludwig 15. VIII. 30 G. St. M. A. St. 93m.

heimer Frage jeden solchen Versuch unter Ausnutzung einer politischen Krise belasten werde.¹⁷⁹

Am 30. August wurden gleichwohl die Instruktionen im Sinn des Königs an Luxburg abgeschickt. Nur Schritt für Schritt solle er auf den Ueberschuß von nur 15 000 zurückweichen. Spätestens bis Jahresende müsse abgeschlossen werden. Nur nach Erledigung der Sponheimer Sache wollte man einen Zollvereinsvertrag ratifizieren, zu dessen Vorbereitung die Weisungen gleichzeitig an Luxburg abgingen. Auch wenn alle diese Bedingungen erfüllt würden, behielt sich der König die letzte Entscheidung noch vor.¹⁸⁰

Er hofft nämlich, in der Zwischenzeit Baden durch direkte Fühlungnahme bei Beschränkung auf 6000 Seelen Ueberschuß doch noch zur Abtretung Mannheims und Heidelbergs zu bewegen. Um es dafür nicht mit linksrheinischem Gebiet entschädigen zu müssen, griff er den alten Plan einer Abtretung aus dem Rezatkreis wieder auf und verlangte von Armansperg vorläufig Aufstellungen darüber im Anschluß an das Projekt aus seiner Kronprinzenzeit.¹⁸¹ Armansperg legte sie einen Tag nach Abgang der Instruktionen an Luxburg vor. Bayern hätte darnach außer Amorbach Gebiete aus den Aemtern Uffenheim und Leutershausen, den Landgerichten Röttingen, Feuchtwangen, Dinkelsbühl und Wassertrüdingen, die Stadt Rothenburg und die Herrschaft Schillingsfürst abtreten müssen, die zusammen einen schmalen Streifen an der bayerisch-württembergischen Grenze bildeten und im badischen Besitz sich wie ein langgestreckter Darm um Württemberg geschlossen und die an sich schon ungünstige Längenausdehnung des Großherzogtums noch wesentlich verschlechtert hätten. Da Armansperg sofort die Ausichtslosigkeit sowie die handels- und bevölkerungspolitischen Nachteile eines solchen Vorschlags klarstellte,¹⁸² kam der König nicht mehr darauf zurück.

Luxburg hatte die Instruktionen kaum erhalten, als Boeckh zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, wozu er sofort bei

179. Armansperg an Kg. Ludwig 20. VIII. 30 ebd.

180. Armansperg an Luxburg 30. VIII. 30 ebd.

181. Kg. Ludwig an Armansperg 15. VIII. 30 (Randbemerkung) ebd.

182. Armansperg an Kg. Ludwig 31. VIII. 30 ebd.

der Ratifikation des Präliminarvertrags bestimmt wurde, zum zweiten Mal in Berlin eintraf. Diesmal sollte das Schergewicht auf die Handelsbesprechungen gelegt werden. Da diese jedoch für Bayern und Baden von Sponheim abhingen, wurde Luxburg am 19. September von Bernstorff gebeten, über den am 10. Juli 1830 vorgesehenen Austausch Vorschläge an die vermittelnden Höfe zu bringen.¹⁸³ Luxburg reichte sie drei Tage später ein, und zwar von Anfang an den zweiten Plan, der nur den Ueberschuß von 15 000 Seelen vorsah. Er hielt es für besser, gleich die größte Mäßigung walten zu lassen, da er schon genug Widerstand gegen die Abtretung Weinheims und Ladenburgs voraussah. Er stellte die Vorteile des Tausches für beide Teile und für die militärische Verteidigung ganz Deutschlands ins beste Licht, nicht ohne dabei Bayerns berechnete Ansprüche, die nicht umsonst aufgegeben werden könnten, gebührend zu würdigen.¹⁸⁴

Trotzdem zeigten sich die Bevollmächtigten der vermittelnden Höfe höchst erstaunt über diese Vorschläge, die ihrer Ansicht nach nicht im geringsten dem Präliminarvertrag entsprachen, der einen mäßigen Ausgleich unter statistischen, nicht unter politischen und militärischen Gesichtspunkten vorsehe. Rhein- und Bergstraße dürften nicht unter veränderten politischen Einfluß treten, wie es bei Ausführung des bayerischen Planes geschehe. Man betrachtete es als unvereinbar mit der Vermittlerrolle, die bayerischen Vorschläge auch nur versuchsweise an Baden gelangen zu lassen, besonders nachdem Boeckh und Frankenberg in Berlin wiederholt versichert hatten, daß Baden nirgends als am Main einen geringen Tausch vornehmen werde. Nur um seinen guten Willen zu zeigen, fragte Bernstorff vertraulich Boeckh, ob es wahrscheinlich sei, daß Baden Weinheim und Ladenburg abtreten werde. Boeckh wies dies natürlich sofort zurück, da dadurch der bei Baden verbleibende Teil der Pfalz wirtschaftlich, militärisch und politisch zu sehr gefährdet würde. Um nicht alles scheitern zu lassen, bat Bernstorff Luxburg dringend, Bayern möge auf seine früheren, in

183. Bernstorff an Luxburg 19. IX. 30 ebd.

184. Luxburg an Bernstorff 22. IX. 30 ebd. Siehe Karte III!

der Note vom 17. Mai ausgesprochenen Entschlüssen zurückkommen.¹⁸⁵ Einstweilen kehrte Boeckh nach Karlsruhe zurück, da auch die Handelsvorschläge der Aenderung bedurften und seine Anwesenheit in Berlin, wie ihm Bernstorff versicherte, nicht nötig war.¹⁸⁶

Bernstorff setzte seine ganze Hoffnung auf Küsters Einfluß: er sollte kein Mittel unversucht lassen, Bayern nachgiebig zu stimmen.¹⁸⁷ Bei Armansperg fand er williges Gehör, aber beim König lagen die Aussichten für eine Umstimmung auch jetzt nicht günstig. Jedes unzeitige Drängen konnte alles verderben. Um sich nicht auf seine Ueberredungskunst allein zu verlassen, verabredete Armansperg mit Küster, daß dieser den König von Württemberg zur Einflußnahme auf Ludwig veranlasse;¹⁸⁸ denn König Wilhelm genoß trotz mancher Verstimmungen immer noch das meiste Vertrauen bei Ludwig.

Württemberg wünschte um seines Handels willen sehnlichst den Ausgleich. Der bayerische König hatte daher nach Abgang der bayerischen Vorschläge Schmitz wissen lassen, daß ohne Erledigung Sponheims die Handelseinigung nicht vorwärtsgehen werde. Ludwig schrieb dann sogar selbst an den württembergischen König und bat ihn, die letzten bayerischen Anträge zu unterstützen.¹⁸⁹ Jener hatte zwar an sich gegen die Gebietsforderungen nichts einzuwenden, hielt sie aber für zu weit gegriffen, um bei Baden Anklang zu finden.¹⁹⁰; doch wollte er seinen guten Willen zeigen, besonders da sich Luxemburg über das einseitig badenfreundliche Benehmen des württembergischen Bevollmächtigten für Handelssachen in Berlin, von Bismarck beschwerte, der, von Bernstorff gefragt, es als unwahrscheinlich bezeichnet hatte, daß Baden anderswo als im Maingebiet auf einen Tausch eingehen werde.¹⁹¹ Der württembergische König bemühte sich also, dem Markgrafen Wil-

185. Bernstorff an Luxberg 8. X. 30 ebd.

186. Bernstorff an Boeckh 11. X. 30 G. St. B. 71/I.

187. Bernstorff an Küster 8. X. 30 ebd.

188. Küster an Bernstorff 21. X. 30 ebd.

189. Kg. Ludwig an Armansperg 15. IX. 30 G. H. M. 89/4 V.

190. Küster an Bernstorff 30. IX. 30 G. St. B. 71/I.

191. Bernstorff an Küster 8. X. 30 ebd.

helm, als er sich einmal in Stuttgart aufhielt, die bayerischen Vorschläge schmackhaft zu machen. Doch Wilhelm erklärte sofort, auch im Namen seines Bruders, daß, außer einer Grenzberichtigung am Main, keine Gebietsabtretung in Frage komme, am wenigstens in der Pfalz. Württemberg hatte sich wiederum überzeugt, daß weiter in Baden nichts zu erreichen war. Es blieb nur übrig, immer wieder zu versuchen, Bayerns Vorschläge zu mäßigen. Als Küster die Einwirkung Stuttgarts zugunsten des Austausches im Maingebiet erbat, zeigte man sich daher sehr einverstanden. Nur eine persönliche Zusammenkunft der beiden Monarchen, wie sie Küster für zweckdienlich hielt, lehnte der württembergische König ab, außer sie ginge von Bayern selbst aus; denn er habe sich erst ein halbes Jahr vorher eine Absage geholt und wolle sich dem nicht ein zweites Mal aussetzen.¹⁹² So erhielt nur Schmitz Weisung, die Modifikation der bayerischen Vorschläge zu befürworten;¹⁹³ er und Küster konnten von da an wieder gemeinsam in München für den Ausgleich wirken und Armansperg kräftig unterstützen.

Auch Luxburg hatte an den König schon einen ernsten Mahnruf gerichtet und vor allem die redlichen Bemühungen Preußens betont, das sein Möglichstes getan habe, aber mehr nur durch Nachgeben Bayerns erreichen könne.¹⁹⁴ Armansperg suchte dieselbe Ueberzeugung dem König nahezubringen, als er bei ihm nach Einvernehmen mit Küster und Schmitz, die Modifikation der letzten Vorschläge beantragte. Auch wies er wieder einmal auf die Einstellung der Großmächte hin, die sich bis auf eine einzige, nicht sehr zuverlässige, gegen Bayern ausgesprochen hätten; auch beim Bund sei keine bessere Entscheidung zu erwarten, sondern die Aufwerfung der Frage könne dort nur den übelsten Eindruck gegen Bayern und eine der deutschen Sache sehr nachteilige Spannung unter den Bundesgliedern erzeugen. So möge der König, des Zollvereins wegen, der immer wichtiger werde, und um des Ruhmes willen, der deutschen Einheit gedient zu haben, doch noch ein weiteres

192. Küster an Bernstorff 17. X. 30 ebd.

193. Beroldingen an Schmitz 18. X. 30 G. St. M. A. St. 93n.

194. Luxburg an Kg. Ludwig 9. X. 30 ebd.

Opfer bringen und der Grenzregulierung nur am Main zustimmen. Der Minister schlug hierfür den Erwerb des Stadt- und Landamtes Wertheim und größere Teile des Amtes Bischofsheim mit etwas über 20 000 Einwohnern gegen Abgabe eines Teiles des Herrschaftsgerichtes Amorbach mit ungefähr 6000 Seelen vor, so daß etwa ein Ueberschuß von 14—15 000 Einwohnern erzielt werde.¹⁹⁵ Zunächst erregte diese ungewisse Angabe 14—15 000 beim König den Hauptanstoß: das könnte leicht den Gegner zum Feilschen veranlassen; 15 000 vollständig müsse man mindestens verlangen und eigentlich sei das auch noch zu wenig. Schließlich sei doch das Main-Taubergebiet, namentlich auch wegen der Mittelbarkeit seiner Untertanen, weit weniger wert als die pfälzischen Kreise.¹⁹⁶ Vergänglich hatte Armansperg die Vorteile geschildert: die Konsolidierung am Main, die Absperrung Badens vom Main, die Möglichkeit einer Handelsstraße zwischen Würzburg und Miltenberg auf bayerischem Gebiet und ein festes Hinterland für die Festung Würzburg. Außerdem hatte Armansperg den König wiederum auf den Unterschied zwischen Pfalz und Sponheim aufmerksam gemacht: da es sich ja nicht um die Ansprüche auf die Pfalz handle, sondern um einen Ersatz für Sponheim, müsse man würdigen, daß die neuen Gebiete unmittelbar mit Bayern verbunden seien, während Sponheim weit abgelegen war. Ludwigs Ideenwelt jedoch erfüllte nur die Pfalz. Auch der Hinweis auf künftigem Ruhm verfiel nicht mehr: die schönen Worte vom Verdienst der Nachgiebigkeit sei er gewöhnt: sie seien auch gespendet worden, als es sich um Salzburgs Abtretung handelte; praktisch habe man davon nichts.

Deshalb wollte er noch einen direkten Vorstoß wagen. Hatte er von jeher doch den Weinheim-Ladenburger Tauschplan nur dann ratifizieren wollen, wenn vorher noch ein Versuch stattgefunden hätte, auch die übrigen pfälzischen Teile zu erlangen.¹⁹⁷ Jetzt wurde die längst gewünschte Reise des Staatsrates Maurer, eines Universitätsbekannten Großherzog Leopolds,

195. Armansperg an Kg. Ludwig 24. X. 30 ebd.

196. Kg. Ludwig an Armansperg 24. X. 30 (Randbemerkung) G. St. M. A. St. 93n.

197. Kg. Ludwig an Armansperg 30. VII. 30 G. H. M. 89/4 V.

nach Karlsruhe endlich ausgeführt, wenn auch nicht in offizieller Weise, so doch im Auftrag des Königs mit Wissen des Ministers. Maurer sollte den Großherzog zwar nicht für die Abtretung der ganzen Pfalz, wohl aber der von Preußen abgewiesenen Weinheim-Ladenburger Gebiete gewinnen.¹⁹⁸ Wie zu erwarten, zeitigten auch diese Bemühungen keinen Erfolg.

Wenn hiernach König Ludwig nun wirklich von der Pfalz abstand, wollte er wenigstens die Qualität durch Quantität ersetzen: er wünschte jetzt nicht 15 000 Ueberschuß als Minimum, sondern 16—17 000, was aber Armansperg ablehnte, jetzt seinerseits darauf hinweisend, daß diese Angabe nur Unbestimmtheiten und Verzögerungen hervorrufen werde; wenn man 15 000 als Ultimatum stelle, könne Baden nicht mehr feilschen. Zuletzt gestand er doch noch einen Ueberschuß von 18 000 Seelen zu, wobei Baden etwas mehr aus dem Amt Tauberbischofsheim abzutreten hatte.¹⁹⁹ Schweren Herzens willigte Ludwig ein: nur durch Deutschlands gegenwärtige Lage bewogen und um einen Beweis seiner deutschen Gesinnung zu geben, wolle er von der Entschädigung am Rhein abstehen. Freilich, für die Zukunft sollte das nicht gelten: „was ich jetzt nicht durch die Feder bekomme, wird das Schwert mir erwerben; denn Krieg wirds geben mit Frankreich früher oder später“.²⁰⁰ Der König wollte noch besonders bemerken, daß Baden ganz vom Main abgedrängt werden müsse, aber Armansperg fand dies zu provozierend und außerdem überflüssig. Schließlich setzte Armansperg noch eine zweite Instruktion durch, die für den äußersten Notfall die Beschränkung auf rund 15 000 Seelen zuließ, wobei aber Wertheim ganz erworben werden müsse und nur von Bischofsheim einige abliegende Teile weggelassen werden dürften.²⁰¹

Am 10. November gingen die Instruktionen an Luxburg ab. Vor Uebergabe der Vorschläge besprach sich der Gesandte mit Bernstorff und Linden, um nicht noch einmal eine Absage zu gewärtigen. Sie fanden die veränderte Instruktion annehm-

198. Kg. Ludwig an Armansperg 25. X. 30 ebd.

199. Armansperg an Kg. Ludwig 10. XI. 30 G. St. M. A. St. 93n.

200. Kg. Ludwig an Armansperg 10. XI. 30 (Randbemerkung) ebd.

201. Armansperg an Luxburg 10. XI. 30 ebd.

bar für Baden; nur einigte man sich über eine dem badischen Hof mundgerechtere Fassung. So enthielten die am 24. November Bernstorff überreichten und sogleich an Baden weitergeleiteten Vorschläge keine genauen Angaben über Umfang und Bevölkerungszahl der beiderseitigen Abtretungen, sondern deuteten nur den Verlauf der künftigen Grenze an. Sie sollte von der Würzburger Straße her über Gerchsheim, Großrinderfeld, Tauberbischofsheim, Steinbach, Hundheim, Neunkirchen, Eichenbüchel nach Miltenberg ziehen, so daß alle rechts dieser Linie gelegenen Distrikte samt Markungen und Dependancen der berührten Orte an Bayern fielen: von Miltenberg ab sollte sie über Weilbach, Weckbach, Göntz nach Erbach in Hessen verlaufen, so daß die links dieser Linie gelegenen Gebiete an Baden kämen.²⁰² Luxburg hatte mit dieser Formulierung seine Instruktion etwas überschritten, weil dadurch Teile des Herrschaftsgerichtes Miltenberg an Baden abgetreten wurden, die gar nicht vorgesehen waren. In München bemerkte man dies zuerst mißliebig, ließ es aber dann doch durchgehen, da auch in dieser Fassung der Ueberschuß von 18 000 Seelen, die Abtrennung Badens vom Main und der Gewinn des direkten Straßenzugs von Würzburg über Tauberbischofsheim nach Miltenberg zustande kamen.²⁰³ Bernstorff begleitete die Vorschläge nach Karlsruhe mit den besten Wünschen und Hoffnungen auf ihre Annahme; im Hinblick auf die Lieblingswünsche des bayerischen Königs seien sie wirklich der Erörterung wert.²⁰⁴

Ehe Baden die bayerischen Vorschläge genau erfuhr, hatte schon Württemberg, dem sie von München aus mitgeteilt wurden, angeklopft und ihre bedingungslose Annahme dringend befürwortet. Für Baden, hieß es in einem Brief des Königs von Württemberg an Markgraf Wilhelm, bestehe nun kein Grund mehr, sich dem neuen Plan zu widersetzen, wenn es nicht eine feindliche Absicht bekunden wolle. Ziemlich kategorisch erklärte der König, daß dann allerdings ihm und dem bayerischen König nichts

202. Luxburg an Bernstorff 24. XI. 30 ebd. Siehe Karte III!

203. Armansperg an Kg. Ludwig 4. XII. 30 ebd.

204. Bernstorff an Otterstedt 27. XI. 30 G. St. B. 81/III.

anderes übrig bliebe, als dem feindlichen Betragen Badens gemeinschaftlich jedes Mittel entgegenzusetzen, um nicht mitten in ihrem Verein das System einer Regierung zu sehen, die mit Vorbedacht Unzufriedenheit und Unruhe in einer so bedenklichen Zeit stifte. Der König wollte dies als letzten Versuch in einer Angelegenheit betrachten, die ihm schon so viel Verdruß gemacht habe.²⁰⁵ Da Baden die neuesten Vorschläge noch nicht kannte, konnte es nur die Hoffnung auf einen befriedigenden Inhalt ausdrücken; sollten Verzögerungen eintreten, so sei Bayern allein schuld, wenn es seine Vorschläge nicht der Präliminarübereinkunft anpasse, an die man sich allein gebunden halte.²⁰⁶ Von den 18 000 Seelen Ueberschuß erfuhr Baden zuerst durch den inzwischen aus Berlin nach Karlsruhe zurückgekehrten Bismarck. Er, über den sich Luxburg wegen seiner Bayern widrigen Haltung beschwert hatte, erregte nun in Baden durch sein auffälliges probayerisches Benehmen Anstoß. Otterstedt, der sich noch zurückhielt, da er erst einige Tage später nähere Instruktionen erhielt, fürchtete schon eine Verstärkung des badischen Widerstandes, zumal eine persönliche Affäre zwischen Berstett und dem württembergischen Hof die Spannung vermehrte. Berstett wollte sofort wegen einer von Württemberg erfahrenen Beleidigung²⁰⁷ seine Entlassung einreichen, was freilich dem württembergischen Hof nur willkommen gewesen wäre, da man in ihm den Hauptwidersacher eines Abkommens über Sponheim wie über den Handelsverein sah; aber obwohl man sich allenthalben über Berstetts nachteiligen Einfluß klar war und ihn auch in Karlsruhe selbst zu den geheimen Sitzungen über Handel und Sponheim schon nicht mehr zuzog, hielt man doch weder in Baden noch in Preußen seine Entfernung gerade vor Abschluß der Unterhandlungen für tunlich, da leicht Zweifel an der Zuverlässigkeit der badischen Beschlüsse entstehen könnten, wenn die Unterschrift des langjährigen Leiters

205. Kg. Wilhelm an Markgraf Wilhelm 12. XI. 30 G. St. M. A. St. 93n.

206. Mg. Wilhelm an Kg. Wilhelm 27. XI. 30 ebd

207. Berstett hatte als Gegengabe für eine Dose, die Gh. Leopold mit seinem Portrait Beroldingen übereichen ließ, nur eine Dose mit der Inschrift „Loyauté et vérité“ erhalten, die ihm Bismarck im Auftrag seines Königs als „présent d'usage“ übergab,

der Karlsruher Regierung fehlte. Und gerade diese Wirkung wünschte Berstett selbst. Otterstedt arbeitete deshalb im Einverständnis mit seinem Hof sehr gegen die sofortige Entlassung, und den vereinten Bemühungen der übrigen Regierungsglieder gelang es auch, ihn wenigstens bis zum 15. Januar im Amt zu halten.²⁰⁸

Anfangs Dezember wurden die bayerischen Vorschläge von Otterstedt überreicht, der ihnen dabei warm das Wort redete; wie er aber befürchtet und wie Luxburg vorausahnend nach München berichtet hatte, sah Baden sofort die drohenden Nachteile.²⁰⁹ Der Ueberschuß von 18 000 Einwohnern überstieg für badische Begriffe den „mäßigen Gewinn“, über den man sich ehemals stillschweigend geeinigt hatte, und bedeutete ein Opfer, dessen Größe eine Anerkennung der bayerischen Ansprüche und ein Erkaufen selbstverständlicher Rechte in sich geschlossen hätte; Opfer aber brachte man nach badischer Auffassung schon genug durch den Beitritt zum Handelsverein. Und dann die Abtrennung vom Main! Welcher einigermaßen selbstbewußte Staat hätte sich von einem verkehrs- und wirtschaftspolitisch so wichtigen Strom abdrängen lassen? Namentlich das badische Hinterland brauchte die Verbindung mit dem Main. Wenn Baden seinen bisherigen Mainbesitz abtrat, war es selbstverständlich, daß es ein anderes Gebiet am Main beanspruchte. Gegen Wertheim forderte man Miltenberg. Immerhin war schon viel gewonnen, daß man sich nicht vollständig ablehnend verhielt, sondern trotz aller Nachteile eine Verhandlungsbasis gegeben sah und Gegenvorschläge aufstellte.

Mehrere geheime Staatsratssitzungen in Anwesenheit des Großherzogs, Jollys, Winters, Boeckhs und Hennenhofers, die durch Sonderunterredungen Otterstedts mit Jolly und Boeckh beeinflußt wurden, behandelten die badische Antwort. In einer letzten offiziellen Sitzung erhielten die Entwürfe die Unterschrift Berstetts²¹⁰ und wurden von Frankenberg am 1. Januar 1831 überreicht und begründet. Man forderte von Bayern neben

208. Otterstedt an Bernstorff 29. XI., 21. XII. 30 G. St. B. 81/II.

209. Otterstedt an Bernstorff 6. XII. 30 ebd.

210. Otterstedt an Bernstorff 17. XII. 30 ebd.

Amorbach noch das Herrschaftsgericht Miltenberg (außer Mainbullau und Rüdenau) und die grundherrlichen Orte Umpfenbach und Windischbuchen mit dem Storchhof. Dadurch wäre der ganze bayerische Zipfel, der sich in das badische Gebiet hineinerstreckte, mit einem Stützpunkt am Main an Baden gekommen und dessen nördliche stark ausgebuchtete Grenze hätte eine weit bessere geradlinige Form erhalten, zumal sie, nach dem badischen Vorschlag, von Miltenberg aus ziemlich gerade durch das Main-Taubergebiet, und zwar ein gutes Stück nördlicher als es Bayern gewünscht hatte, verlief. Die südlichen Gemeinden des Amtes Wertheim blieben demnach bei Baden, wofür es wieder etwas mehr von dem Amt Bischofsheim in östlicher Richtung, wie den Ort Ilmspan aus dem Amt Gerlachsheim, abtreten wollte. Der so aufgestellte Tausch ergab für Bayern einen Ueberschuß von etwa 5000 Seelen, worüber Baden nicht hinausgehen wollte.²¹¹

In Preußen hatte man die bayerischen Vorschläge zwar annehmbar, ihre Annahme durch Baden aber unwahrscheinlich gefunden. Solange sie für Baden den Schein einer Verhandlung über Geburtsrechte trugen, badische Landesinteressen gefährdeten und demzufolge Beschwerden der Stände erwarten ließen, waren alle Bemühungen um ein Nachgeben vergeblich. Andererseits wußte Preußen, daß auch Bayern schon die Grenze des Möglichen erreicht zu haben glaubte. So versuchte es nur, als es das badische Projekt nach München weiterleitete, dessen Vorteile möglichst einleuchtend hinzustellen: den Erwerb von Fruchtland gegen Waldland und den Gewinn eines größeren Flußgebiets am Main. Schließlich aber sei und bleibe die Hauptsache der Zollverein, ein für ganz Deutschland gemeinnütziges Ziel.²¹² In Bayern war man gerade davon nicht so restlos überzeugt. Konnte doch der Handelsverein in ein paar Jahren wieder zerfallen, während der Sponheimer Erbverein eine ewig bestehende Institution darstelle, aus der man noch in späteren Zeiten „Früchte ziehen konnte“.²¹³

211. Frankenberg an Bernstorff 1. I. 31 G. St. M. A. St. 930, siehe Karte III.

212. Bernstorff an Küster 7. I. 31 ebd.

213. Küster an Bernstorff 11. X. 31 G. St. B. 71/I,

Armansperg nahm den neuen Antrag merkwürdig gefaßt auf. Bei ihm zeigte sich schon die Resignation des immer wieder zurückgeschlagenen Kämpfers. Auch war er ja schon immer für Nachgeben und Mäßigung eingetreten. Und ob man nun statt 15 000 nur 5000 Seelen gewann, blieb sich bei einem Staat von der Größe Bayerns schließlich auch gleich; es handelte sich nur mehr darum, mit Würde aus der ganzen Affäre herauszukommen. Der König freilich war noch lange nicht auf diesem Standpunkt angelangt, obwohl auch er das eigentliche Wunschobjekt sich längst für die Zukunft aufgehoben hatte. Auf Miltenberg, dessen Vertretern man noch kürzlich versprochen hatte, die Stadt nie abzutreten, und auf dem Ueberschuß von 15 000 Einwohnern wollte er unbedingt bestehen bleiben. Bestärkt wurde er darin durch Luxburg, der nun plötzlich für unbedingtes Festbleiben eintrat, da, nach der bewiesenen Mäßigung, der König nun um so mehr Recht habe, auf einem gewissen Maß der Grenzberichtigung zu bestehen. Der Gesandte hielt den badischen Vorschlag nur für einen Ueberumpelungsversuch, da Baden glaube, daß die Zollverbindung mit dem Rheinkreis für Bayern dringend notwendig, also auch ohne Grenzberichtigung zu erreichen sei; in Wirklichkeit legten aber nach Luxburgs Ansicht die Vermittler den meisten Wert auf den Handelsverein, so daß sie um seinetwillen die bayerischen Vorschläge in Baden durchsetzen würden.²¹⁴ Vergeblich suchten Armansperg, Küster und Schmitz den König umzustimmen. Wenigstens einen letzten Versuch wollte Ludwig bei Baden wagen. Cotta, der gerade in München weilte, sollte noch einmal in Karlsruhe alle Gründe für die letzten bayerischen Vorschläge vorstellen. Offiziell erschien Cotta in Baden im Auftrag Württembergs.²¹⁵ In Stuttgart war man auch ungehalten über die badische Ablehnung, lenkte aber doch plötzlich ein und versuchte, sie sich und in Bayern erklärlich zu machen, um nicht Badens Anschluß an den Zollverein scheitern zu lassen, dem die badischen Stände an sich schon widerstrebten. Andererseits kannte Württemberg aber auch die Hartnäckigkeit

214. Luxburg an Kg. Ludwig 9. I. 31 G. St. M. A. St. 93 o.

215. Küster an Bernstorff 14. I. 31 G. St. B. 71/I.

des bayerischen Königs, gegen die der Handelsverein auch nicht voranzubringen war. Deshalb versuchte man gern, durch Cotta noch einmal auf Karlsruhe zu wirken, und auch Bismarck erhielt dementsprechende Instruktionen.²¹⁶ Cotta hatte Besprechungen mit Großherzog Leopold und Markgraf Wilhelm, mit Jolly, Boeckh und Winter. Bis auf letzteren zeigten sich alle sehr entgegenkommend, aber über die bekannten Hindernisse konnten auch sie trotz bestem Willen nicht hinweg und Cotta mußte unverrichteter Dinge abreisen.²¹⁷

Zusammen mit Küster und Schmitz stellte er darauf wieder in München dringend vor, daß Baden von der vorgeschlagenen Basis nicht abgehen könne, — vergeblich. Der König ließ sie in der Regel gar nicht ausreden, sondern fiel ihnen ins Wort, daß nicht immer nur Baden begünstigt und Bayern benachteiligt werden dürfe, wie es nun schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts der Fall sei. Der Gedanke, Sponheim nun ganz ruhen zu lassen und alle Ansprüche daraus sich für eine günstigere Zeit aufzubewahren, wurde bei ihm immer vorherrschender.²¹⁸ Von Anfang an hatte er ja erklärt, lieber vorläufig auf alles zu verzichten, als eine ungenügende Entschädigung anzunehmen. Die von ihm gesetzte 6-Monatsfrist für den Abschluß, die dann bis zum Jahresende verlängert worden war, war nun auch abgelaufen. Wäre der Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Handelsvereins nicht gewesen, so hätten die Vermittler sich gewiß auch gern ihres undankbaren Amtes entledigt. So aber waren sie selbst interessiert und Preußen stieß, im Einverständnis mit Württemberg, auf Anregung Küsters noch einmal in München vor: man wolle sich in Baden für Verzicht auf Miltenberg einsetzen, wenn Bayern auf die anderen badischen Anträge eingehe und Baden freien Zugang zum und freie Schifffahrt auf dem Main gewähre.²¹⁹

Der König widerstand zunächst auch diesem Antrag. Schließlich aber stimmten ihn doch Armansperg und die seit Jahresbe-

216. Beroldingen an Schmitz 18. I. 31 G. St. M. A. St. 93o.

217. Cotta an Kg. Ludwig 24. I. 31 ebd.

218. Küster an Bernstorff 17. II. 31 G. St. B. 71/I.

219. Bernstorff an Küster 20. II. 31 ebd.

ginn wachsende innerpolitische Spannung versöhnlicher. Zu den Schwierigkeiten mit der Ständeversammlung 1831 kamen Unruhen im Westen Deutschlands, die auch die Rheinpfalz bedrohten und wiederum Eintracht unter den deutschen Fürsten erforderten. Wegen gemeinsamen militärischen Vorgehens sprach der preußische General Rühle in München vor, erwähnte beim König auch die badische Sache und schon zeigte sich dieser den letzten preußischen Anträgen geneigter.²²⁰ Diesen Augenblick ergriff Armansperg und legte Ludwig neue Instruktionen für Luxburg im selben Sinn vor, mit besonderem Hinweis auf den Zollverein und den Wert der Einigkeit in so schwierigen Zeiten.²²¹ Da den König deutsche Einheitsideen nicht minder leidenschaftlich bewegten, stimmte er tatsächlich zu.²²² Man gab sich mit 5000 Seelen Ueberschuß zufrieden, bestand aber auf den Mainuferstrecken Miltenbergs, wogegen man andere Teile aus diesem Herrschaftsgericht abtreten wollte. Sollte der Zollverein wieder aufgehoben werden, so dürfe Baden seine Produkte gebührenfrei nach Wertheim bringen und von da weiter verschiffen, wie auch umgekehrt die Warenverfrachtung nach Baden frei sein solle. Wünsche Baden diese Vorzüge lieber für Miltenberg, so war man auch hiermit einverstanden.

Hatte Ludwig nach langem Kampfe seine Wünsche soweit zurückgeschraubt, so wollte er mit diesem Opfer doch wenigstens für seine Politik im allgemeinen einen Rückhalt erkaufen: er forderte von Preußen eine schriftliche Zusicherung, daß es weiter seine Freundschaft betätigen und „Bayern bei eintretenden Fällen in der Behauptung seiner Interessen, sowohl überhaupt, als wie sich solche rücksichtlich früherer geschlossener Verträge gestalten, kräftig unterstützen werde“. Ohne solche Versprechen wolle er mit Baden nicht abschließen.²²³ Nachdem der König mit Küster und Rühle schon darüber gesprochen hatte, richtete Luxburg gleichzeitig mit den neuesten Ausgleichsvorschlägen eine Verbalnote dieses Inhalts an Bernstorff; er betonte besonders, wie Bayern in dieser Zu-

220. Küster an Bernstorff 7. III. 31 ebd.

221. Armansperg an Kg. Ludwig 14. III. 31 G. St. M. A. St. 93o.

222. Kg. Ludwig an Armansperg 15. III. 31 G. St. M. A. St. 93o.

223. Armansperg an Luxburg 15. III. 31 ebd.

sicherung ein genügendes Unterpfand erblicken würde, um für alle Zukunft unzertrennlich mit Preußen für das Wohl Deutschlands zu wirken.²²⁴ Berlin wollte sich die Freundschaft Bayerns nicht wieder verscherzen und ihm keine Veranlassung zur Ablehnung an eine fremde Macht geben. Bezüglich der früheren Verträge sich festzulegen, verstieß freilich gegen die preußischen Prinzipien. (König Ludwig hatte ja speziell für seine Rechte aus dem Münchner Vertrag vom 14. April 1816 Bürgschaften gewünscht; Luxemburg hatte diese Forderung schon sehr gemildert, wenn er allgemein von früheren Verträgen sprach.) Immerhin konnte Preußen Freundschaft und Wohlwollen auch für die Zukunft versprechen, nur durfte nach Friedrich Wilhelms Ansicht die Bindung nicht zu einseitig sein, sondern mußte auch die Interessen der anderen deutschen Staaten berücksichtigen.²²⁵ Mit diesen Einschränkungen gab man die gewünschte Erklärung, am 29. April 1831, in Form einer ministeriellen Verbalnote dem bayerischen Gesandten ab; der königlich preußische Hof nehme die in letzter Zeit bewiesene weise Mäßigung und Nachgiebigkeit Bayerns zum Anlaß, „um die feierliche Versicherung zu erteilen, daß er sich die Sorge, dem königlich-bayerischen Hofe Beweise der aufrichtigsten Freundschaft zu geben und dessen Interessen kräftig zu unterstützen, bei jeder vorkommenden Gelegenheit um so eifriger zur Pflicht machen werde, je mehr der königlich-bayerische Hof Preußens Gesinnungen in Beziehung auf Deutschland und auf die Beachtung der, auf einem anzuerkennenden Rechtszustand beruhenden Interessen der anderen deutschen Staaten teilt, je größeren Anteil dagegen seinerseits an dem Wohle Bayerns und seines erhabenen Regentenhauses nimmt und je mehr es die edlen Gesinnungen S. M. des jetzt regierenden Königs von Bayern würdigt und ehrt.“²²⁶ In Bayern wußten König und Minister den Wert dieser Erklärung gebührend zu schätzen. Ludwig stellte dem Abschluß eines Vertrages keine Hindernisse mehr entgegen, wenn Baden die letzten bayerischen Anträge an-

224. Luxemburg an Bernstorff 26. III. 31 ebd. Siehe Karte III!

225. Kg. Friedrich Wilhelm an Bernstorff 26. IV. 31 G. St. B. 71/II.

226. Bernstorff an Luxemburg 29. IV. 31 G. St. M. A. St. 93o.

nehme; andernfalls behielt man sich alle Rechte aus der Sponheimer Erbschaft vor.²²⁷

Preußen hatte bei Empfang dieser letzten bayerischen Vorschläge alle Wege geebnet gesehen und unterstrich bei ihrer Uebermittlung nach Karlsruhe die Motive der Eintracht, die von Baden auch einmal ebenso wie von Bayern gewürdigt werden müßten.²²⁸ Die badischen Regierungskreise waren jetzt auch tatsächlich einverstanden,²²⁹ — Berstett war inzwischen durch Jolly ersetzt und dadurch freiere Bahn für einen Ausgleich geschaffen worden.

III.

Eine Schwierigkeit aber blieb noch zu überwinden: der Widerstand der Stände. Damit trat die Vermittlungsaktion in ihren dritten und letzten Abschnitt. Wiederholt schon hatte Baden warnend auf die Ablehnung der Stände hingewiesen, deren Zustimmung man für unentbehrlich hielt. Bayern bestritt dies, da der Austausch zum Wohl beider Staaten vorgenommen werde und die Sponheimer Erbverträge viel älter seien als die Verfassungen, deren Bestimmungen über Integrität und Unteilbarkeit des Landes daher für diesen Fall keine Gültigkeit hatten. Man gestand höchstens ein Ratifikationsrecht der Stände zu, wenn die Regierungen abgeschlossen hatten.²³⁰ In Baden berief man sich darauf, daß der Beitritt zum Handelsverein den Ständen unterbreitet werden müsse, der ihm zugrunde liegende Vergleich über Sponheim ihnen also nicht vor-
enthalten werden könne.²³¹

Es läßt sich schwer feststellen, wie weit der Großherzog sich wirklich an die Zustimmung der Stände gebunden hielt oder sich nur gern hinter ihre Entscheidung zurückzog und es ihm gar nicht ernst mit der Annahme der Anträge war. Tatsächlich hatten in Baden die Stände bereits ansehnliche Macht

227. Kg. Ludwig an Luxemburg 16. V. 31 ebd.

228. Bernstorff an Otterstedt 6. IV. 31 G. St. B. 71/II.

229. Jolly an Frankenberg 24. IV. 31. G. L. K. Spec. 35.

230. Vortrag an den kgl. Staatsrat 1831 G. St. M. A. St. 93o.

231. Otterstedt an Bernstorff 22. I. 31 G. St. B. 71/II.

erlangt und Hof und Regierung in starke Abhängigkeit gebracht, die man nach außen freilich nicht zugeben wollte. Auch über die Taktik ihnen gegenüber konnte man geteilter Meinung sein. Die badische Regierung bezeichnete ein sofortiges Vorlegen als aussichtsreicher: einer nachträglichen Ratifikation würden sie weit erheblichere Schwierigkeiten bereiten.²³² Gerade dies wurde später von Preußen bestritten, das den Abschluß mit Bayern vorbehaltlich der Ständezustimmung für vorteilhafter hielt, da die Stände schwerlich einen Regierungsbeschluß verwerfen würden.²³³ Jedenfalls kann man sich schwer vorstellen, der Großherzog habe auch jetzt noch den nicht ungefährlichen Schwebezustand erhalten wollen, zumal Preußen erklärte, bei einem Felschlage werde es sich zurückziehen und Bayern das weitere überlassen.²³⁴ Man konnte nun wirklich ohne große Nachteile und ehrenvoll den ganzen Sponheimer Handel aus der Welt schaffen. Der Großherzog und sein Bruder, ebenso wie Jolly und Boeckh, haben auch tatsächlich während der ganzen monatelangen Ständeverhandlung ihr Möglichstes getan, um die Kammern umzustimmen.

Der anstößigste Punkt für die Stände schien die Abtrennung vom Main. Um sie hierin nicht von Anfang an kopfscheu zu machen, trachtete der Großherzog, doch noch Miltenberg zu erhalten. Otterstedt wurde ins Vertrauen gezogen und auf seine Veranlassung²³⁵ wagte Leopold noch einen persönlichen Vorstoß bei König Ludwig. In einem Schreiben an ihn forderte er zwar nicht direkt Miltenberg, sondern sprach nur im allgemeinen von wenigen Punkten der letzten Vorschläge, die noch einer näheren Verständigung bedürften, wobei man auf des Königs Entgegenkommen rechne; zur näheren Erklärung wies er auf die Schwierigkeiten bei den Ständen hin und sprach die Hoffnung aus, daß ein Scheitern an ihrem Einspruch, das man aber sehr zu verhindern trachte, von einem konstitutionellen Fürsten wie Ludwig nicht mißdeutet werde.²³⁶ Lud-

232. Jolly an Frankenberg 25. IV. 31 G. L. K. Spec. 35.

233. Bernstorff an Otterstedt 27. III. 32 G. St. B. 71/III.

234. Frankenberg an Jolly 3. V. 31 G. L. K. Spec. 35.

235. Otterstedt an Bernstorff 26. IV. 31 G. St. B. 71/III.

236. Gh. Leopold an Kg. Ludwig 27. IV. 31 ebd.

wigs Antwort beschränkte sich auf freundschaftliche, hoffnungsvolle Redewendungen.²³⁷ Man hatte in München schon vorher durch Cotta von dem badischen Begehren gehört, erklärte aber eine Abtretung Miltenbergs für ausgeschlossen, da die ganze Mainuferstrecke zu wichtig sei, als daß man sie zersstückeln könnte.²³⁸ Aehnlich sprach sich Preußen aus, als Frankenberg und Otterstedt deswegen anfragten: nach jahrelangen Verhandlungen könne man Bayern nicht noch des Besitzes des ununterbrochenen Mainufers berauben, des einzigen Gewinnes, den der Ausgleich biete, da der Ueberschuß der 5000 Seelen, in Standesherrschaften gelegen, keinen materiellen, höchstens einen ideellen Vorteil bedeute. Höchstens könne man Baden in Miltenberg dieselben Vorteile wie in Wertheim verschaffen, so daß es an beiden Orten „Débouchés an den Main“ besitze.²³⁹ Da Baden die Aussichtslosigkeit aller anderen Bemühungen erkannte, wollte man sich in Hofkreisen auch damit zufrieden geben; schließlich hoffte auch Jolly dadurch die Stände zu besserer Einsicht bewegen zu können.

Am 17. Mai wurden der zweiten Kammer die Fragen über Handelsverein und Sponheim vorgelegt. Boeckh erstattete Bericht über die Handelsverhältnisse, Jolly über den Sponheimer Ausgleich.²⁴⁰ Er umriß in kurzen Worten dessen ganze Geschichte, behandelte die verschiedenen Vermittlungsvorschläge und legte schließlich die Beweggründe für die Annahme der letzten bayerischen Anträge dar.²⁴¹ Wie vorauszusehen, erhob sich sofort lebhafter Protest gegen die Abdrängung vom Main, obwohl Jolly schon von der Forderung des Niederlage- und Transitrechtes in Wertheim und Miltenberg gesprochen hatte. Zur näheren Beratung der Sponheimer Frage wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Abgeordneten Beckh, Duttlinger, Itzstein, Mittermeyer, Rettig, Rotteck und Regenauer. Jolly, Boeckh und der Markgraf Wilhelm versuchten abwechselnd auf die einzelnen Kommissionsmitglieder einzuwirken. Sie

237. Kg. Ludwig an Gh. Leopold 8. V. 31 G. St. M. A. St. 93o.

238. Armansperg an Cotta 25. IV. 31 ebd.

239. Bernstorff an Otterstedt 5. V. 31 G. St. B. 71/III.

240. Otterstedt an Bernstorff 17. V. 31 ebd.

241. Vortrag Jollys vor der Kammer 17. V. 31 G. L. K. II Gen. 11.

wurden unterstützt von Reizenstein, dem ehemaligen leitenden Minister Badens zu Napoleons Zeiten, von dessen Ansehen im Land man sich gute Wirkung versprach. In Bayern rechnete man auch deshalb ganz sicher mit einem günstigen Ausgang.²⁴²

Aber gerade durch bayerische Einflüsse wurde die Unzugänglichkeit der badischen Stände gesteigert. Aus der bayerischen zweiten Kammer kam ein Brief an Mittermeyer, vermutlich verfaßt von Rudhart, der die badische Volksvertretung warnte, sich als Seelenverkäuferin herzugeben, wozu die bayerischen Stände nie zum Nachteil Badens ihre Zustimmung geben würden.²⁴³ Willkommeneres hätte den badischen Ständen gar nicht geschehen können. Jetzt konnten sie sich in ihrer Ablehnung hinter die bayerischen Stände verschanzen und auch Großherzog und Regierung konnten einen Mißerfolg mit Machinationen der bayerischen Kammer entschuldigen. Dazu kamen Bittschriften aus Wertheim gegen die Abtretung, allerdings von den Behörden verfaßt oder von solchen Gewerbetreibenden, die durch einen Herrscherwechsel materielle Nachteile erlitten hätten. Die übrige Bürgerschaft hatte, wenn man dem Brief eines Wertheimers an ihren Standesherrn, den Fürsten Georg von Löwenstein, glauben darf, nichts dagegen einzuwenden, besonders, da sich wirtschaftliche Vorteile und Senkung der Zollsätze daraus ergaben.²⁴⁴ Die Löwenstein selbst wünschten ja schon immer den Anschluß an Bayern, da sie auch dort Besitzungen hatten.

Obwohl Markgraf Wilhelm und Jolly allen nachteiligen Einflüssen sofort entgegenwirkten, wuchs doch stetig der Widerstand gegen jede auch noch so geringe Landveräußerung. Dabei beschäftigte man sich zunächst weder in den Kammern noch in der besonderen Kommission näher mit der Sponheimer Sache, da meist innerpolitische Verhältnisse zur Diskussion standen und in der übrigen Zeit die Besprechungen über den Handelsverein wenigstens langsam vorangingen. Alles Drängen der Regierung konnte gegen den schleppenden Gang der Kam-

242. Otterstedt an Bernstorff 31. V. 31 G. St. B. 81/III.

243. Otterstedt an Bernstorff 5. VII. 31. ebd.

244. Ein Wertheimer an Fürst Georg v. Löwenstein 30. VI. 31 ebd.

merverhandlungen nicht ankommen; man mußte resigniert zugeben, daß es einer Kammer gegenüber nichts zu befehlen noch zu erzwingen gäbe und daß die badischen Stände hierin von ganz besonderer Art seien, besonders wenn es sich um etwas höchst Unpopuläres wie einen Ländertausch handle.²⁴⁵ Schließlich griff Preußen noch einmal ein, teils von Bayern dringend gebeten, teils weil ihm selbst am endlichen Abschluß des Handelsvereins lag. Noch längere Verzögerung drohte neues Mißtrauen des bayerischen Königs wachzurufen. Mehr als einmal hatte man deshalb schon seinen Unwillen über die Ständebefragung ausgedrückt, die man für überängstlich ansah, besonders da Sponheim in seiner eigentümlichen Lage zur Vorlegung vor die Stände ganz ungeeignet sei.²⁴⁶ Jetzt forderte man noch einmal offiziell durch Frankenberg und Otterstedt zu beschleunigter Behandlung auf, da man sonst für neuerliche bayerische Maßnahmen nicht aufkommen könne; auch die Stände mußten Rücksicht auf das Interesse Badens und ganz Deutschlands nehmen, das auf dem Spiel stehe, und mußten in der Haltung der Regierung genügend Motive ihres Nachgebens finden.²⁴⁷

Mit der Rückendeckung durch Preußen sprach dann Jolly wiederholt vor den versammelten Ständen wie vor der Kommission von der Notwendigkeit baldiger Erledigung der Sponheimer Sache, die man Preußens Schutz und Bemühungen schuldig sei; weitere Verzögerung bringe die Regierung in Verlegenheit. Dem Einwurf, daß Bayern, wenn es so sehr den Handelsverein wünsche, sicher auch von den 5000 Seelen Ueberschuß abgehen werde, konnte er erwidern, daß dieses Verlangen als aussichtslos erwiesen sei. Er erreichte wenigstens, daß endlich ein Kommissionsmitglied zur Abfassung eines alle Einzelpunkte berücksichtigenden Berichtes bestimmt wurde. Die Wahl zwischen dem bekannten Historiker Rotteck, dem Geheimrat Mittermeyer und dem Abgeordneten Beckh fiel auf Rotteck. Seine stark liberale, verfassungstreue Gesinnung ließ

245. Jolly an Frankenberg 10. VII. 31. G. L. K. Spec. 35.

246. Bernstorff an Otterstedt 6. V., 11. VI., 15. VII. 31 G. St. B. 81/III.

247. Bernstorff an Otterstedt 22. VII. 31 ebd.

das Ergebnis vorausahnen.²⁴⁸ Zur Information wurden ihm die offiziellen Erklärungen der Mächte und einige wichtige Ausführungen Preußens im Verlauf der Vermittlung vorgelegt. Rotteck soll die Schriftstücke den übrigen Kammermitgliedern überlassen haben, die, wie das Gerücht verbreitete, eine zweideutige Haltung Preußens daraus konstruierten, so daß sich letzteres schon zu einer Beschwerde veranlaßt sah. Großherzog und Regierung sowie Mitglieder der ersten Kammer, die in der zweiten anwesend waren, versicherten aber feierlich, daß keinerlei beleidigende Äußerung gegen Preußen gefallen sei.²⁴⁹ Daran ließ sich Preußen genügen. Otterstedt, der sich seit Beginn der Ständeverhandlungen ziemlich passiv verhalten hatte, um nicht das Mißtrauen, das ihm die Öffentlichkeit schon entgegenbrachte, noch zu steigern, suchte nun Rotteck durch den Markgrafen Wilhelm zu beeinflussen. Aber dieser wie der Großherzog wagten schon kein heftiges Drängen mehr, um nicht auch noch den Handelsverein zu vereiteln, gegen den sich gleichfalls lebhafter Widerstand erhob.²⁵⁰ Doch war hier ohnehin nichts mehr zu retten. Am 5. Oktober lehnte die zweite Kammer den Beitritt zum süddeutschen Verein und damit den ersten Artikel der Präliminarübereinkunft vom 10. Juli 1830 ab.

Am 11. Oktober legte Rotteck in geheimer Sitzung der Sponheimer Kommission ohne offizielle Zuziehung der Regierung seinen Bericht vor, der sich auf Grund der Integrität nicht nur gegen Abtretungen, sondern auch gegen jeden Tausch wandte. Zur Begründung zog Rotteck neben dem ausdrücklich betonten Widerstand der bayerischen Stände und der selbstverständlichen Rücksicht auf das legitime badische Herrscherhaus die seit Entstehung moderner Verfassungsstaaten überall heimischen Schlagworte vom Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen heran und stellte den Ausgleich als unmögliches, geradezu lächerliches Verfahren in einer so fortgeschrittenen Zeit hin; denn „die Rechte von allen Menschen würden ja in nichts zerfallen vor einem vor 406 Jahren ausgesprochenen Willen eines

248. Otterstedt an Bernstorff 11., 29. VII. 31 ebd.

249. Türckheim an Frankenberg 5. XII. 31 G. L. K. Spec. 35.

250. Otterstedt an Bernstorff 3. IX. 31 G. St. B. 71/III.

fremden Herrn; jeden könnte das Los der Vertauschung treffen, was eine Schmach für alle Völker ist. Nur die Konvenienz ihrer Herren als Erbnehmer des alten Grafen von Sponheim, nicht ihr Recht und Wohl, würden über ihr Los entscheiden. Das ist eine Beleidigung an uns alle und gegen den Zeitgeist“. Damit war geschickt das Merkmal herausgegriffen, an dem die ganze Sponheimer Angelegenheit von jeher krankte: die Geltendmachung von Erbrechten auf einem Gebiet, das den ursprünglichen Erbgegenstand nur ersetzte. Die Erbrechte, deren Diskussion Baden bei der ganzen Vermittlungsaktion ängstlich vermieden hatte, wurden jetzt von den eigenen Ständen, freilich nur in positiv badischem Sinn, erörtert, da sie ja der Angelpunkt waren, um den sich Sponheim drehte. Erkannte man ihr Bestehen überhaupt noch an, dann konnte es sich nach Rotteck lediglich um ihre wechselseitige Aufhebung handeln. „Jeder Vergleich wäre eine Demütigung, der letzte Vermittlungsvorschlag aber eine zweifache Befleckung unseres Fürstenhauses wie unseres Volkes, eine Verleugnung unserer kostbarsten Prinzipien, Niedertretung der heiligsten Rechte und Pflichten, eine Beleidigung nicht nur unseres Volkes, sondern auch der übrigen deutschen Völker und allernächst des bayerischen selbst“.²⁵¹

Als Jolly von dieser glatten Ablehnung hörte, dachte er vorübergehend daran, den Antrag vor der Kammer wieder zurückzuziehen und die Entscheidung einer günstigeren Zeit vorzubehalten. In Beratung mit den übrigen Regierungsmitgliedern kam er dann wieder davon ab, da man nichts unversucht lassen wollte und auch wieder den späteren Vorwurf der Stände fürchtete, sie nicht gefragt zu haben. In der Kammer selbst zog sich die Entscheidung noch hinaus, bis die erste Kammer am 1. November die Zollvereinsablehnung genehmigt hatte. Drei Tage später kam der Kommissionsantrag über Sponheim vor die zweite Kammer. Jolly sprach noch einmal für den Ausgleich. Er malte besonders die unsichere Zukunft aus, wenn man die Freundschaft der Mächte verscherze. Beinahe kam dadurch die Regierung in die eigenartige Rolle eines Sachwalters der

251. Kommissionsbericht Rottecks 11. X. 31 ebd.

Gegenseite. Natürlich blieben alle Vorstellungen erfolglos. Eine einzige Stimme war für den Antrag der Regierung, und auch diese trat in der Debatte der Kammer zurück. Bei der Abstimmung nahm also die Kammer den Antrag der Kommission einstimmig an: wechselseitige Aufhebung der Sponheimer Erbverträge ohne irgend welche Landveränderung.²⁵²

Bevor man Preußen von dem Ergebnis der Ständebefragung benachrichtigte, wollte man sich erst noch mit Württemberg beraten, wie die Sache am besten zu beendigen sei. Markgraf Wilhelm fragte zu diesem Zweck beim König von Württemberg an, erfuhr aber eine schroffe Zurückweisung. Stuttgart war schwer verärgert und beschuldigte die badische Regierung, daß es ihr nicht ernst gewesen sei, weder mit dem Beitritt zum Handelsverein noch mit der Lösung der Sponheimer Frage; denn man hielt es für ausgeschlossen, daß Beschlüsse der Regierung durch die Stände unwirksam gemacht werden könnten. Man wollte gar nichts mehr von der Sache wissen; jedenfalls nicht selbst Entscheidungen treffen, sondern sich nur Preußens Beschlüssen anschließen.²⁵³ Später lehnte man auch jede weitere Teilnahme an der Vermittlung ab.²⁵⁴

Es wurde Anfang Dezember, bis Baden den abschlägigen Bescheid offiziell nach Berlin mitteilte, den man aus der Gesamtkonstellation möglichst verständlich zu machen suchte. Früher hatte die Regierung betont, den Ständen den Vertragsentwurf nur zur Begutachtung vorlegen zu wollen, sich aber die Entscheidung vorzubehalten.²⁵⁵ Der Verlauf der Kammersitzungen hatte sie zu anderer Ansicht gebracht. Gegen den Willen der Volksvertretung war nicht anzukommen. Jetzt entschuldigte man sich mit dem Unterschied zwischen Gebietsabtretungen, die unter die verfassungsmäßige Integrität fielen, und Rechtsverbindlichkeiten aus der Zeit vor der Verfassung, wie z. B. eine Surrogatsbestimmung, worüber man selbstverständlich die Stände nicht gefragt hätte. Einer solchen wolle man sich auch jetzt noch gern unterziehen, fürchte aber die

252. Otterstedt an Bernstorff 5. XI. 31 ebd.

253. Otterstedt an Bernstorff 27. XI. 31 ebd.

254. Linden an Bernstorff 20. IV. 32 ebd. 81/III.

255. Otterstedt an Bernstorff 19. V. 31 ebd.

Meinungsverschiedenheit über den Umfang und die Unsicherheit für die fraglichen Landesteile bis in ungewisse Zukunft.²⁵⁶ Aus diesen Gründen lehnte auch Preußen die Surrogatsbestimmung als unzweckdienlich ab.²⁵⁷ Am liebsten hätte natürlich Baden die sofortige bedingungslose Aufhebung der Erbverträge gesehen und hoffte, Preußen werde dies bei Bayern erreichen. Der Großherzog schrieb persönlich an Bernstorff und beteuerte — allerdings ohne rechten Erfolg — seinen aufrichtigen Willen zum Ausgleich; es liege ihm alles daran, auch jetzt noch einen Ausweg zu finden und er hoffe sehr auf die Fortdauer des preußischen Schutzes und auf Preußens Fürsprache in Bayern, um dort das Eigentümliche der großherzoglichen Lage begreiflich zu machen.²⁵⁸

IV.

So gern Berlin eine endgültige Lösung gesehen hätte, so erkannte man doch schließlich die Unmöglichkeit, in Baden weiterzukommen. Man beschränkte sich darauf, in Karlsruhe auch für die Zukunft die preußische Freundschaft und Anteilnahme zu versichern, ohne jedoch mit seinem Unwillen über die ständische Behandlung der Angelegenheit zurückzuhalten.²⁵⁹ Preußen hatte bei allen Vermittlungsversuchen an seinem ursprünglichen Standpunkt — Aufrechterhaltung der Verträge und Schutz Badens — festgehalten; wenn der Streit auch unter seiner alleinigen Führung ergebnislos im Sand verlief, so lag das nicht an zwiespältiger, unfähiger Haltung wie bei Oesterreich, sondern an dem unüberwindlichen Widerstand anderer Faktoren.

Mit der Uebermittlung des badischen Bescheides nach Bayern wartete Preußen geraume Zeit. Man war einerseits zu sehr mit außenpolitischen Fragen beschäftigt und andererseits waren gerade die handelspolitischen Unterhandlungen zwischen dem nord- und süddeutschen Verein im besten Gang, so daß

256. Frankenberg an Bernstorff 14. XII. 31 ebd.

257. Bernstorff an Küster 27. III. 32 ebd.

258. Gh. Leopold an Bernstorff 5. XII. 31 ebd. 71/III.

259. Bernstorff an Gh. Leopold 27. III. 32 ebd.

man sie nicht durch die Dazwischenkunft der ungelösten Sponheimer Frage wieder stören wollte. Erst als sie an einem Punkt angelangt waren, an dem man gegenseitiges Vertrauen walten lassen mußte, teilte man Ende März 1832 die badische Absage mit dem Ausdruck des Bedauerns mit, versuchte sie aber doch Bayern verständlich zu machen. Man gab ihm keinen Rat für sein weiteres Verhalten, um nicht aufdringlich zu erscheinen. Nur auf Befragen sprach Küster die Hoffnung Preußens aus, daß Bayerns König im Hinblick auf die nötige Eintracht unter den deutschen Staaten mit der bloßen wechselseitigen Aufhebung einverstanden sei, was „keinem unköniglichen Nachgeben gleichkomme, sondern nur eine Steigerung wahrhaft königlicher Gedanken, eine großartige Auffassung der Zeit und ihrer Bedürfnisse, eine lebendige Vorstellung der Verfassungsgrundsätze zu erkennen gebe“. Einen anderen Ausweg sehe Preußen noch in einer feierlichen Versicherung Bayerns, nie mehr andere Ansprüche an Baden stellen zu wollen als die, welche in dem letzten Vermittlungsgeschäft ausgetragen werden sollten.²⁶⁰

Für Bayern, zumal für den König, kam keiner der beiden Wege in Frage. Man betrachtete es als Ehrensache, ein so lebhaft betriebenes Geschäft nicht einfach fallen zu lassen. Die preußische Mitteilung nahm man ziemlich gelassen auf. Man machte mit den eigenen Ständen zu viele unliebsame Erfahrungen, um überrascht zu sein, wenn man auch ebensoviel Schuld der wenig energischen Haltung der badischen Regierung zuschob. Doch sah man keinen Grund zum Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen. Schließlich stellte der Ausgleich in seiner letzten Form mehr eine Frage der Würde als des praktischen Vorteils dar. Dieser aber blieb wenigstens in Aussicht, sei es auch für unbestimmte Zukunft, wenn man jetzt, wie Ludwig schon immer vorgehabt hatte, die ganze Sponheimer Sache ruhen ließ und sich alle Ansprüche vorbehielt. Durch den bayerischen Gesandten teilte man diese Willensmeinung schon im Januar nach Berlin und Stuttgart mit und hielt daran auch beim Eintreffen der preußischen Mitteilung fest.²⁶¹ Ar-

260. Bernstorff an Küster 27. III. 32 ebd. 81/III.

261. Gise an Luxburg und Tautphöus 4. I. 32 G. St. M. A. St. 93o.

mansperg, der vielleicht noch den meisten Einfluß auf den König gehabt hätte, war inzwischen gestürzt und durch Gise, den bisherigen Gesandten in Rußland, ersetzt worden. Doch hatte auch Armansperg noch erklärt, daß durch die badische Absage der Stand wie vor der Präliminarübereinkunft wieder eingetreten sei.²⁶² Gise war im wesentlichen mit dem letzten Vermittlungsgeschäft unvertraut und nicht die Persönlichkeit, mit eigenen Vorschlägen dem König standzuhalten.

Der König wünschte als Uebergang zum Ruhenlassen eine Protestation gegen den badischen Beschluß oder eine Verwahrung der bayerischen Ansprüche, die der Ministerrat ausarbeiten sollte. Mit der Absendung wollte das Ministerium noch warten, damit die Mächte über die wahre Absicht, nämlich den alten Stand der Angelegenheit wieder herzustellen, eingeschläfert wurden. Solange sie sich damit beschäftigten, glaubte man an keinen Erfolg. Später aber, hoffte man, würden sie eine ähnliche Haltung wie Württemberg einnehmen.²⁶³ Küster bat, jeden offiziellen Schritt in der Oeffentlichkeit zu unterlassen, höchstens die Verwahrung auf diplomatischem Weg Baden mitzuteilen.²⁶⁴ Diese Vorsorge war unnötig. Noch vor Fertigstellung des Schriftstückes hatte Ludwig seine alljährliche Italienreise angetreten. Nach seiner Rückkehr war die Sache bei den stark bewegten Zeiten in Vergessenheit geraten. Der König war zu sehr mit den Unruhen im Westen, den liberalen, demokratischen Bewegungen und der Entwicklung in Griechenland beschäftigt.

Gelegentlich einer militärpolitischen Sendung Wredes nach Wien im Sommer 1832 war die Rede von einem Ländertausch, was in Baden vorübergehend Besorgnis hervorrief; doch zogen diese Aeüßerungen keine Folgen nach sich, wenn sich auch der König, angeregt durch freundschaftliche österreichische Versicherungen der bekannten Art, daraufhin von Gise und Wrede genauen Vortrag über das Wann und Wie der Wiederaufnahme von Verhandlungen erstatten lassen wollte.²⁶⁵

262. Armansperg an Kg. Ludwig 11. I. 31 ebd.

263. Gise an Kg. Ludwig April 32 G. H. M. ARO 26.

264. Küster an Bernstorff 14. IV. 32 G. St. B. 71/III.

265. Gise an Kg. Ludwig 11. X. 32 und Randbemerkung Kg. Ludwigs 11. X. 32 G. H. M. ARO 26.

Ohne Abschluß, ohne Ergebnis fand ein Streit seinen Ausgang, der über 6 Jahre nicht nur die bayerische, sondern auch die deutsche und zum Teil die europäische Politik heftig bewegt hatte. Ein König hatte vergeblich die verschiedenartigsten Mittel angewandt, um seine Lieblingswünsche zu verwirklichen, die ihn mehr als jede andere Politik beschäftigten. Man mag über die Berechtigung der bayerischen Ansprüche denken wie man will, es hat doch etwas nahezu Tragisches, wie König Ludwig seine ursprünglichen hochfliegenden Forderungen mehr und mehr herabsetzte, bis sie zuletzt allen tieferen Sinn verloren, — von der gesamten badischen Pfalz zu einem Teil davon, dann zu einem ganz anderen Gebiet in der Maingegend und hier schließlich zu einer Grenzberichtigung mit dem verschwindenden Ueberschuß von 5000 Untertanen für Bayern. Gleichsam resigniert gab König Ludwig den Kampf auf, und doch zugleich befriedigt, daß er dank des badischen Benehmens im Besitz aller seiner Rechte und Ansprüche verblieb. Aengstlich wachte er nun sogar darüber, daß die Sponheimer Sache nicht noch einmal mit den Handelsdingen verknüpft wurde. Als 1834 in den meisten deutschen Ländern die Zollschranken fielen und die Einbeziehung Badens auch Bayern sehr wünschenswert schien, erklärte Ludwig ausdrücklich, daß Sponheim nicht damit vermisch werden dürfe.²⁶⁶ Tatsächlich trat Baden 1835 dem großen Zollverein bei, ohne daß Sponheim erwähnt wurde. Auch während seiner weiteren Regierungszeit verzichtete der bayerische König auf die Wiederaufnahme der Sponheimfrage.

Nach dem Regierungsrücktritt Ludwigs I. tauchte der Pfalz-Sponheimhandel noch zweimal auf im Zusammenhang mit wichtigen politischen Ereignissen. 1850 schlossen sich Oesterreich und Bayern im Bregenzer Vertrag, zur Abwehr gegen das selbständige Vorgehen Preußens in Hessen, zusammen. In dieser Convention versprach Oesterreich im Falle eines Krieges und dessen glücklichen Ausgangs beim Frieden möglichst dahin zu wirken, daß u. a. „besonders dem Königreich Bayern der ihm schon durch die Verträge von Ried und München versprochene, im Frankfurter Territorialrezeß vom 20. Juli 1819 aber nicht

266. Kgl. Signat 25. I. 34 G. St. M. A. St. 930,

gewährte Zusammenhang seiner Besitzungen sofort in ausreichender Weise gewährt werde“. Diesem Versprechen folgten noch nähere Ausführungsbestimmungen: „Es wird nur vorläufig verabredet, daß zu dem letztgenannten Zweck jedenfalls die ehemals pfälzischen Landesteile mit den Städten Mannheim und Heidelberg mit Bayern vereinigt und der Zusammenhang mit der Rheinpfalz durch einen möglichst breiten, eine feste Organisation und Stellung bietenden Länderstrich hergestellt werden soll. Für diesen Erwerb ist Bayern keinerlei Gebietsabtretung anzusinnen, um so weniger, als ihm neben jenen auf den Verträgen von Ried und München gegründeten Ansprüchen auch noch die Sponheimschen Successionsrechte zur Seite stehen.“²⁶⁷ Oesterreich hatte in jenen Zeiten großes Interesse, Bayern, die „sicherste und mächtigste Vorhut des südwestlichen Deutschland“, zu stärken.²⁶⁸ Der Bregenzer Vertrag wurde nicht ratifiziert und schließlich auch durch Preußens Nachgeben in Olmütz hinfällig. In Bayern behielt man sich jedoch vor, „den Gegenstand hinsichtlich weiterer Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn die Zeitumstände solche gestatten“.²⁶⁹

1866 wurde Pfalz und Sponheim nicht berührt. Aber 1870 schien eine günstige Gelegenheit gekommen. Bei den Versailler Verhandlungen war zum letzten Mal in der großen Politik von einem bayerischen Gebietszusammenhang die Rede. Er stand²⁷⁰ in Verbindung mit der Elsaß-Lothringer Frage. Bayern durfte nicht leer ausgehen, wenn die westlichen Grenzlande in irgendeiner Weise an die Bundesstaaten verteilt wurden. König Ludwig II. bestand energisch auf Gebietszuwachs. Der leitende Minister Graf Bray²⁷¹ stand den königlichen Wünschen skeptisch gegenüber, trat dann aber schließlich dafür ein, die vorteilhafte Landbrücke nach der Rheinpfalz einem mit Gefahren verbundenen lothringischen Besitz vorzuziehen. Nach den Münchener Wünschen wäre das Elsaß mit Baden vereinigt,

267. Geheimartikel der Bregenzer Convention 12. X. 50 G. St. M. P. A. III 6.

268. Schwarzenberg an v. d. Pfordten 21. VI. 49 ebd.

269. Kg. Maximilian II. an v. d. Pfordten 18. XI. 50 ebd.

270. Vergleiche zu Folgendem Doeberl Reichsgründung S. 48—57.

271. Sohn des früheren Gesandten.

dieses zum Königreich erhoben worden und Bayern hätte die badische Pfalz erhalten. Als Bray bei einer vertraulichen Unterredung während der Versailler Verhandlungen auf die Gebietsverschiebungen zu sprechen kam, verwies ihn Bismarck nach Doeberl auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen, sprach sich aber über einen bayerischen Landerwerb nicht unbedingt ablehnend aus. Die Oeffentlichkeit jedoch wie auch der badische Großherzog waren empört über die bayerischen Pläne und brachten damit eine weitere Auseinandersetzung mit ihnen von vornherein zu Fall.

Seitdem war der Pfalz-Sponheimhandel in der deutschen Geschichte ausgelöscht. Nur die bayerischen Monarchen ließen sich noch gelegentlich ²⁷² Bericht über den Verlauf des einstigen Streites und den dermaligen Stand der Angelegenheit von ihrem Ministerium geben.

272. Bericht vom 5. XI. 81 G. St. M. Kasten 164 IIb.

Aufzeichnung vom August 1906 anlässlich des 300jährigen Jubiläums Mannheims ebd.

Denkschrift vom 3. VII. 1908 anlässlich des vergeblichen Angebots Österreichs, die Contiguitätsentschädigung abzulösen ebd.

Quellen und Literatur.

1. Archivalien

Geheimes Staatsarchiv München (G. St. M.)

Auswärtige Staaten (A. St.) Fasz. II 84, 86, 87, 89—91,
93a—93o, 94—107, 116, 117;

Politisches Archiv (P. A.) Fasz. I 159, 161, 231, 233, 250,
254, 259, 266v, 266w; II 13; III 6;

MA III Baden Fasz. 5, 6;

„ Frankreich Fasz. 17;

„ Österreich Fasz. 24—26;

„ Rußland Fasz. 21—23;

Kasten 164 IIIb.

Geheimes Hausarchiv München (G. H. M.)

Fasz. ARO 25, 30, 31, 34, 35; IIA 13—17, 23; IIA 8/I, IA I/I,
II; IA 8/I, II; IB 15; 85/4 II, 88/3 I, 89/4 IV, 89/4 V,
89/4 VI, 90/1 II; VI; 293a, e, f, i.

Generallandesarchiv Karlsruhe (G. L. K.)

Diplomatische Sektion II Specialia (II Spec.) Fasz. 1—50;

„ II Generalia (II Gen.) Fasz. 1—17;

„ I Generalia Fasz. 11, 17, 18;

IA 2 Korrespondenz Fasz. 33—35;

Privatakte des Großherzogs Leopold.

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (H. St. W.) Fasz. 169.

Preußisches Geheimes Staatsarchiv Berlin (G. St. B.)

Fasz. Rep. I 33/I—VII,

„ 71/I—III,

„ 81/I—III.

Bray'sches Familienarchiv Irlbach.

Armansperg'sche Familienpapiere.

2. Gedruckte Quellen

Chroust: Gesandtschaftsberichte aus München 1814—1848
I, 2 München 1935.

Martens: Recueil des principaux traités Bd. VI; Supplément au
Recueil (Su) Bd. II, III, V—VIII. Göttingen 1791—1824.

Vorgeschichte und Begründung des deutschen Zollvereins
1815—1834. Berlin 1934

herausgegeben von H. Oncken und F. E. M. Saemisch
bearbeitet von W. v. Eisenhart und A. Rütthaler.

3. Denkschriften und Flugschriften

Le cri des Palatins. Mannheim 1818.

Aktenstücke zur Beleuchtung der badischen Territorialfrage. Deutschland 1818.

Bignon: Über die Zwistigkeiten der Höfe von Bayern und Baden. Frankfurt am Main 1818.

Flad: Kurze Darstellung der S. K. M. von Bayern zustehenden eventuellen Erbrechte in Ansehung der vormaligen Grafschaft Sponheim. München Oktober 1826. (Litographie)

Mémoire instructif sur l'ancien Comté de Sponheim et les droits de succession éventuelle de la Maison Royale de Bavière dans les parties subrogées à la partie badoise de ce Comté. München Mai 1827. (Litographie)

Jolly: Vorläufige Betrachtungen über die bayerische Note vom 3. Juli und das ihr beigefügte Mémoire. Karlsruhe Juli 1827. (Manuskript)

Friederich: Analyse von Ansprüchen und Erbrechten an die Krone von Baden nach Staats- und Hausverträgen. Karlsruhe Juli 1827. (Manuskript)

Denkschrift von Baden gegen Bayern wegen des Surrogats für die ehemalige Grafschaft Sponheim. Karlsruhe September 1827. (Litographie)

(Winter): Über die Ansprüche der Krone Bayern an Landesteile des Großherzogtums Baden. Eine staatsrechtliche Erörterung. Schwann- und Götzsche Hofbuchhandlung Mannheim 1827.

(Lang): Kurze vorläufige Beleuchtung der Druckschrift unter dem Titel: „Über die Ansprüche der Krone Bayern an Landesteile des Großherzogtums Baden“. Nürnberg 1827.

(Lang): Beantwortung der Denkschrift von Baden gegen Bayern wegen der Bestellung eines Surrogats für die zwischen beiden Häusern gemeinschaftliche Grafschaft Sponheim. München, im Dezember 1827.

Der militärisch-politische Wert Bayerns, wenn es im Besitz der Pfalz wäre. Karlsruhe 1827. (Litographie)

Wird die Rheinpfalz wieder an die Krone Bayern zurückfallen? Deutschland (Mannheim) 1827. (Manuskript)

Fink: Beurkundete Darstellung der Rechte und Ansprüche des königlichen Hauses Bayern auf die Surrogate für Sponheim. München 1827. (Manuskript)

(Fink): Betrachtungen über bedingte Ehen mit besonderer Rücksicht auf die zwischen Bayern und Baden streitige Erbfolge in die Sponheimischen Surrogatlande. Nürnberg 1827.

(Lindner): Freimütige Gedanken eines Unparteiischen über einige Streit-schriften zwischen Bayern und Baden. Stuttgart und Tübingen 1827.

Pffeffel: Coup d'oeil sur l'état actuel de la négociation relative au surrogat de Sponheim. Februar 1828. (Manuskript)

Die Sponheimische Successionssache. Hermes 1828.

Zachariä: Über die Ansprüche Bayerns an Baden wegen der Grafschaft Sponheim. Heidelberg 1828.

(Klüber): Der Sponheimische Surrogats- und Successionsstreit zwischen Bayern und Baden. Mit einem Anhang betreffend die bayerische Territorialfrage. Gießen 1828.

(Fink): Über die Sponheimische Surrogats- und Successionsfrage, eine kritische Beleuchtung der Schrift: „Der Sponheimische Surrogats- und Successionsstreit zwischen Bayern und Baden“. Stuttgart u. Tübingen 1828.

Für den Sieg der historischen und rechtlichen Wahrheit in dem Sponheimischen Surrogats- und Successionsstreit zwischen Bayern und Baden. Wider die Streitschrift: „Über die Sponheimische Surrogats- und Successionsfrage, eine kritische Beleuchtung der Schrift: Der Sponheimische Surrogats- und Successionsstreit. Stuttgart u. Tübingen 1828“. Frankfurt a. M. 1829.

(Drais): Überblick der Kontrovers- und Wechselschriften über den Anspruch der Krone Bayern auf demnächste Succession in einem bedeutenden Teil des Großherzogtums Baden als Surrogat für dessen Anteil an der Grafschaft Sponheim. Gießen 1828.

Überblick der Kontrovers- und Wechselschriften über die Ansprüche der Krone Bayern auf eine bevorstehende Erbfolge in das dermal vom großherzoglichen Haus Baden besitzende Surrogat der Grafschaft Sponheim. Nürnberg 1829.

Eine Stimme aus dem bayerischen Rheinkreis über Bayerns künftige Ansprüche an die badische Rheinpfalz. Hesperus, Encycl. Zs. für gebildete Leser 1829.

Was hat Bayern in der Sponheimer Sache zu tun? Minerva 1830.

Die bayerisch-badensche Frage. Freie Presse, Nürnberg 1830.

Über den Territorialstreit zwischen Bayern und Baden. Heidelberg 1831.

4. Literatur

Conte Corti, E. C.: Ludwig I. von Bayern. München 1937.

Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm von Baden
bearbeitet von Obser. Heidelberg 1906.

Doeberl, M.: Entwicklungsgeschichte Bayerns Bd. 3
herausgegeben von M. Spindler. München 1931.

Doeberl, M.: Bayern und die Bismarcksche Reichsgründung München-Berlin 1925.

Heigel, K. Th. v.: Ludwig I. König von Bayern. Leipzig 1872.

Heilmann: Fürst Wrede. Leipzig 1881.

Karaisl v. Kareis, F. Freiherr v.: Österreichs Stellungnahme im bayerisch-badischen Sponheimer Surrogats- und Successionsstreit 1826–1830. 1923. (Ungedruckte Untersuchung Geheimes Hausarchiv München)

Misch: Varnhagen von Ense in Beruf und Politik. Gotha und Stuttgart 1925.

Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden 1783–1806
bearbeitet von Erdmannsdörffer und Obser. Heidelberg 1888–1901.

Sahrman, A.: Pfalz oder Salzburg? München 1921.

- Schöchlin: Geschichte von Baden. Karlsruhe 1856.
- Sepp, J. N.: Ludwig Augustus, König von Bayern und das Zeitalter der Wiedergeburt der Künste. Regensburg 1903.
- Söhl, M.: Ludwig I. König von Bayern und Graf Armanseperg. Nördlingen 1886.
- Srbik H., Ritter v.: Metternich, der Staatsmann und der Mensch. München 1925.
- Stern, A.: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815. Berlin 1894.
- Theobald, H.: Zur Geschichte des Übergangs der Rheinpfalz und Mannheims an Baden. Mannheim 1903.
- Treitschke, H. v.: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Leipzig 1886.
- Walter, F.: Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Mannheim 1907
- Weech, F. v.: Badische Biographien. Bd. 1 Heidelberg 1875.
- Weech, F. v.: Baden unter den Großherzogen Karl Friedrich, Karl und Ludwig 1738—1830. Freiburg i. Br. 1863.
- Westphal, O.: System und Wandlungen der auswärtigen Politik Bayerns in den ersten Jahren Ludwigs I. (1825—1830) in Staat und Volkstum K. A. v. Müller Festgabe. München 1933.
- Weydmann, E.: Geschichte der ehemaligen gräflich Sponheimischen Gebiete. Diss. Konstanz 1899.
- Wrede, O.: Fürst v.: Aus der Wirksamkeit des Feldmarschalls Fürst von Wrede als Minister und Reichsrat. Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 1932. (Zs. b. Lg.)

Personenverzeichnis.

- Aberdeen, Lord, englischer Außenminister 1828—1830.
Addington, engl. Bundestagsgesandter.
Alleye de Cypres, französischer Geschäftsträger in München.
Alopeus, russischer Gesandter in Berlin.
Anstett, v., russ. Bundestagsgesandter 1818—1835.
Apponyi, Graf v., österreichischer Gesandter in Paris 1826—49.
Armansperg, Graf v., bayerischer Finanzminister, Außenminister 1828—1831.
Berskheim, Frhr. v., badischer Innenminister 1821—1831.
Bernstorff, Graf v., preußischer Außenminister 1818—1832.
Beroldingen, Graf v., württembergischer Außenminister seit 1823.
Berstett, Frhr. v., bad. Außenminister 1816—1831.
Bismarck, Graf v., württemb. Gesandter in Karlsruhe.
Blittersdorf, Frhr. v., bad. Bundestagsgesandter 1821—1835.
Blomberg v., württemb. Gesandter in Berlin.
Boeckh v., bad. Finanzminister 1828—1844.
Bombelles v., österr. Gesandter in Petersburg.
Bourjot, Chef der Division politique im französ. Außenministerium.
Bray, François Gabriel, Graf v., bayer. Gesandter in Petersburg 1808—1820, in Paris 1820—1827, in Wien 1827—1834.
Bray, Otto, Graf v., bayer. Ministerpräsident 1870/71, Außenminister 1846/47, 1848.
Bülow, Frhr. v., preuß. Gesandter in London.
Buol-Schauenstein, Graf v., österr. Gesandter in Karlsruhe 1828—1834.
Canning, engl. Außenminister 1822—1827.
Castlereagh, engl. Staatssekretär im auswärtigen Amt.
de Caux, französ. Kriegsminister 1828/29.
Cetto, Frhr. v., bayr. Gesandter in London.
Clancarty, Lord, engl. Gesandter auf dem Aachener Kongreß und der Frankfurter Territorialkommission.
Cotta, Verlagsbuchhändler und süddeutscher Abgeordneter für die Zollver-einsverhandlungen in Berlin.
Dalberg, Herzog v., französ. Geschäftsträger in München.
Damas, Frhr. v., französ. Außenminister 1824—1827.
Degenfeld, Frhr. v., bad. Gesandter in München um 1804—1808.
Drais, Frhr. v., Oberhofrichter in Mannheim und Geschichtsschreiber.
Dudley, Lord, engl. Außenminister 1827/28.
Duttlinger, Professor der Rechte, liberaler bad. Abgeordneter.
Edelsheim, Frhr. v., seit 1884 bad. Geheimer Rat, Außenminister 1807—1814.
Eichhorn, preuß. Legationsrat und Direktor im Außenministerium 1815 bis 1840.
Erskine, Lord, engl. Gesandter in München.
Esterházy, Graf v., österr. Gesandter in London.
Fahrenberg, Frhr. v., bad. Gesandter in München 1817—33.

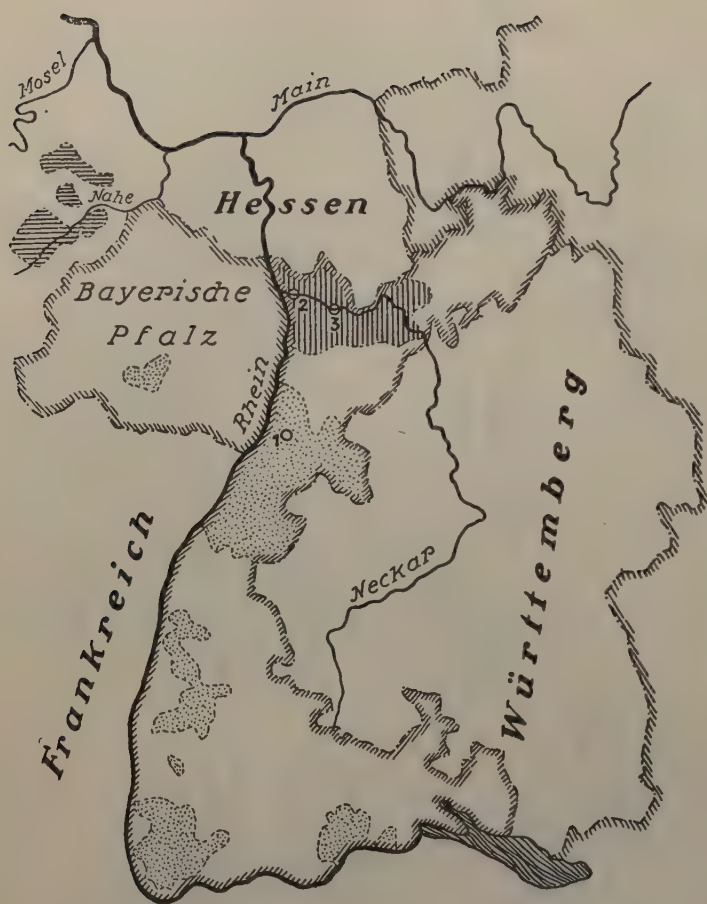
- Ferette de Bailli, bad. Gesandter in Paris.
Fink, bayer. Ministerialrat.
Flad v., bayer. Ministerialrat.
Frankenberg v., bad. Gesandter in Berlin.
Friederich v., bad. Ministerresident in Stuttgart 1821—33.
Gasser v., bayer. Legationsrat in Wien.
Gattermann, bayer. Staatsprokurator in Landau.
Gentz v., politischer Publizist und Vertrauter Metternichs.
Gise, Frhr. v., bayer. Gesandter in Petersburg, Außenminister seit 1832.
Haber, Bankier in Karlsruhe.
Hardenberg, Fürst v., preuß. Staatskanzler 1810—1822.
Hauck, Günstling der Gräfin Hochberg, später Mittelsperson bei inoffiziellen bayerischen Aktionen.
Hennenhofer v., Flügeladjutant und Vertrauter der Großherzoge von Baden 1817—1831.
Hirsch, Bankier in Würzburg.
Hohenlohe, Fürst v., württemb. Gesandter in Petersburg.
Hormayr, Frhr. v., Historiograph und bayer. Ministerialrat 1828—1832.
Hruby, Frhr. v., österr. Gesandter in Karlsruhe bis 1828.
Hyde de Neuville, französ. Marineminister 1828/29.
Jolly, Frhr. v., bad. Geh. Legationsrat, 1831 provisor. Außenminister.
Itzstein v., Führer der bad. Liberalen.
Kapodistrias, Graf v., russ. Diplomat 1800—1831.
Klüber, Staatsrechtler und Publizist, bad. Staatsrat und Kabinettsrat, preuß. Legationsrat.
Kreß Frhr. v. Kressenstein, Handelsreferent in der österr. Staatskanzlei.
Krüdener v., russ. Geschäftsträger in München.
Küster v., preuß. Gesandter in München und Stuttgart.
La Ferronnays, Graf v., französ. Gesandter in Petersburg 1819—1826, Außenminister 1828.
Lang, Ritter v., Historiker, Archivrat und Kreisdirektor in Ansbach, Verfasser der bekannten Memoiren des Ritter v. Lang.
Lebzelter, Frhr. v., österr. Gesandter in Petersburg.
Gerchenfeld, G. Frhr. v., bayer. Geschäftsträger in Petersburg.
Lerchenfeld, M. Frhr. v., bayer. Gesandter am Bundestag 1825—1830.
Lieven, Frhr. v., russ. Gesandter in London.
Linden, Frhr. v., württemb. Gesandter in Berlin.
Lindner Dr., Verfasser des Manuskriptes aus Süddeutschland.
Löwenstein, Constantin, Fürst v., Flügeladjutant Kg. Ludwigs.
Löwenstein, Friedrich, Fürst v., Standesherr in Wertheim.
Löwenstein, Georg, Fürst v., Standesherr in Wertheim.
Luxburg, Graf v., bayer. Gesandter in Berlin und Dresden.
Maltzahn, Frhr. v., preuß. Gesandter in Wien.
Marschall v. Bieberstein, Frhr. v., nassauischer Staatsminister 1811—1834.
Maurer, bayer. Staatsrat.
Metternich, Fürst v., österr. Staatskanzler 1809—1844.
Mieg, Frhr. v., Regierungspräsident in Ansbach.
Mittermeyer, bad. Professor der Rechte, gemäßigt liberaler Abgeordneter.
Molé, Graf, franz. Außenminister 1830.
Monlezun, Graf v., französ. Gesandter in Karlsruhe.

- Motz v., preuß. Finanzminister 1825—1830.
Münch-Bellinghausen, Graf v., österr. Präsidialgesandter am Bundestag.
Münster-Ledenburg, Reichsgraf zu, hannoveranischer Kabinettsminister 1805 bis 1831 und Chef der deutschen Kanzlei in London.
Nagler, Frhr. v., preuß. Gesandter am Bundestag.
Nesselrode Graf v., russ. Außenminister 1816—1856.
Otterstedt, Frhr. v., preußischer Gesandter in Karlsruhe.
Öttingen-Wallerstein, Frhr. v., Regierungspräsident in Augsburg.
Petersen, bayer. Landkommissär in Landau.
Pfeffel, Frhr. v., bayer. Gesandter in Paris seit 1828.
v. d. Pfordten, bayer. Ministerpräsident 1849—1859, 1864—1866.
Polignac, Fürst v., französ. Gesandter in London bis 1829, Chef des franz. Ministeriums und Außenminister 1829/30.
Portalis, Graf v., französ. Außenminister 1829.
Potemkin, Frhr. v., russ. Gesandter in München seit 1826.
Pozzo di Borgo, russ. Gesandter in Paris.
Rayneval, Graf v. französ. Gesandter in Bern 1822—1827, provisorischer Außenminister 1828/29, Gesandter in Wien 1829—1832.
Rechberg, Graf v., bayer. Außenminister 1815—1825.
Regenauer, bad. Domänenrat, gemäßigt liberaler Abgeordneter.
Reibelt v., bayer. Gesandter in Karlsruhe um 1804—1808.
Reigersberg, Graf v., bayer. Gesandter in Karlsruhe bis 1829.
Reinhard, Graf v., französ. Gesandter am Bundestag.
Reizenstein, Frhr. v., bad. Bevollmächtigter bei den napoleonischen Gebietsverhandlungen, Kabinettsminister 1809/10.
Rettig, Jurist, gemäßigt liberaler bad. Abgeordneter.
Rochow, Frhr. v., preuß. Kammerjunker.
Roy, Graf v., französ. Finanzminister 1828/29.
Rotteck v., bad. Historiker und Politiker, radikal liberaler Abgeordneter.
Rudhart, v., bayer. Regierungsbeamter, liberaler Abgeordneter.
Rühle v. Lilienstein, preuß. General.
Rumigny, Graf v., französ. Gesandter in München seit 1827.
Saint-Criq, französ. Handelsminister 1828/29.
Schäffer, Frhr. v., bad. General, Kriegsminister 1814—1833.
Schminke, v., kurhessischer Außenminister.
Schmitz-Grollenburg, Frhr. v., württemb. Gesandter in München.
Schöler v., preuß. Gesandter in Petersburg.
Schönberg v., Direktor im preuß. Außenministerium.
Schöpf, bayer. Geschäftsträger in Paris.
Sébastiani, Graf v., französ. Außenminister 1830—1834.
Serge, Salmscher, Domänenndirektor.
Siry, bayer. Postmeister in Landau.
Sommer, Bankier in Karlsruhe.
Spiegel, Graf v., österr. Gesandter in München.
Stichaner v., Regierungspräsident in Speyer.
Stuart, Lord, engl. Gesandter in Paris.
Schwarzenberg, Fürst v., österr. Ministerpräsident 1848—1852.
Tatitscheff, russ. Gesandter in Wien.
Tautphous, Frhr. v. bayer. Gesandter in Stuttgart, seit 1829 auch in Karlsruhe.

- Tettenborn, Frhr. v., bad. Gesandter in Wien 1819—1845.
du Thil, Frhr. v., Hessen-Darmstädtischer Staatsminister.
Thürheim, Graf v., bayer. Außenminister 1825/26.
Trautmannsdorff, Graf v., österr. Gesandter in München, dann in Berlin.
Türkheim, Frhr. v., bad. Außenminister 1831—1835.
Varnbühler, Frhr. v., württemb. Gesandter in Petersburg.
Varnhagen von Ense, Diplomat und Schriftsteller, preuß. Gesandter in
Karlsruhe 1815—1819.
Vellnagel, Jurist und Hofrat in Stuttgart.
Villèle, Chef des französ. Ministeriums 1822—1827.
Vohwinkel, bad. Oberrechnungsrat und Mittelsperson bei inoffiziellen baye-
rischen Aktionen.
Weixelbaum, Kammer Sänger, politischer Agent in bayer. Diensten.
Wellesley, engl. Gesandter in Wien.
Wellington, engl. Feldmarschall.
Werther, Frhr. v., preuß. Gesandter in Paris.
Winter, bad. Staatsrat.
Witzleben v., preuß. General.
Wolf, österr. Geschäftsträger in München.
Woronzew, russ. Gesandter in München bis 1826.
Wrede, Fürst v., bayer. Feldmarschall und Staatsminister.
Zentner, Frhr. v., bayerischer Staatsrat, Justizminister 1823—31, Außen-
minister 1827/28.
Zichy, Graf v., österr. Gesandter in Berlin.
Zu Rhein, Frhr. v., Regierungspräsident in Würzburg.
Zweibrücken, Frhr. v., Flügeladjutant Kg. Ludwigs.

Stammtafel.

1. Luise v. Darmstadt		∞	Karl Friedrich reg. von 1738—1811 (Großherzog seit 1806)		∞	2. Karoline Geyer v. Geysersberg (Gräfin Hochberg)	
Ludwig Karl † 1801 ∞ Amalie v. Hessen			Ludwig Großherzog v. 1818—1830			Leopold Großherzog v. 1830—1852	
Karoline ∞ Max Joseph v. Bayern			Friedrich			Wilhelm Markgraf v. Baden	
Elisabeth ∞ Friedrich Wilhelm IV. v. Preußen			Friederike ∞ Gustav IV. v. Schweden			Amalie ∞ Egon v. Fürstenberg	
			Elisabeth ∞ Alexander I. v. Rußland			Karl Großherzog v. 1811—1818	
			Gustav Wasa Prinz von Schweden			∞ Stephanie Beauharnais	
						Prinz Alexander * 1816 † 1817	
						Max	



I B a d e n



Baden seit 1815

ehemalige Markgrafschaft Baden

Bayern seit 1816

ehemalige Wittelsbachische Kurpfalz

Sponheim

1 Karlsruhe

2 Mannheim

3 Heidelberg

Gesamtübersicht

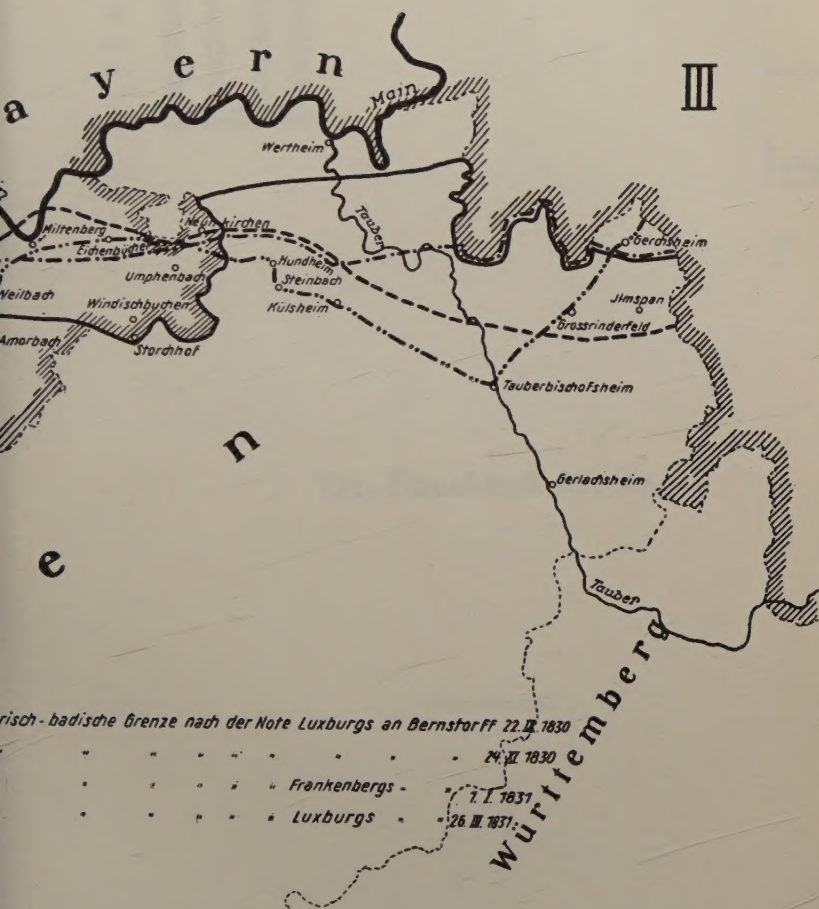
III



- | | | |
|---------------------|-----------------|---------------|
| 1 Obermoschel | 11 Hagenbach | 21 Buden |
| 2 Rodenhausen | 12 Gernersheim | 22 Lindenfels |
| 3 Kirchheimbolanden | 13 Marlsruhe | 23 Erbach |
| 4 Gölheim | 14 Mannheim | 24 Hirschhorn |
| 5 Pirmasens | 15 Schwetzingen | 25 Darmstadt |
| 6 Bohn | 16 Ladenburg | 26 Amorbach |
| 7 Anweiler | 17 Weinheim | 27 Miltenberg |
| 8 Bergzabern | 18 Heidelberg | 28 Wertheim |
| 9 Landau | 19 Neckargmünd | 29 Würzburg |
| 10 Kandel | 20 Eberbach | |

nach der bayerischen Denkschrift vom 2. III. 1830





risch-badische Grenze nach der Note Luxemburgs an Bernstorff 22.12.1830

24. VII 1830

" " " " Frankenbergs - 17837

• • • • • *Luxburgs* • • • • • 26. III. 1837.

